

Camilla Warnke

**Zur Geschichte des Zentralinstituts für Philosophie an
der Akademie der Wissenschaften der DDR**

– Bericht und Reflexionen – ¹

Online Edition *peter-ruben.de*, Berlin 2017

¹ Erstveröffentlichung in *Hans Christoph Rauh: Philosophie aus einer abgeschlossenen Welt*, Berlin 2017.

Inhalt

| | |
|--|-----|
| I. Einführung: Anmerkungen zur Genesis der Marxismus-Leninismus | 3 |
| II. Die Arbeitsgruppe Philosophiehistorische Texte..... | 21 |
| III. Die Arbeitsgruppe Philosophie..... | 24 |
| IV. Institut für Philosophie | 27 |
| V. Die Akademiereform und die Bildung des Zentralinstituts für Philosophie..... | 38 |
| V.1 Strukturelle Veränderungen im 1. Fünfjahrplan 1971-1975 | 42 |
| V.2 Der erste Fünfjahrplan 1971–75 und der „große Institutsknatsch“ | 46 |
| VI. Der Bereich Dialektischer Materialismus..... | 50 |
| VI.1 Zur Kontroverse um Peter Rubens philosophischen Ansatz..... | 53 |
| VI.2 Zwei differente Dialektik-Auffassungen - Exkurs | 55 |
| VI.3 Der Bereich Dialektischer Materialismus nach 1981..... | 69 |
| VII. Bereich Philosophische Fragen der Wissenschaftsentwicklung | 73 |
| VIII. Bereich Historischer Materialismus..... | 77 |
| IX. Arbeitsgebiet Geschichte der Philosophie..... | 87 |
| IX.1 Zur Arbeitsrichtung Vormarxistische Philosophie..... | 88 |
| IX.2 Die Geschichte des sozialistischen Denkens vor Marx (in Deutschland, England und Frankreich) | 95 |
| IX. 3 Geschichte der marxistischen Philosophie..... | 98 |
| X. Bereich Kritik der bürgerlichen Philosophie | 99 |
| XI. Bereich Edition | 112 |
| XI.1 Arbeitsgruppe Leibniz-Edition und Leibnizforschung | 116 |
| XII. Das ZIPh in der Abwicklung der DDR | 117 |
| XII.1 Die eigenständigen Reformen..... | 119 |
| XII.2 Evaluation | 129 |
| XII.3 Abwicklung..... | 133 |

I. Einführung: Anmerkungen zur Genesis der Marxismus-Leninismus

Diese Studie ist der Versuch, einer äußerst komplexen, vielschichtigen Materie auf gedrängtem Raum gerecht zu werden. Darzustellen und zu beurteilen war die Geschichte einer wissenschaftlichen Institution und ihrer Produktionen, die in ein System politischer und administrativer Hierarchien eingebettet war. Ihre Entwicklung währte von 1958, von der Gründung als winzige Arbeitsgruppe bis zur Wende 1989, in der sie zu einer stattlichen Institution von mehr als hundert Mitarbeitern herangewachsen war. Aber in all diesen Jahren lief der Philosophiebetrieb ideologisch am Gängelband der SED-Parteiideologie, was am 1. März 1958 in einem Brief des ZK, *Über das Studium des dialektischen Materialismus in den Grundorganisationen*, verbindlich festgeschrieben und nie korrigiert worden war. In diesem Brief, der deutlich die Handschrift Ulbrichts trägt, wurde im Namen des SED-Zentralkomitees ex cathedra erklärt, wie die Philosophie in der DDR beschaffen sein müsse und worin ihr Sinn bestehe.²

Diese Erklärung war der Endpunkt einer Entwicklung, der Abschluss der Periode der bisher an den Universitäten der DDR akademisch betriebenen marxistischen Philosophie, – in der Philosophen wie Ernst Bloch, Wolfgang Harich, Georg Klaus, Georg Lukács, Klaus Zweiling, mit ihrer jeweils persönlichen Lesart des Marxismus die philosophische Debatte maßgeblich bestimmt hatten. Sie dauerte an, solange die Sowjetunion den Weg der DDR noch nicht endgültig entschieden hatte, solange beide Eisen im Feuer waren: die DDR entweder als Volksdemokratie und Glacis ins eigene Lager zu integrieren oder sie in die Einheit mit der Bundesrepublik zu entlassen, aber in ein blockfreies und reparationspflichtiges Deutschland.³

Man kann aus heutiger Sicht die innere Schlüssigkeit der DDR-Philosophie samt ihren Absurditäten nicht wirklich verstehen, also auch die hier erzählte Geschichte eines ihrer wichtigsten Institute nicht, wenn man von der Genesis des

² In: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Hg. vom ZK der SED Bd. VII, Berlin 1961

³ Vgl. C. Warnke: „An der ideologischen Front“. Zur Edition von Wolfgang Harichs Schriften aus dem Nachlass. In: Berliner Debatte Initial. 25(2014)2, S. 138 ff. - Nach Stalins Tod am 5. 3. 1953. plädierte sein Sicherheitschef L. Berija für Stalins Variante, Deutschland – ähnlich wie Finnland – nach dem 2. Weltkrieg als blockfreien Staat zu konstituieren. Das Bündnis N. Chruschtschows mit der sowjetischen Armeeführung, insbesondere mit G. Shukow, führte angesichts der DDR-Ereignisse vom 16. und 17. Juni 1953, – vom sowjetischen Generalstab umgehend als „faschistischer Putsch“ gedeutet – zur Entscheidung für die andere Stalin-Variante. Indem die Chruschtschow-Schukow Fraktion über den Sicherheitsdienst unter Führung von Berija siegte, (der am 26. Juni 1953 verhaftet wurde) war die Entscheidung für die Spaltung Deutschlands gefallen.

Marxismus-Leninismus nichts weiß. 2012 hatte ich das Manuskript über die Institutsgeschichte abgeschlossen. Als ich es im Juni/Juli 2016 mir nochmals vornahm, wurde mir klar, dass ich in meinem Text den Schlüssel für das historische Verstehen dieses Typs von Philosophie nicht mitgeliefert hatte. Deshalb will ich in diesem Nachtrag einen Blick zurück auf dessen Genesis werfen.

Besagtem Brief W. Ulbrichts war eine Periode ideologischen Tauwetters vorausgegangen, die Chruschtschow mit seinem Geheimbericht auf dem XX. KPdSU-Parteitag im Februar 1956 ausgelöst hatte. In diesem Bericht hatte Chruschtschow die Entartungen der Parteipolitik der KPdSU: den sog. „Personenkult“ um Stalin und die Verbrechen unter seiner Herrschaft und Regie enthüllt. Vor allem in der kommunistischen Intelligenz und der Studentenschaft der DDR schlug er ein wie eine Bombe. Was Chruschtschow da angeprangert hatte, kannte man aus eigener Anschauung nur zu gut. So war im Kern auch der selbst gemachte, hauseigene Stalinismus Ulbrichtscher Prägung beschaffen, „Kampf gegen den Dogmatismus,“ den ideologischen und den politischen, lautete – mit Chruschtschow – daher die Devise, unter der sich die vielfältigen Aktivitäten zusammenfassen lassen, die damals die Debatte der reformorientierten Kreise der SED-Genossen einte. Und in den folgenden Monaten schien es fast so, als sei die Fraktion Ulbricht mit ihrem Latein am Ende.

Doch im November 1956 wendete sich das Blatt. Als der ungarische Volksaufstand – von ungarischen Geheimdienstlern provoziert – ausbrach, wurde er von sowjetischen Truppen niedergeschlagen. Damit war das Tauwetter beendet und Chruschtschow in einer prekären Lage. Wohl oder übel musste er nach dem ungarischen Volksaufstand dem Beschluss zustimmen, dass der ideologische Kampf nicht so sehr gegen den *Dogmatismus*, als vor allem gegen den *Revisionismus* zu führen sei.

Das war Wasser auf die Mühle Ulbrichts und seine Fraktion. Auf der 30. ZK-Tagung (31. 1.-1. 2. 57) eröffnete Ulbricht mit Hinweis auf die ungarische „Konterrevolution“ den Kampf gegen den Revisionismus und begann umgehend, die große Säuberung der Partei von allen Reformern in Angriff zu nehmen. Und um der Säuberungskampagne einen Anstrich von Rechtsstaatlichkeit zu verleihen, ließ die Fraktion Ulbricht von der Volkskammer am 11. 12. 1957 ein *Strafrechtergänzungsgesetz* beschließen, das am 1. 2. 1958 in Kraft trat.

Es schuf den Tatbestand der „Staatsgefährdende(n) Propaganda und Hetze“ und hatte folgenden Wortlaut:

„Wer gegen die Arbeiter- und Bauernmacht, gegen ihre Organe, gegen gesellschaftliche Organisationen oder gegen einen Bürger wegen seiner staatlichen und

gesellschaftlichen Tätigkeit (...) hetzt wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft. Der Versuch ist strafbar.

Ebenso wird bestraft. Wer Schriften oder andere Gegenstände mit einem derartigen Inhalt herstellt oder mit dem Ziel der Hetze einführt oder verbreitet.“⁴

Unmittelbar danach, auf dem 35. ZK-Plenum, das vom 3.- 6. 2. 1958 tagte, entledigte sich Ulbricht der Hindernisse, die es gegen seine Säuberungsaktionen innerhalb des Politbüros gab. Ulbrichts Kronsohn Honecker beschuldigte die Politbüromitglieder Schirdewan und Wollweber gemeinsam mit anderen (mit Ziller, Selbmann, Oelßner) eine Fraktion gegen die Politik der Partei gebildet zu haben. Karl Schirdewan, Kadersekretär des Politbüros, stand der Ulbricht-Fraktion im Wege, weil er nach dem XX. Parteitag hartnäckig um die Rehabilitierung zu Unrecht verurteilter Genossen gekämpft und eine offene und selbstkritische Debatte um den hausgemachten Stalinismus gefordert hatte.⁵ Ernst Wollweber, Minister für Staatssicherheit hielt es nicht für die Aufgabe seines Ministeriums, das eigene Staatsvolk überwachen zu lassen. Indem sie aus dem Politbüro ausgeschlossen wurden und ihre Funktionen verloren, nahm man ihnen jeden weiteren Einfluss auf die Politik der Partei und die Entwicklung der Gesellschaft. Es ist ein gewaltiger Unterschied, ob der Stasichef sich weigert, das eigene Volk bespitzeln zu lassen, oder ob er eben das zum Mittelpunkt seiner Tätigkeit macht, wie das in der Ära Mielkes geschah, der die Nachfolge Wollwebers antrat.⁶

Die Ausschaltung unbequemer Intellektueller – ich beschränke mich in meinem Text auf Philosophen und Philosophiestudenten – hatte schon vorher begonnen. W. Harich hatte beflügelt von den Enthüllungen Chruschtschows und angeregt von Debatten mit seinen Kollegen im „Aufbau-Verlag“ eine *Plattform für einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus* entwickelt und zu Papier gebracht, in dem auch die Wiedervereinigung Deutschlands avisiert wurde. Harich wurde am 29. 11. 1956 verhaftet, und nur wenig später traf den Kreis seiner Diskutanten (W. Janka, G. Just, H. Zöger, B. Steinberger, M. Hertwig.) das gleiche

⁴ GBL. I Nr. 78/1957, S.643. - In der BRD war im Juli 1951 zur Unterbindung der Aktivitäten der FDJ ein *Strafrechtänderungsgesetz* angenommen worden. Am 23. 11. 51 wurde auf seiner Basis beim Bundesverfassungsgericht der Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der KPD gestellt. Das Verfahren wurde erst im April 1956 mit dem Verbot der KPD beendet. Das Strafrechtergänzungsgesetz aber war Ulbrichts klassenkämpferische Antwort auf das KPD-Verbot.

⁵ Vgl. K. Schirdewan: *Ein Jahrhundert Leben*, Berlin 1998, S. 252 ff.

⁶ Vgl. G. Herzberg: *Anpassung und Aufbegehren*. Berlin 2006, S. 306 ff.

Schicksal. Im März 1957 wurde Harich in einem Schauprozess zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt.⁷

Am 19. Dezember 1956 eröffnete R. O. Gropp im *Neuen Deutschland* die Hatz auf den an der Leipziger Universität lehrenden Philosophen Ernst Bloch mit dem Artikel „*Idealistische Verirrungen unter ‚antidogmatischem Vorzeichen‘*“. Noch im Jahr zuvor war Bloch mit staatlichen Ehren überhäuft worden: 1955 hatte man ihn mit dem Nationalpreis und dem Vaterländischen Verdienstorden ausgezeichnet und zum Mitglied der Akademie der Wissenschaften gewählt. Partei- und Staatsführung hatten also keinen Anstoß daran genommen, dass er auf seine freie Weise mit marxistischem Gedankengut umgegangen war.

In einem „Offenen Brief der Parteileitung“ an Bloch vom 18. 1. 1957 heißt es aber nun:

„Sie, Herr Professor, haben die Wahl, marxistische Prinzipien zu ihren eigenen zu machen oder nicht zu machen. Nicht hingegen können wir Ihnen zubilligen, nicht-marxistische Prinzipien zu vertreten und gleichwohl den Anspruch zu erheben, marxistische Philosophie zu lehren.“ Und „nach reiflicher Erwägung aller Umstände“ erklärt man Bloch, dass „Sie das Vertrauen der Parteileitung für die Fortführung Ihrer Tätigkeit als akademischer Lehrer am Institut für Philosophie [...] nicht mehr besitzen.“⁸

Den 72jährigen Bloch zu emeritieren war das eine. Die Studenten dazu zu bringen, die erfrischende Wirkung der Phantasie und Vernunft anregenden Vorlesungen ihres sprachmächtigen Lehrers gegen die Trockenkost politisch-korrekturer Diamat-Vorlesungen aus dem Munde R. O. Gropps einzutauschen, das andere. Das war ungleich schwerer zu realisieren. Ein ganzes Jahr mit vielen Versammlungen und Parteikonferenzen, ein hartes Stück Arbeit war nötig, die Genossen Assistenten und Studenten weich zu klopfen. Am Ende gaben sie dem ideologischen Druck nach und passten sich den Verhältnissen an. Wer sich nicht anpasste, wurde aus der Partei ausgeschlossen und exmatrikuliert wie J. Teller, R. Sperl, G. Zehm und L. Derrick hingegen haben die Nötigung zum Opportunismus mit Dissidenz beantwortet und wurden inhaftiert, während sich die „Subjekte“ G. Zwerenz und R.

⁷ Vgl. dazu: Plattform für einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus, in: W. Harich: Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit, Berlin 1993; S. 112 ff.; S. Prokop: Ich bin zu früh geboren. Auf den Spuren Wolfgang Harichs, Berlin 1997, S. 83 ff.

⁸ In: V. Caysa, P. Eichler, E. Uhl (Hg.) „Hoffnung kann enttäuscht werden“. Ernst Bloch in Leipzig, Frankfurt a. M. 1992, S. 129-135

Lorenz sowie zwei Studenten, in den Westen absetzten, – so das Resümee der Institutsparteileitung im April 1958.⁹ Der Parteisekretär der Grundorganisation, Genosse Johannes Horn, aber hat das alles nicht ausgehalten und sich am 8. Januar 1958 das Leben genommen. Der Bloch-Schüler Manfred Buhr aber zimmerte sich eine erste Stufe seines künftigen Aufstiegs, indem er in Heft 4/1958 der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* den Artikel „*Der religiöse Ursprung und Charakter der Hoffnungsphilosophie Ernst Blochs*“ publizierte.

Die Säuberungswelle an den Universitäten erreichte Ende 1957 und in den ersten Monaten 1958 ihren Höhepunkt. ZK-Mitglied Prof. R. Naumann folgte dem Trend der Zeit und begann seit Oktober, in seiner Funktion als Prorektor *für das gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium* der Humboldt-Universität, nach Revisionisten zu fahnden. Durch seine Mitarbeit am Moskauer Institut für „Rote Professur“ zwischen 1925-30 brachte er Erfahrung auf diesem Gebiet mit. Als nach dem XX. Parteitag seitens der Studentenschaft gefordert wurde, das gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium abzuschaffen, war sich die Institutsleitung (H. Saar, H. Crüger, N. Sternberg) einig, dass das Grundstudium nicht abzuschaffen, sondern zu reformieren sei. Es müsse künftig vorrangig der Vermittlung wissenschaftlicher Erkenntnisse statt der Propagierung von Parteibeschlüssen dienen, also in ein marxistisches Studium generale umgewandelt werden. Dort, wo das der Fall war (wie z. B. in der Lehrtätigkeit von F. Herneck) stieß das Grundstudium nämlich auf lebhaftes Interesse der Studenten. Und die obligatorischen Prüfungen erwog man durch Hausarbeiten resp. Seminarscheine zu ersetzen.

Besonders zu schaffen hatte dem Lehrpersonal von jeher die Informationspolitik der Partei gemacht. Und nun war man mit dem peinlichen Umstand konfrontiert, dass die Studenten Chruschtschows Geheimrede meist kannten, aber ihre Lehrer nicht. Daher forderte die Institutsleitung die Herausgabe eines Informationsbulletins, das schnell und umfassend alle wesentlichen Dokumente der internationalen Arbeiterbewegung publizieren sollte. Aber da die Forderung bei den Parteiorganen kein Gehör fand, beschaffte man sich beim „Klassenfeind“ das offiziell nicht zugängliche Material. Besonders rührig war in dieser Hinsicht Oberassistent E. Gülzow, der die Texte in Westberlin beschaffte und mit ihnen die Institutskollegen versorgte.

⁹ Vgl. G. Herzberg: Anpassung und Aufbegehren, ebd., S. 533

Im Oktober 1957 begann R. Naumann mit der Säuberung. Er leitete sie mit dem Vorwurf der Vernachlässigung der Parteibeschlüsse, der Trennung von Wissenschaft und Politik in der Lehre ein. Nachdem einer der jungen Dozenten eingestanden, zu Papier gebracht zu haben, was man in der Institutsleitung nach dem XX. Parteitag diskutiert und gefordert habe, war sich die Parteileitung der Universität gewiss, eine „Plattform“ entdeckt zu haben. Im einvernehmlichen Zusammenwirken von Partei- und Staatsorganen endete die Kampagne mit der Feststellung der Existenz einer „partei- und staatsfeindlichen Gruppe“. Anfang März wurden Saar, Crüger und Gülzow verhaftet und auf der Basis des Strafrechtergänzungsgesetzes nach § 13, Abs. 1, 24 verurteilt. Heinrich Saar und Herbert Crüger erhielten wegen „schweren Staatsverrats“ je acht und Erwin Gülzow fünf Jahre Zuchthaus.¹⁰ Etwa ein Drittel der Lehrkräfte des Instituts wurde mit oder ohne Parteiverfahren entlassen. Danach suchte man händeringend nach Mitarbeitern, aber die Bereitschaft, ins Grundstudium zu gehen, war geringer denn je.

Auch am *Philosophischen Institut* der Humboldt-Universität suchte und fand man – dank der neuen Gesetze und des neuen Ministers für Staatssicherheit – eine staatsfeindliche Gruppe. Eine erste Gruppe aus drei Studenten, die sich die Staatssicherheit zusammengestellt hatte, löste sich auf, ehe sie dingfest gemacht werden konnte, weil einer der ins Auge gefassten Delinquenten zurück nach Westberlin ging und der andere nach Polen auswanderte. Und einer allein war keine Gruppe. Auch die zweite Gruppe setzte man aus drei Personen zusammen, aus den Studenten Peter Langer, Karlheinz Messelken und Heinz Dieter Schweickert. Alle drei waren aus dem Westen in die DDR gekommen: Langer, dessen kommunistische Mutter darauf gedrängt hatte, dass die Familie von Westberlin nach Ostberlin übersiedelt, Messelken und Schweickert als Studenten aus der BRD. Letztere hatten sich aus Interesse an marxistischer Philosophie in die DDR begeben, um sie in sozusagen authentischer Auslegung studieren zu können. Doch bereits ihre Herkunft aus dem gegnerischen Lager erregte Verdacht, forderte zu erhöhter ideologischer Wachsamkeit heraus und machte sie zu geeigneten Kandidaten einer feindlichen Gruppe. Und natürlich wurde man fündig, denn die unter demokratischen Verhältnissen sozialisierten jungen Leute beschafften sich selbstverständlich die Geheimrede Chruschtschows und andere DDR-intern diskriminierte Texte. Das tat

¹⁰ Vgl. H. Crüger: *Verschwiegene Zeiten*, Berlin 1990, S. 198; C. Warnke: *Kommunistische Parteiherrschaft und Wissenschaft. Zur gescheiterten Emanzipation des Gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums an der Berliner Humboldt-Universität 1956-1958 – Eine Fallstudie*. In: *Kritische Philosophie gesellschaftlicher Praxis*. Hg. v. H. Eidam und W. Schmied-Kowarzik, Würzburg 1995, S. 233 ff.

auch P. Langer. Der hatte aber bereits vor dem XX. Parteitag ein Schriftstück verfasst, das er in der Parteigruppe diskutieren wollte, in dem er sich gegen die Diktatur des Proletariats und für eine Demokratisierung der DDR-Gesellschaft aussprach. Das Papier verschwand zunächst in der Schublade des Parteisekretärs und ruhte da, solange die Parole noch „Kampf gegen den Dogmatismus“ hieß. Aber nun, im März 1958, wurde dieses Papier aus der Schublade hervorgeholt und in einer Institutsversammlung am 7. 3. 1958, zum Zeugnis für Langers Feindseligkeit präsentiert. Als den Anwesenden außerdem mitgeteilt wurde, dass der Student Schweickert verhaftet worden sei, brach allgemeine Hysterie aus, in der Langer heftig politisch attackiert wurde. Die Versammlung beschloss, dass man die Sache hier nicht klären könne, sondern den Staatsorganen zur Klärung übergeben müsse. Die Mehrheit der Versammelten wusste freilich nicht, dass die Stasi bereits im Vorraum wartete, um Langer zu verhaften. Messelken, der sich keiner Schuld bewusst war, sah keinen Grund, sich abzusetzen und wartete seelenruhig ab. Er wurde am 8. März verhaftet. Alle drei erhielten Zuchthausstrafen: Langer 6, Schweickert 5 und Messelken 3 Jahre.

Nun komme ich auf den eingangs genannten Brief des ZK an die Grundorganisationen zurück. Honecker hatte in seinem Referat auf dem 35. Plenum getönt:

„Die Gruppe Schirdewan, Wollweber vertrat die opportunistische Auffassung (...) während das Zentralkomitee sich für jene politische Linie entschied, die (...) auf dem Boden des dialektischen Materialismus stand, und die Genosse Walter Ulbricht auf der 30. Tagung des Zentralkomitees begründete.“¹¹

Knapp einen Monat später heißt es in besagtem Brief dann:

„Der dialektische Materialismus zeigt die Rolle der revolutionären Theorie für das richtige Verhalten (...) Einerseits ist die Theorie nichts anderes als die Verallgemeinerung der praktischen Erfahrungen (...) Dadurch kann die Theorie andererseits zum Leitfaden der praktischen Politik werden.“ Und: „Das Studium der marxistischen Philosophie hat bei uns nur Sinn, wenn es hilft, die Aufgaben des sozialistischen Aufbaus zu lösen.“¹²

Von nun an war festgeschrieben, dass die Philosophen also in ihrer Eigenschaft als *Philosophen* als „Parteiarbeiter“ zu fungieren hatten, also als Philosophen zugleich *Parteifunktionäre* zu sein. Diese ideologische Standortbestimmung der Philosophenzunft blieb seitdem als Hintergrundrauschen bis zur Wende stän-

¹¹ In: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei, a. a. O., S. 133

¹² Ebd., S. 140, S. 139..

dig präsent und war bei Bedarf, – besonders in politischen Krisenzeiten des Systems – aktivierbar. Die politische Verurteilung des theoretischen Ansatzes von Peter Ruben 1980/81 wäre ohne diese Degradierung der Philosophie zur „Magd der Politik“ gar nicht möglich gewesen.

Peter Ruben nahm Honeckers Sätze vom 35. ZK-Plenum mit den Aussagen aus dem Brief des ZK zusammen und zog folgenden Schluss:

„So wird *sans phrase* deklariert, dass der dialektische Materialismus seinen Hauptsitz im Hirn des Ersten Sekretärs habe und jede als Fraktion diagnostizierte Gruppe in der Partei a priori *nicht* auf dem Boden des dialektischen Materialismus stehe. Dieser scheint daher notwendig eine Folge von Äußerungen Erster Sekretäre mit der Einschränkung zu sein, dass der gerade im Amt befindliche Erste darüber befindet, ob die Äußerungen seiner oder gegebenenfalls welcher Vorgänger noch Geltung haben oder zu vergessen sind.“¹³

Dieser Schluss ist leider kein bloßes Gedankenspiel, sondern bringt die Existenz einer Realabsurdität auf den Begriff. Und diese ist keine Erfindung Ulbrichts und des ZK der SED. Besagter ZK-Brief ist vielmehr eine Kopie der *Resolution der Parteizelle des Institutes der Roten Professur für Philosophie und Naturwissenschaft* vom 29. Dezember 1930. Initiator der Resolution war der Generalsekretär der KPdSU, also Stalin, und mit ihr wurde die „Säuberung“ der Philosophenzunft eingeleitet. „Wer soll den ganzen Blödsinn in der Praxis anwenden?“ „Man muss den ganzen Mist, der sich in der Philosophie [...] angesammelt hat, durchstöbern und neu umgraben. Alles, was die Gruppe Deborins geschrieben hat, muss zerschlagen werden“, gab Stalin als Linie der Parteiresolution vor.¹⁴ Ab nun gab es eine „*philosophische Front*“, und unter Mitwirkung und Aufsicht Stalins wurde in den folgenden Jahren ein allgemeinverbindliches philosophisches Dogma geschaffen, der Marxismus-Leninismus konstituiert.

In der Parteiresolution des Instituts wird dem Hauptfeind – der Gruppe um Deborin – folgendes vorgeworfen:

„Das antimarxistische Wesen der von der Deborinschen Gruppe vertretenen Anschauungen fand seinen Ausdruck:

a) in der Losreißung der Theorie von der Praxis, der Philosophie von der Politik usw. ‚wodurch eines von den gefährlichsten Merkmalen und Dogmen der II: Internationale‘ (Stalin) wieder zum Leben erweckt wurde;

¹³ P. Ruben: DDR-Philosophie unter Parteiregie. In: H.-C. Rauh/P. Ruben (Hg.): Denkversuche. DDR-Philosophie in den 60er Jahren, Berlin 2005, S. 31

¹⁴ Zitiert bei D. Wolkogonow: Stalin. Triumph und Tragödie, Düsseldorf 1990, S. 338

b) in vollständigem Verzicht auf die Durchführung – und ebenso in der Entstehung – des Leninschen Prinzips von der Parteimäßigkeit der Philosophie, das in der präzisesten Form den Klassencharakter der Philosophie ausdrückt, weil den besten Teil der Arbeiterklasse ihre Avantgarde – die Kommunistische Partei – darstellt; die Gruppe Deborin, Karew, Sten, ignorierte dieses Leninsche Prinzip, da es mit Notwendigkeit die Verteidigung der Generallinie der Partei und den Kampf mit allen und jeden Abweichungen vor ihr als Forderung in sich schließt

c) schließlich in der Unterschätzung Lenins in seiner Bedeutung als Theoretiker überhaupt und insbesondere als marxistischer Philosoph; in der Ignorierung und Nichtanerkennung des Leninismus in der Philosophie als einer neuen Entwicklungsstufe des dialektischen Materialismus.“¹⁵

Um 1930 waren die sich um A. M. Deborin und die Zeitschrift *Unter dem Banner des Marxismus* scharenden *Dialektiker* zur einflussreichsten Gruppe unter den Philosophen der UdSSR avanciert. Ihr gemeinsames Thema war es, in Aufhebung des hegelschen Erbes die materialistische Dialektik als Methode und Methodologie auszuarbeiten. Für Stalin betrieben diese Leute – um mit Weitling zu sprechen – pure „Hirnwebereien“, die nichts mit der Vorstellung zu tun hatten, die er mit dem Wort „Dialektik“ verband. Ihre Produkte waren für seine politischen Zwecke sinnlos, unbrauchbar für die politische und ideologische Normierung der nachwachsenden jungen Genossen. Er bezeichnete die Gruppe der Dialektiker als „*menschewisierende Idealisten*“. Die Mehrheit ihrer Repräsentanten fiel später dem großen Terror zum Opfer.

Man muss wissen, dass 1929, im Jahr vor Stalins Attacke auf die Hegel-Freunde um Deborin Lenins Konspekt zu Hegels „Wissenschaft der Logik“ erschienen war, in dem Lenin nach der Lektüre von Hegels *Logik* (1914) über die Bedeutung Hegels für den Marxismus notiert hatte.

„Man kann das „Kapital“ von Marx ... nicht vollständig begreifen, ohne die ganze Logik von Hegel durchstudiert und begriffen zu haben. Folglich hat nach einem halben Jahrhundert nicht ein Marxist Marx begriffen!“¹⁶

Da war Stalin längst als Schöpfer des Leninismus anerkannt und hatte sich einen Lenin erschaffen, der seinem eigenen, also Stalins Bilde glich, und in diesem Leninismus hatte Hegel kein Daseinsrecht.

Ende der 20er Jahre drängte die erste nach der Revolution sozialisierte Generation in die kommunistische Partei und von den Universitäten in die Institute,

¹⁵ Aus der Resolution der Parteizelle des Instituts der Roten Professur für Philosophie und Naturwissenschaft in Moskau vom 19. Dezember 1930. In: Nikolai Bucharin/Abram Deborin: Kontroversen über dialektischen und mechanistischen Materialismus, hg. von O. Negt, Frankfurt a. M. 1974, S. 320f.

¹⁶ Lenin: Werke, Bd. 38, Berlin 1964, S. 170

auch in das der „Roten Professur“. Bisher hatten Altbolschewiken die Themen der Forschung und Debatten bestimmt und hielten die Stellen besetzt. Sie waren generationsgleich mit Stalin, der seit 1921 zwar die Funktion des Generalsekretärs der KPdSU innehatte, aber unter ihnen ansonsten als Gleicher unter Gleichen galt. Stalin war nicht ihr Führer, ihr „Bolschak“, hatte nicht die Autorität, die Lenin bei ihnen genossen hatte.

Aber genau diese Position strebte Stalin an: eine über jeden Zweifel erhabene Autorität, worunter er – anders als Lenin – widerspruchslose Gefolgschaft und Unterordnung unter sein Diktum verstand. Auch in der Theorie sollte das, was er politisch für richtig hielt und sagte, und nur das, als wahr gelten. Doch das war bei Seinesgleichen nicht durchzusetzen, weder bei Rjasanow, noch bei Deborin, noch bei Bucharin etc. „Bolschak“ vermochte er nur bei der jungen nachrückenden Generation zu werden, indem er sie ideologisch gegen die philosophische Vätergeneration in Stellung brachte und mit ihrer Hilfe entmachtete. Diese Rechnung ging auf. Die jungen Philosophen fochten Stalins Kampf – auch seinen Kampf um Herrschaft über die Theorie – aus. Sie schufen eine der Generallinie der Partei, d. h. *Stalins* Linie entsprechende politisch korrekte marxistisch-leninistische Philosophie.

Einer dieser jungen Leute – M. Mitin (1901-1987)) – spricht ein Jahr nach der Verurteilung der Dialektiker als „menschewistisch geprägte Idealisten“ selbstbewusst davon, dass nun

„[...] starke, verlässliche bolschewistische Parteikader“ herangewachsen seien, „die in diesen Jahren die Schule des Kampfes mit allen möglichen antileninistischen Lehren, mit den trotzkistischen, rechtsopportunistischen Theorien usw. durchlaufen haben.“ Und die jetzt „mit allem Ernst die Bolschewisierung der Arbeit auf allen ... theoretischen Gebieten aufwerfen.“ Bei der „schonungslosen politischen Beschießung“ habe sich herausgestellt, dass wir „ein gewaltiges Zurückbleiben der Theorie hinter der Praxis, einen Riss zwischen Philosophie und Politik haben.“¹⁷

Als zweiter Feind, ja als

„Hauptgefahr [...] unter den gegenwärtigen Bedingungen“, gegen die die Genossen an die philosophische Front gerufen wurden, galt die mechanistische Revision des dialektischen Materialismus (vertreten von Bucharin, Perow, Warjasch Sarabjanow Timirjasew, Axelrod u. a.) „die bogdanowistisch-mechanistische Revision des historischen Materialismus (Bucharin u. a.), weil sie [...] die theoretische Basis

¹⁷ M. Mitin: Über die Ergebnisse der philosophischen Diskussion. In: Nikolai Bucharin/Abream Deborin, a. a. O., S. 334f.

der offenerzig rechten Abweichung, der Agentur des Kulakentums in der Partei
darstellt.“¹⁸

Der hier gezogene Schluss: weil Mechanizismus, deshalb Agentur des Kulaken-
tums ist so aberwitzig, dass sich jedes weitere Wort erübrigt. Aber er kennzeichnet
sehr gut das philosophische Niveau der Kritiker.

Doch Stalin hatte sich bereits in den 20er Jahren selbst unter die Philosophen
begeben. Im April und Mai 1924 hielt er an der Swerdlow-Universität Vorlesun-
gen über den Leninismus, die danach als Buch unter dem Titel *Die Grundlagen
des Leninismus* erschienen.¹⁹ Noch vor Lenins Tod begann in der Zunft ein Streit
darüber, ob der Leninismus eine neue Etappe in der Entwicklung des Marxismus
sei oder nicht. Der Generalsekretär hatte gesprochen, die Frage war also entschie-
den Der Leninismus galt seitdem als eigenständige Etappe, und mit ihm wurde der
Marxismus-Leninismus aus der Taufe gehoben: als „Marxismus im Zeitalter des
Imperialismus und der proletarischen Revolution.“

Und Mitin beeilte sich, Stalin die Deutungshoheit über Lenins Werk und po-
litisches Wirken zuzusprechen:

„Wie man weiß, ist ... eine ganze Anzahl von Schriften über den Leninismus
erschienen, so die von Sinowjew und Bucharin. Unter all diesen Schriften stellen die
Vorlesungen Stalins über *Die Grundlagen des Leninismus* die einzigen vom Stand-
punkt der marxistisch-leninistischen Lehre ganz folgerichtige, ganz zuverlässige
Schrift dar.“²⁰ Stalin habe 1924 „die einzig richtige Fassung“ der Frage „nach der
Bedeutung des Leninismus in der Philosophie“ gegeben.²¹ Mehr. . noch: „Die Äuße-
rungen Stalins müssen der ganzen weiteren theoretischen Arbeit an der philosophi-
schen Front zugrunde gelegt werden“²².

Nachdem sich Mitin seinem Generalsekretär derart empfohlen hatte, erschien
1938 unter Stalins Namen ein (nach eigenem Zeugnis von Mitin verfasster) Traktat
Über dialektischen und historischen Materialismus, der mit dem Satz beginnt:
„Der dialektische Materialismus ist die Weltanschauung der marxistisch leninisti-
schen Partei“, – also eine Parteiideologie. Und wenn das so ist, dann ist dieser
Traktat zu Recht in die in Stalins Regie verfasste Parteigeschichte, die *Geschichte
der KPdSU (B)* eingefügt worden. Vorausgegangen war dem Traktat in Abschnitt

¹⁸ Aus der Resolution, a. a. O. ebd. ., S. 326

¹⁹ Roy Medwedew: *Let History judge. The Origins and Consequences of Stalinism*. N.Y. 1971, S. 510
erklärt diese Schrift Stalins als Plagiat von Ksenofontows Studien zum Leninismus, die dieser zur Be-
urteilung an Stalin gesandt habe, und die sich von März bis Juni in Stalins Besitz befunden haben sollen.
Ob dies nur ein Gerücht ist oder der Wahrheit entspricht, weiß ich nicht

²⁰ M. Mitin: ebd. S. 343

²¹ Vgl. M. Mitin, ebd., FN 3, S. 342

²² Ebd., S. 337

1 die Darstellung von Lenins Kampf gegen die *Revisionisten* in seinem Werk *Materialismus und Empiriokritizismus*. In Abschnitt 2 ließ Stalin seinen eigenen Traktat zur Philosophie folgen, womit er klarstellte, dass er auch das *theoretische Erbe* Lenins angetreten hatte. Und diesen Anspruch erhärtete er anschließend, indem er in den beiden folgenden Abschnitten über die Kämpfe an der „ideologischen Front“ gegen *Menschewiki, Trozisten* und andere *-isten* berichtet.

In Stalin/Mitins- Traktat wird das Muster vorgestellt, wie nach Stalins Vorstellung der dialektische und historische Materialismus, also die theoretische und die praktische Philosophie des Marxismus-Leninismus, beschaffen sein und künftig gelehrt werden sollten. Als Autoritäten in philosophischen Sachfragen kommen nur Marx, Engels und Lenin zu Wort. Und von ihren Aussagen z. B. zur materialistischen Dialektik findet nur das in den Text Eingang, was das politische Weltbild Stalin/Mitins bestätigt. Dem aber, was aufgenommen wird, verleiht der Autor die Autorität von unumstößlichen Naturgesetzen, die von der Arbeiterklasse und der kommunistischen Partei eins zu eins in praktisch-politische Handlungen umzusetzen sind.

Das klingt bei Mitin so:

„Wenn das Umschlagen quantitativer Veränderungen in ... plötzliche qualitative Veränderungen ein Entwicklungsgesetz darstellt, so ist es klar, dass die von unterdrückten Klassen vollzogenen revolutionären Umwälzungen eine völlig natürliche und unvermeidliche Erscheinung darstellen. Also kann der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus ... nicht auf dem Wege von Reformen, sondern einzig und allein ... auf dem Wege der Revolution verwirklicht werden. Um also in der Politik nicht fehlzugehen, muss man Revolutionär sein und nicht Reformist.“

Mit diesem Wenn-Dann-Schluss, mit dem die unerbittliche Logik der Geschichte ausgedrückt werden soll, führt Mitin auch das Gesetz des Widerspruchs ein.

„Wenn die Entwicklung in Form des Hervorbrechens der inneren Widersprüche verläuft mit dem Ziel, diese Widersprüche zu überwinden, so ist klar, dass der Klassenkampf des Proletariats eine völlig natürliche und unvermeidliche Erscheinung ist. ... Um also in der Politik nicht fehlzugehen, muss man eine unversöhnliche proletarische Klassenpolitik, nicht eine reformistische Politik der Interessenharmonie zwischen Proletariat und Bourgeoisie, nicht eine Paktierpolitik des ‚Hineinwachsens‘ des Kapitalismus in den Sozialismus durchführen.“²³

²³ Vgl. Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) Berlin 1951, Kapitel IV, Abschnitt 2, S. 138f.

Diese Sicht auf den Widerspruch als das zu „Überwindende“ hat nichts mit dem originären marxistischen Widerspruchsbegriff zu tun, – und auch nichts mit der Widerspruchsauffassung Lenins. Auch für Lenin ist der Widerspruch in seiner Einheit von Einheit und Kampf der Gegensätze die Bedingung aller Bewegung und Entwicklung. Aber in Bezug auf die Praxis stalinistischer Politik war das nur eine Sprechblase. Für sie war der Widerspruch immer nur das zu „Überwindende“, zu Vernichtende, ob als Gegensatz in der Realität oder als Gegenrede von Opponenten. Wie aber „überwindet“ Stalin das „Hervorbrechen innerer Widersprüche?“ Er wird sie los, indem er einen der beiden Gegensätze liquidiert.

Ein solcher Gegensatz war beispielsweise zwischen Stadt und Land während der Periode der *Neuen Ökonomischen Politik (NEP)* entstanden. 1927/28 wurden die Lebensmittel in den Städten knapp, weil die Aufkaufpreise für landwirtschaftliche Produkte gedrückt worden waren und es zudem eine Missernte gegeben hatte. Für die Versorgungskrise machte Stalins Fraktion die sog „Kulaken“ verantwortlich.²⁴ Man konnte das Getreideproblem lösen, indem man den Bauern höhere Getreidepreise zahlte, so dass sie bereitwillig mehr Getreide lieferten, wie Bucharin wollte, oder indem man zu den Methoden des Kriegskommunismus zurückkehrte und das Getreide requirierte. Stalin entschied für letzteres. Statt höherer Getreidepreise empfahl er die „ural-sibirischen Methode“, d. h. er begab sich vom 14.1.-6.2.1928 nach Sibirien, und ließ dort große Mengen Getreide requirieren. Seit 1927 galten die Kulaken ihm und seiner Fraktion als „Ausbeuter“ und „Volksfeinde“. Ihre Liquidation als „feindliche Klasse“ wurde Anfang 1930 in Gang gesetzt und war 1932 beendet. Die Kulaken und ihre Familien wurden von ihren Höfen vertrieben, deportiert, in Lager gesperrt, erschossen. Der Widerspruch wurde also zum Verschwinden gebracht, indem man die materiellen Träger einer seiner Gegensätze vernichtete, – und mit ihnen ihre produktive Potenz.

Und Bucharin? – hatte dem neuen „Bolschak“ widersprochen und für die Erhaltung des ökonomischen Widerspruchs zwischen industrieller und agrarischer Produktion plädiert, als kein Widerspruch mehr erlaubt war. Also verlor er seinen Sitz im Politbüro, wurde aus allen Ämtern entfernt, aus der Partei ausgeschlossen und 1938 erschossen.

²⁴ Unter „Kulaken“ wurden selbstständige Bauern verstanden, die seit Stolypins Agrarreform nicht mehr der obschtschina (=der alten dörflichen Landumteilungsgemeinschaft) angehörten. 1927 gehörten 95,5% des Landes der obschtschina und nur 3% waren sog. „Stolypinsche Höfe.“

Stalins Traktat *Über dialektischen und historischen Materialismus* gehörte in den frühen 50er Jahren zum Initiationsritus eines DDR-Philosophiestudenten in seine Zunft. Ich kann nicht leugnen, dass ich 1950 als studentischer Frischling beeindruckt war und mich strebend bemühte, den Text zu verstehen. Und als ich las, was ich schon lange geahnt hatte, dass das Auftreten von Widersprüchen ein völlig normaler „natürlicher“ Sachverhalt der Realität sei, war ich überzeugt, bei den Marxisten vor der richtigen Schmiede zu sein. Denn zum Studium der Philosophie hatte ich mich beworben, weil ich wissen wollte, was die Welt in ihrem Innersten zusammenhält. Sollte das vielleicht gar der Widerspruch sein?

Es ist hierzulande oft beschwichtigend gesagt worden: Dieser Traktat will doch nicht mehr als eine populärwissenschaftliche Einführung in die marxistische Philosophie sein. Aber das ist nicht wahr. Dieser Text ist das Produkt der skizzierten *Umwandlung der Philosophie in Parteiideologie*, die mit den im ursprünglichen Marxismus angelegten philosophischen *Möglichkeiten* zur Ausbildung einer materialistischen Dialektik nicht mehr viel gemeinsam hat.

Damit beende ich diese Skizze zur Genesis der marxistisch-leninistischen Philosophie. Wir werden deren Merkmalen und Erscheinungsweisen in der zu erzählenden Geschichte des Instituts immer wieder begegnen, ebenso den Versuchen, im Rahmen der vorausgesetzten Bedingungen und sie überschreitend, philosophisch anspruchsvolle Produkte und Leistungen hervorzubringen.

Unter diesen Bedingungen hatten die Philosophen der DDR zu leben und zu produzieren. Die jungen Leute meiner Generation, die sich fürs Philosophiestudium entschieden, waren alt genug, die Schrecken des Krieges und die Verbrechen des Naziregimes zu reflektieren. Sie waren d'accord mit dem erklärten Antifaschismus der zur SED zusammengeschlossenen Kommunisten und Sozialdemokraten und wollten am Aufbau eines neuen besseren Deutschland mitwirken. An die Universitäten kamen sie oft schon als bekennende Marxisten und Kommunisten und als Genossen der SED, hatten aber zu Beginn ihres Studiums in der Regel weder Kenntnisse im Marxismus noch von der Geschichte der Partei, der sie sich angeschlossen hatten. Wenn ihnen nicht das Glück widerfuhr, in die Philosophie von Lehrern wie Bloch, Harich, Zweiling oder Klaus eingeführt zu werden und den Reiz selbstständigen Denkens zu erfahren, bestand ihre philosophische Nahrung in der theoretischen und praktischen Philosophie jedoch aus der Trockenkost importierten marxistisch-leninistischen Lehrmaterials, resp. ihrer auf DDR-Verhältnisse zugeschnittenen Varianten. Und in ihrer Partei, der SED, die auf dem

Wege war, eine „Partei neuen Typus“ zu werden, wurden sie auf „Parteidisziplin“ als wichtigste Tugend eines Genossen eingestimmt.

Am Beispiel der in der Parteiorganisation geführten Auseinandersetzung um Bloch läßt sich m. E. folgende – für DDR-Intellektuelle meiner Generation – m. E. typische Verhaltensstruktur der beteiligten Personen erkennen: Das eine Ende der Skala bildete eine Gruppe von Personen, die sich mit der parteipolitischen Bestimmtheit der Philosophie identifizierte (sei es aus politischer Überzeugung, oder/und Karrieregründen), die aktiv die von der Parteiführung vorgegebene Linie der Ausgrenzung Blochs betrieb. Das andere Ende der Skala bildete eine Gruppe von Personen, die die Vormundschaft der Partei über die philosophische Theorie nicht akzeptierte, was mit Parteiausschluss geahndet wurde und einen Teil der Ausgeschlossenen zum Bruch mit dem System und zur Ausreise in die BRD führte. Im Mittelfeld befanden sich die vielen unschlüssigen Genossen, die die Ausgrenzung Blochs – wenn auch mit schlechtem Gewissen – mittrugen. Da sie die Bestimmtheit der Philosophie als Parteiideologie nicht bezweifelten, hatten sie vor sich selbst keine Argumente und somit keinen hinreichende Grund, die Rechtmässigkeit eines solchen Verfahrens zu bestreiten und sich aktiv der Kampagne zu widersetzen. Ideologische Sanktionen wurden also mit Mehrheitsbeschluß, d. h. auf demokratischem Wege erzielt!

Wer dieser DDR-Generation von Philosophen angehörte, und angetreten war, um am Projekt einer zukünftigen klassenlosen kommunistischen Gemeinschaft mitzuwirken, hatte es schwer, sich einzugestehen, dass die skizzierten Verwerfungen nicht Anfangsschwierigkeiten einer entwicklungsfähigen gesellschaftlichen Verfassung, nicht die sog. „Kinderkrankheiten des Kommunismus“ sind, sondern offensichtlich strukturelle Fehler des Systems, so dass der eingeschlagene Entwicklungspfad nicht zu einer Gesellschaft freier und gleicher Menschen führen konnte, wovon sie eingangs ihres Engagements für die SED überzeugt waren.

Dieser Gruppe von DDR-Philosophen gehörte ich selbst an, teilte lange ihre Vorurteile und Illusionen und habe so manche – auch politische – Fehlentscheidung mitgetragen. Aber Ende der 60er Jahre wurde mir die in der offiziellen Lehre vorgegebene Konzeption der marxistisch-leninistischen Philosophie zum Problem, da sie keine Instrumente bereithielt, das Verhältnis von modernem systemtheoretischem und dialektischem Denken zu bestimmen, das Gegenstand meiner Arbeit war. Zur Lösung dieses Problems wurde ich bei Peter Ruben fündig. Ich lernte seine Unterscheidung von Analytik und Dialektik und seinen in den Anfängen steckenden Versuch kennen, Hegels *Logik* materialistisch zu rekonstruieren. Indem ich diesem Pfad folgte, wurde ich philosophisch endlich mündig, endlich frei, d.

h. fähig, mich meiner Vernunft zu bedienen, also unabhängig vom vorgegebenen philosophischen System zu urteilen und kritikfähig ihm gegenüber zu sein. Die Parteiverfahren und die mit ihm einhergehenden theoretischen Zumutungen und Absurditäten taten ein Übriges, diese Distanz zu vertiefen. Mit dem Nachdenken über die DDR-Philosophie, die mein Leben tiefgreifend bestimmt hat, bin ich bis heute beschäftigt.

Für die nachfolgende, in der DDR sozialisierte Philosophengeneration erwies sich als politisches Schlüsselereignis der Prager Frühling, die Erfahrung, dass eine Reform des kommunistischen Systems offensichtlich nicht möglich ist. Das Prager Projekt, das System „menschlicher“, d. h. demokratischer zu gestalten, wurde von den Truppen des Warschauer Paktes gewaltsam zerschlagen. Danach konnte man dieser Generation in Bezug auf die Differenzen zwischen hehren humanistischen Zielen und frustrierender von Verboten umstellter Wirklichkeit nicht mehr mit den sog. „Kinderkrankheiten des Kommunismus“ kommen. Diese Generation hielt einen Aufstand zwar für erfolglos, und das war er ja auch dank der Breschnew-Doktrin, aber sie ging auf Distanz zum System. Gewiss waren viele von den Jungphilosophen Marxisten, hatten während des Studiums mit Erkenntnisgewinn und Vergnügen den Aufrührer und Gesellschaftskritiker Marx studiert, aber selbstverständlich auch marxistische Texte wie die von Korsch, Gramsci oder Trotzki gelesen, die in der DDR verfehmt waren, und oft wählten sie nach dem Studium Forschungsthemen, die ihnen gestatteten, sich intensiv mit nichtmarxistischen Philosophen, resp. philosophischen Richtungen zu befassen, die offiziell dem Metier „Kritik der spätbürgerlichen Philosophie“ zuzuordnen waren. Nicht wenige von ihnen waren später in einer der Gruppen der Bürgerbewegung aktiv.

Auch dieser Unterschied der Generationen und die Skala der skizzierten Typen dürfte unschwer in meinem Bericht zu erkennen sein.

Die hier skizzierte Genesis der DDR-Philosophie, durch die sie ihre spezifische Gestalt erhielt, war mir vor dem Zusammenbruch der DDR weitestgehend unbekannt. Sie ist meines Wissens ebenso ein Desiderat der philosophiehistorischen Forschung, wie die Analyse des Systems der marxistisch-leninistischen Philosophie noch ihrer wissenschaftlichen Untersuchung harret. Ich gestehe, dass die Analyse letzterer meinen alten Kopf überfordert hätte, aber tröste mich damit, dass sie thematisch nicht in einem Bericht über die Geschichte des Philosophieinstituts an der AdW der DDR. geleistet werden muss.

Zur Geschichte des Instituts gehören jedoch Rubens unmittelbar an die Klassiker des Marxismus anknüpfenden Ideen zur Ausarbeitung der Dialektik, die zum Dissens mit dem offiziellen Dialektischen Materialismus der DDR führten. Daher entschloss ich mich, in einem Exkurs auf den philosophischen Ansatz von Marx und Engels zurückzugehen, der als virulenter Gegensatz zwei im Prinzip unvereinbare Möglichkeiten des philosophischen Weiterdenkens in sich enthielt, die jedoch in dem gedanklichen Gebilde, das sich Dialektischer Materialismus nennt, zusammengespannt worden sind.

So gut es ging, habe ich in meinem Bericht die sachliche Kontroverse von dem politisch-ideologischen Verfahren, das auf Vernichtung der beruflichen Existenz Rubens und der Ruben-Gruppe zielte, zu trennen versucht. Aber ich kam nicht umhin, wenigstens anzudeuten, welcher Instrumente man sich bediente, um eine mit der offiziellen Lesart der DDR-Philosophie nicht konforme marxistische Position zu liquidieren. Zur Ehre der Philosophenzunft der DDR sei jedoch gesagt, dass Anfang der 80er Jahre die Bereitschaft in ihr nicht mehr groß war, philosophische Differenzen mit politischen Mitteln auszutragen. Mir jedenfalls ist aus dieser Zeit kein vergleichbarer Fall mehr zu Ohren gekommen

Das empirische Material zur Institutsgeschichte, das meiner Darstellung zu Grunde liegt, habe ich hauptsächlich den im Akademiearchiv befindlichen Aktenbestand entnommen. Aber als ich diese Recherchen 2011 beendete, waren die Akten des ZIPh nur bis Ende 1989 zugänglich. Für den Zeitraum danach waren sie noch nicht in den Aktenbestand eingearbeitet worden. Für den Zeitabschnitt 1990 bis zur Abwicklung des Instituts Ende 1991 konnte ich glücklicherweise Kopien nutzen, die sich in P. Rubens Privatarchiv befinden. (Sie werden in meinem Text unter dem Sigel „Privatarchiv Ruben/Warnke“ angegeben.) Im Übrigen habe ich – das Atmosphärische betreffend – aus persönlichen Erinnerungen an das Institutsgeschehen und aus Gesprächen mit ehemaligen Kollegen geschöpft.

Zu meiner Person: Jg. 1931, Philosophiestudium 1951–1956 an der Humboldt-Universität, 1956-1958 Arbeit als wissenschaftliche Assistentin im Gewi-Grundstudium: Diamat-Vorlesungen an der Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät, 1958 wegen Teilnahme an parteifeindlichen Debatten mit der Parteistrafe „strenge Rüge“ für 2 Jahre zur Bewährung in die Produktion geschickt. Arbeit im VEB Stern-Radio in der Endprüfung von Fernsehgeräten. 1960 von Prof. G. Klaus

angeworben für das im Aufbau befindliche Philosophieinstitut an der DAW. Wissenschaftliche Mitarbeiterin des Instituts vom 1. Oktober 1960 bis zum Juni 1981, 1976 bis Ende 1980 Bereichsleiterin des Bereichs Dialektischer Materialismus, 1968 promoviert und 1980 habilitiert (Dr. sc.). Im Zusammenhang mit der sog. „Ruben-Affäre“ Ausschluss aus der SED und versetzt ans *Zentralinstitut für Alte Geschichte und Archäologie (ZIAGA)*, 1990 Rückkehr ans ZIPh.

Für die Jahre 81–90 fehlen mir also die persönlichen Erinnerungen an die Entwicklung des ZIPh. Und so ist mir leider auch die Periode der ideologischen Erosion entgangen, die mit Gorbatschows Regierungsantritt auch hier eingesetzt hatte, die sich in den offiziellen Papieren des Instituts jedoch nicht, resp. erst ganz am Ende widerspiegelt.

1989 war das ZIPh auf einen Umfang von fast 100 wissenschaftlichen Mitarbeitern angewachsen. Entsprechend hoch war die im Laufe der Jahre erarbeitete Anzahl der Publikationen: – der philosophiehistorischen Editionen, der Monografien, Broschüren und Artikel in den verschiedenen Spezialgebieten der Philosophie in heimischen und ausländischen Publikationsorganen. Es konnte nicht mein Geschäft sein, und ich sah mich auch außerstande, sie alle aufzuzählen, geschweige denn zu beurteilen. (Dazu vermögen die von H.-C. Rauh erarbeiteten Publikationslisten weiterführende Informationen zu liefern.) Wo immer es mir möglich war zu urteilen, habe ich geurteilt, wo nicht, habe ich mir schlüssig erscheinende Urteile anderer in meine Darstellung übernommen, so z. B. die m. E. zutreffenden Charakterisierungen von Mitarbeitern durch F. Tomberg.²⁵ Und eine große Hilfe waren vor allem die ungeschönten selbstkritischen Texte, die die Bereiche für die in Vorbereitung befindliche Evaluierung erarbeitet hatten. Die habe ich zu großen Teilen übernommen und unkommentiert zitiert.

Bleibt zu hoffen, dass das Interesse in nachwachsenden Philosophen-Generationen an dem DDR-Experiment, Philosophie als marxistische und marxistisch-leninistische Philosophie zu betreiben, groß genug sein wird, um den Spuren weiter nachzugehen, die in dem von H.-C. Rauh in 4 Bänden realisierten Projekt gelegt worden sind.

Berlin, Juni/Juli 2016

²⁵ Vgl. F. Tomberg: Wie in der DDR mit der Geschichte der Philosophie die Staatsideologie unterhöhlt wurde. In: H.-C. Rauh/H. M. Gerlach (Hg.): *Ausgänge. Zur DDR-Philosophie in den 70er und 80er Jahren*

II. Die Arbeitsgruppe Philosophiehistorische Texte (APT)

Die Preußische Akademie der Wissenschaften wurde 1946 auf Betreiben der sowjetischen Besatzungsmacht als *Deutsche Akademie der Wissenschaften* (DAW) wieder eröffnet. Auf dem Gebiet der Philosophie wurden die Arbeiten an der seit 1900 erscheinenden Kant-Ausgabe und an der Leibniz-Edition, an der seit 1923 gearbeitet worden war, wieder aufgenommen. 1947 wurde ein *Institut für hellenisch-römische Philosophie* etabliert, das eine deutschsprachige Aristoteles-Ausgabe in Angriff nahm, hellenisch-römische Klassiker sowie Schriften früher christlicher Autoren edierte.

Im September 1948 waren auf die philosophischen Lehrstühle der Universitäten Marxisten berufen worden (Berlin: Kurt Hager, Halle: Georg Mende, Rugard Otto Gropp, Jena: Georg Klaus, Dresden: Hermann Ley, Greifswald: Erhard Albrecht). 1951 wurde in der DDR ein marxistisch fundiertes 5-jähriges Philosophiestudium eingerichtet, sowie ein gesellschaftswissenschaftliches Grundlagenstudium für alle Studenten, das gleichfalls Vorlesungen und Seminare in Philosophie vorsah. Dazu benötigten die Studenten philosophische und philosophiehistorische Fachliteratur. Zwar hatte bald nach dem Krieg der *Felix Meiner Verlag* in Leipzig seine Arbeit an der Edition philosophiehistorischer Texte wieder aufgenommen. Aber die thematische Gestaltung seiner *Philosophischen Bibliothek* mit ihrem Schwerpunkt auf den Idealisten der klassischen deutschen Philosophie und ihrer Vernachlässigung materialistisch und sozialkritisch orientierter Denker stimmte mit den Forderungen nicht überein, die die zuständigen Wissenschaftsfunktionäre des neuen Gemeinwesens an Inhalt und ideologisches Profil einer solchen Edition stellten.²⁶

Einen Ersatz für die *Philosophische Bibliothek* zu schaffen war auch deshalb nötig geworden, weil der Meiner Verlag nach Hamburg übergesiedelt war. Im Juni 1954 wurde unter Vorsitz von Akademie-Mitglied Arthur Baumgarten beschlossen, die *Sektion Philosophie* zu gründen²⁷, was dann im Juni 1955 geschah. Diese

²⁶ Vgl. K. Schrickel: Zur Tätigkeit der Arbeitsgruppe Philosophiehistorische Texte an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, in: DZfPh 6(1958)1, S. 131. Das Argument, das Schrickel hier gegen das Profil des Meiner Verlags anführt, ist im Kontext der seit Ende der 50er Jahre in der DDR geführten, von Stalins damaligem Ideologiechef A. Shdanow initiierten Materialismus-Debatte zu sehen, wonach der Materialismus immer progressiv, der Idealismus immer reaktionär sei. Auf Geheiß von K. Hager begann daher hierzulande v. a. bei den Philosophen der Humboldt-Universität die Suche nach zu Unrecht vergessenen deutschen Materialisten. Und natürlich waren diese künftig verstärkt zu edieren.

²⁷ Vgl. ABBAW NS A 1041; Referent der Sektion war Klaus Schrickel

sollte eine Arbeitsgruppe zur Edition der benötigten Texte konstituieren. Der Akademie-Verlag (Berlin) hatte im Januar 1954 bereits die Reihe *Philosophische Studententexte* ins Leben gerufen.

Die 1955 von ihr publizierten Texte sind die folgenden: –

W. Ruben: Geschichte der indischen Philosophie; – Xenophons Erinnerungen an Sokrates (hg. v. J. Irmscher); – Diogenes Laertius: Leben und Meinungen berühmter Philosophen (in der unveränderten Übersetzung O. Apelts, m. e. Vorwort v. M. Simon); – Thomas Campanella: Der Sonnenstaat. Idee eines philosophischen Gemeinwesens (m. e. Einleitung v. W. P. Wolgin u. e. biograph. Skizze v. F. A. Petrowski.); – George Berkeley: Drei Dialoge zwischen Hylas u. Philonous (hg. v. G. Mende); – Wilhelm Weitling: Garantien der Harmonie und Freiheit (hg. v. B. Kaufhold).

Am 1. 2. 1956 richtete die Sektion Philosophie der DAW die *APT* ein und bestellte zum Leiter ihren amtierenden Sekretär Prof. Dr. Klaus Schrickel (Jg. 1922), der zuvor an der Humboldt-Universität Geschichte der Philosophie gelehrt hatte. Der Konstitution der *APT* lag eine Empfehlung des Ministerrates der DDR vom 18. Mai 1955 zu Grunde, die Erforschung der Geschichte der deutschen Philosophie u. a. unter dem Gesichtspunkt zu betreiben,

„... die von der bisherigen Forschung vernachlässigten materialistischen Traditionen der deutschen Philosophie besonders zu berücksichtigen. Gleichzeitig mit einer Beschleunigung der Leibniz-Ausgabe und dem baldigen Abschluss der Kant-Ausgabe sollte die Sektion mit der Herausgabe der Werke von Thomas Müntzer, Ludwig Feuerbach und Josef Dietzgen beginnen.“²⁸

Es sind also vornehmlich zwei Schwerpunkte, auf die sich die Editionsarbeit der *APT* erstrecken sollte: 1. Publikation materialistischer und religionskritischer, resp. atheistischer Texte; 2. Edition von Texten, die in der Tradition revolutionär-demokratischen, resp. sozialistischen und kommunistischen Denkens wurzeln. Zweifellos war damit ein Desiderat bisheriger Philosophie- und Ideologiegeschichte benannt sowie Editions- und Forschungstätigkeit auf einem Terrain auf den Weg gebracht, das von der bürgerlichen Geschichtsschreibung vernachlässigt worden war. Editionen und Forschungen auf diesem Gebiet waren von da an bleibender Bestandteil der an der DAW betriebenen Philosophie.

Über die Entwicklung der *APT* hat K. Schrickel anfangs 1958 in der Deutschen Zeitschrift für Philosophie ausführlich Bericht erstattet. Aus diesem geht u. a. hervor, dass 1957 neben den *Philosophischen Studententexten* eine weitere Reihe

²⁸ Vgl. Mitteilungsblatt der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, 1. Jg. April/Mai 1955, H. 4-5

von Editionen ins Leben gerufen wurde, die Reihe *Quellen und Texte zur Geschichte der Philosophie*, die nicht zuletzt Erstveröffentlichungen von Texten zur Geschichte des Materialismus und Atheismus (besonders in Deutschland) bringen sollte. Ferner äußerte Schrickel die Hoffnung, nach dem verheißungsvollen Anfang mit W. Rubens Edition zur altindischen Philosophie, den herkömmlichen europazentrischen Rahmen durch entsprechende Publikationen sprengen zu können, wofür jedoch die dafür benötigten Experten fehlten. Auch die anderen Editionsprojekte waren aus Mangel an Fachkräften nur schwer zu realisieren.²⁹ Für viele Vorhaben war die APT auf Mitarbeiter aus anderen Institutionen angewiesen.

Von den Editionen der Reihe *Quellen und Texte* seien beispielhaft nur einige genannt:

L. Feuerbach: *Wesen des Christentums*, 2 Bde, hg. v. W. Schuffenhauer, 1958; G. Forster: *Philosophische Schriften*, hg. v. G. Steiner, 1958; N. Copernicus: *Über die Kreisbewegung der Weltkörper*, hg. v. G. Klaus, 1959; J. Toland: *Briefe an Serena*, hg. v. E. Pracht, 1959; C. W. Frölich: *Über den Menschen und seine Verhältnisse*, hg. v. G. Steiner, 1960; I. Kant: *Frühschriften*, hg. v. G. Klaus/M. Buhr, 1961; J. Dietzgen: *Schriften*, 3 Bde., hg. v. O. Finger, 1961–65; F. Bacon: *Das neue Organon*, hg. von M. Buhr, 1962; Th. Paine: *Die Rechte des Menschen*, hg. v. W. Mönke 1962.

Die APT begann ihre Arbeit mit 3 wissenschaftlichen und 2 technischen Kräften, die allesamt das Editions Handwerk erst erlernen mussten. Am 1. 9. 1957 bestand die Gruppe dann aus 5 technischen und 11 wissenschaftlichen Mitarbeitern. Letztere hatte Schrickel vorwiegend aus dem Kreis der Philosophieabsolventen der Humboldt-Universität der Jahrgänge 1956 und 1957 rekrutiert. Von diesen gehörte Hans Schulze (Jg. 1926) auch allen ihren Nachfolgeeinrichtungen bis zur Abwicklung des ZIPh 1991 an. Ebenso waren Bärbel Rollfink und Irene Kaiser als wissenschaftlich-technische Kräfte von Anfang bis Ende dabei.

Ab 21. 2. 1957 wurde Dr. Manfred Buhr (1927-2008)) – in Leipzig zum Thema: *Aufstieg und Ausschaltung des dialektischen Denkens in der Philosophie Immanuel Kants* frisch promoviert – auf Honorarbasis Mitarbeiter der APT. Von Anfang an war er hier zuständig für die klassische deutsche Philosophie und verantwortlich für eine mehrbändige Studienausgabe zu Kant, Fichte und Schelling.³⁰ Zwischen November 1957 und März 1958 nahm Buhr an den Verhandlungen um eine gemeinsame Fichte-Gesamtausgabe der Bayerischen AdW und der DAW zu

²⁹ Vgl. K. Schrickel: *Zur Tätigkeit der Arbeitsgruppe Philosophiehistorische Texte*, a. a. O., S. 129 ff.

³⁰ Vgl. ABBAW Best. AKL 109

Berlin teil und wurde zum Mitherausgeber von Seiten der DDR bestimmt.³¹ Buhrs Beteiligung an diesem Projekt führte zu seiner dauerhaften Verbindung mit Prof. Reinhard Lauth, seinem Fichte-Partner auf westdeutscher Seite und bestimmte das Thema seiner Habilitation 1962: *Die ursprüngliche Philosophie Johann Gottlieb Fichtes und die Französische Revolution*. Mit ihrer Veröffentlichung 1965 wurde Buhr über die DDR hinaus bekannt.

Schon als die APT gegründet wurde, hatte die Akademieleitung als eigentliches Ziel die Gründung eines kompletten philosophischen Instituts nach dem Vorbild der Moskauer Akademie der Wissenschaften ins Auge gefasst. Dass sich ein solches in Vorbereitung befinde, hatte AM (Akademie-Mitglied) Wolfgang Steinitz auf der *Freiheitskonferenz*, die im März 1956 von der Sektion Philosophie veranstaltet wurde³², nochmals bekräftigt. Und vermutlich war AM und Nationalpreisträger Ernst Bloch, der wohl nicht zufällig diese Konferenz leitete, als Direktor des künftigen Philosophieinstitutes vorgesehen. Daraus wurde jedoch nichts, nachdem Bloch durch seine öffentliche Reaktion auf den XX. Parteitag der KPdSU, die Geheimrede Chruschtschows und die Niederschlagung des ungarischen Aufstandes durch sowjetische Truppen, am Jahresende für dieses Amt nicht mehr in Frage kam.

III. Die Arbeitsgruppe Philosophie

Zur Gründung eines philosophischen Instituts fehlten zunächst schlicht die wissenschaftlichen Mitarbeiter. Es dauerte einige Jahre, ehe ausgebildete Philosophen in hinreichender Anzahl die Universitäten verlassen hatten. Im Januar 1959 wurde als Zwischenschritt die APT in eine „Arbeitsgruppe Philosophie“ umgewandelt und zu ihrem Leiter Prof. Dr. Georg Klaus (1912-1974)) berufen, der zu diesem Zeitpunkt den *Lehrstuhl für Logik und Erkenntnistheorie* am Philosophischen Institut der Humboldt-Universität innehatte (und diesen noch bis 1964 behielt).

³¹ Vgl. ebd.

³² Vgl. *Das Problem der Freiheit im Lichte des wissenschaftlichen Sozialismus*. Konferenz der Sektion Philosophie der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Nachdruck Berlin 1991, S. 6. Die APT hatte das Protokoll der Konferenz 1958 ediert. Der Protokollband wurde an Besteller trotz der Auseinandersetzung mit Bloch und seiner Emeritierung auch über die Buchhandlungen ausgeliefert.

Dieser Übergang ist in den Akten des Akademiearchivs nur mit wenigen mageren Daten belegt: Im März 1958 sei K. Schrickel von seiner Parteigrundorganisation aus der SED ausgeschlossen, am 19. Mai dann als Leiter der Arbeitsgruppe beurlaubt worden. Mit einem Aufhebungsvertrag zum 30. 9. 1958 habe Schrickels Tätigkeit als Leiter der APT geendet. Vom 1. 10. 1958 bis 31. 3. 1959 habe er dann in der APT als freier Mitarbeiter gearbeitet. Auf diese stufenweise Degradierung reagierte Schrickel damit, dass er die DDR verließ.³³

Nichts deutet darauf hin, dass sein Parteiausschluss politisch begründet wurde, auch wenn das Datum, März 1958, in dem die große Verhaftungswelle an den Universitäten der DDR im vollen Gange war, das nahe legen könnte. Das wäre bei einem so parteihörigen Mann wie Schrickel absurd gewesen. Aber mit seiner dogmatischen Haltung, von der Bloch unmittelbar betroffen war, und gegen die sich Harich zur Wehr gesetzt hatte, hatte er sich unter den Kollegen an der Humboldt-Universität und in der Sektion Philosophie der Akademie keine Freunde gemacht.³⁴ Auch wenn nach dem Zeugnis der im Akademie-Archiv erhaltenen Akten fachlich an Schrickels Arbeit für die APT offensichtlich wenig zu bemängeln war, wollten die Mitglieder der Sektion Philosophie gewiss nicht, dass das geplante philosophische Institut von einem dogmatischen Eiferer gegründet und geleitet wird. Wie damals gerüchteweise zu hören war, wurde als Grund für den Parteiausschluss der schon früher gegen Schrickel erhobene Vorwurf des Karrierismus und eines „unsittlichen Lebenswandels“ bemüht. Aus Sicht der ZK-Abteilung Wissenschaft aber dürfte der Zweck dieser Inszenierung, der Grund für die Absetzung Schrickels gewesen sein, die Leitungsfunktion für eine Person freizumachen, die nicht wie Schrickel promovierter Pädagoge, sondern Philosoph war und innerhalb

³³ Vgl. ABBAW, Best. AKL Nr. 109

³⁴ Im Mai 1950 verfertigte Schrickel im Auftrag des kulturellen Beirats für das Verlagswesen ein denunziatorisches Gutachten ganz im Geiste Shdanows zu Blochs Hegelbuch *Subjekt-Objekt*, in dem er z. B. von Blochs „Fehldeutungen“ der Klassiker sprach, „die vielfach in glatte Verleumdungen der Klassiker des Marxismus-Leninismus um(schlagen)“. Publiziert in: E. Bloch/J. Jahn: Ich möchte das Meine unter Dach und Fach bringen. Oder: Als Redaktionssekretär der DZfPh 1952/53 hatte Schrickel verlangt, so Wolfgang Harich, dass zu Walter Ulbrichts 60. Geburtstag ein Heft der Zeitschrift für den Generalsekretär gestaltet werden sollte. Und es war Schrickel, der 1952 auf Anregung Hagers eine Arbeitsgruppe zur Erforschung vergessener Materialisten gründete. Die Liste seines diesbezüglichen Wirkens könnte erweitert werden. Dennoch war die Art seiner Amtsenthebung schäbig.

der DDR sowie über ihre Grenzen hinaus die für dieses Amt erforderliche wissenschaftliche Reputation besaß.³⁵

Diese hatte sich Georg Klaus durch Lehrveranstaltungen zur Modernen Logik und durch Auseinandersetzung mit dem Neothomismus, d. h. durch sein Buch: *Gott – Jesuiten – Materie* (1957) erworben. Er war somit ein würdiger Kandidat, um für die Leitung eines künftigen Philosophie-Instituts der Akademie gekürt zu werden. 1959 erhielt er den Nationalpreis und seit 1961 (in diesem Jahr ist sein Buch: *Kybernetik in philosophischer Sicht* erschienen) wurde er Ordentliches Mitglied (OM) der DAW.

„Die Arbeitsgruppe Philosophie“ – schreibt Klaus im Januar 1959 an einen sowjetischen Kollegen – „ist das Embryo eines philosophischen Instituts und ich habe den Auftrag, aus dieser Arbeitsgruppe ein Institut zu entwickeln. Vorläufig allerdings besteht die Arbeitsgruppe nur aus Philosophiehistorikern, die im Großen und Ganzen einseitige Spezialisten für die Herausgabe philosophischer Texte sind.“ Das künftige Institut sei jedoch als Forschungsinstitut geplant, das folgende 3 Abteilungen umfassen soll: 1. Dialektischer Materialismus, 2. Historischer Materialismus, 3. Geschichte der Philosophie, die jeweils mindestens einen Leiter und 6 Mitarbeiter haben sollten. Die Editionsarbeiten sollen in einer besonderen Editionsabteilung weitergeführt werden. Sie seien jedoch den Forschungsaufgaben unterzuordnen, was eine Neuorientierung des Editionsprogramms einschließe.³⁶

Das war Zukunftsmusik. Ende September 1959 gehörten der Arbeitsgruppe noch immer nicht mehr als 11 wissenschaftliche Mitarbeiter und 5 technische Hilfskräfte an.³⁷ Sofort begonnen wurde mit der Arbeit an einem *Philosophischen Wörterbuch*, das zu schaffen Akademie-Vizepräsident Hans Ertel bereits vor Jahren angeregt hatte. Mit der Betreuung des Wörterbuchs wurde M. Buhr beauftragt.

³⁵ Klaus Schrickel wurde 1948 an der Universität Jena mit einem durchaus philosophischen Thema: „Klassischer Rationalismus und klassischer Empirismus in ihrem Zusammenhang mit den französischen Enzyklopädisten“ zum Dr. paed. promoviert. Er war in Gera geboren, wo er 1940 das Abitur ablegte, studierte in München zeitweise Medizin, besuchte nebenbei jedoch psychologische und philosophische Vorlesungen. Im Juli 1946 übersiedelte er nach Jena, wo er im Rahmen der Sozial-Pädagogischen Fakultät Philosophie wissenschaftlichen Sozialismus und Psychologie studierte. Er arbeitete 1946/47 als Assistent des Institutes für dialektischen Materialismus an der Uni Jena, wo er sich dem Studium der Vorgeschichte des dialektischen Materialismus widmete. Universitätsarchiv Jena, Bestand O, Nr.1, Bl.151r.

³⁶ Vgl. ABBAW, Best. AKL Nr. 109.

³⁷ Vgl. ebd.

IV. Institut für Philosophie (IfPh)

Am 28. 9. 1961 hatte die zuständige Klasse der Akademie beschlossen, die Arbeitsgruppe für Philosophie in ein „Institut für Philosophie“ umzuwandeln. Die Gründung fand dann im Juli 1962 statt. Das Institut umfasste bei seiner Gründung 20 wissenschaftliche Mitarbeiter (darunter 3 Professoren und 6 promovierte Kräfte). Es wies jene Struktur auf, die Klaus geplant hatte, ergänzt um Forschungen auf dem Gebiet des nationalen philosophischen Erbes (vertreten durch Prof. R. O. Gropp), die unmittelbar der Leitung zugeordnet wurden.³⁸

Bereits vor Gründung des Instituts war G. Klaus gesundheitlich angeschlagen. 1962 musste er für 8 Wochen ins Krankenhaus. In den kommenden Jahren war er immer wieder für längere Perioden ans Krankenbett gefesselt. Er beantragte daher im Mai 1962, M. Buhr als seinen Stellvertreter einzusetzen; und dieser hat immer öfter und immer länger eigenständig die Geschäfte des Institutsdirektors geführt, so dass bereits seit dieser Zeit Buhr mehr oder weniger als wirklicher Leiter des Instituts agierte.

Klaus wusste um die Begrenztheit der ihm noch verbleibenden Lebenszeit. Er nutzte sie in pausenloser Arbeit, um seine vielfältigen wissenschaftlichen Vorhaben noch bewältigen zu können, u. a. um die wissenschaftliche Bedeutung der Kybernetik allseitig theoretisch zu begründen und ihre praktische Anwendung zu propagieren.³⁹ Auftakt hierzu war sein Werk *Kybernetik in philosophischer Sicht* (1961), in dem er mit dem bis dato hierzulande grassierenden ideologischen Vorurteil aufräumen konnte, Kybernetik sei „imperialistische Pseudowissenschaft.“

Der Grund für die Konjunktur der Kybernetik in der DDR der 60er Jahre war zweifellos das *Neue Ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft (NÖSPL)*, von Ulbricht 1963 auf den Weg gebracht, das eine auf *ökonomisch selbst regulierten* (statt auf gesteuerten) Systemen basierende Volkswirtschaft zu denken und zu modellieren erlaubte.

Schon 1961 rief der damalige Generalsekretär der Akademie, Prof. Günther Rienäcker auf Betreiben von Klaus und unter seinem Vorsitz eine *Kommission für Kybernetik* ins Leben, der die Professoren Fritz Behrens (Ökonomie), Robert Rompe (Physik), Kurt Schröder, R. Reißig (Mathematik), sowie Dr. H. Thiele (math. Logik) angehörten. (Wiss. Sekretär war anfangs Rainer Thiel, später Heinz

³⁸ Vgl. ABBAW, Best. AKL, Nr. 110.

³⁹ 1964 folgte das Werk *Kybernetik und Gesellschaft* (unter Mitarbeit von G. Schnauß), 1966 *Kybernetik und Erkenntnistheorie*, 1967 G. Klaus/H. Liebscher: *Wörterbuch der Kybernetik*, 1968 *Spieltheorie in philosophischer Sicht*

Liebscher).⁴⁰ Ihre Aufgabe war es zunächst, eine Bestandsaufnahme über die in der DDR auf dem Gebiet der Kybernetik bestehende Lage zu erarbeiten (*Denkschrift über die Bedeutung der Kybernetik für Wissenschaft, Technik und Wirtschaft, Herbst 1962*), in einer zentralen Kybernetik-Konferenz „eine Übersicht über den erreichten Stand zu gewinnen und die auf verschiedenen Gebieten bereits tätigen Kräfte zu sammeln.“⁴¹ Im April 1961 hatte die Redaktion der *Einheit* mit Wissenschaftlern verschiedener Disziplinen die Bedeutung der Kybernetik für die künftige Entwicklung der Gesellschaft beraten. Die Teilnehmer der Tagung waren sich einig, dass sich die DDR-Wissenschaft im Hinblick auf die Kybernetik im Rückstand befinde und diesen beseitigen müsse, wenn sie die mit der Automatisierung und der Leitung ökonomischer Prozesse verbundenen Probleme bewältigen wolle.⁴² Dem pflichtete W. Ulbricht ausdrücklich bei.⁴³

In den 60er Jahren, in der Periode des NÖSPL, wurde die Wissenschaft in ihren vielfältigen Facetten zum vorherrschenden Thema in der DDR-Philosophie. *Die marxistisch-leninistische Philosophie und die technische Revolution* war der Gegenstand des Philosophiekongresses 1965. Und es versteht sich, dass an dem von G. Klaus geleiteten Institut, speziell in der **Abteilung Dialektischer Materialismus** (künftig **DiaMat**), die Thematisierung der Wissenschaften groß geschrieben wurde. Der in Leningrad frisch promovierte Dr. Günter Kröber (Jg. 1933), seit der Institutsgründung Leiter dieser Abteilung, stand Klaus im Hinblick auf sein Philosophieverständnis nahe. Eine kleine Klaus direkt zugeordnete Arbeitsgruppe zur Kybernetik (bestehend aus H. Liebscher, Klaus Dieter Wüstneck, und Gerda Schnauß)⁴⁴ war an diese Abteilung angeschlossen. So spielte die Kybernetik und ihre Denkweise hier natürlich eine große Rolle.

Seit Mitte der 60er Jahre waren G. Klaus und G. Kröber als Autoren an dem von Alfred Kosing 1967 publizierten Lehrbuch *Marxistische Philosophie* beteiligt

⁴⁰ Vgl. H. Liebscher: Fremd- oder Selbstregulation. Systemisches Denken in der DDR zwischen Wissenschaft und Ideologie, Münster 1995, S. 17

⁴¹ Vgl. H. Liebscher: Kybernetik und philosophische Forschung. In: DZfPh 13(1965)2, S. 189

⁴² Kybernetik – Philosophie – Gesellschaft. Zu einer wissenschaftlichen Beratung der Redaktion „Einheit.“ R. Thiel in: Einheit 16(1961)7 Beilage

⁴³ Vgl. W. Ulbricht: Rede auf der zweiten Plenartagung des Forschungsrates der DDR. In: Neues Deutschland v. 18. 11. 1962, S. 4

⁴⁴ Eine Auswahl der damaligen Produktionen dieser Gruppe: G. Klaus: Die Kybernetik, das Programm der SED und die Aufgaben der Philosophie, in: DZfPh 11(1963)6; K. D. Wüstneck: Der kybernetische Charakter des neuen ökonomischen Systems und die Modellstruktur der Perspektivplanung als zielstrebigere kybernetischer Prozess, in: DZfPh 13(1965)1; H. Liebscher: Kybernetik und philosophische Forschung, in: DZfPh 13(1965)2; W. Maltusch/G. Schnauß: Optimierung gesellschaftlicher Prozesse, in: DZfPh 13(1965)6; G. Klaus: Kybernetische Reflexionen zum subjektiven Moment der Erkenntnis, in: DZfPh 13(1965)10–11

(Kapitel V–X), in denen Klaus sein systemtheoretisches Verständnis der materialistischen Dialektik vorstellte.⁴⁵ Als Höhepunkt dieser Entwicklung veranstaltete das Institut im November 1968 ein Kolloquium zum Thema: *Der Systembegriff und dessen Bedeutung für die philosophische Forschung*, auf dem vom Referenten (G. Kröber) und in den Diskussionsbeiträgen die Nähe, wenn nicht gar die Identität von dialektischem und Systemdenken behauptet wurde.⁴⁶

In der ersten Hälfte der 60er Jahre war der Bereich (wohl von der Abteilung Wissenschaft des ZK) beauftragt worden, zum *Verhältnis von Wissenschaft und Weltanschauung* zu arbeiten. Aus der nachfolgenden Entwicklung und heutiger Sicht war der Sinn dieses Auftrages, Kritik an der von G. Klaus, also im ZIPh, vorherrschenden systemtheoretischen Sicht auf die Gesellschaft und deren Tendenz zu üben: Gesellschaften ausschließlich unter ihrem Verhaltensaspekt als Systeme zu thematisieren, wodurch die Bedeutung der marxistisch-leninistischen Klassen- und Klassenkampftheorie ins Hintertreffen zu geraten drohte. Die Beauftragten begriffen den ideologischen Sinn dieses Auftrags nicht, nämlich, den Historischen Materialismus gegen die Systemtheorie in Stellung zu bringen. Sowohl der Leiter des Diamat-Bereichs, G. Kröber, als auch ich rätselten, wie man dieses in unseren Augen kolossale Thema angehen könne. Und so beschlossen wir, mit einer historischen Untersuchung des Verhältnisses von Philosophie und wissenschaftlichem Denken in der griechischen Antike, in der beide ihren Ursprung haben, uns zunächst ein Modell für weitere Untersuchungen zu schaffen. Das Produkt war der Band *Wissenschaft und Weltanschauung in der Antike. Von den Anfängen bis zu Aristoteles*.

Dieser Band enthielt folgende Beiträge: A. Joja: Die Anfänge der Logik und Dialektik in Griechenland; G. Klaus/ G. Kröber: Mathematik und Philosophie in der Antike; H. Mielke: Erkenntnisse u. Irrtümer in der griechischen Naturphilosophie; C. Warnke: Die Geburt der wissenschaftlichen Medizin aus der Weltanschauung der Antike; C. Warnke: Das Problem der Seele und die Anfänge der Psychologie.⁴⁷

⁴⁵ Vgl. A. Kosing: Habent sua fata libelli. Über das merkwürdige Schicksal des Buches *Marxistische Philosophie*. In: H.-C. Rauh/P. Ruben: Denkversuche. DDR-Philosophie in den 60er Jahren, S. 77 ff.

⁴⁶ Einen ausführlichen Bericht dazu von H. Horstmann findet man in: DZfPh 17(1968)6, S. 731–744; ferner in den phid Informationen 58(1969)4

⁴⁷ Hg. v. G. Kröber, Berlin 1966; Mit meiner Arbeit zu Verhältnis von griechischen Medizin und Philosophie wurde ich, – seit Oktober 1960 Mitarbeiterin des Instituts – 1968 promoviert.

Der für unser Gemeinschaftsprodukt gewählte Titel weist aus, dass die Beteiligten, also auch ich, wie in der DDR-Philosophie generell üblich, damals keinen Unterschied zwischen Philosophie und Weltanschauung machte, sondern „Weltanschauung“ nur für ein anderes Wort für „Philosophie“ hielt.

Als dieser Band 1966 erschien und die Systemeuphorie am Institut ihren Höhepunkt erreichte, hatte der ideologische Wind begonnen, sich zu drehen. Auf dem VII. SED-Parteitag 1967 hatte Ulbricht erklärt, dass die *entwickelte sozialistische Gesellschaft* als Ganzes, ihre sozialen, kulturellen und technisch-wissenschaftlichen Momente in untrennbarer Einheit zu gestalten seien. Der Kampf zwischen Sozialismus und Imperialismus werde als Klassenkampf zwischen zwei entgegengesetzten gesellschaftlichen *Gesamtsystemen* geführt. Und zur Beschwichtigung der Kritiker des Kybernetikbooms fügte er hinzu: Zur wissenschaftlicher Analyse dieses Gesamtsystems seien aber nach wie vor die Lehren des Marxismus-Leninismus gültig. 1967 wurde Klaus noch mit dem Vaterländischen Verdienstorden in Gold u. a. für seine Verdienste um die Entwicklung der marxistisch-leninistischen Philosophie ausgezeichnet. Auf dem 10. SED-ZK-Plenum (8. – 9. 4. 1969) aber attackierte Hager, (SED-Politbüromitglied und Chefideologe der Partei), Heinz Liebscher, den engsten Mitarbeiter von G. Klaus, mit dem Vorwurf: Mit der kybernetischen Betrachtungsweise der Gesellschaft nivelliere er die Erkenntnisse des historischen Materialismus.

O-Ton Hager: „Erkenntnisse des historischen Materialismus vom Wesen und der Rolle des Klassenkampfes als Triebkraft der Geschichte, von der sozialen Revolution, der Rolle der Arbeiterklasse usw. verschwinden, wenn z. B. Genosse Liebscher vom Institut für Philosophie der Deutschen Akademie der Wissenschaften in einem Artikel feststellt, dass die menschliche Gesellschaft auf allen ihren Entwicklungsstufen von jeher ein selbstregulierendes System im Sinne der Kybernetik war und dann fortfährt: ‚Kennzeichnend dafür ist u. a. die bemerkenswerte Stabilität der menschlichen Gesellschaft gegenüber inneren und äußeren Störungen, sei es in Gestalt heftiger Klassenkämpfe (innere Störungen) oder bedrohlicher Einwirkungen der Natur (äußere Störungen). Auch die Aufeinanderfolge der verschiedenen Gesellschaftsformationen muss als Wechsel der Verhaltensweise eines sich entwickelnden kybernetischen Systems gedeutet werden‘.“⁴⁸

⁴⁸ K. Hager: Grundfragen des geistigen Lebens im Sozialismus. In: Neues Deutschland vom 30. 4. 1969, S. 6. Der von Hager zitierte Text Liebschers stammt aus dessen Artikel: Kybernetik und gesellschaftliche Prozesse im Sozialismus, Spektrum 1, 1969, S. 7. Hagers ideologische Schelte führte in der SED-Parteiorganisation des Institutes postwendend zu einer Debatte über die Position Liebschers und der Kybernetik-Gruppe: über ihre „positivistischen“ und „konvergenztheoretischen“ Tendenzen. Sie endete glimpflich, da es eine „Weisung von ganz oben“ gegeben habe, die Auseinandersetzung nicht zu einem „Fall Liebscher“ zu machen. Vgl. H. Liebscher: Fremd- oder Selbstregulation, a. a. O., S. 67; S. 180.

Dieser Angriff Hagers setzt den Amtsantritt Breshnews 1964 und dessen Politik der Restalinisierung voraus. Sie hatte der konservativen Fraktion im Parteiapparat, die Ulbrichts ökonomischen Reformkurs und sein Bündnis mit den Wissenschaftlern zutiefst missbilligte, kräftig Rückenwind gegeben. Vollends bestätigt sah sich diese Fraktion, als die mit dem Prager Frühling verbundenen Hoffnungen auf einen rundum reformierten Sozialismus durch sowjetische Panzer niedergewalzt worden waren. Fortan galt bis ans Ende im sozialistischen Lager für die Ideologie, also auch für die philosophische Diskussion, die Devise: „Es bleibt alles beim Alten, Bewährten. Keine Experimente in der Theorie!“

Auch die Abteilung **Historischer Materialismus** (künftig **HistMat**) war natürlich vom Zeitgeist der 60er Jahre geprägt. Ihr Leiter war von 1962–1965 Prof. Dr. Hermann Scheler (1911-1972)⁴⁹, der an der Akademie mit dem anspruchsvollen Projekt angetreten war, in den nächsten Jahren *Die grundlegenden Gesetzmäßigkeiten des umfassenden Aufbaus des Sozialismus in der DDR* in einem Kollektivwerk mit Lehrbuchcharakter (von 1000 S.!) darzustellen. Es sollte dies ein „Beitrag zur Durchsetzung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit sein“, „entsprechend dem Aufruf des VI. Parteitags“. Er plante also ein Mammutunternehmen, an dem er sich überhob. Neben Mitarbeitern des eigenen Instituts sollten sich Mitarbeiter anderer Institutionen innerhalb und außerhalb der Akademie beteiligen. Das Redaktionskollegium wollte er, dem Unternehmen angemessen, hochkarätig besetzen. Er hatte dabei u. a. an AM Fred Oelßner⁵⁰ und den Leiter des Instituts für staats- und rechtswissenschaftliche Forschung, AM Karl Polak, gedacht. Oelßner sagte seine Teilnahme ab, und Polak verstarb bereits 1963. Auch andere zur Mitarbeit vorgesehene Institutionen verweigerten sich diesem Projekt. Es ist danach auf das Thema geschrumpft: *Das Verhältnis von objektiven und subjektiven Faktoren im gesetzmäßigen Entwicklungsprozess der sozialistischen Gesellschaft* und sollte nun in Kooperation mit den Philosophen der Humboldt-Universität und dem Institut für Marxismus-Leninismus an der Hochschule für Ökonomie realisiert werden (unter der Redaktion von H. Scheler, G. Söder, E. Hahn).⁵¹ Wenn ich recht sehe, war das schließlich realisierte Endprodukt dieses Planes das Sonderheft der DZfPh 1964: *Der Mensch und die objektive Gesetzmäßigkeit in der*

⁴⁹ H. Scheler war Mitherausgeber der Reihe Wissenschaftliche Weltanschauung Teil II Historischer Materialismus (hg. von W. Eichhorn I, G. Heyden, A. Kosing, H. Scheler) und ist Autor von H. 7: Die große Perspektive der Menschheit: der Kommunismus. Zur Person vgl. Philosophenlexikon, Berlin 1982, S. 814

⁵⁰ Damals Direktor des Instituts für Wirtschaftswissenschaften der DAW, AM seit 1953

⁵¹ Vgl. ABBAW Best. AKL. N. 110

sozialistischen Gesellschaft (mit Beiträgen von H. Scheler, G. Kröber, P. Bollhagen, H. Kosin, W. Maltusch, H. Crüger, G. Söder, H. Horstmann), also überwiegend von Angehörigen des IfPh.). Nach dieser wenig glücklichen Episode seines Schaffens kehrte Scheler 1965 zu den Philosophen der Humboldt-Universität zurück.

Seine Funktion übernahm Dr. Wolfgang Eichhorn I (Jg. 1930), der sie, seit 1964 am IfPh, (mit Unterbrechung von 1969–1971) bis zur Wende innehatte. 1964 hatte er sich mit einer viel beachteten Arbeit: *Wie ist Ethik als Wissenschaft möglich?* habilitiert, die 1965 erschien. In diesem Jahr wurde er an der Akademie auch zum Professor berufen. Er war an das IfPh mit der Absicht gekommen, sich mit der Gruppe der vorgefundenen historischen Materialisten an der in der DDR im Aufbau befindlichen soziologischen Forschung zu beteiligen. Aber seine Arbeit auf dem Gebiet der Soziologie blieb Episode.⁵² Stattdessen war er in den kommenden Jahren ein viel beschäftigter Mann als Mitherausgeber und Mitarbeiter von Texten zu historisch-materialistischen Themen.⁵³

In der 2. Hälfte der 60er Jahre vereinte die Debatte um die Probleme der Gesellschaftsprognose die Abteilungen DiaMat und HistMat zu einem Gemeinschaftsprojekt. Angesichts der bürgerlichen Futurologie (Ossip K. Flechtheim, Robert Jungk) und in Reaktion auf die Konstrukte einer künftigen postindustriellen Gesellschaft schien es geboten, sich auf marxistisch-leninistischer Basis der theoretischen Probleme der Prognostik des sog. „gesellschaftlichen Gesamtsystems des Sozialismus“ anzunehmen, „eine dialektische Auseinandersetzung mit den Zukunftsproblemen“ zu betreiben, zumal W. Ulbricht explicité verlangt hatte, „die

⁵² Vgl. dazu: Erfahrungen und Probleme einer soziologischen Untersuchung (W. Eichhorn I, W. Eichhorn II, E. Hahn, R. Thiel) in: DZfPh 12(1964)1. Hier wird über die Ergebnisse einer im Juni 1963 durchgeführten soziologischen Untersuchung über das Neuererwesen in zwei Berliner Großbetrieben berichtet. Dieses Unternehmen sei ein Versuch gewesen, „ein komplexes, sehr umfangreiches soziologisches Programm mit exakten Methoden und einem hohen Grad der Ausnutzung des empirischen Stoffes zu verwirklichen.“ (S. 97)

⁵³ Er war Mitherausgeber der Reihe Wissenschaftliche Weltanschauung, in der er 1960 mit R. Schulz Heft.4: Klassen und Klassenkampf, Staat und Revolution publizierte. Erheblichen Anteil als Autor hatte er am Lehrbuch Marxistische Philosophie 1967

marxistisch-leninistische Gesellschaftsprognostik in bisher nicht gekanntem Ausmaß auszuarbeiten und anzuwenden“.⁵⁴ Also boomte auch im IfPh das Thema „Prognostik.“ Es gipfelte schließlich in dem Buch *Philosophie und Prognostik. Weltanschauliche und methodologische Probleme der Gesellschaftsprognose*⁵⁵, das nicht ohne historisches Interesse ist. Es enthält m. E. das für die DDR-Philosophie in Ulbrichts Reformperiode typische Gemenge von ernsthaften Ansätzen zur wissenschaftlichen Untersuchung des Themas mit der Verkündung von satt-sam bekannten ideologischen Gewissheiten.

Die **Abteilung Geschichte der Philosophie** wurde von Prof. Dr. Matthäus Klein (1911-1988, emeritiert 1973) geleitet, der vom ZK-Institut für Gesellschaftswissenschaften ans IfPh wechselte, als dieses gegründet wurde. Er war mit dem Auftrag gekommen, eine *Arbeitsgruppe zur Erforschung der Geschichte der marxistisch-leninistischen Philosophie in Deutschland* zu bilden. Dieser Gruppe gehörten zunächst Heinz Pepperle, Gerd Irrlitz und später und zeitweilig u. a. Rolf Semmelmann und Rita Kuczynski an. In Zusammenarbeit mit Erhard Lange (Universität Jena) und Fritz Richter (Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED) hat M. Klein 1969 in zwei Halbbänden: *Zur Geschichte der marxistisch-leninistischen Philosophie in Deutschland Bd. I* publiziert, nicht ohne so manche ideologische Hürde nehmen zu müssen. Die Publikation umfasst die Zeit von den „Anfängen“, die mit Marx und Engels datiert ist, bis zur „Großen Sozialistischen Oktoberrevolution.“

1965 bis 1975 hat Dr. Heinz Pepperle diese Arbeitsgruppe geleitet. Das Manuskript des von ihr erarbeiteten Folgebandes lag 10 Jahre unveröffentlicht beim Dietz-Verlag und wurde nie publiziert. Zu groß waren die Differenzen zwischen den Forschungsergebnissen dieser Gruppe und den Urteilen der SED-Parteiführung über die Geschichte der marxistischen Philosophie in der Weimarer Republik!

⁵⁴ Vgl. W. Ulbricht: Die gesellschaftliche Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik bis zur Vollendung des Sozialismus, Berlin 1967, S. 92 u. 94. Am IfPh war Prognostik danach zeitweilig ein Modethema: A. Bauer/H. Kosin: Probleme der Gesellschaftsprognose und der Politik in Deutschland, in DZfPh 15(1967)1; A. Bauer/W. Eichhorn I: Prognose und Planung als Mittel der gesellschaftlichen Praxis im Sozialismus, in: ebd.: H. 2; W. Eichhorn I: Gesellschaftsprognose und Handeln, ebd. H. 11; ders.: Prognostik und Planung als philosophisches Problem, in: DZfPh 16(1968)1; G. Kröber: Prognose, Hypothese, Gesetz – logisch-methodologische Bemerkungen, in: DZfPh 15(1967)7; M. Buhr/G. Kröber: Von der Vision zur Wirklichkeit. Sozialismus und Prognose, in: Neues Deutschland, 29. 8. u. 1. 9. 1967.

⁵⁵ Die Autoren sind: A. Bauer, W. Eichhorn I, G. Kröber, H. Schulze, W. Segeth. K.-D. Wüstneck

Den philosophiegeschichtlichen Arbeiten des Instituts zur **vormarxistischen Philosophie** hat Manfred Buhr von Anfang an seinen Stempel aufgedrückt. Er verstand dafür zu sorgen, dass die *klassische deutsche bürgerliche Philosophie*⁵⁶, ungeachtet aller Wechselfälle der politisch-ideologischen Konjunktur, permanent und unbestritten Arbeitsgegenstand des Instituts war und bis zu seinem Ende blieb. Kant, Fichte, Schelling, Hegel gehörten, – auch wenn sie in der Lesart des Marxismus-Leninismus eindeutig als Idealisten galten – zum sog. „Nationalen Kulturerbe“. Buhr tat das seine, dieses Erbe zu pflegen, indem er keinen der möglichen Gedenktage vorübergehen ließ, ohne ihre Bedeutung für den Marxismus-Leninismus zu betonen. Das geschah möglichst in Kooperation mit dem sowjetischen Partnerinstitut (Teodor I. Oiserman), mit internationaler Beteiligung, in Anwesenheit hochrangiger Parteifunktionäre, und mit einem Gedenkartikel aus Buhrs Feder im SED-Parteijournal *Einheit* und im *Neuen Deutschland*.

Für einen Höhepunkt der Öffentlichkeitsarbeit des Institutes halte ich den *VIII. Internationalen Hegel-Kongress* in Berlin (zum 200. Geburtstag Hegels; 23.-29. 8. 1970). Buhr hatte sich mit Hilfe Alexander Abuschs – eines hochrangigen SED-Partei- und Kulturfunktionärs – die ideologische und finanzielle Unterstützung der SED-Parteiführung für diesen Kongress gesichert und Abusch durfte dafür einen der Einführungsvorträge halten. Die Atmosphäre der Brandt-Ära und der neuen Ostpolitik hatte eine rege Teilnahme von Kollegen aus der Bundesrepublik am Kongress möglich gemacht. Man war in dieser Periode als Westler kein Paria mehr, wenn man Kontakte mit DDR-Kollegen knüpfte und unterhielt. Aber es konnte natürlich nicht ausbleiben, dass es jenseits der Probleme der Hegel-Philologie und Hermeneutik zu lebhaften, teils kontroversen Debatten kam. Letztere entzündeten sich u. a. am Themenkomplex: Hegels Auffassungen zu Staat und Recht und in diesem Kontext an so heiklen Themen wie dem eines „demokratischen“ oder „menschlichen Sozialismus,“ wie er vor zwei Jahren von der Dubček-Fraktion der KPČ avisiert aber von sowjetischen Panzern niedergewalzt worden war. Das Echo sowohl in der Westpresse als auch bei den DDR-Parteioberen über den Verlauf des Kongresses war positiv. Die Journalisten der Westpresse lobten v. a., dass Hegels Schaffen auf diesem Kongress „unter aktuellen Aspekten gewürdigt“ worden war, so dass sie verstehen konnten, worüber man debattierte. Die

⁵⁶ In der DDR-Philosophie war die Rede von der klassischen deutschen „bürgerlichen“ Philosophie (die wohl von Buhr) eingeführt worden war, da man die Bezeichnung „klassische deutsche“ nur dem Marxismus vorbehalten wissen wollte. Aber kein Mensch nannte den Marxismus je „klassische deutsche Philosophie“.

SED-Parteibrigkeit im eigenen Lande fand, dass sich unsere Genossen tapfer geschlagen hätten.⁵⁷

Das wichtigste Produkt der Forschungsarbeit zur klassischen deutschen Philosophie am IfPh in den 60er Jahren war das Gemeinschaftswerk von M. Buhr und Gerd Irrlitz: *Der Anspruch der Vernunft, Teil I* (1968), das diese von Kant bis einschließlich der Naturphilosophie des jungen Schelling thematisierte.⁵⁸ Diesem soliden wissenschaftlichen Werk war innerhalb der DDR und über ihre Grenzen hinaus großer Erfolg beschieden. Geplant war ein II. Teil, der v. a. die Philosophie Hegels zum Gegenstand haben sollte. Dieser kam jedoch nicht zustande, da sich die Autoren entzweiten und G. Irrlitz das Institut verließ. Die bei seinem Ausscheiden von Buhr ausgesprochene Drohung, er werde zu verhindern wissen, dass Irrlitz in den nächsten 10 Jahren in den Verlagen der DDR publizieren könne, vermochte Buhr nahezu vollständig zu realisieren!⁵⁹

Bereits Anfang der 60er Jahre hatte Buhr die Beziehung zur *Internationalen Hegel-Gesellschaft* und ihrem Präsidenten, Wilhelm Raimund Beyer, geknüpft. Sein erster Auftritt vor dieser Gesellschaft fand auf dem *IV. Hegel-Kongress 1962* in Genf, mit dem Beitrag *Von Fichte zu Hegel* statt.⁶⁰ Buhr wurde bald zum Mann der Hegel-Gesellschaft in der DDR, d. h. zu derjenigen Person, die maßgeblich darüber entschied, welcher DDR-Philosoph zu diesen Hegel-Kongressen ins Ausland fahren durfte.⁶¹ Im Laufe der Jahre hat er seine Auslandsbeziehungen nach Ost und West systematisch ausgebaut, in wichtigen wissenschaftsleitenden Gremien mitgewirkt und Kontaktpflege mit einflussreichen Personen der Leitungshierarchien in Ost und West betrieben, also daran gearbeitet, sich eine Monopolstellung in der Zukunft zu erarbeiten und sich diese zu erhalten.

Das die Mitarbeiter des Instituts ungeachtet ihrer Spezialisierung seit den 60er Jahren einigende Band war das von G. Klaus und M. Buhr herausgegebene *Philosophische Wörterbuch*. Nahezu alle Mitarbeiter haben an ihm mitgewirkt. Es

⁵⁷ Vgl. dazu den Bericht in DZfPh 19(1971)3

⁵⁸ Der Untertitel lautet: Die klassische bürgerliche deutsche Philosophie als theoretische Quelle des Marxismus. Teil 1 Kant – Fichte – Schelling, Lessing – Herder – Goethe – Schiller.

⁵⁹ Nach dem Publikationskatalog der Deutschen Nationalbibliothek sind zwischen 1971 und 80 keine Publikationen von G. Irrlitz erschienen.

⁶⁰ IV. Internationaler Hegel-Kongress in Genf, in: DZfPh 11(1963)2, S. 243; vgl. auch: W. R. Beyer: *Freibeuter in hegelschen Gefilden*, Frankfurt a. M., 1983, S. 103

⁶¹ An den Internationalen Hegel-Kongressen haben fortan immer auch DDR-Philosophen teilgenommen. Ihre Auswahl hat wesentlich Buhr bestimmt. Man stellte sich also tunlichst gut mit Buhr, wenn man das Privileg der Teilnahme genießen wollte. Die Beiträge wurden in den Hegel-Jahrbüchern publiziert. Bereits deren flüchtige Durchsicht zeigt, dass sich hier mancher wissenschaftliche Schatz findet, der so gar nicht mit dem heute gängigen Urteil von der Wertlosigkeit der DDR-Philosophie übereinstimmt.

erschien einbändig erstmals 1964 und wurde ein Erfolg über die Grenzen der DDR hinaus. Da die Nachfrage nach ihm groß war und groß blieb, wurde es neu bearbeitet und sein Begriffsbestand erweitert. 1974 lag es schließlich in 10. erweiterter Auflage in 2 Bänden (mit 60.000 Ex.) vor.⁶²

Die **Edition philosophiehistorischer Texte** wurde seit 1960 von Prof. Dr. R. O. Gropp (1907-1976) fortgeführt, der jedoch krankheitshalber 1965 emeritiert wurde.

Folgende Editionen, sind in dieser Zeitspanne – teils von institutsfremden Personen – erarbeitet worden:

F. Schmidt (Hg.): G. W. Leibniz: Fragmente zur Logik 1960; D. Bergner/R. O. Gropp (Hg.): J. G. Fichte: Ausgewählte Texte 1962; M. Buhr (Hg.): J. G. Fichte: Briefe 1962; R. O. Gropp (Hg.): G. W. F. Hegel: Ausgewählte Texte, Bd. 1 1964; W. Mönke (Hg.): Neue Quellen zur Heß-Forschung 1964; D. Wahl (Hg.): David Hume: Eine Untersuchung des Menschlichen Verstandes 1965; H. Pallus (Hg.): Joh. Nicolaus Tetens: Über den Ursprung der Sprachen und der Schrift 1966; G. Kröber 1965; L. Euler: Briefe an eine deutsche Prinzessin über verschiedene Gegenstände aus der Physik und der Philosophie.

1962, also zeitgleich mit der Gründung des IfPh, konstituierte sich erneut die **Sektion Philosophie an der DAW** (Zum Vorsitzenden wurde AM Prof. G. Klaus und zu seinem Stellvertreter Prof. Günter Heyden vom Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK berufen.) Die Sektion sollte für die „Konzentrierung der Forschungsarbeit nach einem einheitlichen Forschungsplan auf diejenigen Schwerpunktaufgaben“ sorgen, „die für die weitere gesellschaftliche Entwicklung der DDR von erstrangiger Bedeutung sind“ und dazu die Pläne der philosophischen Institute und Einrichtungen koordinieren.⁶³ Aber die Koordinierung kam nur schleppend voran. 1964 legte K. Hager nochmals nach und drängte auf die Ausarbeitung einer Gesamtkonzeption der Gesellschaftswissenschaften bis 1970.⁶⁴ Beauftragt von der Sektionsleitung antwortete Buhr auf die Vorgaben Hagers. Er bemängelte thematische Zersplitterung, ungenügende Konzentration auf wenige

⁶² 1975 erschien die 11. Auflage mit 80.000 Exemplaren, es erreichte eine Gesamtauflage von 480.000. 1975 erschien im Rowohlt-Verl. eine Lizenzausgabe d. 10. Auflage mit 10.000 Ex., im Verl. Das Europäische Buch Westberlin mit 20.000 Ex. Vgl. ABBAW FoB Gewi, Nr. 142

⁶³ Vgl. W. Schuffenhauer: Konstituierung der Sektion für Philosophie an der Deutschen Akademie der Wissenschaften, in: DZfPh 10(1962)4, S. 503; vgl. Gedanken zum Plan der philosophischen Forschung. Interview der Redaktion der DZfPh mit Prof. Dr. G. Heyden, 11(1963)1

⁶⁴ Vgl. K. Hager: Probleme und Aufgaben der Gesellschaftswissenschaftler nach dem 5. Plenum des ZK, in: Einheit, H. 4/1964

grundlegende Objekte in den Instituten, fehlende Kaderentwicklungspläne usw. „Die Sektion Philosophie“ – so das Fazit seines Mängelkatalogs, und auf dieses Fazit ist es offensichtlich angekommen! – „erarbeitet und berät im engsten Zusammenhang mit der Abteilung Wissenschaft beim ZK und dem Sektor Philosophie beim Staatssekretariat die Hauptrichtungen der philosophischen Forschung in der DDR, die im Plan der philosophischen Forschung niedergelegt sind bzw. niedergelegt werden müssen.“⁶⁵

Dies ist die Ankündigung der planmäßigen Subordination der Philosophie der DDR unter die politischen Organe von Partei und Regierung. Die vier Jahre später folgende Hochschul- und Akademiereform wird das auch organisatorisch festschreiben, wirft aber hier bereits ihre Schatten voraus.⁶⁶

Im Oktober 1968 beschloss das SED-Politbüro, die Leitung der Forschung auf dem Gebiet der nun ausdrücklich als „marxistisch-leninistisch“ bezeichneten Philosophie der Philosophie-Sektion der DAW zu entziehen und dem ZK-Institut für Gesellschaftswissenschaften zu übertragen – verbunden mit der Order, die Forschungskapazitäten auf jene Aufgaben zu konzentrieren, „die sich aus den heranreiften Entwicklungsbedingungen der sozialistischen Gesellschaft und den Erfordernissen des sich verschärfenden ideologischen Klassenkampfes ergeben.“

Im Mai 1969 wurde zu diesem Zwecke der **Rat für philosophische Forschung** (später umbenannt in **Wissenschaftlicher Rat für Marxistisch-Leninistische Philosophie der DDR**) gegründet, dessen Vorsitzender jeweils der Leiter des Philosophie-Lehrstuhls am genannten ZK-Institut sein sollte (das war zunächst A. Kosing, seit 1971 bis zur Wende E. Hahn). M. Buhr gehörte diesem Rat – funktionsbedingt – gleichfalls an.⁶⁷ Etwa fünf Jahre später, im Laufe des Jahres 1976, wurden (auf SED-Politbürobeschluss vom 1. 7. 1975) zusätzlich Problemräte für verschiedene philosophische Zweige gebildet: für dialektischen Materialismus (Leiter: Prof. Götz Redlow), für historischen Materialismus (Leiter: Prof. W. Eichhorn I), für Geschichte der Philosophie (Leiter Prof. E. Lange), für Kritik der bür-

⁶⁵ Stand und Aufgaben der philosophischen Forschung. Bericht von W. Mutz, in DZfPh 12(1964)9, S. 1135

⁶⁶ Noch in dieser Periode der Institutsentwicklung, im März 1966, wird die Zusammenarbeit der Sektion Philosophie der DAW mit dem Partnerinstitut der Akademie der Wissenschaften der UdSSR institutionell vertraglich fixiert. In der von M. Buhr geleiteten Delegation zum Vertragsabschluss ist in Gestalt von W. Möhwald auch die ZK-Abteilung Wissenschaft präsent. Vgl. Mitteilung der Sektion Philosophie der DAW, von G. Bartsch, in: DZfPh 14(1966)6, S.745f.

⁶⁷ Vgl. Mitteilung über die Bildung des wissenschaftlichen Rates für philosophische Forschung in der DDR, in: phid Informationen 5(1969)5, S.2

gerlichen Philosophie (Prof. M. Buhr) und für Philosophische Probleme der Wissenschaftsentwicklung (Prof. Herbert Hörz), die das Forschungsprofil dieser Zweige beraten und bestimmen sollten.

V. Die Akademiereform und die Bildung des Zentralinstituts für Philosophie (ZIPh)

Gleichzeitig mit der 3. Hochschulreform zwischen 1968 und 1970 fand die Akademiereform statt. Ihr Ziel bestand darin, diese große Ansammlung vorwiegend naturwissenschaftlicher Forschungsunternehmen, zu dem sich die DAW entwickelt hatte, entschiedener als bisher in den Dienst der gesellschaftlichen Entwicklung zu stellen. Sinn der Reform sei es, die „Einheit von sozialistischer und wissenschaftlich-technischer Revolution“ zu realisieren, wozu es des Übergangs von isoliert forschenden Personen und Wissenschaftsdisziplinen zur „Großforschung“, zu „komplexer Forschung“, zur „Gemeinschaftsarbeit“ bedürfe. Denn nur so könne man im internationalen wissenschaftlichen Vergleich und Wettbewerb zu „Spitzenleistungen“ gelangen und bestehen. Die dazu erforderlichen „schöpferischen Leistungen“ aber seien „nur im Kollektiv“ möglich.⁶⁸ Soweit – auf wenige Schlagworte gebracht – der erklärte Sinn der Akademiereform. Diese blieben bis zur Abwicklung der Akademie maßgeblich für die Orientierung ihrer Arbeit, vor allem aber für ihr Planungs- und Berichtswesen. Von diesen Schlagworten ließ sich auch die Leitung des ZIPh leiten. Man sprach auch hier von „Spitzenleistungen“, die man vollbracht habe oder vollbringen wolle; und favorisierte hierzu in „Gemeinschaftsarbeit“ herzustellende Produkte, die in den künftigen Plänen einen immer größeren Raum einnahmen.

Organisatorisch wurde die Akademie in 6 Forschungsbereiche gegliedert, die dem Präsidenten unterstellt waren. Das Institut für Philosophie gehörte zum Forschungsbereich Gesellschaftswissenschaften (FB Gewi) und war diesem rechen-schaftspflichtig. Zum ersten Leiter dieses Forschungsbereichs wurde 1969 Prof.

⁶⁸ Am 17. u. 18. 6. 1969 veranstalteten die DAW u. das ZK-Institut für Gesellschaftswissenschaften der SED die Konferenz: *Sozialismus und Wissenschaft*. Hauptreferent war der damalige Präsident der DAW Prof. Dr. H. Klare zum Thema: *Die Probleme der Wissenschaftsentwicklung in der DDR unter den Bedingungen der Einheit von sozialistischer und wissenschaftlich-technischer Revolution*. Vgl. phid Information 5(1969)5; ferner: Interview des ND mit Prof. Dr. O. Reinhold u. Prof. Dr. H. Klare im ND vom 17. 6. 1969; ferner: Prof. Dr. H. Klare über die genannte Konferenz im ND vom 21. 6. 1969

Dr. W. Eichhorn I ernannt, der 1971 von Prof. Dr. Werner Kalweit (Ökonom, Jg. 1926) abgelöst wurde, welcher diese Funktion dann bis zur Wende innehatte.

Seit der Akademiereform – auch das ein Novum – wurde die philosophische Produktion wie die Volkswirtschaft in 5-Jahrplänen organisiert. Sie waren vom Institut zu entwerfen, zu beraten, von der Forschungsbereichsleitung zu bestätigen und am Ende der jeweiligen Planungsperiode abzurechnen. Die Pläne hatten sog. Z-Planobjekte (Objekte des Zentralen Forschungsplanes) zu enthalten, d. h. Projekte, die von der ZK-Abteilung Wissenschaft gewünscht und bei ihr auch abgerechnet wurden. Vor allem die Z-Planobjekte waren von nun an der Hebel, mit dem die Partei in die Produktion der gesellschaftswissenschaftlichen Institute hineinwirkte.⁶⁹ Und v. a. für sie waren „Eröffnungsverteidigungen“ und „Abschlussverteidigungen“ vorgesehen, mittels derer institutseigene und möglichst auch institutsfremde Gremien die jeweilige Konzeption eines Objekts und das Endprodukt zu beurteilen hatten.⁷⁰

Dann gab es Akademie-Plan-Objekte, die vor der Leitung des Forschungsbereichs zu verantworten waren. Ein Teil der Z- und A-Plan-Objekte hatte künftig in methodologischer und weltanschaulicher Dienstleistung für die Forschungsbereiche der Akademie zu bestehen. Schließlich gab es noch einen kleinen Anteil von Institutsplan-Objekten (I-Plan), d. h. von solchen, bei denen die Mitarbeiter relativ frei über die Themen entscheiden konnten. Darüber hinaus nahmen Personen und Personengruppen des Instituts an interdisziplinären, an „bi-“ und „multilateralen“ Projekten innerhalb des sozialistischen Lagers teil, die in den Plänen fixiert wurden und abzurechnen waren.

Mit dieser Planungshierarchie wurde das Institut in ein enges Korsett von Vorgaben gezwängt und ihm ein aufwendiger bürokratischer Apparat aufgebürdet, – komplettiert obendrein durch eine Institutsordnung, nach der kein zur Publikation vorgesehener Text das Institut verlassen durfte, der nicht durch die Leitung

⁶⁹ Auf einer Tagung der DDR-Gesellschaftswissenschaftler am 14. 10. 1971 hatte Kurt Hager, das für die Wissenschaft zuständige SED-Politbüromitglied, über den Grundsatz der inhaltlichen Leitung der Gesellschaftswissenschaften durch die Partei referiert, die künftig über einen Zentralen Forschungsplan für die Gesellschaftswissenschaften realisiert werde.

⁷⁰ Im Akademiearchiv haben solche Papiere überdauert. Sie zeigen die Doppelgesichtigkeit dieser Prozedur. Einerseits diente sie der Institutsleitung dazu, sich ideologisch abzusichern, also theoretische Experimente jenseits der parteiamtlich festgeschriebenen marxistisch-leninistischen Linie auszuschließen. Andererseits vermochte eine von mehreren möglichst hochrangigen Institutionen und Personen gefällte positive Beurteilung einer Konzeption, resp. eines Produkts, so man sie durchsetzen wollte, ein Schutzschild gegen unbillige Kritik von „oben“ zu sein. Beides wurde am ZIph praktiziert.

abgesegnet war. Unter diesen Bedingungen waren der Spontaneität, der persönlichen Initiative der Produzenten, innovativen Ansätzen etc. von vornherein enge Schranken gesetzt. Die Direktoren der gesellschaftswissenschaftlichen Institute der Akademie sind allerdings recht unterschiedlich mit diesen Vorgaben umgegangen. Man konnte – unter Berufung auf das Prinzip der Einzelleitung – mit ihrer Hilfe eine Art Autokratie errichten, wozu die Leitung des ZIPh tendierte, es war aber auch möglich, diese Vorgaben legerer zu handhaben und demokratisch zu unterlaufen, was meines Wissens der Leitungsstil z. B. bei den Literaturwissenschaftlern war.

Im Gründungsdokument vom 15. August 1969 wurde dem **Zentralinstitut für Philosophie** auf Anweisung des Akademiepräsidenten folgender Inhalt seiner Forschung zugewiesen:

„Das Zentralinstitut hat die Aufgabe, philosophische Schwerpunktthemen zu erforschen, die für die Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus, insbesondere für die Herausbildung und Festigung des sozialistischen Bewusstseins wesentlich und für die philosophisch-theoretische Durchdringung des Prozesses der wissenschaftlich-technischen Revolution und der Wissenschaftsentwicklung im Sozialismus system- und strukturbestimmend sind.“⁷¹

All diese administrativen Vorgaben sind zu bedenken, wenn man die Entwicklung des Instituts in den folgenden Jahren, die Verhaltensweisen seiner Leitung und seiner Mitarbeiter historisch gerecht beurteilen und verstehen will.

Zum Direktor des ZIPh wurde Prof. Dr. M. Buhr ernannt; zu seinem Stellvertreter zunächst Prof. Dr. M. Klein. Als dieser 1973 in Rente ging, übernahm Dr. Rolf Kirchhoff (Jg. 1929) diese Funktion. Er war für den ordnungsgemäßen Ablauf des Planungsgeschehens und die Einhaltung aller Ordnungen verantwortlich und hatte diese Funktion ununterbrochen bis zur Wende inne. Er brachte es in ihr im Laufe der Jahre zu bürokratischer Meisterschaft.⁷²

Exkurs

Gleichzeitig mit dieser Reform fand – wie an anderen wissenschaftlichen Instituten auch – ein Generationswechsel des leitenden Personals statt. An die Stelle von G. Klaus (Jg. 1912) und M. Klein (Jg. 1911) trat das Dreigestirn M. Buhr (Jg.

⁷¹ Vgl. ABBAW, Inst. f. Phil., A 1039

⁷² Im Akademiearchiv befindet sich beispielsweise der Zwischenbericht über die Erfüllung des 2. Fünfjahrplans nach 2 Jahren (1983), der mehr als 100! Seiten lang ist. Vgl. ABBAW, FoB Gewi, Nr. 144

1927), W. Eichhorn I (Jg. 1930) und H. Hörz (Jg. 1933). Alle drei machten Karriere und wurden in den 70er Jahren zu Akademiemitgliedern ernannt. Vertreter dieser Generation hielten die entscheidenden Wissenschaft leitenden Stellen bis zur Wende besetzt.

Diese Generation von kommunistischen Philosophen war unter anderen Verhältnissen sozialisiert worden als ihre Vorgänger. Während sich diese aufgrund ihrer Erfahrungen mit der bürgerlichen Welt und dem Faschismus – also ausgegrenzt und *gegen* den herrschenden Zeitgeist – für die kommunistische Partei und die marxistische Weltanschauung entschieden hatten, stimmten die nach 1945 zu Kommunisten und SED-Mitgliedern gewordenen jungen Leute mit dem herrschenden Zeitgeist überein. In der im Aufbau begriffenen Gesellschaft wurden sie gebraucht. Sie durften sich zu den „Siegern der Geschichte“, zur künftigen Elite des Systems zählen, wurden gefördert, waren privilegiert. Dies freilich nur, sofern sie mit der durch die SED-Parteiführung jeweils vorgegebenen politischen Linie – den Regeln der „Partei neuen Typus“ – *konform* gingen und das durch alle politischen Wendungen *blieben*. Es wurde ihnen aber auch ad oculos demonstriert, dass Abweichen von dieser Konformität, – wie Kritik an Beschlüssen übergeordneter Leitungen – zur negativen Selektion der Kritiker, zu deren Ausschluss aus der Partei, der Zunft und der Vernichtung der beruflichen Existenz führen kann. Und indem das dieser Generation nachdrücklich eingebläut wurde, lernte sie, sich opportunistisch zu verhalten (meist ohne diesen Opportunismus als solchen zu begreifen). Disziplin hatten sie bereits in ihrem ersten Leben, in der Hitlerjugend, eingeübt. Zivilcourage war im Tugendkodex ihrer Sozialisation als Wert hingegen nicht vorgekommen. Die in die Führungspositionen aufrückenden Personen, speziell die Kohorte der Jahrgänge zwischen 1925 und 1935, gelangten in der Regel nur dann in diese und konnten sich in ihnen dauerhaft behaupten, wenn sie mit diesen Mechanismen umzugehen verstanden, die Forderungen der Partei neuen Typus an diszipliniertes Verhalten erfüllten und darüber wachten, dass auch die von ihnen Geleiteten das taten.⁷³

⁷³ Manfred Buhr, der m. E. ein Prototyp dieser Entwicklung war, hat sie nach der Wende im Gespräch mit einem ehemaligen Mitarbeiter des Instituts folgendermaßen reflektiert: Aus der Erfahrung eines mit ihm veranstalteten Parteiverfahrens mit demütigender Selbstkritik und Parteistrafe in den frühen 50er Jahren habe er den Schluss gezogen, nie wieder so etwas erleben zu wollen. Wenn zum System, in dem er lebte und Karriere machen wolle, solche Verfahren gehörten, dann wolle er in ihnen künftig nur Hammer, nie wieder Amboss sein!

V.1 Strukturelle Veränderungen im 1. Fünfjahrplan 1971-1975

Das Zentralinstitut für Philosophie umfasste wie bisher drei Bereiche:

Bereich DiaMat. Sein bisheriger Leiter, Dr. G. Kröber wurde im Zuge der Akademiereform mit der Gründung des *Instituts für Wissenschaftstheorie und Organisation (IWTO)* beauftragt und verließ daher das Institut. An seine Stelle trat Dr. Günter Klimaszewsky, (Jg. 1933, Studium und Promotion in der Sowjetunion). Dem Bereich war die Arbeitsgruppe Philosophische Probleme der Kybernetik angeschlossen. Nach dem Tode von G. Klaus (1974) zerfiel diese und H. Liebscher wechselte in den Bereich Philosophische Probleme der Wissenschaftsentwicklung.

Bereich HistMat. Der bisherige Leiter Prof. Dr. W. Eichhorn I wurde 1969 – wie gesagt – zum Leiter des Forschungsbereichs Gesellschaftswissenschaften berufen; sein Vertreter, Dr. Adolf Bauer, übernahm die Leitung des Bereichs. Nach seiner Ablösung von der Funktion als Forschungsbereichsleiter kehrte Eichhorn ans Institut zurück und übernahm 1971 wieder die Leitung dieses Bereichs, die er bis zur Wende innehatte.

Bereich Geschichte der Philosophie. Dieser wurde zunächst von Prof. M. Klein geleitet aber 1972 in drei selbstständige Arbeitsgruppen untergliedert:

1. Geschichte der vormarxistischen Philosophie (Leitung Dr. Gerhard Bartsch);
2. Geschichte der marxistisch-leninistischen Philosophie (Leitung: Dr. Heinz Pepperle);
3. Geschichte und Kritik der gegenwärtigen bürgerlichen Philosophie (Leitung: Dr. Ileana Bauer).⁷⁴

Bereich Philosophische Probleme der Wissenschaftsentwicklung

Dieser Bereich wurde 1973 gegründet. In seiner bisherigen Struktur genügte das Profil des ZIPh den Anforderungen nicht, die die dominant naturwissenschaftlich geprägte Akademie an die Philosophie stellte. Ihre Naturwissenschaftler sollten Partner erhalten, die ihre einseitige fachliche Spezialisierung durch methodologische und weltanschauliche Bildung ergänzen. Prof. Dr. Herbert Hörz (Jg. 1933), – 1972 mit dem Nationalpreis geadelt und 1973 zum korr. Mitglied der AdW berufen, – also für diese Leitungsfunktion an der Akademie fit gemacht –

⁷⁴ ABBAW, FoB Gewi, Nr. 138

gründete, von der Humboldt-Universität kommend, 1973 diesen personell schnell wachsenden Bereich und leitete ihn bis 1988. Er stellte sich mit seinem im Akademie-Verlag 1974 erschienenen, seine bisherige Arbeit zusammenfassenden Opus magnum *Marxistische Philosophie und Naturwissenschaften* den wissenschaftlichen Partnern an der Akademie vor. Zu Schwerpunkten künftiger Bereichsarbeit zum Thema Materialistische Dialektik und Naturwissenschaften erklärte er:

Untersuchung des Verhältnisses von marxistisch-leninistischer Philosophie und Einzelwissenschaften;

Erforschung der objektiven Dialektik des Naturprozesses durch Verallgemeinerung neuer naturwissenschaftlicher Erkenntnisse;

Arbeiten zur Dialektik des Erkenntnisprozesses;

Erforschung philosophischer Probleme, die durch die gesellschaftliche Determiniertheit der Wissenschaftsentwicklung entstehen;

Kritik bürgerlich-ideologischer Konzeptionen zur Wissenschaftsentwicklung;

Beiträge zum Verhältnis von wissenschaftlich-technischem Fortschritt und Humanismus.⁷⁵

Die Gründung dieses Bereichs veränderte das Institut tief greifend. Mit seiner thematischen Orientierung wurde die Existenz eines philosophischen Instituts an einer vorwiegend naturwissenschaftlichen Akademie erst eigentlich gerechtfertigt. Und da dieser Bereich das wissenschaftliche Prestige des Instituts an der Akademie erheblich mehrte, konnte sich Hörz von Anfang an eine starke und weitestgehend unabhängige Stellung vom Institutsdirektor sichern, was keinem anderen Bereichsleiter möglich gewesen ist.

Im Frühjahr 1970 war am ZIPh eine **Abteilung Soziologie**, geleitet von Dr. Hansgünter Meyer (Jg. 1929), angesiedelt worden. Meyers Ruf war in den ideologischen Kämpfen um die Etablierung empirischer soziologischer Forschung politisch nicht unbeschädigt geblieben und so war seine Stellung am Institut von vornherein prekär.⁷⁶ Seine Abteilung hatte die *Entwicklung der Struktur der Arbeiterklasse* zum Forschungsgegenstand⁷⁷. Diese Aufgabe suchte Meyer in den nächsten Jahren mit einer an Mitarbeitern ständig wachsenden Arbeitsgruppe durch ausgedehnte empirische Erhebungen in Betrieben der DDR-Volkswirtschaft zu lösen.

⁷⁵ Vgl. ABBAW FoB Gewi, Nr. 142. Seinen Übergang ans ZIPh, die Themenschwerpunkte des Bereichs und dessen Entwicklung hat Hörz ausführlich in seinem autobiografischen Opus: *Lebenswenden*, Berlin 2005, dargestellt.

⁷⁶ Vgl. H. Meyer: Soziologische Forschung in der DDR, in: Berliner Journal für Soziologie, Berlin 2(92)3–4; ders.: Die DDR-Soziologie von den Anfängen bis 1971, in: H.- C. Rauh/P. Ruben (Hg.) Denkversuche, a. a. O.

⁷⁷ Vgl. ABBAW FoB Gewi, Nr. 138

Aber ihm wurde von der Institutsleitung und dem zuständigen Rat für Soziologische Forschung vorgeworfen, in seiner Abteilung spiele die „theoretische Arbeit“ (sprich, der HistMat) nicht die ihr „gebührende Rolle.“⁷⁸ Im Mai 1974 wurde die Abteilung daher in den Bereich HistMat integriert und der Leitung W. Eichhorns unterstellt.⁷⁹ Mit Beginn des neuen Fünfjahrplans wechselte Meyer mit seiner Gruppe ins *Institut für Wissenschaftstheorie und Organisation (IWTO)*, wo er nach eigenem Zeugnis, mit seiner Gruppe unbehindert von ideologischer Bevormundung, arbeiten konnte.

Seit Gründung des Zentralinstituts für Philosophie zählte auch der Rechtstheoretiker Prof. Dr. Hermann Klenner (Jg. 1926) zu seinen Mitarbeitern. 1967 hatte er an der Akademie eine **Arbeitsstelle für Staats- und Rechtstheorie** gegründet. Ihre Aufgabe sollte es sein, die philosophischen, theoretischen und methodologischen Fragen der Staats- und Rechtswissenschaften zu bearbeiten. Die Arbeitsstelle bestand aus Klenner, zwei promovierten Wissenschaftlern und zwei Aspiranten. Im Zuge der Akademiereform wurde sie 1969 jedoch wieder liquidiert. Grund hierfür waren die von Klenner und Karl A. Mollnau entwickelten konzeptionellen Gedanken zu einem *Lehrbuch der Rechtstheorie des Sozialismus* vom Frühjahr 1968, die Generalstaatsanwalt Josef Streit auf einer ZK-Tagung im Herbst desselben Jahres attackiert, als „Schmutz“ und „Verzicht auf die sozialistische Staatsmacht“ beschimpft und die von den Autoren geforderte Herstellung normaler Rechtsbeziehungen als „schrittweisen Abbau der Diktatur des Proletariats“ denunziert hatte. Aber diesmal wurde Klenner nicht, wie nach seiner ideologischen Verurteilung auf der berüchtigten Babelsberger Konferenz 1958, als Bürgermeister nach Letschin, d. h. zur Erziehung in die Praxis geschickt, sondern ans Zentralinstitut für Philosophie versetzt.

Mit seinem Fachgebiet der Rechtstheorie und Rechtsphilosophie war Klenner zweifellos ein Unikat an diesem Institut. Er ließ sich nur bedingt in dessen fachliche Struktur einordnen. Aber da er die DDR in der *Internationalen Vereinigung für Rechts- und Sozialphilosophie* repräsentierte (und Mitglied in anderen

⁷⁸ Ebd.

⁷⁹ Im Bericht der Planerfüllung 1973 heißt es: Es habe in der Abteilung ein Zustand „theoretischer Stagnation“ geherrscht, „Tendenzen der Lethargie und Ratlosigkeit“. Es sei Kraft für die Klärung politisch-ideologischer Grundfragen sowohl bei den Mitarbeitern als auch beim Leiter der Abteilung nötig gewesen. Mit der Ablösung des Abteilungsleiters und der zeitweiligen Eingliederung der Soziologen in den Bereich Historischer Materialismus seien nunmehr „die Ausgangsbedingungen geschaffen worden, die auftretenden Probleme im Vorwärtsgang zu lösen“. ABBAW FoB Gewi Nr. 141

internationalen und nationalen Gremien war), vermochte er im Laufe der Zeit innerhalb des Instituts ein hohes Maß an Autonomie zu erringen. Diese Freiheit nutzte er als Herausgeber und Autor und wurde zu einem der produktivsten und über die DDR-Grenzen hinaus bekannten und geschätzten Mitarbeiter des Instituts. Formell gehörte er dem Kritik-Bereich an.

In dieser Planperiode wurden die wichtigsten **internationalen Kooperationsbeziehungen** des Instituts konstituiert und vertragsmäßig fixiert. Das betrifft, um nur einige Partner zu nennen:

Institut für Philosophie der Akademie der Wissenschaften der UdSSR inklusive der Sibirischen Abteilung Nowosibirsk seitens des Bereichs Wissenschaftsentwicklung;

Teilnahme an der (1972 gegründeten) *Philosophenkommission DDR/UdSSR*, deren Aufgabe die langfristige Koordinierung und Planung der philosophischen Institutionen zu gesellschaftlichen Grundproblemen war. (Sie tagte jährlich jeweils eine Woche umschichtig in der UdSSR und DDR).

Institut für Philosophie und Soziologie an der ČSAV (seit 1974 im Abstand von 2 Jahren stattfindende gemeinsame mehrtägige Kolloquien *Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie*).

Institut für Philosophie der bulgarischen Akademie der Wissenschaften. (Teilnahme von Mitarbeitern des Instituts an der jährlich stattfindenden Sommerschule in Warna zu aktuellen Problemen der marxistisch-leninistischen Philosophie.)

Aktive Beteiligung von Mitarbeitern des Instituts an den Internationalen Hegel-Kongressen, die von der *Internationalen Hegel-Gesellschaft* in 2jährigem Rhythmus veranstaltet wurden. Mitglied des Vorstands der Gesellschaft und verantwortlich für die Teilnahme der DDR-Wissenschaftler: M. Buhr.

Diese Aufzählung ist keineswegs vollständig, vermag aber ein Bild der vielseitigen Vernetzung des Instituts seit dieser Periode zu vermitteln. Dazu kamen nach Mitte der 70er Jahre Beziehungen zu den Wissenschafts-Akademien in Kuba, Vietnam, der Mongolei und China.

V.2 Der erste Fünfjahrplan 1971–75 und der „große Institutsknatsch“

Der erste Fünfjahrplan lief zunächst nur stotternd an. Denn zwischen 1971 und 73 fand der im Kollegenjargon sog. „große Institutsknatsch“ statt. Sich auf die auf dem VIII. SED-Parteitag (1971) erhobene Forderung nach Entwicklung der sozialistischen Demokratie berufend, hatte sich die Parteileitung des Instituts zum Sprachorgan der Unzufriedenheit der Mitarbeiter über den autoritären Leitungsstil des Direktors gemacht. Die Parteileitung kritisierte Buhr – soweit ich mich erinnere – wegen fehlender eigener Produktion, wegen Subjektivismus in der Beurteilung der Leistung von Mitarbeitern, wegen Missachtung der Meinung der Partei- und Gewerkschaftsleitung und des Kollektivs.

In der Debatte zu diesen Vorwürfen entlud sich dann die lange aufgestaute Wut, die Frustration der Betroffenen über die Selbstherrlichkeit Buhrs: der Zorn über seine oftmals willkürlichen und ungerechten Urteile und Entscheidungen, über die Demütigungen, die er so manchem der Mitarbeiter zugefügt hatte.

Die Jungphilosophin Rita Kuczynski, die damals erst seit kurzem am Institut war, also die Vorgeschichte nicht kannte, hat als Initiationsritus in die Grundorganisation des ZIPh diese auf Buhrs Haupt herabregnenden Anklagen als „hysterische Lynchstimmung“ empfunden und Partei für Buhr, den armen Angeklagten, ergriffen. Wenn ich Ritas Urteil auch nicht teile, so geht es doch nicht ganz fehl. Denn diese Debatte fand in der Tat in einer emotional ungemein aufgeheizten Stimmung statt.⁸⁰

Meines Wissens hat die ZK-Abteilung Wissenschaft damals diese Kritik der Parteileitung des Instituts geteilt und den Vorwurf der mangelhaften Produktivität des Instituts, sowie den der Abrechnung von Leistungen hinzugefügt, die gar nicht erbracht worden waren. Und es stand zur Debatte, Buhr als Institutsdirektor abzulösen.

Buhr reagierte auf diese Situation mit Krankheit. Als er nach einigen Wochen ans Institut zurückkam, saß er wieder fest im Sattel. Ungestört hatte er in dieser Zeit seine Beziehungen zu den „obersten Instanzen“ genutzt. Welche Wege er dabei gegangen ist, und welche Schutzherren er für sich mobilisieren konnte, entzieht sich meiner Kenntnis. Ich vermute, dass er seine seit den 50er Jahren bestehenden Beziehungen zu SED-Politbüromitglied Kurt Hager genutzt und den hochrangigen SED-Kulturfunktionär A. Abusch auf seiner Seite hatte. In der ZK-Abteilung Wissenschaft und der SED-Kreisleitung der Akademie war nun keine Rede mehr von

⁸⁰ Rita Kuczynski: *Mauerblume*, München 2000, S. 121

Buhrs Absetzung. Vielmehr wurde er im April 1972, – wenn auch mit 17 Gegenstimmen – von den Genossen des Instituts wieder in die Leitung der SED-Grundorganisation gewählt, und der Parteileitung wurde von den übergeordneten Leitungen „Einheitlichkeit des Handelns“ verordnet.

Dieses Resultat des Aufstands der Mitarbeiter am autokratischen Leitungsstil Buhrs ist im Rückblick m. E. folgerichtig. Honecker hatte auf dem VIII. Parteitag zwar vollmundig getönt, dass die sozialistische Demokratie verstärkt werden müsse. Und eben das hatte die Parteileitung des ZIPh zur Kritik ermutigt. Aber da das ihr entgegenstehende autoritäre Prinzip der politischen Einzeileitung voll und ganz in Kraft blieb, hatte im Konfliktfall zwischen beiden Prinzipien allemal die Demokratie das Nachsehen und verkam zur leeren Worthülse, zur bloßen Phrase.

Kurz danach, Buhr saß kaum wieder fest im Sattel, kam es zu einem Konflikt zwischen der BGL (d h. der Gewerkschaftsleitung) des Instituts und dem Direktor. Buhr hatte (nach dem Prinzip: „ich gönne, wem ich gönne“) einen Mitarbeiter für eine Prämie vorgeschlagen, dessen Arbeit nach dem Urteil der BGL diese Prämie nicht verdiente. Die BGL zog im Streit den Kürzeren. Den Gewerkschaftlern wurde „politische Unreife“ und ein „naives Verständnis der sozialistischen Demokratie“ bescheinigt.

Aus seiner Krise hatte Buhr gelernt. Er musste künftig nur dafür sorgen, dass Partei- und Gewerkschaftsleitung personell so zusammengesetzt werden, dass sie für seine Zwecke instrumentierbar sind. Die damalige Parteisekretärin, Dr. I. Bauer verließ nach diesem Ausgang der Geschichte entnervt das Institut, und auch von Buhrs damaligen Kritikern haben alle, sofern sie nicht Unterwerfung signalisierten, nach und nach das Institut verlassen.⁸¹ Unter den Mitarbeitern aber ging seitdem die Legende um, dass es keinen Sinn habe, sich mit Buhr anzulegen, da er allmächtig sei.

Und dieser Eindruck war nicht ganz unbegründet. Die Möglichkeit dazu verlieh ihm schlicht sein Amt. Der Direktor hatte die Verträge mit den jeweiligen Partnern abzuschließen und ihre Realisierung zu organisieren. Mit der Zunahme der internationalen Vernetzung des Instituts wuchs ihm – kraft dieser Funktion – die Entscheidungsgewalt über die Zuteilung oder Verweigerung von Auslandsbeziehungen und -reisen zu. Für den DDR-Wissenschaftler als Privatperson, ohne offizielle amtliche Erlaubnis, resp. Delegation, war die Aufnahme und Pflege wissenschaftlicher Beziehungen mit Kollegen in der BRD und in anderen NATO-

⁸¹ Zu diesem Kapitel der Institutsgeschichte findet sich keine Spur in den Papieren des Akademiearchivs. Ich habe es aus eigenen früheren Papieren, Erinnerungen von Kollegen und meinem Gedächtnis rekonstruiert.

Staaten nicht erlaubt, und selbst auf private wissenschaftliche Beziehungen innerhalb des sozialistischen Lagers hatte die Leitung ein wachsames Auge. Ob man in den 70er Jahren in den Stamm der sog. „Reisekader“ aufgenommen wurde, für die es leichter war, die Mauer zu überwinden, hing wesentlich von der Zustimmung des Direktors ab. Damit hatte Buhr alle wichtigen Mittel in die Hand, das Verhalten der Mitarbeiter zu steuern. Um am Privileg der internationalen Beziehungen des Instituts oder gar an den so raren Westbeziehungen, – etwa den Hegel-Kongressen – teilhaben zu dürfen, musste man sich also mit Buhr gut stellen.⁸²

Von Buhrs Allmacht in dieser Hinsicht ausgenommen war der Bereich Wissenschaftsphilosophie, dessen Leiter, H. Hörz, je später, desto ungehinderter seine eigene Außenpolitik betrieb. Dies geschah, wie Hörz berichtet, in Bezug auf die Tagungen von europäischen Wissenschaftsforschern in Deutschlandsberg (Österreich), die von 1979–1991 stattfanden, von Johann Götschl (Universität Graz) und Clemens Burrichter (Universität Erlangen) initiiert wurden, und an deren Ausrichtung Hörz – an Buhr vorbei – als Dritter im Bunde beteiligt war.⁸³

Seit 1978 gab es im Rahmen der KSZE-Schlussakte von Helsinki Vereinbarungen zum Wissenschaftleraustausch zwischen der AdW und Wissenschaftsinstitutionen in einigen kapitalistischen Staaten. An diesen Vereinbarungen partizipierte der Hörz-Bereich durch einen 3monatigen Studienaufenthalt von Dr. Ulrich Röseberg am Niels-Bohr-Institut (Dänemark), und einige seiner Mitarbeiter konnten, wie es in den Akten heißt, „in den USA wertvolle Informationen über Stand und Trends der Forschungen zu philosophischen und historischen Problemen der Wissenschaftsentwicklung in der USA, über gegenwärtige Strömungen des positivistischen Denkens ... gewinnen.“⁸⁴

Auch der Rechtsphilosoph Hermann Klenner, der seit 1969 dem ZIPh angehörte, konnte sich erfolgreich Buhrs Zuteilungssystem von internationalen Kontakten und Auslandsreisen entziehen. Für Reisen, die Klenner als Leiter der DDR-Delegation bei der UNO-Menschenrechtskonferenz in Genf 1984-86 unternahm,

⁸² H. Hörz hat Buhrs Monopolstellung in Bezug auf Westkontakte der Mitarbeiter so charakterisiert: „Manfred Buhr“ habe „die philosophischen Kontakte in die BRD als seine Domäne“ betrachtet. „Er pflegte die entsprechenden Beziehungen zur Westabteilung des ZK der SED und achtete darauf, dass niemand in diesen Einflussbereich einbrach.“ H. Hörz: Lebenswenden. Vom Werden und Wirken eines Philosophen vor, in und nach der DDR, Berlin 2005, S. 173. Hörz erzählt hier auch, wie die Deutschlandsberger Tagungen zustande gekommen sind.

⁸³ Zu den Tagungen in Deutschlandsberg vgl. die Berichte in der DZfPh 7/1983, 5/1985; 7/1986, 5/1987, 10/1988 und 10/1989.

⁸⁴ LAB C Rep. 903-01-11, 258

war Buhr nicht weisungsbefugt, ebenso wenig wie in Bezug auf Klenners Mitgliedschaft in der Internationalen Vereinigung für Rechts- und Sozialphilosophie, deren Präsidium er von 1967-1987 angehörte

In der Abrechnung des 5-Jahrplanes 1971–75 hat die Institutsleitung dann jene Prinzipien formuliert, die bereichsübergreifend die Arbeit des Instituts künftig bestimmen sollten und an denen sie bis zum Jahre 1989 nichts Wesentliches mehr geändert hat.

Die „Ausarbeitung und ständige Vertiefung einer einheitlichen Forschungskonzeption des Instituts zu weltanschaulichen und methodologischen Grundfragen der marxistisch-leninistischen Dialektik als Leitthema“.

Die „Ausarbeitung von Grundproblemen des dialektischen und historischen Materialismus und von weltanschaulichen und methodologischen Problemen der Wissenschaften (ist) in allen Bereichen noch stärker mit der Klärung von aktuellen philosophischen Problemen der gesellschaftlichen Entwicklung und des politisch-ideologischen Klassenkampfes zu verbinden.“

Die „Durchsetzung der führenden Rolle der Parteiorganisation im Forschungsprozess“,

ferner ist von „schrittweiser Einordnung“ der Mitarbeiter „in die Realisierung der Forschungskonzeption“ des Instituts die Rede, von „Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen den Forschungsbereichen des Instituts.“⁸⁵

In diesem auf „Einordnung“ orientierten Klima hatten persönliche Handschriften von Mitarbeitern und ungewohnte wissenschaftliche Denkansätze geringe Chancen, toleriert, geschweige denn als Bereicherung der Produktivität des Instituts begriffen zu werden.

Über das die Produktivität hemmende Klima klagte **Guntolf Herzberg** (Jg. 1940), – von 1966 bis 1973 im Bereich *Kritik der bürgerlichen Philosophie*.⁸⁶ Ähnliche Erfahrung machte auch der im Fach Theologie promovierte und zum Marxismus konvertierte **Dr. Ekkehard Schwarzkopf** (Jg. 1934), der am Institut

⁸⁵ ABBAW, FoB Gewi, Nr. 142

⁸⁶ „Mein Eindruck ist“, – so Herzberg damals – „dass wir zu intellektuellen Lohnarbeitern gepresst werden sollen, die in kürzester Zeit jeden von oben kommenden Auftrag gehorsam und in gewünschter ideologischer Richtung ausfüllen, ohne für irgendetwas verantwortlich zu sein oder gar Einfluss auf das Endprodukt zu haben.“ G. Herzberg: Modellfall G. H., in: Innenansichten ostdeutscher Philosophen, (hg. von N. Kapferer), Darmstadt 1994, S. 57

mit seiner Studie zur Weltanschauung Thomas Müntzers scheiterte. Er hatte sein theologisches Wissen genutzt, um die revolutionären Thesen Müntzers religionsphilosophisch zu begründen. Religionsphilosophie in entwickelter Gestalt, auf die man sein Urteil hätte gründen können, aber hat es im Marxismus-Leninismus nicht gegeben. Also schlossen die in Bezug auf seine Studie Urteilsbefugten auf mangelnde marxistische Sicht des Autors. Und so hat Schwarzkopf das ZIPh wieder verlassen.⁸⁷

VI. Der Bereich Dialektischer Materialismus (DiaMat)

Besonders betroffen von der Indoktrination der Philosophie seitens der Parteipolitik waren naturgemäß die Bereiche DiaMat und HistMat, da sie die eigentliche Lehre – die theoretische und praktische Philosophie – des Marxismus-Leninismus repräsentierten. Sie litten bis ans Ende der DDR-Philosophie am meisten am unüberwundenen Dogmatismus.

Über Genesis und Bedeutung von Stalins Traktat *Über dialektischen und historischen Materialismus* habe ich in der vorangestellten Einführung das Nötigste berichtet. Seitdem war in der UdSSR und nach dem II. Weltkrieg Philosophie im ganzen sozialistischen Lager obligatorisch in diesem Geiste zu betreiben.

Mit Stalins Text, der bald nach 1945 nicht nur als Kapitel in der *Geschichte der KPdSU (B)* sondern auch als selbstständige Broschüre in der sowjetischen Besatzungszone erschien, wurden – wie schon erwähnt – die ersten studentischen Jahrgänge von künftigen Philosophen und Gesellschaftswissenschaftlern in die Philosophie eingeführt. Doch auch 1956, nach Stalins Entthronung als unfehlbare philosophische Instanz, sorgte Ulbricht mit besagtem *Brief des ZK an die Grundorganisationen* dafür, dass die Lehrbücher für den dialektischen und historischen Materialismus weiterhin dem von Stalin vorgegebenen Muster zu folgen hatten: Ein verbindlicher Kanon von Lehrsätzen, und – wo immer möglich – praktische Schlussfolgerungen aus ihnen, die durch die jeweilige Politik der Parteiführung

⁸⁷ Dr. phil. habil. E. Schwarzkopf arbeitete vom September 1970 bis Mai 1975 am ZIPh zu philosophischen Fragen der weltanschaulich-ideologischen Kämpfe in der Zeit von Reformation und Bauernkrieg. In diesem Rahmen, der auch Theologien der Reformationszeit umfassen sollte (T. Müntzer, M. Luther, S. Franck) betrieb er Forschungen zu den Auffassungen Müntzers. In den Thesen zum 500. Geburtstag Müntzers gegen Ende der DDR ist Schwarzkopfs theoretischer Ansatz dann prinzipiell bestätigt worden! Man lese die Thesen zu Müntzers 500. Geburtstag in *Einheit* 1/88; Th. Grüning: Müntzer contra Luther: der philosophische Gehalt des theologischen Konflikts, in: *DZPh* 37(1989)12, sowie die Artikel der Mitarbeiter des ZIPh A. Kolesnyk und J. Höppner, ebd.

vorgegeben waren. Von dieser Machart waren die Philosophie-Lehrbücher noch in den 70er und 80er Jahren, auch wenn sich die Autorenkollektive (m. W. stammten diese Lehrbücher immer von Kollektiven) in diesem festgelegten Rahmen um Variationen bemühten. Doch die Lehrbuch-Varianten waren nur Epizykeln in einem Ptolemäischen System, eine kopernikanische Wende fand nicht statt.

In der experimentierfreudigen Reformperiode der ersten Hälfte der 60er Jahre hatte Alfred Kosing den Versuch unternommen, aus dem vorgegebenen Schematismus auszubrechen. Schon der Titel des Lehrbuchs *Marxistische Philosophie* war ein Eklat, bei dem die Betonköpfe der Parteiführung aufhorchten und Unrat witterten. („Wieso ‚marxistische Philosophie‘? Das muss doch politisch-korrekt ‚marxistisch-leninistische Philosophie‘ heißen!) In Zusammenarbeit unter anderem mit W. Eichhorn I, G. Klaus, M. Buhr und G. Kröber vom Philosophieinstitut der Akademie hatte Kosing ein Lehrbuch konzipiert und zustande gebracht, das er und seine Mitautoren als einen ersten Schritt verstanden, die langjährige Erstarrung der marxistischen Philosophie zu beenden und ihre Entwicklung wieder möglich zu machen. Als das Buch erschien, avancierte es an Universitäten und Fachhochschulen umgehend zum Renner im Gewi- Grundstudium im Fach Philosophie. Doch man schrieb da bereits 1967, und in der restalinisierten Atmosphäre der Breshnew-Ära befanden sich auch die konservativen Kräfte in der SED-Parteiführung wieder im Aufwind. Jegliches Experiment mit der Theorie – und als solches wurde das Lehrbuch von ihnen gewertet – galt als „revisionistisch“. Es wurde offiziell totgeschwiegen und verschwand aus der Lehre.⁸⁸

1973 wurde das ZIPh von den Parteiorganen beauftragt, eine *Gesamtdarstellung der Marxistisch-leninistischen Philosophie* (als Lehrbuch für Hochschulen) zu verfassen. Die beauftragten Philosophen hatten aus dem vorausgegangenen Desaster gelernt und hielten sich an die Maxime: Keine Experimente in der Theorie! Das Buch erschien 1979, – im Wesentlichen wieder nach dem alten Strickmuster verfasst. Man bedenke: Der Herausgeber dieses Lehrbuches, W. Eichhorn I, hatte gemeinsam mit A. Kosing die Konzeption des 67er Lehrbuchs entworfen, und Buhr, ja selbst Kosing waren wieder mit von der Partie! Herausgeber und Autoren akzeptierten nun also eine Konzeption, die sie in der Reformperiode als zu überwindenden Dogmatismus erkannt und verworfen hatten!⁸⁹ Es liegt nahe, das

⁸⁸ Vgl. A. Kosing: *Habent sua fata libelli*, a. a. O., S. 77ff. Kosing hat in seinem Beitrag dargestellt, worin die in diesem Lehrbuch vom Stalinschen Schema abweichenden Neuerungen bestanden.

⁸⁹ Außer den oben bereits Genannten waren vom ZIPh G. Bartsch, A. Bauer, H. Hörz beteiligt und aus anderen Institutionen E. Hahn, H. Korch, K. Schöneburg.

schlicht als gewöhnlichen, der Karriere geschuldeten Opportunismus der Beteiligten abzutun, aber die Sache ist m. E. komplizierter: Für wen die Philosophie, die er lehrt, a priori mit der Weltanschauung, resp. Ideologie seiner Partei identisch ist, wird wenig Wert darauf gelegt, und im Konfliktfall nicht darauf bestanden, zwischen philosophischem und politischem Diskurs, zwischen Wissenschaftlichkeit und Parteilichkeit zu unterscheiden. Wenn also die Parteiführung urteilt, dass der gegenwärtige Klassenkampf bestimmte theoretische Experimente verbiete, hat man diese als disziplinierter Genosse zu unterlassen.

Die auf solcher ideologischen Basis geschriebenen Lehrbuchtexte aber kann man schwerlich Produkte philosophischer *Forschung* nennen, da in ihnen das immer Gleiche, der jeweiligen Parteilinie angepasst und für verschiedene Leserkreise aufbereitet, dargestellt wird. Sie sind vielmehr Texte die den Zweck *politisch-propagandistischer Dienstleistung* zu erfüllen haben.

Anfang der 70er Jahre war nicht mehr zu übersehen, dass sich auf dem Gebiet der theoretischen Philosophie, im dialektischen Materialismus, nichts mehr bewegte. Unter den Mitarbeitern des DiaMat-Bereiches am ZIPh herrschte ziemliche Ratlosigkeit, wie diesem gefühlten Zustand der Stagnation zu entkommen sei. Nur der Leiter des Bereichs, Dr. Günter Klimaszewsky, setzte unerschütterlich die herkömmliche Lehrbucharbeit an den *Grundgesetzen der materialistischen Dialektik* in der Hoffnung fort, neue Aspekte für sein Thema aus den sowjetischen Diskussionen gewinnen zu können.⁹⁰ Der logisch gebildete Dr. Wolfgang Segeth versuchte über eine neue Anordnung des Materials, d. h. über Lenins *Elemente der Dialektik*, aus der Sackgasse zu kommen.⁹¹ Mein Interesse, (das ich mit Dr. Gudrun Richter und Dr. Gerda Schnauß) teilte, galt der Klärung der Beziehung von dialektischem und Systemdenken.⁹²

Klaus hatte gewähnt, in den kybernetischen Begriffen die Kategorien der Dialektik in endlich nicht mehr nur verbaler, sondern in wissenschaftlich exakter, d. h. in mathematisch ausdrückbarer Form vor sich zu haben.⁹³ Im erwähnten Kosing-Lehrbuch, (im Abschnitt V: „Die gesetzmäßige Ordnung der Welt“) hatte er daher

⁹⁰ Vgl. G. Bartsch, G. Klimaszewsky: *Materialistische Dialektik – ihre Grundgesetze und Kategorien*. Berlin 1973

⁹¹ *Materialistische Dialektik als Methode 1977; Materialistische Dialektik als Methode und Methodologie 1984*

⁹² B. Heidtmann, G. Richter, G. Schnauß, C. Warnke: *Marxistische Gesellschaftsdialektik oder „Systemtheorie der Gesellschaft“?* Berlin 1977; H. Bergmann, U. Hedtke, P. Ruben, C. Warnke: *Dialektik und Systemdenken. Historische Aspekte*, Berlin 1977

⁹³ Vgl. G. Klaus: *Kybernetik in philosophischer Sicht*, Berlin 1965, S. 22

System, Element, Struktur und Funktion, so wie sie in der kybernetischen Systemtheorie bestimmt sind, ihres hohen Grades von Allgemeinheit wegen als philosophische Begriffe eingeführt. Die „Spieltheorie“, meinte er schließlich, könne „als eine mathematische Theorie des dialektischen Widerspruchs betrachtet werden.“⁹⁴ Aus Klaus' Argumenten für die Eingemeindung systemwissenschaftlicher Begriffe in die marxistische Philosophie aber geht hervor, dass für ihn die *Allgemeinheit von Begriffen* nicht nur ein notwendiges, sondern ein *hinreichendes* Kriterium ihrer Akzeptanz als philosophische Kategorien gewesen ist. Hegels und Marx' Unterscheidung des Abstrakt-Allgemeinen vom Konkret-Allgemeinen, also die Unterscheidung allgemeinwissenschaftlicher Begriffe von philosophischen Kategorien kommt in Klaus' Philosophieverständnis nicht vor.

VI.1 Zur Kontroverse um Peter Rubens philosophischen Ansatz

Diese Situation fand Dr. Peter Ruben (Jg. 1933) vor, als er im September 1975 von der Humboldt-Universität in den DiaMat-Bereich des ZfPh wechselte. Kurz zuvor hatte er sich zum Thema: *Widerspruch und Naturdialektik* habilitiert (Dr. sc.).⁹⁵ Mir aber hatte Buhr nach Klimaszewskis Ausscheiden aus dem Institut angetragen, künftig den Bereich zu leiten. Angesichts der skizzierten Misere unseres Faches, die ich sehr wohl spürte, aber nicht glaubte, mit meinem damaligen geistigen Rüstzeug überwinden zu können, fürchtete ich, als Bereichsleiterin nichts weiter zustande zu bringen, als eine weitere Verwalterin der theoretischen Misere zu sein.

Mich beschäftigte damals das Problem der Beziehung zwischen dem modernen Systemdenken und der Dialektik, denn ihre von Georg Klaus behauptete Identität leuchtete mir nicht recht ein. Auf der Suche nach der Lösung des Problems stieß ich auf Texte von Peter Ruben, die mich davon überzeugten, dass mit Hilfe seiner Dialektik-Auffassung nicht nur meine Frage lösbar sei, sondern die stillgelegte Dialektik-Debatte überhaupt in Bewegung gesetzt werden könne.⁹⁶ Deshalb schlug ich Buhr vor, Ruben als Mitarbeiter für unseren Bereich zu gewinnen. Und

⁹⁴ G. Klaus: *Spieltheorie in philosophischer Sicht*, Berlin 1968, S. 31

⁹⁵ Erstmals als Preprint 20 des Max-Planck-Instituts f. Wissenschaftsgeschichte 1995 publiziert, hg. v. P. Beurton, W. Lefèvre u. J. Renn. Online in: P. Ruben; *Philosophische Schriften*. Hg. U. Hedtke/C.Warnke, www.peter-ruben.de

⁹⁶ Im direkten Zusammenhang mit meinem Thema stand Rubens Aufsatz: P. Ruben: *Strategisches Spiel und dialektischer Widerspruch* In: *DZfPh* 18(1970)11

unter dieser Bedingung hoffte ich, gemeinsam mit den Mitarbeitern des Bereiches ein neues Kapitel der Dialektikforschung einleiten zu können.

Rubens definitives Wirken im Diamat-Bereich setzte erst 1976 ein, da er zuvor zu einem Gastsemester an die dänische Universität Aarhus eingeladen worden war. Für die Überwindung der bürokratischen Hürden, die dem im Wege standen, hatte sein neuer Dienstherr, Prof. M. Buhr, gesorgt.

Rubens Mitwirkung im Bereich schuf eine neue Lage. Sein philosophischer Ansatz spaltete nicht nur den Bereich, sondern das Institut in eine Gruppe von Mitarbeitern, die – wie ich – hofften, mit Rubens Ansatz die theoretische Philosophie des Marxismus aus ihrer Sackgasse zu führen und in eine Gruppe von Mitarbeitern, die mit Rubens vom Gewohnten abweichender Dialektik-Auffassung nichts anzufangen vermochte, sie misstrauisch beäugte und Front gegen sie zu machen begann.

Der Institutsdirektor hatte Ruben für die Realisierung des für den Z-Plan 1981–1985 ins Auge gefassten Projekts zum *Dialektischen Widerspruch* vorgesehen. Doch daraus wurde nichts. Seit Sommer 1978 eskalierte der Konflikt, und Rubens philosophische Position wurde schrittweise zum Gegenstand der Kritik, an der in konzertierter Aktion Instituts-, Partei- und Gewerkschaftsleitung wirkten. Hauptinteresse an Demontage von Rubens theoretischer Position aber hatte der Leiter des Bereichs Wissenschaftsphilosophie, H. Hörz, der sein Konzept des Verhältnisses von Philosophie und Naturwissenschaften durch den Theorieansatz Rubens gefährdet sah. Hörz hatte in dieser Auseinandersetzung von vornherein die besseren Karten, da seine Position mit der offiziellen marxistisch-leninistischen Philosophievorstellung konform war, und er zudem mit führenden Partei- und staatlichen Institutionen bestens vernetzt war.

Mit der Streikbewegung in Polen und der Bildung der Solidarność im Sommer 1980 spitzte sich die Lage zu. Die Leitungsorgane des Instituts überschlugen sich in Treuebekundungen zur Parteipolitik, bezeichneten die Forschungsgruppen als „Kollektive von Parteiarbeitern“⁹⁷ und konnten sich nicht genug darin tun, die Einheit von Parteilichkeit und Wissenschaftlichkeit zu beschwören.⁹⁸

⁹⁷ Aus dem Kampfprogramm der SED-Grundorganisation des ZIPh 1980, in ABBAW, Inst. f. Phil., Nr. A 537

⁹⁸ Ein interdisziplinäres Kolloquium: Wissenschaftlichkeit – Parteilichkeit – Objektivität inszenierte am 19. 12. 1980 H. Horstmann (damals stellv. Leiter d. Bereichs DiaMat und Parteisekretär der GO); die Beiträge wurden unter demselben Titel Berlin 1981 publiziert.

War die Ausgrenzung Rubens bis dahin mit allerlei Schikanen und Behinderungen in der wissenschaftlichen Arbeit betrieben worden, gegen die sich Ruben und seine Mitstreiter vehement zur Wehr gesetzt hatten, so konnte man sie nun *politisch* vollstrecken. Anlass hierfür bot ein gemeinsam mit dem Ökonomen Prof. Hans Wagner veröffentlichter Artikel Rubens zur Wertproblematik in der sozialistischen Produktion.⁹⁹ Den Nachweis, dass Rubens philosophischer Ansatz „revisi-onistisch“ sei, bzw. „am Marxismus-Leninismus vorbeigehe“, sollte eine Kom-mission erbringen, die der Direktor *Zu politisch-ideologischen und wissenschaft-lichen Einschätzungen von Publikationen von Dr. Peter Ruben* Anfang 1981 kon-stituierte. Er versicherte sich der Mittäterschaft der beiden AM des Instituts, W. Eichhorn und H. Hörz, die er in die Kommission berief, ferner ausgewählter als Ruben-Kritiker bekannter Mitarbeiter des Instituts, die er beauftragte, die Arbeiten Rubens auf Abweichungen vom Marxismus-Leninismus zu durchforsten, und der Mittäterschaft der Leitung des Forschungsbereichs, indem Prof. Kalweits damali-ger Stellvertreter, der Ökonom Herbert Meißner, als Gutachter zur Verurteilung Rubens beitrug.¹⁰⁰

Das Ganze war ein *Ketzerprozess*, der den Sinn hatte, durch ein Konvolut von Gutachten eine marxistische „Abweichung“ vom offiziell gültigen Marx-is-mus-Leninismus, einen *Häretiker* zu konstituieren und zu eliminieren. Die Diffe-renzpunkte wurden in der Anklageschrift ganz richtig benannt. Sie betrafen Kern-fragen der marxistischen Philosophie, besonders das Verständnis der Dialektik. Zwar hat die These, dass die *materialistische Dialektik* Resultat von Marx' Hegel-Kritik gewesen ist, wohl kein Marxist je bestritten, aber das sagt noch nichts dar-über aus, was der sich „Marxist“ Nennende unter Dialektik versteht.

VI.2. Zwei differente Dialektik-Auffassungen – Exkurs

Aus den Schriften von Karl Marx und Friedrich Engels lassen sich entgegen-gesetzte Möglichkeiten ableiten, sich zur Philosophie zu verhalten, die in der Ge-schichte des Marxismus zu einander ausschließenden Konzepten und Fraktionen marxistischer Philosophen führten. Beide Richtungen können sich berechtigt auf Äußerungen der Gründerväter berufen. Die Vertreter der einen knüpften an das

⁹⁹ Vgl. P. Ruben/H. Wagner: Sozialistische Wertform und dialektischer Widerspruch. In: DZfPh 28(1980)10; auch in H.-C. Rauh: Gefesselter Widerspruch, a. a. O., S. 53 ff.

¹⁰⁰ H. Meißner: Stellungnahme zum Artikel „Sozialistische Wertform und dialektischer Widerspruch“ von P. Ruben und H. Wagner in H.-C. Rauh: Gefesselter Widerspruch, a. a. O., S. 170 ff. Vgl. dazu auch C. Warnke: Nicht mit dem Marxismus Leninismus vereinbar, in: H.-C. Rauh/H.-M. Gerlach (Hg): Aus-gänge, a. a. O./ Online in: www.peter-ruben.de

Gedankengut an, das Marx und Engels dem theoretischen und methodischem Fundus der klassischen deutschen Philosophie, insbesondere Hegels, entnommen, und nach ihrem Selbstzeugnis, „vom Kopf auf die Füße gestellt“ haben. Das Anliegen dieser Fraktion, der *hegelianistischen* Richtung oder der *Dialektiker*¹⁰¹ war und ist es, die *materialistische* Rekonstruktion der *Dialektik*, resp. die Konstitution einer *dialektisch* fundierten *materialistischen Philosophie*, die von Marx begonnen, aber nicht zum System ausgebildet worden ist, fortzusetzen – im Hinterkopf mit der regulativen Idee – unter Voraussetzung der Existenz der modernen Wissenschaften ein materialistisches Pendant zu Hegels *Logik* anzustreben.¹⁰²

Ihren Gegenpart fand diese Richtung in einer Interpretation der marxistischen Philosophie, die auf ihre *positivistische* Liquidierung als eigenständige Disziplin hinauslief, insofern sie Materialismus und Dialektik durch die modernen Fachwissenschaften und ihre Empirie, also jenseits und unabhängig von der Philosophie realisiert sah.

In Marx' *Feuerbachthesen* (1845) ist dieser Gegensatz sogar in ein und demselben Text präsent. Die hegelianistische Richtung kann sich mit Recht auf die 1. These berufen:

„Der Hauptmangel alles bisherigen Materialismus [...] ist, dass der Gegenstand, die Wirklichkeit, Sinnlichkeit, nur unter der Form des *Objekts* oder der *Anschauung* gefaßt wird, nicht aber als *sinnlich-menschliche Tätigkeit, Praxis*; nicht subjektiv.“

womit Marx sich als Hegelianer ausweist, indem er als philosophischen Standort die Überwindung der Metaphysik durch das *Tätigkeitskonzept* der klassischen deutschen Philosophie angibt.

Die positivistische Richtung aber findet sich in der viel zitierten 11. Feuerbachthese bestätigt: „Die Philosophen haben die Welt bisher nur verschieden *interpretiert*, es kömmt darauf an, sie zu *verändern*,“ Hier widerspricht Marx der

¹⁰¹ Ich stütze mich im Hinblick auf diese Unterscheidung auf P. Ruben: Von der Philosophie und dem deutschen Kommunismus. Ein Blick in die Vorgeschichte der DDR-Philosophie. In: V. Gerhardt/H.-C. Rauh (Hg.): Anfänge der DDR-Philosophie, Berlin, 2001, S. 39 ff.

¹⁰² Angeregt durch P. Rubens in der SOPO 9(1977)3 erschienenen Artikel: „Die wissenschaftspolitische Bedeutung der Hegelschen Logik“ entschlossen sich die Mitglieder des Westberliner Hegel-Kolloquiums mit P. Ruben und einigen ihm theoretisch nahe stehenden Kollegen, sich in einem gemeinsamen Ost-West-Projekt an der materialistischen Rekonstruktion von Hegels *Logik* zu versuchen. Aus diesem Gemeinschaftsprojekt wurde jedoch nichts, da P. Ruben seit Herbst 1978 jeder Westkontakt untersagt worden war. Unter Leitung von Peter Furth (und unter Mitarbeit von Wolfgang. Lefèvre, Bernhard Heidtmann, Nicola De Domenico, Hans-Jörg Rheinberger und Peter Damerow) entstand als Torso dieses Unternehmens: P. Furth (Hg.): „Arbeit und Reflexion. Zur materialistischen Theorie der Dialektik – Perspektiven der Hegelschen ‚Logik‘“, Köln 1980

These Nr. 1, sofern dieser Satz als ausschließende Alternative: nicht interpretieren, *sondern* verändern, nicht Theorie, *sondern* Praxis! gelesen wird. Sie ist dann als Aufforderung zu verstehen, auf eigenständige Philosophie künftig zu verzichten. Dass diese Deutung nicht von der Hand zu weisen ist, geht aus der *Deutschen Ideologie* hervor:

„Da, wo die Spekulation aufhört, beim wirklichen Leben,“ – heißt es hier – „beginnt ... die ... positive Wissenschaft. ... Die selbständige Philosophie verliert mit der Darstellung der Wirklichkeit ihr Existenzmedium. An ihre Stelle kann höchstens eine Zusammenfassung der allgemeinsten Resultate treten.“¹⁰³

Rund 30 Jahre später ist bekanntlich der *Anti-Dühring* entstanden, der 1877/1878 erschien.¹⁰⁴ In dieser Streitschrift offerierte Engels den Lesern des *Vorwärts* gegen die mit Blindheit der Dialektik gegenüber geschlagene „Wirklichkeitsphilosophie“ Eugen Dührings¹⁰⁵ eine Einführung in die materialistische Dialektik. Er ließ keinen Zweifel, dass es Hegel war, der „ihre allgemeinen Bewegungsformen zuerst in umfassender und bewusster Weise dargestellt“¹⁰⁶ also die *philosophische Theorie der Dialektik* geschaffen hat. Doch das hindert ihn nicht zu behaupten: Der „moderne“ (d. h. dialektische) Materialismus „ist überhaupt keine Philosophie mehr, sondern eine einfache Weltanschauung, die sich nicht in einer aparten Wissenschaftswissenschaft, sondern in den wirklichen Wissenschaften zu bewähren und zu betätigen hat.“¹⁰⁷ Am Leitfaden dieses positivistischen Credo leitet Engels die Gültigkeit der dialektisch-materialistischen gegen die metaphysische Weltansicht Dührings direkt aus den Erkenntnissen der sog. positiven Wissenschaften ab, d. h. er unterstellt, dass in ihnen die objektiv-reale Dialektik von Natur und Gesellschaft *unmittelbar* widerspiegelt wird. Folgt man dieser Voraussetzung, dann sind die allgemeinen Aussagen und Gesetze der Dialektik als Produkte der *Verallgemeinerung* fachwissenschaftlicher Erkenntnisse aufzufassen. Und eben das wurde zur offiziellen Lehrmeinung der marxistisch-leninisti-

¹⁰³ MEW, Bd. 3, S. 27

¹⁰⁴ 1978 hat das ZIph den internationalen Sammelband „100 Jahre „Anti-Dühring““ (hg. von R. Kirchhoff u. T. I. Oiserman in der Reihe Schriften zur Philosophie und ihrer Geschichte, Bd. 17) initiiert, an dem als Autoren aus dem ZIph R. Kirchhoff, W. Eichhorn I, H. Horstmann, W. Förster, J. Höppner, O. Finger, G. Bartsch, H. Hörz, P. Ruben u. P. Beurton beteiligt waren.

¹⁰⁵ Hier steht der 1. Abschnitt: „Philosophie“ des „Anti-Dühring“ zur Debatte, in dem sich Engels mit E. Dührings: „*Cursus der Philosophie als streng wissenschaftlicher Weltanschauung und Lebensgestaltung*“, Leipzig 1875, auseinandersetzt.

¹⁰⁶ Engels beruft sich hierbei auf Marx. Vgl. F. Engels: Alte Vorrede zum „Anti-Dühring“. Über Dialektik, in MEW Bd. 20, S. 335

¹⁰⁷ MEW, Bd. 20, S. 129

schen Philosophie. Engels stellte also weder die seit Kant unabweisbare erkenntnistheoretische Frage noch beantwortet er sie: *Was* spiegeln die Wissenschaften von der objektiv-realen Wirklichkeit wider und *wie* tun sie dies? Er ignorierte m. a. W. das Verhältnis von Analytik und Dialektik, von Sinnlich-Konkretem, Abstrakt-Allgemeinem und Konkret-Allgemeinem im Sinne Hegels. Und so kommt die *Dialektik als Theorie und Methode* im *Anti-Dühring* letztlich überhaupt nicht vor. Er selbst nennt sein Produkt eine „enzyklopädistische Übersicht unserer Auffassung der philosophischen, naturwissenschaftlichen und geschichtlichen Probleme.“¹⁰⁸ Und indem Engels den von Dühring vorgegebenen Themen Schritt für Schritt folgt, setzt er sich schließlich (in Kapitel XII. u. XIII) mit Dührings Polemik gegen Hegels Kategorien des dialektischen Widerspruchs, von Quantität und Qualität und der Negation der Negation auseinander, indem er sie „materialistisch“, und d. h. für Engels naturwissenschaftlich interpretiert. Mit einigem Recht kann man also feststellen: Ihre exponierte Stellung im System der marxistisch-leninistischen Philosophie als sog. „Grundgesetze der Dialektik“ verdanken diese Kategorien eigentlich Eugen Dühring!

Dieser Konstruktionsfehler wäre gewiss unerheblich, wenn der *Anti-Dühring* von den Nachfolgenden für das genommen worden wäre, was er sein wollte: ein Vademecum, das die Anhänger der Sozialdemokratie in verständlicher Weise mit Grundzügen materialistischer Weltanschauung vertraut machen sollte. Im Zuge der Dogmatisierung des Marxismus wurde er jedoch zum strukturellen Standard für künftige Darstellungen der marxistischen Philosophie überhaupt, wodurch sich auch seine Fehlkonstruktion vererbte.

Damit zurück zur Ruben-Affäre. Am Thema: *Forschungen zur materialistischen Dialektik*, das ab den 70er Jahren als Generalthema die Bereiche des Instituts verbinden sollte, spaltete sich das Institut in die genannten Fraktionen. Denn die hegelianisierenden Marxisten um P. Ruben hatten andere Begriffe von Philosophie und der materialistischen Dialektik als die positivistischen Vorstellungen, die H. Hörz und die Seinen mit diesen Termini verbanden. Und die sich am Lehrbuch-Standard orientierenden Mitarbeiter des Instituts hielten sich am Gewohnten fest und schlugen sich, sofern sie Partei ergriffen, auf die Seite der letzteren.

¹⁰⁸ Engels an Bernstein vom 11. April 1884 MEW 1967, Bd. 36, S. 136

Die Abweichungen Rubens vom Marxismus-Leninismus wurden in der „grünen Mappe“, d. h. im *Bericht der Kommission* zu den Publikationen Peter Rubens u. a. wie folgt, begründet:

Ruben fuße „in wichtigen Fragen der Philosophie auf Positionen ... die nicht mit dem Marxismus-Leninismus vereinbar sind, so in der Grundfrage der Philosophie, in der Widerspiegelungstheorie, in wesentlichen Momenten der Dialektik, insbesondere der Widerspruchsauffassung, im Verhältnis der Philosophie zu den Einzelwissenschaften.“¹⁰⁹

Um die Differenzen zwischen Rubens Begriff der Dialektik und dem seiner Kritiker kenntlich zu machen, greife ich aus diesem Katalog von „Abweichungen“ die „Grundfrage der Philosophie“, die Widerspiegelungstheorie und das Verhältnis der Philosophie zu den Einzelwissenschaften heraus.

Vorwurf Nummer 1

Statt den Materialismus in der „Grundfrage der Philosophie“, d. h. in der materialistischen Antwort auf die Frage: „Was ist primär, die Materie oder die Idee? zu verorten, führe Ruben ihn auf den Arbeitsbegriff zurück, den er zur „Zentralkategorie“¹¹⁰ der marxistischen Philosophie erkläre. Arbeit und Erkenntnis vermitteln zwar zwischen objektiver Realität und Bewusstsein. „Aber die Anerkennung der Arbeit *scheidet* Materialismus und Idealismus nicht, weil in ihr die *Einheit* von subjektiven und objektiven Komponenten existiert. Erst die Anerkennung des Primats der Materie gegenüber dem Bewusstsein und des Bewusstseins als Widerspiegelung der Materie ist Materialismus und nicht schon die Betonung der verändernden Tätigkeit des Menschen, was die idealistische Beantwortung der Grundfrage der Philosophie verschleiern kann. ... Bei Ruben wird dadurch *der objektiv-reale Gegenstand nicht vom Erkenntnisprozess getrennt*. ... Um Arbeit materialistisch begreifen zu können, muss *erst der Gegenstand der Arbeit*, nämlich *die objektive Realität*, d. h. das, was außerhalb und unabhängig vom Bewusstsein existiert, *als existierend* angesehen werden. ... Dadurch werden die Arbeits- und Erkenntnisprodukte als *Widerspiegelung* der objektiven Realität begriffen, die in ihrem Inhalt *nicht durch die Art der*

¹⁰⁹ Vgl. H.-C. Rau (Hg.) Gefesselter Widerspruch, a. a. O S. 169

¹¹⁰ Vgl. P. Ruben: Problem und Begriff der Naturdialektik, a. a. O. S, 59

*Arbeit, sondern durch den widergespiegelten Gegenstand und seine Beziehungen bestimmt sind.*¹¹¹

Auf diese Hörz-Kritik hatte Ruben folgendes zu erwidern: Die materialistische Philosophie darf, sofern sie als Philosophie gelten will, die Materialität der Welt nicht unabhängig davon behaupten, ob sie diese Aussage im Rahmen ihrer Theorie auch beweisen kann. Dieser Beweis aber ist nicht anders möglich als über die philosophische Analyse des Arbeitsprozesses. Im Gelingen und noch mehr im Scheitern der avisierten Ziele seines Tuns, in der Arbeit also und *nur* in ihr, wird dem Menschen permanent die von ihm *unabhängige Existenz der Natur und ihrer Gesetze*, also die Materialität der Welt bewiesen, denn nur, indem er ihre *objektiven Eigenschaften* kennen und in seine Dienste zu stellen lernt, kann er sich in der von ihm unabhängigen Natur behaupten und entwickeln. In der Arbeit sind die subjektiven von den objektiven Komponenten in der Tat nicht *getrennt*, sondern als zusammenwirkende Momente des einheitlichen Arbeitsprozesses nur voneinander *unterschieden*.

Wird der Materialismus statt über die Arbeit über die „Grundfrage“ eingeführt, haben wir es mit einem Materialismusbegriff zu tun, der nicht begründet, sondern *dekretiert* wird, der *eindeutig*, aber eben deswegen auch tot ist. Er kommt durch die Prozedur des wechselseitigen *Ausschlusses* von Materiellem und Ideellem, also ihrer *Scheidung* voneinander zustande. Das Produkt ist ein nur *abstrakt* aber nicht *konkret* bestimmter Materialismus. Redlicherweise dürfte dieser nicht *dialektisch* genannt werden, da er absurderweise auf einem Materialismus-Begriff beruht, aus dem die Dialektik getilgt ist!

Ruben war in der Geschichte der DDR-Philosophie nicht der erste und nicht der Einzige, der die Bedeutung des Arbeitsbegriffs für die Konstituierung einer im

¹¹¹ Vgl. H. Hörz: *Marxistische Philosophie und Naturwissenschaften*, Berlin 1974, S. 43f. (Hervorhebungen von der Autorin). Dieses penetrante Bestehen auf der „Grundfrage der Philosophie“, diese Trennung in Primäres (Materie) und Sekundäres (Bewusstsein) wurde den Philosophiestudenten der DDR nachdrücklich durch Stalins Ideologiechef A. Shdanow Anfang der 50er Jahre eingebläut. Es war gekoppelt mit der Behauptung: die Geschichte der Philosophie sei die Geschichte des Kampfes des Materialismus, der immer die Partei des Fortschritts sei, gegen den Idealismus, der die Reaktion verkörpere.

strengen Sinne dialektisch materialistischen Philosophie begriff.¹¹² Und um dessen anthropologisch-apriorische Stellung im System der Kategorien der materialistischen Dialektik zu begreifen, musste man dorthin zurückkehren, wovon auch Marx ausgegangen war, zur Philosophie Hegels. Marx hatte in Hegels Idee des an seiner Verwirklichung rastlos *arbeitenden Weltgeistes* das Arbeitskonzept in mystifizierter (auf dem Kopf stehender) Gestalt bereits vorgefunden, und es vom „Kopf auf die Füße“ gestellt. D. h. das Subjekt der Arbeit ist für Marx nicht der sich *vergegenständlichende Weltgeist*, sondern die menschliche Gattung in ihrer *sinnlich-gegenständlichen* Wirklichkeit, die mittels *materiell-gegenständlicher Arbeit* ihre selbstbestimmte Existenz und Entwicklung realisiert. Aber diesen philosophischen Entwurf seiner frühen Jahre, die philosophische Analyse des Arbeitsbegriffs, die in nuce die gesamte Theorie der materialistischen Dialektik enthält, hat Marx nicht weiter verfolgt.

Um diesen Ansatz auszubilden sei „unbedingt“, so Ruben, „die spezielle Stellung der *Arbeitsmittel* (Werkzeuge) als der *materiellen Vermittlung* zwischen den Arbeitenden und ihren Gegenständen (die Philosophen sagen auch: dem Subjekt) und ihren Gegenständen (philosophisch: dem Objekt)“ hervorzuheben. Und das erkenntnistheoretisch gestellte Problem, wie denn wohl das Subjekt zum Objekt komme, (die Einheit von Denken und Sein zu realisieren sei), sei nicht lösbar, sofern das Subjekt als *mittellos* unterstellt ist. Mit anderen Worten: Das Arbeitsmittel ist die

„materialisierte Einheit des Subjekts und Objekts der Arbeit, sinnlich-gegenständig [...] unterscheidbar vom Subjekt wie vom Objekt (Gegenstand) der Arbeit. Entzieht man diesem Zusammenhang das Arbeitsmittel, so freilich stehen sich Subjekt und Objekt einander äußerlich gegenüber und es gibt in der Tat *nichts*, das sie vermittelt.“ Dann gäbe es aber auch keine verstandesbegabten menschlichen Wesen, „weil es die *erhaltenen, vererbten, gepflegten, reparierten* Werkzeuge sind, die den arbeitenden Menschen die fundamentale Verstandeskategorie der Identität exemplarisch vorstellen. Nicht an den Gegenständen des Verzehrs (der Konsumtion) gewinnt

¹¹² Klaus Zweiling begründete in seiner Vorlesung zum *Philosophischen Materialismus* (ab 1955 für die Philosophiestudenten der Humboldt-Universität) den Materialismus der marxistischen Philosophie aus dem Arbeitsbegriff und hat den in der DDR wohl ersten Versuch unternommen, Hegels *Logik* materialistisch zu rekonstruieren. P. Ruben und Renate Wahsner, die Zweilings Vorlesungen damals gehört haben, machten sich diesen Ausgangspunkt zu eigen und wurden in ihren Arbeiten seit den 60er Jahren zu konsequenten Verfechtern der hegelianistischen Linie innerhalb der DDR-Philosophie. Die marxistische Philosophie im Begriff der materiell-gegenständlichen Arbeit und der Praxis zu fundieren, forderte in den 60er Jahren (anlässlich seiner Edition der *Deutschen Ideologie*) Helmut Seidel, und auch Kosings gescheitertes Lehrbuch von 1967, in dem mit dem Arbeitsbegriff statt mit der Grundfrage der Philosophie der Materialismus begründet wird, gehört in diese Reihe. Wurde diese Forderung öffentlich vertreten, wurde sie stereotyp mit dem Revisionismusvorwurf belegt. So von R. O. Gropp: Über eine unhaltbare Konzeption. In: DZfPh 15(1967)9, S. 1097

der Mensch Verstand, sondern an den *Mitteln seiner Produktion*, die er *identisch* erhalten will!“¹¹³

Vorwurf Nummer 2

Alle weiteren „Abweichungen“ Rubens, so auch seine Differenz zur marxistisch-leninistischen *Abbild- oder Widerspiegelungstheorie* wurzelten in seinem Arbeitskonzept. So griff er Marx' These von der Wissenschaft als allgemeiner Arbeit auf¹¹⁴ und gab folgendes zu bedenken:

Schon die „Existenz von *Abbildungen* (gegenständlicher Widerspiegelungen) ist der definitive Beweis für die vorgängige Existenz des *Abbildens* (des Widerspiegeln als *Erzeugung* von Abbildern). Wie man kein Produkt ohne Produktion hat, so hat man kein Abbild ohne Abbilden, keine Widerspiegelung ohne Widerspiegeln! Die Erklärung des Abbilds aus der Tat des Abbildens ist also die theoretische Leistung der *dialektischen* Widerspiegelungstheorie. [...] Das Bild verdankt sein Dasein dem Bildner. Und materialistisch verstanden, kann sich ein Subjekt nur zum Bildner bilden, wenn es für diese Tat materielle Mittel und Gegenstände vorfindet, die es im Abbilden gültig reproduziert. Das Abbilden ist [...] die gegenständliche Arbeit der Umbildung natürlicher Sachverhalte in Vertreter von Allgemeinem, d. h. ihrer Umbildung in Modelle bestimmter Eigenschaften.“¹¹⁵

Ohne es auszusprechen, war diese Interpretation der Widerspiegelung ein Affront gegen die „heilige Kuh“ von Lenins Widerspiegelungstheorie, die auf dem Fundament der vorkantschen metaphysischen Erkenntnisauffassung beruhte, die einer der Ruben-Kritiker geradezu klassisch so auf den Begriff brachte: „Nach Lenin ist die Widerspiegelung dem Wesen nach eine in qualitativ verschiedenartigen Formen existierende Eigenschaft der Materie, äußere Einwirkungen durch innere Veränderungen zu reproduzieren und auf sie zu reagieren.“¹¹⁶ Danach sind es

¹¹³ Vgl. P. Ruben: Wissenschaft als allgemeine Arbeit. Über Grundfragen der marxistisch-leninistischen Wissenschaftsauffassung, In: *Dialektik und Arbeit der Philosophie*, (hg. v. H. J. Sandkühler), Köln 1978, S. 23 u. S. 24. Vgl. auch P. Ruben: Die materialistische Dialektik und ihre Grundgesetze. In: *Gesetz - Erkenntnis – Handeln*, a. a. O.. In Auseinandersetzung mit den 1981/82 in der DZfPh. erschienenen Kritiken von G. Bartsch, W. Eichhorn I, u. Alfred Lemnitz an seinem Arbeitskonzept schrieb Ruben gleichfalls für die DZfPh: „Diskussionsprobleme in der materialistischen Arbeitsauffassung“ Der Artikel durfte jedoch nicht erscheinen. Er ist gedruckt in: *Gefesselter Widerspruch*, a. a. O., S. 133 ff. Diese Texte findet man auch Online in: www.peter-ruben.de

¹¹⁴ K. Marx: *Das Kapital*, Dritter Band, in: MEW, Bd. 25; Berlin 1970, S. 114: „Allgemeine Arbeit ist alle wissenschaftliche Arbeit, alle Entdeckung, alle Erfindung. Sie ist bedingt teils durch Kooperation mit Lebenden, teils durch Benutzung der Arbeit Früherer.“

¹¹⁵ P. Ruben: *Wissenschaft als allgemeine Arbeit*, a. a. O., S. 30

¹¹⁶ Vgl. J. Schreiter: Zu den erkenntnistheoretischen Positionen, die von P. Ruben in seinem Artikel „Wissenschaft als allgemeine Arbeit“ vertreten werden, in: *Gefesselter Widerspruch*, a. a. O., S. 187

die *Objekte*, die durch ihre Einwirkungen auf das Subjekt als *Agens* der Erkenntnis vorgestellt werden, während dem *Subjekt* die Rolle des *Reagens* zukommt. So verstanden ist Widerspiegeln, Abbilden natürlich nicht Arbeit, sondern ein *passiver Vorgang*. Und die auf dieses Konzept Verpflichteten konnten mit Rubens Betonung materieller Arbeitsmittel auch für den Erkenntnisprozess, der Rolle, die Etalons, Messmittel, materielle Modelle usw. in ihm spielen, nichts anfangen. Das von ihm gebrauchte Beispiel des Pariser Urmeters für die notwendige Beschaffenheit eines strikt identisch zu erhaltenden Messmittels galt den gutwilligen Interpreten als persönliche Schrulle Rubens, den böswilligen als Ignoranz gegenüber den „geistigen Erkenntnismitteln“, als Abgleiten in den Vulgärmaterialismus.¹¹⁷

Vorwurf Nummer 3

Unvereinbar mit dem Marxismus-Leninismus sei auch Rubens Auffassung des Verhältnisses von Philosophie und Einzelwissenschaften. Gegen die in den 50iger Jahren verbreitete Tendenz, die Naturwissenschaften philosophisch zu bevormunden, hatte sich in den 60iger Jahren allgemein und zu Recht die Überzeugung durchgesetzt, dass die Theorien, Methoden und Resultate der Naturwissenschaften *autonom* sind, und diese Autonomie von den Philosophen zu respektieren sei. Da nach verbreiteter Auffassung (und seit Engels' *Anti-Dühring*) aber gleichzeitig vorausgesetzt wurde, dass die Dialektik der Natur in den Fachwissenschaften unmittelbar erkenn- und auffindbar sei, lag der Schluss nahe, in den Gesetzesaussagen und Kategorien der Philosophie nichts anderes als „*Verallgemeinerungen*“ fachwissenschaftlicher Aussagen vor sich zu haben. Das war auch Hörz' philosophische Position, die im Philosophenlexikon, wie folgt, charakterisiert wurde:

„Ausgehend von der philosophischen Verallgemeinerung naturwissenschaftlicher – namentlich moderner physikalischer – Erkenntnisse, hat H. umfassend das Verhältnis marxistisch-leninistischer Philosophie zu den Naturwissenschaften untersucht.“¹¹⁸

Diese Vorstellung stimmt mit der offiziellen marxistisch-leninistische Definition des Gegenstands der Philosophie überein. Er besteht bekanntlich in den „allgemeinen Bewegungs- und Entwicklungsgesetze(n) der Natur, der Gesellschaft

¹¹⁷ Bericht der Kommission zu politisch-ideologischen und wissenschaftlichen Einschätzungen von Publikationen von Dr. Peter Ruben. In: Gefesselter Widerspruch, a. a. O., S. 166

¹¹⁸ Philosophenlexikon, hg. v. E. Lange u. D. Alexander, Berlin 1982, S. 401

und des Denkens.“¹¹⁹ Und von John Erpenbeck/Herbert Hörz wird „wissenschaftliche Philosophie“ als „Wissenschaft von den allgemeinsten Beziehungen und Gesetzen der Natur, der Gesellschaft und des Denkens“¹²⁰ bestimmt. Mit diesen Definitionen wird das Problem, welcher *Art von Allgemeinheit* die Kategorien und Aussagen der Philosophie im Unterschied zu denen der Fachwissenschaften zu sein haben, um das Kriterium dialektisch-materialistisch zu erfüllen, weder gestellt noch beantwortet.

Die Verfasser des zitierten Textes waren sich ihrer Gegnerschaft zu der in hegelscher Tradition stehenden Linie marxistischer Philosophie durchaus bewusst. Sie erklärten, dass ihnen „nicht, wie etwa Hegel, die Dialektik als Vehikel des sich zum Gipfel der Selbsterkenntnis hinaufquälenden Geistes, sondern als eine Widerspiegelung der sich ewig entwickelnden Materie“ gilt und Hegels Philosophie der historische Ausdruck des „in voller Schärfe“ ausgebildeten „Gegensatzes von Philosophie und Naturwissenschaft“¹²¹ sei. Rubens Rezension dieses Textes wusste Hörz dann ebenso zu verhindern, wie auch einen Artikel für die DZfPh, in dem die Beziehung von Philosophie (Dialektik) und Fachwissenschaften (Analytik) zu einem Arbeitsgegenstand weiterer Forschungen im DiaMat-Bereich erklärt worden war. Diesem Text lag die These zu Grunde, dass die in Bezug auf Methodik und Theoriebildung autonomen Fachwissenschaften von der in beider Hinsicht gleichfalls autonomen Philosophie zu unterscheiden seien, (von Ruben – in Anknüpfung an Kant – als Unterschied und Verhältnis von *Analytik* und *Dialektik*¹²² bestimmt).

Wenn man mit Hörz unterstellt, dass die Aussagen der Philosophie als Produkt der Verallgemeinerung fachwissenschaftlicher Erkenntnisse zustande kommen, so wären fachwissenschaftlich allgemeine Begriffe (wie etwa die der Mathematik) und philosophische Kategorien definitiv nicht unterscheidbar, denn das Denken verbliebe beide Male im Bereich der *Analytik*, des *Abstrakt-Allgemeinen*, und die Philosophie hätte ihre Existenzberechtigung als eigenständige Disziplin verloren. Anders, wenn mit Hegel und Marx vom *Abstrakt-Allgemeinen* das *Konkret-Allgemeine* unterschieden wird, das die *Domäne der Dialektik* als eigenstän-

¹¹⁹ Vgl. Philosophisches Wörterbuch, Hg. M. Buhr/G. Klaus, Leipzig 1975, Stichwort Philosophie

¹²⁰ J. Erpenbeck/H. Hörz: Philosophie contra Naturwissenschaft?, Berlin 1977, S. 29

¹²¹ Ebd., S. 48f. Die von Hörz verhinderte Rezension dieses Buches ist nachzulesen in P. Ruben: Neues von der philosophischen Front, in: Berliner Debatte Initial, 17(2006)1/2, S. 210;

¹²² P. Ruben/C. Warnke: Denkweise und Gesetze der materialistischen Dialektik als Gegenstand weiterer philosophischer Forschung. Dieser Text sollte als Leitartikel dem vom Bereich DiaMat gestalteten Heft 27(1979)3 der DZfPh vorangestellt werden. In: Ruben/Warnke: Privatarchiv. Seine Publikation wurde jedoch von der Institutsleitung verhindert.

dige Theorie und Methode der Philosophie konstituiert. Unterbleibt diese Unterscheidung, verliert die Philosophie ihre Autonomie, und sie wird (zwar nicht zur „Magd der Politik“) aber zur „Magd der Fachwissenschaften.“

Die Realisierung eines ehrlichen Positivismus war jedoch – wie an der „ewig sich entwickelnden Materie“ ablesbar – durch die Vorgaben des Systems nicht erlaubt. Die im System fixierten Kategorien, Gesetze und Vorschriften etc. durften nicht ignoriert werden. Sie sind (wie die „Grundfrage“, „die ewig sich entwickelnde Materie“ usw.) in Hörz' Konzept als vom System vorgegebene „Prinzipien“ enthalten, mittels derer die Entwicklung der Fachwissenschaften weltanschaulich zu kommentieren und zu interpretieren ist; sie sind zu „berücksichtigen“, als Hypothesen für die Entwicklung der Fachwissenschaften in Gebrauch zu nehmen usw. Vermutlich um diese, die Fachwissenschaften begleitende Funktion des vorgefundenen Philosophiesystems zusammenzufassen, hat Hörz den Terminus „heuristische Funktion“ eingeführt. Umgekehrt vermögen fachwissenschaftliche Erkenntnisse von „großem Allgemeingrad“ _nach Hörz - zur „Präzisierung“ philosophischer Begriffe beizutragen. (Man bemerke: Weil der Begriff der Allgemeinheit in diesem Konzept nur in *einer Qualität*, als *abstrakte Allgemeinheit* vorkommt, kann auch nur von ihren *Graden*, d. h. ihrer quantitativen Bestimmtheit die Rede sein), und von einem von den Fachwissenschaften unterschiedenen „*Ziel der Verallgemeinerung*“, das wohl *weltanschaulicher* Natur sein soll.¹²³

Was einem zustößt, wenn man die vorgegebenen Systemkonstanten nicht „berücksichtigt“, konnte Hörz der Kritik entnehmen, die Ideologiechef K. Hager 1969 an Georg Klaus geübt hatte. Klaus hatte, wie schon gesagt, in den systemwissenschaftlichen (kybernetischen) Begriffen und Denkweisen die Gesetze und Kategorien der Dialektik in endlich nicht mehr nur verbaler, sondern in wissenschaftlich exakter, in mathematisch ausdrückbarer Form, vor sich zu haben gemeint. Für Klaus war also die *abstrakte Allgemeinheit* von Begriffen und Theorien *hinreichendes* Kriterium ihrer Akzeptanz als philosophische Kategorien.¹²⁴ Und eben das ist auch Hörz' Position, aber er „berücksichtigte“ Hagers weltanschauliche Kritik an Klaus, lehnte – im logischen Widerspruch zu seinem Begriff der

¹²³ Vgl. H. Hörz: Marxistische Philosophie und Naturwissenschaften, a. a. O., S. 153

¹²⁴ Zwar seien „kybernetische Begriffe... wesentliche Hilfsmittel bei der philosophischen Verallgemeinerung“ naturwissenschaftlicher Erkenntnisse, taugen zur „Begriffspräzisierung“ philosophischer Kategorien, „unterliegen aber selbst der kritischen philosophischen Analyse.“ Denn „Philosophie muss theoretische Grundlage der Weltanschauung sein ... (und) ... Weltanschauung soll wissenschaftliche Orientierung für das praktische Handeln“ geben. (Vgl. ebd., S. 155)

Allgemeinheit – ab, systemwissenschaftliche Begriffe als philosophische Kategorien anzuerkennen.¹²⁵ Er hatte also begriffen, dass es nicht opportun war, wie seinerzeit G. Klaus und H. Liebscher, Gesellschaften – weltanschaulich neutral, also jenseits der Lehre vom Klassenkampf und der Partei – als „selbstorganisierende Systeme“ zu definieren. Man handelte sich dann, wie gehabt, den Vorwurf konvergenztheoretischer Nivellierung des historischen Materialismus ein.

„Wer philosophisch arbeiten wollte, musste sich ein Gebiet suchen, das politisch möglichst wenig relevant oder geduldet war“¹²⁶, schreibt Hörz in seinen Erinnerungen: Das „Wissenschaftsphilosophie“ genannte Gebiet war, mit der nötigen politischen Vorsicht betrieben, ein solches. Dieser Ausweg aus den ideologischen Zumutungen war übrigens beliebt und weit verbreitet. Man lieferte die obligatorischen Bekenntnisse ab und wendete sich ansonsten seinen Spezialproblemen zu, in Bezug auf die man hoffte, ideologisch unbehelligt arbeiten zu können. Eben dies war die Strategie von Hörz für sich und den von ihm geleiteten Bereich. Man befasste sich hier v. a. mit den Naturwissenschaften auf ihrer eigenen (analytischen) Basis, und das, was dabei an theoretisch und methodisch Allgemeinem und die Disziplinen Verbindendem anfiel, machte man sich unter dem Titel „philosophische Probleme“ zum Gegenstand. Dafür gab man dem Kaiser, was des Kaisers ist. D. h. Hörz schwang sich im Tausch für die gewährten Arbeitsmöglichkeiten zum aktiven Verteidiger der „Prinzipien“ der herrschenden marxistisch-leninistischen Philosophie, wie der „Grundfrage“, zum Denunzianten möglicher Abweichungen auf und trug so dazu bei, eben diese Prinzipien und seine eigene Stellung bei der Obrigkeit zu befestigen.

Theoretisch und methodisch folgt dieses Konzept also dem von Engels im *Anti-Dühring* realisierten, der positivistischen Tendenz, die Autonomie der Philosophie an die Fachwissenschaften preiszugeben, indem die materialistische Dialektik auf ihre Erscheinungsweise unmittelbar in den Fachwissenschaften reduziert wird. Und dieser Positivismus wird durch die weltanschauliche „Berücksichtigung“ der „Prinzipien“ der marxistisch-leninistischen Philosophie kaschiert und so zu einem spezifischen marxistisch-leninistischem Positivismus, einem Positivismus à la DDR. Hierin bestand – auf ihren einfachsten Nenner gebracht – die von Hörz favorisierte Konzeption für den Bereich Philosophische Probleme der Wissenschaftsentwicklung.

¹²⁵ Vgl. H. Hörz: *Marxistische Philosophie und Naturwissenschaften*, a. a. O., S. 154 ff.

¹²⁶ Vgl. H. Hörz: *Lebenswenden*, a. a. O. S. 284

Dagegen verteidigte Ruben die *Autonomie* der Philosophie und wurde von den Hörzianern umgehend verdächtigt, die Fachwissenschaften ihrer Eigenständigkeit berauben und sie dem Diktat der Philosophie unterwerfen zu wollen. Aber Ruben war keine Wiedergeburt Viktor Sterns oder Lyssenkos, was man wissen konnte, wenn man Rubens Überlegungen zum Thema zur Kenntnis nahm. Die Philosophie als autonome Wissenschaft zu konstituieren, bedeutete nicht nur, sie als eigenständige Theorie und Methodik gegenüber den Fachwissenschaften, sondern auch gegenüber den Einflüssen von Parteiideologie und -politik zu konstituieren.

Ruben unterscheidet – im Rückgriff auf Kant – die *Dialektik* als Theorie und Methode der Philosophie, die *Analytik* als die der Fachwissenschaften. Die Dialektik thematisiere *Konkrete*, die Analytik (insbesondere als messende Wissenschaften) *Abstrakta*. Das *Wirkliche* ist nicht das Abstrakte, sondern das *Konkrete*, d. h. *der Gegenstand in der Einheit mit seinem Verhalten* (= Eigenschaften). Das Konkrete ist somit die Voraussetzung des Abstrakten, geht im Erkenntnisprozess diesem voraus. In der Abstraktion werden Gegenstand und Eigenschaft so getrennt, dass man von der Betrachtung eigenschaftsgleicher Gegenstände zur Betrachtung der in diesen Gegenständen identischen Eigenschaft (= Abstraktum) übergeht. Durch diese analysierende Arbeit des Verstands werden die Eigenschaften der (in der Wirklichkeit vorgefundenen Gegenstände) in „herausgesondertes Gemeinsames“ = *abstrakt-allgemeine Bestimmungen* verwandelt, wodurch auch die Stellung des Gegenstands verändert wird.

„Man abstrahiert“, – schreibt Ruben – wenn man Eigenschaften dadurch erhält (bewahrt), dass man die sie tragenden Gegenstände gegeneinander auswechselt. Die verständige Abstraktion ist ein Verhalten, in dem eigenschaftsgleiche Dinge sozusagen kommen und gehen, während die identische Eigenschaft bleibt. ... Da man Abstrakta nicht wahrnehmen kann, schafft man sich zu Vergleichszwecken aus den Mengen (Abstraktionsklassen) der sie darstellenden Elemente, Standards, Etalons bzw. – wie Marx sagt – Äquivalente, die die Abstrakta gegenständlich *eindeutig* repräsentieren.“¹²⁷

Diese analytische Arbeit mit den ihr eigentümlichen Arbeitsgegenständen und -mitteln ist die Domäne des *Verstandes*, der Wissenschaften aller Couleur, nicht jedoch die der *Vernunft*, der Philosophie.

Philosophie zu betreiben, sofern darunter die *materialistisch* fundierte *Dialektik* verstanden wird, verlangt, – so Ruben – die in der Abstraktion getrennte

¹²⁷ P. Ruben: Diskussionsprobleme der materialistischen Arbeitsauffassung, In: Gefesselter Widerspruch, a. a. O., S. 142f. Online in: P. Ruben; Philosophische Schriften. Hg. U. Hedtke/C. Warnke, www.peter-ruben.de

Einheit von Gegenstand und Verhalten, die des Einzelnen und Allgemeinen als Geistig-Konkretes wieder herzustellen, d. h. den Gegenstand als *sich verhaltenden* Gegenstand und das Verhalten als *gegenständliches* Verhalten zu denken. In der Nachfolge Hegels wird dieser Vorgang Aufsteigen zum *Konkret-Allgemeinen* genannt. Diesen Dreierschritt der als *Arbeit* verstandenen Erkenntnis: – vom Empirisch-Konkreten (Wirklichkeit) zum Abstrakt-Allgemeinen (Fachwissenschaften) und zum Konkret-Allgemeinen (Philosophie) – unter Voraussetzung des modernen Wissenschaftssystems – in seinen unterschiedlichen Aspekten zu untersuchen, war Rubens zentrales Anliegen in den 60er und 70er Jahren. Folgt man dieser Skizze Rubens zur Dialektik des Erkenntnisprozesses, so kann kein Zweifel bestehen, dass die dialektisch-materialistische Philosophie ihre eigenständige Domäne im Konkret-Allgemeinen und in der erkenntnistheoretischen Analyse des skizzierten Dreierschritts der Erkenntnis hat. Daher verfehlt nach Ruben eine Konzeption, – wie die des Bereichs Wissenschaftsphilosophie – die allgemeine Probleme der Fachwissenschaften thematisiert, aber im Bereich der Analytik stehen bleibt, die Philosophie positivistisch.¹²⁸

Indem die Philosophie die „Theorie der *Genesis der Analytik*“¹²⁹ ist, ist sie Voraussetzung der Fachwissenschaften, liegt ihnen a priori zugrunde, wie umgekehrt ohne Fachwissenschaften Philosophie gar nicht bestehen kann. Gegen die Einzelwissenschaften sind Philosophie und Mathematik die *Allgemeinwissenschaften* (die Philosophie als Erkenntnis des Konkret-Allgemeinen mit der Dialektik als Fundament, die Mathematik als Erkenntnis des Abstrakt-Allgemeinen mit der Mengenlehre als Fundament, beide in der Logik miteinander verbunden.) Die „wirkliche Wissenschaft [...] wird im Prozess der Kooperation der Fachwissenschaften und der Philosophie realisiert.“¹³⁰

¹²⁸ Die konkret-allgemeinen Begriffe der dialektisch konstituierten Philosophie, die *Kategorien*, treten hier daher als Kategorienpaare auf, mittels derer die Einheit von Gegenstand und Verhalten (resp. Eigenschaft) wiederhergestellt wird. So z. B. die Paare: Materie-Bewegung, Qualität-Quantität, d. h. die Materie ist nicht wirklich ohne ihre Bewegung und umgekehrt; die Quantität ist stets Quantität einer Qualität usw.

¹²⁹ P. Ruben: *Wissenschaft als allgemeine Arbeit*, a. a. O., S. 39

¹³⁰ P. Ruben/C. Warnke: *Denkweise und Gesetze der materialistischen Dialektik als Gegenstand weiterer philosophischer Forschung*, 1979. a. a. O. Rubens Konzeption ist in Kurzfassung dargestellt in: C. Warnke: *Nicht mit dem Marxismus-Leninismus vereinbar*, in: H.C.- Rauh/M. Gerlach (Hg): *Ausgänge. Zur DDR-Philosophie in den 70er und 80er Jahren*, Berlin 2009, S. 567 ff. Online in: P. Ruben; *Philosophische Schriften*. Hg. U. Hedtke/C. Warnke, www.peter-ruben.de

In der Affäre Ruben war also der skizzierte interne Gegensatz der marxistischen Philosophie von hegelschen und positivistischen Komponenten, der im System der marxistisch-leninistischen Philosophie aufgehoben zu sein schien, erneut sichtbar geworden. Doch dieser Kompromiss aus letztlich miteinander unverträglichen Komponenten war nur haltbar, sofern man nicht allzu genau nach den Grundlagen des philosophischen Systems fragte. Und eben diese Frage war tabuisiert, obwohl genau sie hätte gestellt und diskutiert werden müssen, um die theoretische Philosophie des Marxismus aus dem langjährigen Zustand seiner Erstarrung zu befreien.

Doch Peter Ruben wurde zur Erwiderung auf die in der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* 1981/82 gegen seine Dialektik-Auffassung veranstaltete Kampagne¹³¹ zur Antwort auf seine Kritiker gar nicht erst zugelassen. Der sog. „wissenschaftliche Meinungsstreit“ fand nicht statt. Stattdessen wurde unmissverständlich klar gestellt: die Debatte habe dort aufzuhören, wo eine Konzeption „mit dem Anspruch verbunden ist, bestimmte philosophische Grundthesen des dialektischen Materialismus ‚neu‘, d. h. *anders* als bisher zu formulieren bzw., sie durch andere Fragestellungen ‚neuartigen Lösungen‘ zuzuführen.“¹³² Und der Vorsitzende des Philosophischen Rates forderte von Amts wegen beim geistigen Einheitsgrau der DDR-Philosophie zu bleiben, d. h. „keinerlei Auffassungen zu tolerieren, [...] die unter dem Anspruch der Originalität hinter längst erworbene Standpunkte zurückfallen und erprobte Erkenntnisse revidieren.“¹³³

VI.3 Der Bereich Dialektischer Materialismus nach 1981

In der sog. „Ruben-Affäre“ wurde das hässliche Gesicht des Stalinismus noch einmal unverhüllt sichtbar. Am 10. April 1981, am Tag nach dem Ausschluss

¹³¹ Es handelt sich um die folgenden Artikel: A. Lemnitz: Wertform und Philosophie, in *DZfPh* 29(1981)7; G. Bartsch: Entwicklung – Widerspruch – Arbeit, in: *DZfPh* 29(1981)7; G. Redlow: Materialismus und Dialektik, in: *DZfPh* 29 (1981)9; W. Eichhorn I: Über Dialektik in der Geschichtsauffassung, in: *DZfPh* 30(1982)2; vgl. auch Gefesselter Widerspruch, a. a. O., S. 85 ff. Die Redaktionsmitglieder der *DZfPh*: Buhr, Hahn, Hörz und Eichhorn verhinderten, entgegen Rauhs Absicht, die Publikation der Antwort Rubens auf seine Kritiker: Diskussionsprobleme in der materialistischen Arbeitsauffassung, a.a. O. S. 133-149. H.-C. Rauhs Ablösung als Chefredakteur der *DZfPh*, welches Amt er von 1978-1982 innegehabt hatte, erfolgte nicht vordergründig aber auch „im Nachgang zur Ruben-Affäre“. Vgl. G. Schirmer: „Ja, ich bin dazu bereit.“ Eine Rückblende, Berlin 2014, S. 315.

¹³² G. Redlow: Materialismus und Dialektik. Zu einem unakzeptablen philosophischen Konzept, in: *DZfPh* 29(1981)9, S. 1034. Prof. Dr. G. Redlow war Vorsitzender des Rates für Dialektischen Materialismus

¹³³ E. Hahn: Der X. Parteitag der SED und die Aufgaben der marxistisch-leninistischen Philosophie, in: *DZfPh* 29(1981)8, S. 896

der Ruben-Gruppe aus der SED, erschien in der *taz* ein ganzseitiger Artikel, in dem mit unverkennbarem Insiderwissen über diesen stalinistisch geprägten Vorgang berichtet wurde.¹³⁴ Und das in einer Periode der DDR-Geschichte, in der sich die SED-Parteiführung bemühte, mit der Bundesrepublik einen entspannten *modus vivendi* zu finden. Damit hatte das ZIPh weder sich selbst und seiner Reputation im In- und Ausland, noch dem Ansehen der DDR in der Welt einen Gefallen getan.

Das Echo blieb nicht aus. Der *Bund demokratischer Wissenschaftler (BDW)* und namhafte Kollegen aus der Bundesrepublik wie die Professoren M. Theunissen, P. Lorenzen, J. Mittelstraß und F. Kambartel beschwerten sich beim Präsidenten der Akademie über die gegen Ruben und seine Mitstreiter inszenierte Kampagne und W. R. Beyer, der Vorsitzende der *Internationalen Hegel-Gesellschaft*, legte seine Mitgliedschaft in der Akademie nieder. Die Akademieleitung und die zuständigen Parteiorgane waren verärgert, nicht über den Ausschluss Rubens und seiner Mitstreiter, sondern darüber, dass sich die Institutsleitung als unfähig erweisen hatte, ihre ideologischen Probleme hinter verschlossenen Türen zu klären.

Unter diesen Umständen hatte das Institut allen Grund, das von der Abteilung Wissenschaft in Auftrag gegebenen Z-Planprojekt zum *Widerspruch* unter Aufbietung seiner politisch und theoretisch bestbeleumdeten Kräfte zu realisieren, d. h. zu beweisen, dass gegen die Konzeption Rubens eine Darstellung der Widerspruchstheorie auf den theoretisch eingefahrenen Wegen gelingen könne. Die Regie führte Prof. Dr. G. Bartsch, – nach meiner Absetzung (Ende 1980) als neuer Leiter des Bereichs DiaMat berufen. Das Produkt erschien 1986, war durchweg nach konservativem Muster verfasst und blieb meines Wissens ohne bemerkenswertes öffentliches Echo.¹³⁵ Als es erschien, hatte in der Sowjetunion Michail S. Gorbatschow die politische Bühne betreten und das sich anbahnende „neue Denken“ warf auch in der DDR seine Schatten voraus; es bewirkte u. a., dass die Produkte „alten Denkens“ wie dieses kaum noch zur Kenntnis genommen wurden.

Der Parteiausschluss Rubens und seines Kreises war nur mit Psychoterror gegen erheblichen Widerstand in der Kollegenschaft durchzusetzen gewesen. Die unmittelbaren Mitstreiter Rubens, Dr. Peter Beurton, Dr. Bruno Hartmann, Dr. Ulrich Hedtke und ich, waren – wohl wissend, dass sie ihre berufliche Existenz (und

¹³⁴ Der Informant der *taz* war Wolfgang Templin, damals Mitarbeiter des DiaMat-Bereichs, der später die Bürgerrechtsgruppe *Demokratie Jetzt* gründete.

¹³⁵ *Der dialektische Widerspruch*, hg. von G. Bartsch, Akademieverlag Berlin u. Marxistische Blätter, Frankfurt a. M. 1986.

vielleicht die ihrer Familien) riskierten – wild entschlossen, mit allen nur verfügbaren Mitteln die Verurteilung von Rubens Philosophiekonzept zu verhindern, denn wir hatten uns, genau deshalb mit Ruben verbündet, weil in seinem Entwurf der Weg und die zugehörigen Arbeitsmittel zu finden waren, die im Dogma verkommenen Möglichkeiten der theoretischen und praktischen Philosophie des Marxismus freizulegen und auf wissenschaftliche Füße zu stellen. Wir setzten dazu alle uns verfügbaren Mittel ein und konnten zumindest (u. a. mit Eingaben an die SED-Parteiorgane) verhindern, dass die Kampagne eine rein institutsinterne Sache blieb.¹³⁶

Doch auch außerhalb dieses Kreises stieß die Kampagne auf Ablehnung und Empörung, v. a. der jüngeren Leute. So verständigte sich ein Kreis von FDJ-lern des Instituts (auf Initiative von Michael Grabek) darauf, gegen die geplanten Parteiausschlüsse zu stimmen, unabhängig davon, ob die Beteiligten Rubens Konzeption teilten oder sie überhaupt kannten, u. a. mit dem Argument: „Wenn man sich erst mal darauf einlässt, derartigen Beschlüssen wider besseres Wissen zuzustimmen, können sie mit einem bald machen, was sie wollen!“ Den so Argumentierenden war also die zerstörerische Wirkung stalinistischer Praktiken auf die Identität der Person bewusst. Angesichts des im Kollegenkreis verbreiteten erheblichen Widerstands, auf theoretische Probleme mit parteipolitischen Sanktionen zu reagieren, hatte der Direktor daher in allen Bereichen verkündet: „Wer nicht für den Ausschluss Rubens aus der Partei stimmt, für den gilt das Arbeitsgesetzbuch nicht mehr!“ Trotz dieser massiven existenziellen Bedrohung, an deren Realisierbarkeit niemand zweifelte, stimmten 13 Genossen (=ca. 13% der Mitglieder) gegen meinen Ausschluss. Nach dieser parteipolitischen Blamage überließ die Parteileitung des Instituts die noch ausstehenden Parteiverfahren gegen Ruben, Hedtke und Werner Röhr der SED-Kreispartei-Kontrollkommission.

¹³⁶ Dank der genannten Intervention von West-Kollegen, die die Arbeiten Rubens kannten und schätzten, wurden die Ausgeschlossenen nicht arbeitslos, sondern als Gruppe zerschlagen und innerhalb der Akademie verteilt. P. Ruben wurde in den Bereich HistMat versetzt, P. Beurton und U. Hedtke in den Hörz-Bereich, B. Hartmann ins ITW, W. Röhr ins ZIG und ich ins ZIAGA. Für alle Beteiligten galt bis zur Wende Lehr- Vortrags- und nahezu vollständiges Publikationsverbot auf dem Gebiet der Philosophie. Hartmann und Hedtke vermochten sich daher erst in der Wende zu habilitieren. B. Hartmann erarbeitete auf der Grundlage des Arbeitskonzepts einen DDR-spezifischen Entwurf zur Inhaltslogik: *Logik und Arbeit*, Sankt Augustin, Academia Verlag 1994. U. Hedtke, gesellschaftstheoretisch orientiert, informierte in *Stalin oder Kondratieff*, Berlin 1990 über die Zyklentheorie Kondratieffs, deren Vorgeschichte und das Schicksal ihres Erfinders, und edierte hier erstmals einen originären Kondratieff-Text in deutscher Sprache. Hedtke und Hartmann haben gemeinsam die Edition von Rubens Schriften auf den Weg gebracht: www.peter-ruben.de. Und U. Hedtke gibt heute das Schumpeter-Archiv (Werke, Briefe, Bibliographien) heraus: <http://www.schumpeter.info>.

Im Resultat dieser Kampagne zerfiel der Bereich DiaMat in den nächsten Jahren. Etliche Jung-Kollegen (Horst Zeiske, Jörg-Peter Ludwig) verließen den Bereich und wechselten in die Bibliothek, Wolfgang Templin erklärte seinen Austritt aus der SED, die dies aber nicht duldeten, sondern ihn 1983 ausschloss und verließ das Institut; auch Georg Zoller ging und Ulrich Berger floh über Jugoslawien nach Westberlin. Im Bereich HistMat erhielten Dr. Dieter Püschel und Lothar Pawliczak, die mit Rubens Konzept sympathisierten, unter fadenscheinigen Vorwänden Disziplinarstrafen, und da sie nicht klein beigaben, wurden sie aus der Partei ausgeschlossen und in die Arbeitslosigkeit entlassen. In diesen Fällen hatte Buhr seine Drohung wahr gemacht. Dr. Wolfgang Engler, der am Institut gerade angeheuert hatte, verließ es nach den Erfahrungen mit diesem Parteiklima fluchtartig wieder.

Zwischen 1982 und 86 wurde der personell ausgedünnte DiaMat-Bereich durch einige Absolventen wieder aufgefüllt. Das Programm sah als ewiges Bereichsthema weiter die „Einheit der Grundgesetze“ vor, das durch Untersuchungen der folgenden Kategorien und Themen ergänzt werden sollte: Materie, Gesetz, Notwendigkeit-Zufall, Möglichkeit-Wirklichkeit, Allgemeines-Besonderes-Einzelnes. „Berücksichtigt“ werden sollten dabei neue gesellschaftliche Probleme und neue einzelwissenschaftliche, entwicklungstheoretische Erkenntnisse.

Absolvent Wolfgang Drahs, der eine Diplomarbeit zu Kants Erfahrungsbegriff geschrieben hatte und hieran anknüpfend das Kategorienproblem bei Kant behandeln wollte, wurde beschieden, hier werde keine Geschichte der Philosophie betrieben. Claus Wahl (seit 1985 am Institut) wurde untersagt, das ihm gestellte Dissertationsthema: „Möglichkeit und Wirklichkeit in objektiven Prozessen“ problemgeschichtlich an Hegel und Marx zu untersuchen. Und die Absicht von Dr. Sabine Grunwald, die zu Sartre promoviert worden war und zur Geschichte der Dialektik arbeiten wollte, wurde nicht akzeptiert. Birgit Gebhardt setzte gegen den Widerstand des Bereichsleiters schließlich durch, das ihr gestellte Thema zum Materiebegriff historisch angehen zu dürfen, was auch Carsten Förster und Harald Ulrich in Bezug auf ihre Themen gelang. Wie philosophische Kategorien ohne problemgeschichtlichen Hintergrund seriös behandelt werden sollen, wird Bartschs Geheimnis bleiben.

Im Herbst 1989 kehrte Prof. Bartsch eines Tages von einem Bibliotheksbesuch in Westberlin nicht mehr nach Ostberlin zurück.

VII. Bereich Philosophische Fragen der Wissenschaftsentwicklung (Hörz-Bereich)

War der Bereich DiaMat aus der Ruben-Affäre schwer beschädigt hervorgegangen, so entfaltete sich der von Hörz geführte Bereich nach ihr zu voller Blüte. Hörz leitete den Bereich von 1973–1988. Über seine Philosophie-Konzeption, – umfassend dargestellt in seinem schon erwähnten Werk *Marxistische Philosophie und Naturwissenschaften* (im Kollegenjargon „Hörz-Bibel“ genannt) – ist das m. E. Nötigste gesagt. Für das Gros seiner Mitarbeiter war sie problemlos der allgemein verbindliche Rahmen ihrer Arbeit. Aber auch einige der älteren Kollegen aus dem DiaMat-Bereich hatten sich Hörz’ Konzeption angeschlossen, so dass der skizzierte theoretische Konflikt – wie schon gesagt – nicht nur zwischen dem DiaMat- und dem Hörz-Bereich, sondern auch innerhalb des DiaMat-Bereichs stattfand. Seit der parteioffiziellen Verurteilung von Rubens theoretischem Ansatz galt Hörz’ Konzept nicht nur am ZIPh als die einzig akzeptable, marxistisch-leninistische Sicht auf die Beziehungen von Philosophie und Naturwissenschaften, sondern dieses Monopol suchte Hörz mit ziemlichem Erfolg (zusätzlich leicht gemacht durch sein Amt als Leiter des zuständigen Problemrats) auf die gesamte DDR-Philosophie auszudehnen¹³⁷, – zum Schaden für die theoretische Philosophie, vor allem für die Dialektik!

Ich kann aus den erörterten Gründen in Hörz’ Umgang mit den Wissenschaften einen originär *philosophischen* Zugang nicht erkennen, sofern die Philosophie als jene spezifische Wissenschaft gilt, die Weltanschauungen thematisiert. Wird jedoch der Name *Philosophie* mit dem Worte *Weltanschauung* oder *Weltbild* synonym verwendet, so kann Hörz’ Position natürlich als philosophische verstanden werden, denn die *Natur* wird in ihr so vorgestellt, wie sie im *Weltbild der Wissenschaften* erscheint¹³⁸, nämlich im Blickwinkel der *Analytik*.

Die Mitarbeiter des Hörz-Bereichs hatten ihren Kollegen Fachwissenschaftlern in der arbeitsteilig aufgesplitterten naturwissenschaftlichen Forschung voraus,

¹³⁷ Das hat schlüssig R. Wahsner in: Die vergessene Reflexion oder wir, die wir alle Opfer waren – und ein kleines bißchen schuldig, in: DZfPh 39(1991)5 dargestellt.

¹³⁸ Diese Bezeichnung ist W. Hollitscher: *Die Natur im Weltbild der Wissenschaft*, Globus Verlag Wien 1960 entlehnt. Hollitscher hat das, was er hier vorstellte, völlig richtig betitelt. Dieses Werk und das ihm folgende: *Der Mensch im Weltbild der Wissenschaft* wurde von Mitarbeitern vornehmlich des Hörz-Bereichs neu bearbeitet und auf dem gegenwärtigen Stand der modernen Wissenschaften rekonstruiert: *Natur und Mensch im Weltbild der Wissenschaften*, hg. von H. Horstmann, 6 Teile 1981–1984. Hollitscher war der erste Direktor des 1951 gegründeten Philosophischen Instituts der Humboldt-Universität. Im Kontext des Slánský-Prozesses wurde er 1953 jedoch aus der DDR ausgewiesen. Zur Biografie Hollitschers auch: Zwischen Wiener Kreis und Marx. Alfred Klahr-Gesellschaft Wien, Quellen & Studien SB 2, 2002; Philosophenlexikon, Berlin 1982

Erkenntnisstand und Problemsituation ganzer naturwissenschaftlicher Fachdisziplinen und interdisziplinäre Zusammenhänge überblicken und darstellen zu können. Im Zuge der Akademiereform hatte die Akademieleitung für die Gründung des Bereichs „Wissenschaftsphilosophie“ u. a. eben deshalb gesorgt, weil sie sich von ihm hauseigene weltanschauliche Hilfe bei der Integration von Spezialisten mit eingegengtem Fachhorizont in die avisierten „komplexen“ Forschungsunternehmen versprach. Die Mitarbeiter dieses Bereichs sollten m. a. W. in Idealfall das ausdifferenzierte Spezialwissen der Forscher in den Gesamtzusammenhang ihrer jeweiligen Wissenschaft zurückstellen und so die Forscher vom Tunnelblick befreien, der einer aktiven Teilnahme an komplexen Forschungsunternehmen im Wege stand. Und natürlich war ihr Auftrag auch, die Spezialisten zu Mitkämpfern an der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft zu machen.

Diesen Anliegen wurde der Bereich durch seine Zusammensetzung und die Spezialisierung seiner Mitarbeiter gerecht.

Physik: Herbert Hörz, Ulrich Röseberg, John Erpenbeck, Nina Hager;

Astronomie: Fritz Gelhar;

Mathematik: Siegfried Paul;

Technikwissenschaften: Gerhard Banse;

Chemie: Rüdiger Simon, Klaus Buttker;

Biologie: Rolf Löther, Klaus Wenig, Peter Beurton¹³⁹;

Psychologie: John Erpenbeck, Lothar u. Helga Sprung, Alfred Arnold;

Kybernetik: Heinz Liebscher;

Logik u. Sprache: Evelyn Dölling.

Zu den Meriten des Bereichs, naturwissenschaftliche Spezialprobleme in ihre Zusammenhänge einzuordnen, Spezialwissen durch Überblickswissen zu ergänzen, ist das Gemeinschaftswerk zu zählen: *Philosophie und Naturwissenschaften*.

¹³⁹ Peter Beurton gehörte dem Hörz-Bereich nur zeitweilig an. Nachdem Peter Ruben ans Akademieinstitut, in den DiaMat-Bereich gewechselt war, wechselte auch Peter Beurton in den DiaMat-Bereich, da er Rubens Konzeption der Beziehung von Analytik und Dialektik teilte. Seine Spezialgebiete waren Evolutionstheorie und Genetik. Da er in den Auseinandersetzungen um P. Ruben nicht klein beigab, erhielt er eine Parteistrafe und wurde in den Hörz-Bereich zurückversetzt. Die Publikation seines Artikels: „Werkzeugproduktion im Tierreich und menschliche Werkzeugproduktion“, DZfPh 38(1990) S. 1168-1182, der bereits 1980/81 der Redaktion der Zeitschrift vorlag, hatte Hörz zu verhindern gewusst, u. a. mittels des Arguments, dass Beurtons Behandlung von Population und Umwelt mittels der Kategorien von Subjekt und Objekt spekulative Naturphilosophie sei. Der gelehrte Philosoph Hörz bringt es fertig, unter Berufung auf Lenin die Kategorie des Objekts ohne die des Subjekts zu installieren! Vgl. P. Beurton: Herbert Hörz, die Wahrheitsliebe“ und die Wissenschaftlichkeit des Arguments, in: Berliner Debatte Initial 1/2 2006, S. 223 ff.

Wörterbuch zu den philosophischen Fragen der Naturwissenschaften. (hg. von H. Hörz/R. Löther/S. Wollgast, Berlin 1978), an dem die Mitarbeiter des Bereichs beteiligt waren; ferner das Lehrbuch: *Philosophie und Naturwissenschaften* von einem Autorenkollektiv unter Leitung von H. Hörz und Karl Friedrich Wessel (Berlin 1986), das Beiträge aus dem Bereich von G. Banse, E. Dölling, J. Erpenbeck, F. Gelhar, N. Hager, H. Hörz, R. Löther, S. Paul, U. Röseberg und R. Simon enthält.

Die Anzahl der aus diesem Bereich hervorgegangenen Publikationen ist beachtlich. Unter ihren Autoren ragen einige deutlich hervor. So etwa Ulrich Röseberg mit seinen Arbeiten zu Niels Bohr und der Quantenphysik, Rolf Löther mit seinen fachlich fundierten Texten zu verschiedenen Problembereichen der Biologie und ihrer Geschichte, Heinz Liebscher, der das kybernetische Erbe von Klaus weiterführte.¹⁴⁰ Überhaupt war das fachwissenschaftlich-naturwissenschaftliche Niveau mancher Mitarbeiter hoch. Nicht wenige hatten die später unter dem Titel „philosophische Probleme“ reflektierten Fachwissenschaften vorher an der Universität von der Pike auf studiert, einige waren nach einem fachwissenschaftlichen Studium Aspiranten am Ley-Lehrstuhl der Humboldt-Universität gewesen. Genau diese fachwissenschaftliche Herkunft aber machte es den betreffenden Personen schwer, die Spezifik philosophischen Denkens zu begreifen und ihr gerecht zu werden.

Von seiner Gründung bis zur Wende hat der Hörz-Bereich die Palette seiner Themen deutlich erweitert. Diese Veränderungen hat U. Röseberg in der „*Selbsteinschätzung*“ des Bereichs vom 1. 8. 1990 folgendermaßen beschrieben:

In den 70er Jahren stand zunächst der *Determinismus* im Mittelpunkt. Zentraler Bezugspunkt sei dabei die in „philosophischer Verallgemeinerung der statistischen, stochastischen und probabilistischen Denkweise in der Physik konzipierte *statistische Gesetzesauffassung* der Philosophie“ gewesen. Damit habe man den Systemcharakter und die Komplexität der Wirklichkeit nun präziser erfassen können. Auf dieser Grundlage sei das Forschungskollektiv in den 80er Jahren bemüht gewesen,

¹⁴⁰ U. Röseberg: *Philosophie und Physik*, Leipzig 1982, *Szenarium einer Revolution. Nichtrelativistische Quantenmechanik und philosophische Widerspruchsproblematik*, Berlin 1984; Niels Bohr. *Leben und Werk eines Atomphysikers, 1885–1962*, Berlin 1985; R. Löther: *Das Werden des Lebendigen*, Leipzig/Jena/Berlin 1983; *Mit der Natur in die Zukunft*, Berlin 1985; *Wegbereiter der Genetik: Gregor Johann Mendel u. August Weismann*, Leipzig/Jena/Berlin 1990. H. Liebscher war wesentlich an dem unter G. Klaus' Namen publizierten Wörterbuch der Kybernetik, Berlin 1967 beteiligt und hat alle seine Nachauflagen und Erweiterungen betreut. G. Klaus/H. Liebscher: *Systeme, Informationen, Strategien. Eine Einführung in die kybernetischen Grundgedanken der System- und Regelungstheorie, Informationstheorie und Spieltheorie*, Berlin 1974.

„Beiträge für eine den Fortschritten der naturwissenschaftlichen Forschung adäquate philosophische *Entwicklungskonzeption* zu leisten. Offenheit der Zukunft, Existenz von Möglichkeitsfeldern, Irreversibilität und Zyklizität traten seitdem verstärkt ins Zentrum der Analyse.“¹⁴¹ Zu diesem Zwecke habe man „moderne Erkenntnisse der naturwissenschaftlichen Evolutionsforschung (Hochenergiephysik und Kosmologie, Selbstorganisationskonzepte, Modelle der präbiotischen Evolution, Synthetische Theorie der biotischen Evolution, Konzepte der Anthroposoziogenese) und Probleme der Theoriedynamik in verschiedenen Wissenschaften“ aufgearbeitet.¹⁴²

In dieser *Selbsteinschätzung* reflektiert Röseberg auch die (übrigens nicht nur von Ruben erhobenen) Einwände gegen die Methodik des Bereichs. Von seinen Kritikern werde dem Bereich vorgeworfen, sich seine Methoden von anderen Wissenschaften zu „borgen.

„Dieses „Herangehen“ sollte jedoch – so Röseberg – „von Beginn an ein Versuch sein, ... die Grenzen eines dogmatisierten Marxismus-Leninismus aufzubrechen.“¹⁴³ „Aus heutiger Sicht“ – bemerkte Röseberg 1990 dazu – „müssen wir selbstkritisch feststellen, dass diese Toleranz nicht zuletzt durch den eigenen Verzicht auf das Infragestellen von sogenannten Grundprinzipien ... erzielt wurde.“¹⁴⁴

Natürlich waren von Anfang an Technik, Technikwissenschaften und wissenschaftlich-technische Revolution (v. a. von G. Banse u. H. Hörz thematisiert,) unter ihren verschiedenen Aspekten Gegenstand der Analyse, – so unter dem der Humanität¹⁴⁵, dem der Ökologie¹⁴⁶, dem der Verantwortung des Wissenschaftlers für die Erhaltung des Friedens. In den 80er Jahren wurde Naturerkenntnis auf der Grundlage des kulturtheoretischen Ansatzes von K. Marx als Kulturphänomen thematisiert (J. Erpenbeck, U. Röseberg, H. Hörz), seit Mitte der 80er Jahre trat die Geschichte der Wissenschaften in der Perspektive der Determinanten der Wissenschaftsentwicklung ins Blickfeld (J. Erpenbeck, G. Banse). H. Hörz legte ihr die Hypothese zu Grunde, sie als zyklisch verlaufenden Prozess des Wandels von Wissenschaftstypen zu fassen.¹⁴⁷ Ferner befassten sich Mitarbeiter des Be-

¹⁴¹ Selbsteinschätzung des Bereiches Philosophische Fragen der Wissenschaftsentwicklung, (in Vorbereitung der Evaluierung) S. 3. In: Archiv P. Ruben/C. Warnke

¹⁴² Vgl. ebd. S. 7: H. Hörz/U. Röseberg (Hg): *Dialektik der Natur und Naturerkenntnis*, Berlin 1990. Autoren: K. Buttker, E. Dölling, B. Eichler, J. Erpenbeck, N. Hager, H. Hörz, H. Liebscher, R. Löther, U. Röseberg, R. Simon, K. Wenig, P. Werner

¹⁴³ Vgl. *Selbsteinschätzung*, a. a. O., S. 4

¹⁴⁴ Ebd. S. 5

¹⁴⁵ z. B. H. Hörz/D. Seidel: *Humanität und Effektivität – zwei Seiten der wissenschaftlich-technischen Revolution* (1984)

¹⁴⁶ z. B. R. Löther: *Mit der Natur in die Zukunft* (1985)

¹⁴⁷ *Selbsteinschätzung*, a. a. O., S. 11

reichs während der 80er Jahre mit wissenschaftshistorischen Arbeiten, mit der Herausgabe von Wissenschaftler-Nachlässen und –Biografien.¹⁴⁸ Eine Randexistenz in diesem Bereich fristete E. Dölling, (seit 1986 mit einer kleinen Arbeitsgruppe), die zur philosophischen Logik und Analytischen Philosophie arbeitete. Frau Dölling befaßte sich – in der Tradition F. Brentanos und A. Meinongs – mit dem Aufbau einer *Existenzlogik*, die auf der Voraussetzung der Intentionalität unseres Bewusstseins beruht, auf der These, dass dessen Akte (annehmen, vorstellen, urteilen etc.) auf Gegenständliches beliebiger Natur, auf Wirkliches, Mögliches und Unmögliches gerichtet sein können. Das ermöglichte, „eine Theorie zu entwickeln, in der formale Strukturen von Gegenständen und mögliche Beziehungen zwischen ihnen untersucht werden, also eine *formale Ontologie*.“¹⁴⁹ (Es ist bemerkenswert, dass sich offensichtlich keiner der auf die marxistisch-leninistische Abbildtheorie eingeschworenen Kollegen am Konstruktivismus der Intentionalitätsvorstellung gestoßen hat!)

Als letztes Wort des Bereichs kann dessen 1990 fertig gestelltes Gemeinschaftswerk gelten, (an dem alle seine Mitarbeiter beteiligt waren) das den Titel *Dialektik der Natur und der Naturerkenntnis* (Hg. H. Hörz und U. Röseberg) trug und nach der Vorstellung seiner Herausgeber als „kritisierbarer Vorschlag“ betrachtet werden wollte, „Engels Dialektik der Natur für unsere Zeit fortzuschreiben.“ Die Fahnen des Buches existierten bereits, aber der Verlag hat es nicht mehr gedruckt und ausgeliefert. J. Erpenbeck hat es 2013 aus den Fahnen rekonstruiert und zu H. Hörz’ 80. Geburtstag ins Netz gestellt. Konzeptionell bewegt sich das Buch in den skizzierten Bahnen der Bereichskonzeption und die thematisierten naturwissenschaftlichen Gegenstände hat Röseberg in der obigen Selbstdarstellung des Bereichs genannt. (Vgl. FN 122)

VIII. Bereich Historischer Materialismus (HistMat)

Der Themenkreis dieses Bereiches umfasste das, was in traditioneller Gliederung der Praktischen Philosophie angehörte. Er war – von allen am Institut vertretenen philosophischen Disziplinen – wohl am engsten mit der Parteipolitik verbunden. Von den historischen Materialisten wurde erwartet und gefordert, die (je-

¹⁴⁸ Eine Auswahl: A. Arnold: W. Wundt – sein philosophisches System (1980); H. Hörz/K. Wenig: Edition des Briefwechsels zwischen H. v. Helmholtz u. E. du Bois-Reymond 1846–1894, (1986); P. Werner: Otto Warburg: Von der Zellphysiologie zur Krebsforschung (1988); H. Hörz/A. Laaß: Boltzmanns Wege nach Berlin (1989); R. Löther: Wegbereiter der Genetik: Gregor Johann Mendel u. August Weismann (1990)

¹⁴⁹ Selbsteinschätzung der Forschungen zur Philosophischen Logik von E. Dölling vom 27. 7. 1990, in: Privatarhiv Ruben/Warnke

weilige!) Parteipolitik ideologisch zu stützen und zu untermauern. Und W. Ulbrichts besagter Brief an die Grundorganisationen von Anfang März 1958 war natürlich insbesondere von den Vertretern der praktischen Philosophie zu beherzigen. Sie hatten die politische Linie des jeweiligen Generalsekretärs in Wort und Schrift philosophisch zu begründen. Ins Vademecum der historischen Materialisten war damit im Umkehrschluss das Verbot eingeschrieben, die vom jeweiligen Generalsekretär vorgegebene Linie der Partei kritisch zu hinterfragen. Dieses Verbot war zunächst Ulbrichts Antwort auf die DDR-Reformbewegungen nach dem XX. Parteitag gewesen, aber es diente fortan – bis zur Implosion des politischen Systems 1989 – der Prophylaxe, ideologische Aufmüpfigkeiten der nachwachsenden Intelligenz möglichst gar nicht erst aufkommen zu lassen. Für berufsmäßige historische Materialisten war es m. a. W. kaum möglich, der Rolle von Propagandisten der jeweiligen Parteipolitik, also der von „Parteiarbeitern“, zu entkommen.

Vorausgesetzt, sie hatten die Texte der Gründerväter der marxistischen Gesellschaftstheorie nicht verdrängt, die ja Teil des Lehrstoffes ihrer philosophischen Ausbildung gewesen waren, dann war die Situation ideologischer Schizophrenie unausweichlich. Denn die marxistische Geschichtsauffassung hat originär nichts mit der Festschreibung und Glorifizierung bestehender Verhältnisse zu tun. Sie versteht sich vielmehr, und oft zitiert, als „kritisch“ und „revolutionär“. Im Frühwerk von Marx konnte der angehende Philosoph lesen, dass es gelte, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.“¹⁵⁰ Auf jeden Fall aber ist die marxistische Geschichtstheorie – weniger emphatisch ausgedrückt – *Kritik im geschichtsphilosophischen* Sinne. Als solche beansprucht sie, Geschichte vom Standpunkt der *menschlichen Gattung* – und nicht von dem einer Partei – zu reflektieren. Sie ist – auf ihren einfachsten Nenner gebracht – als Methode zu verstehen, die *materiellen*, die ökonomischen und sozialen Wurzeln der jeweils vorgefundenen politischen und ideologischen Verhältnisse *aufzuklären*. Und diese *Aufklärung* und Kritik durfte sich – so der historische Materialismus als Theorie ernst genommen werden sollte – nicht auf die Kritik der kapitalistischen bürgerlichen Gesellschaft beschränken, sondern hatte die *Selbsterkenntnis*, die permanente Kritik der eigenen gesellschaftlichen Verhältnisse einzuschließen. Aber eben diese Kritik des eigenen Gemeinwesens, die Aufklärung der eigenen gesellschaftlichen Verhältnisse war suspendiert.

¹⁵⁰ K. Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, in: MEW. Bd. 1, S. 385

So durfte man bei der Analyse vergangener Geschichtsepochen und der gegenwärtigen kapitalistischen Welt zwar Marx' Diktum realisieren, dass die Dialektik „in dem positiven Verständnis des Bestehenden zugleich auch das Verständnis seiner Negation, seines notwendigen Untergangs einschließt, jede gewordene Form im Flusse der Bewegung, also auch nach ihrer vergänglichen Seite auffaßt, sich durch nichts imponieren läßt, ihrem Wesen nach kritisch und revolutionär ist.“¹⁵¹ Aber es entbehrte nicht der Peinlichkeit, dass man diese als theoretisches Eigentum beanspruchte Geschichtsauffassung als Erkenntnismittel für die eigene gesellschaftliche Formation nicht zuließ.

Die spätestens seit der stalinistischen Ära ihrer Dialektik beraubte marxistische Geschichtstheorie (in Bezug auf die zu fragen ist, ob man sie rechtens noch marxistisch nennen kann) war mit der sowjetischen Besatzungsmacht in die DDR als offizielle Lesart des historischen Materialismus implantiert worden. Und so befanden sich die historischen Materialisten im Dauerspagat: Einerseits herrschte in den öffentlichen Verlautbarungen – auch am Zentralinstitut für Philosophie – in Bezug auf das eigene Gemeinwesen der unmarxistische stalinistische Geist kritikloser Affirmation, andererseits vermochte man marxistisch zu argumentieren, sofern man sich in die Historie begab. Aber auch in Bezug auf diese blieb die Sicht provinziell. So findet sich in den Texten keine Spur der Rezeption etwa der *Braudel-Schule*, keine Reflexion von *Past and Present*. Und selbst der Marxist *Antonio Gramsci* war als Theoretiker offiziell erst zugelassen, als das System fast am Ende war. Inwieweit die Mitarbeiter des Bereichs an dieser Schizophrenie gelitten, resp. diesen Zustand als Normalität blind hingenommen haben, vermag ich nicht zu beurteilen. Dass die Situation die Produktivität gehemmt hat, darf man wohl aus dem geringen publizistischen Ertrag vieler Mitarbeiter dieses Bereichs schließen.

Leiter des Bereichs war Prof. Dr. Wolfgang Eichhorn I (Jg. 1930), der diese Funktion – wie schon gesagt – von 1969 mit kurzer Unterbrechung bis zur Wende innehatte. Er genoss bei den Parteiorganen den Ruf eines zuverlässigen Mit- und Zuarbeiters und agierte als Mitglied und Vorsitzender zahlreicher wissenschaftsleitender Gremien innerhalb und außerhalb der Akademie; er war gefragt als Mit-

¹⁵¹ K. Marx: Das Kapital 1. Bd. In: MEW Band 23, Berlin 1962, S. 28

autor an disziplinären und interdisziplinären Gemeinschaftsobjekten, die alle aufzuzählen den Rahmen meines Berichtes sprengen würde.¹⁵² Sein Einsatz wurde öffentlich anerkannt und durch zahlreiche Auszeichnungen belohnt (1973 Mitgliedschaft in der Akademie, 1980 Nationalpreis).

Eichhorn hatte zu jener Gruppe junger Leute gehört, die Anfang der 50er Jahre noch mitten in ihrer Ausbildung begriffen, Marxismus-Vorlesungen an den Universitäten hielten und in Seminaren Streitgespräche mit den Studenten zu bestehen hatten, die also lehrend lernten. Sie hatten sich in den späten 40er Jahren noch mit einem breiten Spektrum marxistischer Literatur bekannt machen können, (ich denke etwa an Leo Koflers *Zur Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft*, 1948, mit Texten von Kautsky), das im Gefolge der Verwandlung der SED in eine „Partei neuen Typus“ Anfang der 50er Jahre merklich ausgedünnt wurde. Lehrend lernten sie dann vor allem das, was sie auch *lehren sollten* und *durften*, und das war die importierte marxistisch-leninistische Lesart ihres Gegenstandes, variiert nach den jeweils aktuellen Parteibeschlüssen.¹⁵³

Aber wenn die Parteiräson erlaubte (oder zu erlauben schien), Neues dem gewohnten Repertoire hinzuzufügen, war Eichhorn zur Stelle. So zählte er in der Reformperiode zu den Initiatoren der in der DDR zu konstituierenden Soziologie. 1965 steuerte er zu der im Gang befindlichen Ethik-Diskussion das Buch bei: *Wie ist Ethik als Wissenschaft möglich?*, in dem er u. a. versuchte, anknüpfend an G. Klaus' Untersuchungen zur Semantik und Pragmatik, moralische Urteile erkenntnistheoretisch zu lokalisieren. Als er jedoch mit A. Kosing das genannte 1967er Lehrbuch *Marxistische Philosophie* edierte, das als *revisionistisch* verurteilt wurde, hatte er sich in die Nessel gesetzt. Irgendwann hat er dann aufgehört, Neuerer sein zu wollen, – ein Werdegang, der bei leitenden Kadern dieser Generation von Gesellschaftswissenschaftlern nicht eben selten war. Und vorwiegend so kannten ihn die Mitarbeiter des Instituts.

Doch an seiner ideologischen Nibelungentreue scheint immer mal wieder auch der Wurm des Zweifels genagt zu haben. So bürgte er 1964 für P. Rubens Wiederaufnahme in die Partei, plädierte 1981 aber als erster für ein Parteiverfahren gegen ihn. So reihte er sich in den Kreis derer ein, die Rubens sog. Arbeitskonzept

¹⁵² Ich nenne hier nur einige seiner wichtigsten Funktionen: Mitglied des Wissenschaftlichen Rates für Philosophie; Vorsitzender des Problemrates für Historischen Materialismus; er wirkte mit an der Entscheidungsvorlage für das Sekretariat des ZK der SED zur Vorbereitung und Gründung des wissenschaftlichen Rates für Friedensforschung (1987). Er wurde 1986 zum Leiter des interdisziplinären Projekts „Die Wesenseinheit von Sozialismus und Frieden – entscheidende Triebkraft der friedlichen Zukunft und des sozialen Fortschritts der Menschheit“ ernannt. (Vgl. ABBAW FoB, Inst. f. Phil. Nr. 139)

¹⁵³ Diese Situation ist anschaulich geschildert bei A. Kosing: *Innenansichten als Zeitzeugnisse. Philosophie und Politik in der DDR. Erinnerungen und Reflexionen*, Berlin 2008, S. 99f.

öffentlich verurteilten¹⁵⁴, nahm aber einige Jahre später anstandslos einen Text in eine von ihm zu verantwortende Publikation auf, der diesem sehr nahe kam.¹⁵⁵ Und wenngleich er öffentlich permanent gegen den Revisionisten Ruben zu Felde zog, nahm er ihn nach dem Parteiausschluss ob seiner wissenschaftlichen Kompetenz nicht ungern als Mitarbeiter in den von ihm geleiteten Bereich auf. Vielleicht zieht sich das Interesse am Widerspruchsproblem, der Widersprüchlichkeit der eigenen ideologischen Verfasstheit wegen, wie ein roter Faden durch Eichhorns Biografie.

Taub für den wissenschaftlichen und ideologischen Schaden, den er dem Bereich zufügte, und für den zerstörerischen Eingriff in die Biografien beider, war er allerdings, als er mit schäbigsten Mitteln die Entlassung Dr. Dieter Püschels und Lothar Pawliczaks betrieb, weil diese nicht bereit gewesen waren, in den Tenor der theoretischen Verurteilung Rubens einzustimmen.

Das Generalthema des Bereiches zwischen 1971 und 1989 lautete *Untersuchungen zur Dialektik des Geschichtsprozesses*. In diesem Rahmen wurden v. a. folgende Themen bearbeitet:

Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen

Entwicklung und Abfolge ökonomischer Gesellschaftsformationen

Zur Epochenkonzeption des Historischen Materialismus

Das Phänomen der sozialen Revolution in Geschichte und Gegenwart

Das Subjekt im historischen Prozess

Erkennbarkeit und Gestaltbarkeit historischer Prozesse

Philosophische Fragen des Friedens und der Friedensforschung

Naturaneignung und Gesellschaftsentwicklung (Ökologie und Ökonomie).¹⁵⁶

Diese Themen sind teils als Gemeinschaftsprojekte innerhalb des Bereichs, teils mit Autoren aus anderen Bereichen, teils als Beiträge des Bereichs in interdisziplinären, bilateralen oder multilateralen Objekten realisiert worden. Monografien von Mitarbeitern waren eher die Ausnahme.

Die mit Abstand häufigste Autorenkonstellation innerhalb des Bereichs war die zwischen Eichhorn und Dr. sc. Adolf Bauer (seit 1979 habilitiert).¹⁵⁷ Bauer war

¹⁵⁴ Vgl. W. Eichhorn I: Dialektik in der Geschichtsauffassung. In: DZfPh 31(1982)2

¹⁵⁵ Vgl. Abschnitt 1.3. Subjekt – Tätigkeit – gesellschaftliche Verhältnisse. In: Der tätige Mensch. Gesellschaftsveränderung und menschliche Entwicklung, hg. v. A. Bauer/W. Eichhorn I, Berlin 1987

¹⁵⁶ Arbeitsberichte von W. Eichhorn über diesen Bereich findet man in DZfPh 29(1981)8 u. 30(1982)11

¹⁵⁷ Vgl. ABBAW, Inst. f. Phil. Nr. A 1044: A. Bauer: Vergesellschaftung der Produktion und Leitung der gesellschaftlichen Entwicklung im Sozialismus

zweifelloos der produktivste Mitarbeiter des Bereichs und bis zu seinem Ausscheiden aus dem Institut fast immer der Mitherausgeber von Eichhorns Büchern.¹⁵⁸ In den 70er Jahren wandte sich Bauer dann dem Verhältnis von Ökologie und Ökonomie zu, das er in Kooperation mit Dr. Horst Paucke bearbeitete (– dem späteren Leiter der interdisziplinären Forschungsgruppe *Ökologische Probleme unter dem Aspekt der Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus um die Zukunft der Menschheit*, die 1981 gegründet und 1983 dem ZIPh angeschlossen wurde).¹⁵⁹ 1986 verließ Bauer mit einer Berufung an die TH Dresden das Institut.

In den 80er Jahren rückte als vordringlich zu bearbeitendes Thema *das Verhältnis von Sozialismus und Frieden* in den Vordergrund. Die Arbeiten des Instituts zu diesem Thema waren Teil des interdisziplinären AdW-Forschungskomplexes *Der Kampf um Frieden und friedliche Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung* – und wie man damals optimistisch meinte, hinzufügen zu können – *in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus*.¹⁶⁰ Zu diesem Forschungskomplex steuerte das Institut unter dem Titel *Philosophie im Friedenskampf* (unter Herausgeberschaft von W. Eichhorn I und H. Schulze) ein Buch bei, das das Friedensproblem u. a. in historischer Perspektive behandelte.¹⁶¹ Aus Anlass von Reagans SDI-Programm, der Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen in der BRD und der sowjetischen Antwort auf diese Maßnahmen, wurde Eichhorn 1986 zum Leiter eines weiteren interdisziplinären

¹⁵⁸ Vgl. W. Eichhorn I/A. Bauer: *Zur Dialektik des Geschichtsprozesses. Studien über die materiellen Grundlagen der historischen Entwicklung*, Berlin 1983; W. Eichhorn I/A. Bauer (Hg.): *Mensch und Gesellschaft* (Autorenkollektiv), 1985; A. Bauer/W. Eichhorn I (Hg.): *Der tätige Mensch. Gesellschaftsveränderung und menschliche Entwicklung*, Berlin 1987

¹⁵⁹ Vgl. ABBAW, FoB Gewi, Nr. 144, S. 73f. Vom Autorenduo erschienen: H. Paucke/A. Bauer: *Umweltprobleme – Herausforderung der Menschheit*, Berlin 1979; Studie von A. Bauer/H. Paucke: *Weltanschauliche Probleme der Naturaneignung im Sozialismus*; dazu von A. Bauer ein gleichnamiger Artikel in der DZfPh 29(1981)11, ferner: A. Bauer/H. Paucke: *Naturaneignung als Prozess sozialistischer Gesellschaftsentwicklung*, in: *Ökologie – Naturaneignung – Naturtheorie, Dialektik*, Bd. 6, Frankfurt a. M. 1984

¹⁶⁰ Vgl. ABBAW, FoB Gewi, Nr. 144, S. 75

¹⁶¹ Vgl. ebd. Hierin sind folgende Beiträge enthalten: W. Förster: *Krieg u. Frieden im Blickfeld der klassischen deutschen Philosophie*; L. Jauch/M. Römer: *Owen und Thompson über Frieden*; E. Mieth: *Der Kampf der II. Internationale gegen Militarismus und Krieg*; B.-P. Löwe: *Friedensphilosophie und Friedenspolitik. Zur Herausbildung u. Entwicklung der Leninschen Idee von der friedlichen Koexistenz*; M. Komm: *Biologismus und die Krieg- und Frieden-Problematik*; W. Eichhorn/M. Grabek: *Grundwiderspruch der Epoche, internationaler Klassenkampf und Kampf um friedliche Koexistenz*; L. Elm: *Gegenwärtige konservative Kriegsapologie*; H. Klenner: *Macht und Ohnmacht von Rechtsphilosophie u. Völkerrecht im Angesicht des Krieges*; H. Hörz/G. Banse: *wissenschaftlich-technischer Fortschritt - Humanismus u. Frieden*

Akademie-Projekts: *Die Wesenseinheit von Sozialismus und Frieden – entscheidende Triebkraft der friedlichen Zukunft und des sozialen Fortschritts der Menschheit*¹⁶² berufen.

Erwähnt werden sollte auch die gemeinschaftliche Publikation von W. Eichhorn und Klaus-Peter Florian: *Soziale Revolution und Gesetzmäßigkeit in der Geschichte* – basierend auf Florians Dissertation von 1985 – vor allem deshalb, weil sich Eichhorn vom Wissenschaftlichen Rat für Philosophie in dem sich sichtlich zersetzenden sozialistischen Lager, im Perspektivplan 1986–90 als Forschungsthema für den Bereich das der *sozialen Revolution (und der Dialektik von Revolution und Konterrevolution)* festschreiben ließ“!¹⁶³ Freilich hatte er sich mit dem Revolutionsthema bereits seit Anfang der 80er Jahre beschäftigt und zu diesem Zwecke Verbindung zum *Interdisziplinären Zentrum für vergleichende Revolutionsgeschichte der Neuzeit* an der Universität Leipzig aufgenommen.

Für die letzten Jahre der DDR ist v. a. Eichhorns Zusammenarbeit mit dem Historiker Prof. Dr. Wolfgang Küttler zu erwähnen und die Teilnahme von Mitarbeitern des Bereichs an Diskussionen und Tagungen der von Küttler geleiteten Arbeitsgruppe *Methodologische Probleme der Geschichtswissenschaft* (am Zentralinstitut für Geschichte an der Akademie). Küttler hatte mit dieser Arbeitsgruppe seit Mitte der 80er Jahre vermocht, ein Fenster zur gesamtdeutschen Diskussion historischer Fachprobleme zu öffnen. In ihrem Rahmen fand eine DDR-Edition von Schriften Max Webers zur Geschichte und Soziologie statt, deren Mitherausgeber Küttler war¹⁶⁴, und parallel dazu 1989 eine Max Weber-Tagung unter Teilnahme von westdeutschen Kollegen. An ihr war auch der Bereich Historischer Materialismus aus dem ZIPh beteiligt, in dem freilich erst mit dem Diplomanden Willfried Geßner Max Webers Gesellschafts- und Geschichtstheorie öffentlich zum Diskussionsgegenstand geworden war.¹⁶⁵ Aus der Zusammenarbeit Eichhorns mit Küttler ist 1989 das Gemeinschaftswerk: „*dass Vernunft in der Geschichte*

¹⁶² Vgl. ABBAW, FoB, Inst. f. Phil. Nr. 139; der VI. DDR-Philosophiekongress vom 17. bis 19.10. 1984 hatte das Thema *Sozialismus und Frieden*.

¹⁶³ Vgl. ABBAW Best. Akl, Nr. 1045

¹⁶⁴ M. Weber: Rationalisierung und entzauberte Welt. Schriften zur Geschichte und Soziologie, hg. v. F. Hauer u. W. Küttler, 1989; DZfPh 37(1989)4 enthielt einige Beiträge zu Max Webers 125. Geburtstag und Webers Text: „Wissenschaft als Beruf“.

¹⁶⁵ Vor Geßners Artikel: Geschichtswissenschaft im Anschluss an Max Weber in DZfPh 37(1989)4 gab es am ZIPh zu Max Weber nur die Broschüre von G. Korf: Ausbruch aus dem „Gehäuse der Hörigkeit“? Kritik der Kulturtheorien Max Webers und Herbert Marcuses. Reihe zur Kritik der bürgerlichen Ideologie (Nr. 5) 1971 u. U. Hedtke: Max Weber – W. I. Lenin: Metaphysische oder dialektische Bestimmung des subjektiven Faktors, in: Studien zur weltanschaulichen und methodologischen Funktion der materialistischen Dialektik, hg. v. H. Horstmann, Berlin 1981. W. Geßner wurde 1990 zum Thema: ‚Sozialökonomische Betrachtungsweise‘ oder ‚Historischer Materialismus‘? Max Webers konstruktive Marx-Kritik. Bilanz und Perspektiven der Formationstheorie promoviert.

sei“. *Formationsgeschichte und revolutionärer Aufbruch der Menschheit* hervorgegangen.

1985 hat M. Grabek eine Dissertation zu Gramscis Geschichtsdenken verteidigt, die von der Wertschätzung ihres Autors für den unorthodoxen Marxisten Gramsci zeugt. Eine Arbeit in diesem Geiste wäre fünf Jahre früher vermutlich noch nicht verteidigbar gewesen. Und eben so wenig wäre Wilfried Geßners Aufsatz zu Max Weber, der 1987 – frei von orthodoxer marxistisch-leninistischer Beserwisserei – erschien¹⁶⁶, vor der Ära Gorbatschows akzeptiert worden. Beides zeugt von der im Gange befindlichen Erosion des politischen Systems.

Überblickt man die gedruckten Produkte des HistMat-Bereichs seit der Akademiereform, so ist zu notieren, dass in der ersten Hälfte der 80er Jahre eine auffällige Akzentverschiebung stattfand. Es machten sich Ansätze eines „neuen Denkens“ in der Reflexion des Verhältnisses von Individuum und Gesellschaft bemerkbar, noch bevor Gorbatschow auf der Bildfläche erschien. Das geschah z. B. in einem Gemeinschaftsprodukt des Bereichs, in dem schon erwähnten Buch *Der tätige Mensch*, das im August 1986 abgeschlossen war und 1987 erschien. (An ihm waren aus dem Bereich als Autoren W. Eichhorn, A. Bauer, K.-P. Florian, G. Koch, H. Kolbe und B. Wolf beteiligt).

Die marxistisch-leninistische Gesellschafts- und Geschichtstheorie hatte die marxistische Einsicht, dass die Menschen ihre eigene Geschichte machen, aber dies nicht aus freien Stücken und unter selbst gewählten, sondern unter vorgefundenen und überlieferten Umständen tun¹⁶⁷, bislang vorwiegend unter dem Aspekt thematisiert, dass das Handeln unfrei und fremdbestimmt, durch *objektive Gesetze* determiniert sei, wobei diese Gesetze oftmals so traktiert worden waren, als hätten sie nichts mit dem Handeln der Menschen zu tun. In der Marxschen Formulierung dieses Verhältnisses als prozessierender Widerspruch aber bleibt das Verhalten der Individuen (*Subjekte*) in den *objektiven* Determinanten der gesellschaftlichen Entwicklung stets präsent. Anders, wenn das objektive Moment in Trennung von den handelnden Individuen zu einer eigenständigen Sphäre gesellschaftlicher Gesetze verselbstständigt wird. In diesem Falle werden die Individuen unter die Vorstellung von ihrem Tun unabhängiger gesellschaftlicher Gesetze *subsumiert*. Diese Auffassung konnte sich – offiziell unangefochten – in der sozialistischen Staaten-

¹⁶⁶ Gramscis Geschichtsdenken. Studie zu den Grundzügen der Geschichtsauffassung Antonio Gramscis. Diss. A 1985. In: DZfPh 37(1987)4 dazu von M. Grabek der Artikel : Gramscis Historismus, und im selben Heft der Gramsci-Text: Individualität – Kollektiv – Kultur; W. Geßner: Rezeption des Werkes von Max Weber für die historische Sozialwissenschaft. Studie 1987

¹⁶⁷ Vgl. K. Marx: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte. In: MEW, Bd. 8, S. 115

gemeinschaft über Jahrzehnte behaupten, u. a. wohl deshalb, weil sie der Erfahrung der Individuen von ihrer real existierenden Subsumtion entsprach, die ihre extremste Form im Stalinismus erreichte.

Mit Erstaunen nimmt man wahr, dass die Autoren des Buches *Der tätige Mensch* offensichtlich problemlos fähig gewesen waren, die einäugige Sicht auf das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft, von Subjekt und objektiven Verhältnissen zu korrigieren, so als hätten sie nie etwas anderes gesagt und geschrieben. Hatte man 1980/81 P. Rubens Begründung der materialistischen Dialektik aus Marx' Arbeitsbegriff als „Abweichung“ vom Marxismus-Leninismus verurteilt, so traktierte man die Arbeit nun selbst als anthropologische Bestimmung der Gattung. Das Buch wird durch Analyse des Arbeitsbegriffes und seiner Momente eingeleitet (1. 3. Gisela Koch), nicht ohne dass zuvor sachkundig dessen Wurzeln in der klassischen deutschen Philosophie vorgestellt worden wären (1. 2. Steffen Dietzsch). Und in den folgenden, die Rolle des Subjekts im Geschichtsprozess und in der Gegenwart betreffenden Kapiteln ist wohl keine auf das gesellschaftliche Subjekt bezügliche Klassikerstelle unentdeckt geblieben.

W. Eichhorn und A. Bauer sind mit der Themenstellung dieses Projekts einem allgemeinen Trend gefolgt. Der Vorsitzende des Philosophischen Rates der DDR, Erich Hahn, also einer der obersten Stichwortgeber der Philosophie, hatte auf dem VI. Philosophiekongress der DDR im Oktober 1984 zum Thema: *Sozialistischer Humanismus und Frieden. Individuum und Gesellschaft bei der Gestaltung des entwickelten Sozialismus* referiert.¹⁶⁸

Was also, ist zu fragen, hatte sich in der real-politischen und ideologischen Welt der DDR verändert, damit das tätige Individuum als geschichtsbildendes Subjekt nun ausdrücklich zum Thema gemacht wurde? Weshalb hat sich der Zeitgeist gedreht, so dass Kommunisten, – wie bspw. Stefan Hermlin –, die einst gelernt hatten, marxistisch sei, anzunehmen, die Voraussetzung für die freie Entwicklung eines jeden sei die freie Entwicklung aller, 1985 beglückt bekannten, nun zu wissen, Marx habe das genaue Gegenteil behauptet, nämlich: dass in der kommunistischen Gesellschaft „die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller wird?“¹⁶⁹

Wenn man den Autoren dieses Buches folgen will, so ist die reale Basis der ideologischen Wende wohl v. a. darin zu finden, dass sich der Charakter der Arbeit mit der wissenschaftlich-technischen Revolution sichtlich verändert hat und weiter

¹⁶⁸ In: Humanismus in den Kämpfen unserer Zeit. VI. Philosophie-Kongress der DDR vom 17. bis 19. Oktober 1984 in Berlin, Berlin 1985.

¹⁶⁹ K. Marx/F. Engels: Manifest der kommunistischen Partei. In: MEW, Bd. 4, S. 482

verändern wird, dass die Produktivität der bislang herrschenden, oft als „Fordismus“ bezeichneten Produktionsweise erschöpft zu sein scheint. In der Produktion sei nun v. a. wissenschaftliches Denken, „bewusstes Schöpfertum“, „engagiertes und initiativreiches Handeln“ der Individuen, sachkundige Teilnahme an Leitungsprozessen usw. gefragt, was unter den Bedingungen des gemeinschaftlichen Eigentums an der Produktionsmitteln darauf hinauslaufe, die Arbeitenden zu Herren ihrer eigenen Vergesellschaftung zu machen.¹⁷⁰ In dieser Erklärung ist nolens volens freilich das Eingeständnis enthalten, dass Aneignung des gemeinschaftlichen Eigentums durch die produzierenden Individuen noch gar nicht stattgefunden hat. Doch die Beschwörung dieser Aussicht kommt 1987 reichlich spät. Sie klingt angesichts der sich seit Mitte der achtziger Jahre häufenden Ausreiseanträge gut ausgebildeter Fachkräfte, die für die wissenschaftlich-technische Revolution im eigenen Land dringend benötigt wurden, ein wenig wie Pfeifen im Walde. In philosophischer Sicht aber ist diese Rehabilitierung des Subjekts – das sei hinzugefügt – nichts anderes als das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft als prozessierenden Widerspruch im oben definierten Sinne zu fassen und damit das originäre marxistische Geschichtsdenken – nicht nur als *Philosophie der Notwendigkeit*, sondern auch der *Freiheit der Individuen* wiederherzustellen! Es entbehrt nicht der Tragik, dass man erst begann, sich dessen zu entsinnen, als die Erosion des Systems unumkehrbar geworden war.

¹⁷⁰ Vgl. F. Engels: Anti-Dühring, in: MEW, Bd. 20, S. 64

IX. Arbeitsgebiet Geschichte der Philosophie

Anfang der 80er Jahre war dieses Arbeitsgebiet in die folgenden Bereiche und Arbeitsgruppen gegliedert:

Geschichte der vormarxistischen Philosophie, Schwerpunkte: nach wie vor die Geschichte der klassischen deutschen Philosophie; in den 80er Jahren: zusätzlich die Geschichte der Aufklärung in Deutschland. (Leitung: Prof. Dr. Wolfgang Förster, Jg. 1935).

Geschichte des sozialistischen Denkens vor Marx (Leitung: Dr. Joachim Höppner, Jg. 1921)

Geschichte der marxistischen Philosophie (Leitung: Dr. Erika Mieth, Jg. 1930)

Diese drei Arbeitsgruppen bildeten organisatorisch einen gemeinsamen Bereich, der seit 1980 von Dr. W. Förster (Professur seit 1981) geleitet wurde.

Ferner gehörten zum Arbeitsgebiet der Geschichte der Philosophie:

Bereich Kritik der bürgerlichen Philosophie (unter wechselnder Leitung).

Bereich Edition, der 1978 unter Leitung von Prof. Dr. Werner Schuffenhauer (Jg. 1930) konstituiert wurde; nach der Emeritierung Schuffenhauers übernahm Dr. Steffen Dietzsch 1983 die Leitung.

Im März 1989 zweigte sich aus dem Bereich Edition die 1986 gegründete Leibnizedition und Leibnizforschung zu einer selbstständigen Abteilung ab.¹⁷¹

Bereits diese Struktur zeigt, dass die Geschichte der Philosophie in ihren verschiedenen Facetten – je später, desto ersichtlicher – einen immer größeren Platz in den Forschungen des Akademieinstituts einnahm. 1989 arbeiteten von den 92 Wissenschaftlern des ZIPH schließlich 41 auf dem Gebiet der Geschichte der Philosophie! Ein Grund für diesen Ausbau war gewiss Buhrs erklärte Liebe zur Philosophiehistorie. Aber der wäre nicht hinreichend gewesen, wenn dieser Ausbau nicht auch von den Parteiinstanzen gewollt worden wäre. Und er wurde gewollt, weil zur internationalen wissenschaftlichen Reputierlichkeit der DDR auch die Vorstellung akademisch betriebener Philosophie beizutragen vermochte, was die Parteiinstanzen der Philosophie freilich nur auf dem Gebiet ihrer vormarxistischen Geschichte zugestehen wollten.

¹⁷¹ Die Gründung dieser Abteilung erfolgte auf Beschluss des Präsidiums der AdW vom 22. 2. 1984

IX.1 Zur Arbeitsrichtung Vormarxistische Philosophie

Aber auch das natürlich nur *cum grano salis*: Denn der Name „Vormarxistische Philosophie“ ist bereits mit einer weltanschaulichen Wertung verbunden. Er teilt die Philosophiegeschichte in zwei Epochen ein: in eine Epoche, die unterschiedslos alles Philosophieren *vor Marx* umfasst und eine Epoche, die mit Marx anhebt und die Ausbildung des Marxismus, d. h. seine (als legitim geltenden) Abkömmlinge einschließlich des Leninismus zum Inhalt hat. Das Gedankengut der vormarxistischen Philosophie wird seinerseits sortiert in solches, das als Annäherung an spätere marxistische Einsichten, also als philosophisches „*Erbe*“ gelten kann und in solches, das unvereinbar mit dem Marxismus ist, somit nicht zum Erbe gehört.

In der Hegel-Debatte der 50er Jahre war in Bezug auf das Verhältnis des Marxismus zur klassischen deutschen Philosophie und besonders zu Hegel auch über den Erbe-Begriff gestritten worden. Die Shdanow-Gropp-Fraktion unterstellte, dass die marxistische Philosophie die „Wahrheit“ aller vormarxistischen Philosophie sei, d. h. dass alle produktiven philosophischen Gedanken, die je gedacht worden waren, im Marxismus *aufgehoben* und *aufbewahrt* sind, weshalb man sich bei ihren Vorläufern nicht weiter aufzuhalten brauche, also auch nicht bei der klassischen deutschen Philosophie und bei der „längst zerschlagenen und begrabenen philosophischen Auffassung“ Hegels.

Diese parvenuehafte Fixierung auf die Überlegenheit des Marxismus schneidet die marxistische Philosophie jedoch von ihren historischen Wurzeln ab und verwandelt sie in ein „geschichtsloses Dogma.“ In dieser Sicht hat die Beschäftigung mit der vormarxistischen Philosophie nur noch „antiquarische Bedeutung“, – so Wolfgang Harich bereits 1956.¹⁷²

Zeit der Existenz der DDR wurde die Arbeit auf dem Gebiet der Philosophiegeschichte die Entgegensetzung von marxistischer und vormarxistischer Philosophie zwar nicht los und ihre Reflexion unter dem Aspekt des Erbes auch nicht. Aber man konnte mit Bloch – und Buhr war ja bekanntlich ein Schüler Blochs – das Erbe insgeheim auch als „unabgegolten“, als „nicht oder noch nicht aufgeho-

¹⁷² Über das Verhältnis des Marxismus zur Philosophie Hegels. In Deutsche Zeitschrift für Philosophie 4(1956)5. Diesen Artikel schrieb Harich nach dem XX. Parteitag als er meinte, Klartext reden zu können. Doch das Heft wurde nach seiner Verhaftung eingestampft. Der Aufsatz ist jetzt wieder publiziert in A. Heyer: Wolfgang Harich: An der ideologischen Front, vgl. S. 206; vgl. S. 191: Harich zitiert hier Shdanow, der gemäß seiner Konzeption die Geschichte der Philosophie folgerichtig in eine Sammlung toter Artefakte verwandelt.

benes Gedankengut, das uns als Zukünftiges entgegenkommen kann“, interpretieren. Und im realen Forschungsprozess sympathisierten die besseren Philosophiehistoriker der DDR und des ZIPh mit dieser Vorstellung.

Wenn ich nicht irre, wurde die Shdanow-Gropp-Variante, die letztlich auf Negation der gesamten Vorgeschichte des Marxismus hinauslief, schon in den 60er Jahren zugunsten eines eher pragmatischen Umgangs mit ihr aufgegeben. Man berief sich nun einfach auf all jene Personen und Richtungen als Ahnenreihe, nahm sie als „die Unseren“ für sich in Anspruch, von denen man annahm, dass sie von den Klassikern, so sie diese gekannt und erwähnt hätten, als positiv und progressiv anerkannt worden wären. Aber die Grundvorstellung, dass der Marxismus-Leninismus und *nur er* alles „Wahre“, „Wertvolle“, was die Philosophiegeschichte in ihrer Entwicklung je hervorgebracht hatte, „aufgehoben und aufbewahrt habe“, blieb in der offiziellen Lesart des Marxismus-Leninismus unproblematisiert in Kraft.

Und auf eben diese Lesart der Philosophiegeschichte – dass Kant, Fichte, Hegel, oder wer auch immer – der „Unsere“ ist und nicht dem Klassenfeind gehört, griff die Institutsleitung zurück, wenn sie die politisch-ideologische Nützlichkeit der geschichtsphilosophischen Forschung und der geplanten Projekte der ZK-Abteilung Wissenschaft und anderen Obergkeiten schmackhaft machen wollte. In der Kunst, die hierfür überzeugenden Formulierungen zu finden, brachten es Buhr und sein Stellvertreter zu wahrer Meisterschaft. So wurden die geschichtsphilosophischen Forschungen am Institut für den Perspektivplan 1976–80 z. B. mit den Worten legitimiert: „*historisch-materialistische Analyse des philosophischen Erbes und seiner dialektischen Aufhebung und Fortführung in der marxistisch-leninistischen Weltanschauung*“¹⁷³.

Und auch die vom Institut ausgerichteten Feiern zu den Jubiläen der klassischen deutschen Philosophie wurden in der Regel mit Hinweisen auf die Unentbehrlichkeit der Gefeierten für die marxistisch-leninistische Weltanschauung und den gegenwärtigen Klassenkampf begründet.

Wenn aber, um philosophiehistorisches Arbeiten möglich zu machen, derartig ideologisch aufgeblasene Titel erfunden werden, setzen ihre Erfinder voraus, dass dies der einfachste und bequemste Weg ist, ihre Forschungen vor der Parteiobrigkeit zu legitimieren. Denn in dieser Redeweise versicherten sie ihr, dass auch ihr Metier Parteiarbeit an der philosophischen Front sei. Doch solche Strategie bleibt nicht folgenlos. Der sie Verfolgende kommt nicht umhin, das der Obrigkeit

¹⁷³ Vgl. ABBAW, Best. Nsch A 1044

gegebene Versprechen irgendwie auch einzulösen. Und sofern er einen Sinn für Qualität besitzt, ihm die Sache selbst, d. h. solide philosophische Arbeit eigentlich am Herzen liegt, wird er durch die permanenten Zugeständnisse an die Ideologie zum Zyniker werden.

Das war nach meiner Erfahrung die widersprüchliche Situation, in der sich Manfred Buhr befand, und da er ein Alphetier war, also seine Leitungsfunktion nicht riskieren wollte, richtete er sich in dieser Schizophrenie ein.

Ungeachtet dieser kritischen Anmerkungen zum sog. philosophischen Erbe und Buhrs widersprüchlichem Umgang mit ihm, hat der Gebrauch, den die Mitarbeiter des Bereichs vom originären marxistischen Ideengut machten, zu durchaus fruchtbaren Ergebnissen geführt. So sensibilisierte der marxistische Ausgangspunkt des Denkens für Aspekte der Philosophieentwicklung, die aus dem Blickwinkel anderer weltanschaulicher Positionen eher vernachlässigbar waren.

Als Exempel für diese Behauptung mag die Anfang der 70er Jahre entstandene Dissertation von Anita Liepert zur *Entwicklungsidee in Lessings Weltanschauung* dienen. Sie ist marxistisch geprägt, insofern sie nach den Anfängen des Entwicklungsdenkens in der Geschichtsphilosophie sucht, was von Bedeutung für die Erforschung der Geschichte der Dialektik ist. Der Weg jedoch, auf dem die Doktorandin zu ihren Ergebnissen gelangte, unterschied sich in nichts vom allgemeinen Standard wissenschaftlicher Forschung.

Für bemerkenswert halte ich Gerda Heinrichs gleichfalls Anfang der 70er Jahre entstandene Dissertation zu den *Geschichtsphilosophische(n) Positionen der deutschen Frühromantik*¹⁷⁴. Diese Arbeit ist heute so aktuell wie damals, da die Autorin die konkret-historische Untersuchung (zentriert auf ihre theoretischen Köpfe F. Schlegel und Novalis) zur philosophischen Analyse der Prinzipien und Elemente romantischen Denkens überhaupt fortgeführt hat. Dieser Zugang ermöglichte ihr, begreifbar zu machen, dass und wie die Wende zur Romantik das philosophische Denken grundlegend veränderte, und wie sehr diese die Moderne mit ihrem kritischen Potential, ihrem Subjektivismus, ihren resignativen Momenten usw. geprägt hat und bis in die Gegenwart endemisch fortwirkt.

¹⁷⁴ Dem genannten 1976 im Akademie-Verlag erschienenen Buch liegt die Dissertation von G. Heinrich zu Grunde; 1977 wurde es unverändert im Scriptor-Verlag, Kronberg/Taunus publiziert. Im Anschluss daran hat G. Heinrich 1978 eine Auswahl aus Schlegels Athenaeum publiziert, der 1984 eine um etwa das Doppelte erweiterte Edition folgte. 1974 wechselte G. Heinrich aus dem ZIPh ins Akademieinstitut für Literaturwissenschaften.

Im guten Sinne marxistisch war auch die Themenwahl der geschichtsphilosophischen Projekte der 80er Jahre, so der Band: *Bürgerliche Revolution und Sozialtheorie* (1982), sowie der Nachfolgebund: *Gesellschaftslehren der klassischen bürgerlichen deutschen Philosophie* (1983).¹⁷⁵ Untersuchungen wie diese, die sich speziell der sozialtheoretischen Dimension von Aufklärung und klassischer deutscher Philosophie annahmen, waren geeignet, die Forschungen zu diesem Themenkreis in Bezug auf eine ihrer wesentlichen Dimensionen zu bereichern.

Generalthema dieses Bereichs in den 80er Jahren waren „*die Entwicklungslinien der deutschen (in einigen Aspekten auch darüber hinausgehend der europäischen) Aufklärung und der klassischen deutschen Philosophie*“¹⁷⁶

Da ich in den 80er Jahren dem Institut nicht angehörte und an dessen Debatten nicht teilhatte, kann ich mich in den folgenden Passagen nur an den Bericht des Bereichsleiters, Prof. Wolfgang Förster, halten, den dieser 1990 im Rückblick über die „vorzeigbaren“ Leistungen des Bereichs in den 80er Jahren anfertigte. Da sich sein Bericht auf die Aufzählung der wichtigsten Publikationen aus dieser Zeit und auf die Angabe ihrer Autoren beschränkte, in ihm jedoch keinerlei kritische oder selbstkritische Bemerkungen oder Urteile über die Entwicklung, die Debatten und die Probleme innerhalb des Bereichs enthalten waren, kann ich hier nicht mehr tun, als seinen Bericht zu referieren. Die Analyse der genannten Publikationen, d. h. die Antwort auf die Frage, welchen Erkenntniszuwachs die genannten Publikationen über die thematisierte Epoche gebracht haben, muss also späteren Untersuchungen über die DDR-Philosophie vorbehalten bleiben.

Förster hält folgende in Bezug auf die Aufklärung herausgegebenen Publikationen für die wichtigsten:

Aufklärung – Gesellschaft – Kritik. Studien zur Philosophie der Aufklärung (I), hg. von M. Buhr und W. Förster (1985) und

¹⁷⁵ Hg. v. W. Förster, Berlin 1982, Schriften zur Philosophie und ihrer Geschichte, Bd. 30. Der Band enthält folgende Beiträge: W. Förster: Die Gesellschaftstheorie W. Helvetius'; J. Höppner: Eine Analyse zur Geistesphilosophie von Ch. Fourier; E. Mieth: Die sozialkritische Gesellschaftskonzeption von M. Heß. Daran schließt sich 1983 an: Gesellschaftslehren der klassischen bürgerlichen deutschen Philosophie, Schriften zur Philosophie und ihrer Geschichte, Bd. 36 (hg. von W. Förster). Das Spektrum ist hier das folgende: Analysen zum Geschichtsdenken der deutschen Aufklärungsphilosophie zwischen Chr. Wolff und Kant, Versuch, den Übergang vom transzendentalen zum geschichtlichen Denken nachzuzeichnen, revolutionär-demokratische Gesellschaftslehren in Deutschland in der Periode der Französischen Revolution, einschlägige Aufsätze zu Hegel und Feuerbach.

¹⁷⁶ Darstellung der theoretischen Hauptlinien der Forschungsarbeit des Bereichs Geschichte der Philosophie bis Ende 1989, Selbstdarstellung von W. Förster, in: Privataarchiv Ruben/Warnke

Aufklärung – Gesellschaft – Revolution.. Studien zur Philosophie der Aufklärung(II), hg. von M. Buhr und W. Förster (1986)¹⁷⁷

Beides sind Sammelbände, – wie die Publikationsform des Sammelbandes am ZIPh in den 80er Jahren überhaupt Konjunktur hatte. Sie waren für die Parteibürokratie der Ausweis gelungener Gemeinschaftsproduktion und bedienten damit das kommunistische Vorurteil, dass das Kollektiv allemal klüger sei als der Einzelne. Sie gewährten den Autoren aber auch Schutz vor unbilliger Parteikritik. In Sammelbänden konnte so mancher Aufsatz erscheinen, so manche These vertreten werden, die für sich genommen, den Parteioberen suspekt gewesen wären, die aber hinter dem Schutzschild, dass der Herausgeber ja ein „gestandener Genosse“ sei, unbeanstandet passieren konnten. Solch gestandener Genosse war M. Buhr, aber auch der Gropp-Schüler, W. Förster, der seinem Lehrer R. O. Gropp in ideologischer Treue verbunden blieb, war ein solcher.

Das Projekt ist aus der Absicht entstanden, die Aufklärung gegen jene zeitgenössischen bürgerlichen Kritiker zu verteidigen, die in ihr den Anfang aller neuzeitlichen ideologischen Übel sehen. Zunächst sollten es nur Studien zur *deutschen* Aufklärung werden. Aber dann entschlossen sich die Herausgeber, die Aufklärung als *europäisches* Phänomen zum Thema zu machen und das Projekt in internationaler Partnerschaft zu realisieren.¹⁷⁸ Außerdem griff man auf in den 50er und 60er Jahren entstandene Arbeiten zurück, mit denen die Forschungsgruppe um den Romanisten W. Krauss seinerzeit in der Aufklärungsforschung international führend gewesen war.¹⁷⁹

Die beiden Bände, urteilt W. Förster im Rückblick, „ordnen sich in die internationale Diskussion über die Philosophie des 18. Jahrhunderts ein, erörtern grundlegende konzeptionelle und Periodisierungsfragen der Aufklärung, die Wechselwirkung zwischen den nationalen Formen der Aufklärungsphilosophie, Leistungen einzelner Repräsentanten und Entwicklungslinien des Aufklärungsdenkens sowie die Weiterführung aufklärerischer Traditionslinien in der Französischen Revolution und Aspekte der Aufklärung in Osteuropa. Die Bände machen deutlich, dass eine inhaltliche Trennung von Aufklärungsentwicklung und klassischer deutscher Philosophie nicht besteht.“¹⁸⁰

¹⁷⁷ Band I hat 461, Band II hat 518 Seiten; beide sind in der Reihe Schriften zur Philosophie und ihrer Geschichte, Akademieverlag Berlin als Nr. 38 und Nr. 42 erschienen.

¹⁷⁹ Dokumentiert u. a. in der von W. Krauss hg. Schriftenreihe der Arbeitsgruppe zur Geschichte der deutschen und französischen Aufklärung 1959–64.

¹⁸⁰ W. Förster: Selbstdarstellung, a. a. O., S. 2

Die Bände enthalten Beiträge von G. Besse (Paris), u. a. einen Aufsatz zu Rousseau; einen Beitrag von J. Schlobach (Saarbrücken) zum Bild des „philosophie“; W. Schröder (DDR) hat Theorien der Gesellschaftsgeschichte, speziell Fourniers „mouvement social“ und Bazards „Considerations sur l’histoire“ thematisiert; Beiträge von G. M. Tripp (BRD) zu Marat; von V. Verra (Bologna) zu Herders Revolutionsbegriff; von D. Pätzold (Vroningen) zum Beginn des Pantheismus-Streits (Lessing und Spinoza); sowie von C. Träger (DDR) zu Lessings Kritizismus und die Geschichte.

Die Mitarbeiter des ZIPh waren in diesen Bänden mit folgenden Beiträgen präsent: H. Klenner: Zum Aufklärungsdenken in der englischen Revolution des 17. Jh. (Bd. I); U. Goldenbaum: Zu Spinozas Überwindung des Naturrechts (Bd. I); M. Buhr/St. Dietzsch: Zum Theorienwandel des Geschichtlichen zwischen Aufklärung und Kantscher Transzendentalphilosophie (Band II); W. Förster: mit einem umfangreichen Beitrag zur Religionskritik der deutschen Aufklärung in der zweiten Hälfte des 18. Jh. (Bd. II); und M. Lindner zur Geschichtsphilosophie F. Schillers (Bd. II).¹⁸¹

Wie aus ihrer Natur als Sammelbände hervorgeht, haben wir es mit keiner zusammenhängenden Darstellung der Philosophie und Ideologie der Aufklärung zu tun, sondern mit einem Mosaik ihrer verschiedenen Aspekte, bedingt durch die Wahl des jeweiligen Forschungsgegenstandes seitens der beteiligten Autoren. Unter den „vorzeigbaren Forschungsergebnissen“ hat W. Förster 1990 im Rückblick ferner die beiden von ihm edierten Bände zum Berlin-Jubiläum 1987 genannt, die über die Entwicklung des philosophischen Denkens in Berlin vom Ausgang des 17. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts Auskunft geben:

Diese sind:

Aufklärung in Berlin, Berlin 1988.

Klassische deutsche Philosophie in Berlin, Berlin 1988.

Mit diesen Bänden werde versucht – so Förster – „die Entwicklung des philosophischen Denkens in Berlin im genannten Zeitraum erstmals zusammenhängend in ihren wesentlichen Entwicklungslinien [...] darzustellen.“¹⁸²

Band 1 enthält folgende Beiträge: Zum frühaufklärerischen Denken in Berlin um 1700 (W. Förster, K. Steiner); Leibniz’ Auffassungen über Wissenschaften und Gesellschaft, sowie die Durchsetzung des Wolffianismus in der preußischen

¹⁸¹ Vgl. ebd. S. 3

¹⁸² Ebd.

Hauptstadt. und: Zu den philosophischen Preisfragen und Preisschriften der Berliner Akademie der Wissenschaften im 18. Jh. (C. Buschmann). Es folgen Beiträge zu J. H. Lambert (G. Schenk/F. Gelhar) zu J. G. Sulzer (St. Dietzsch); die Impulse für die Philosophie durch die königliche Tafelrunde (M. Fontius/R. Geißler); die Durchsetzung des aufklärerischen Denkens in der Berliner Öffentlichkeit, das Wirken Lessings und Moses Mendelssohns in Berlin, der „Berolinismus“, die Entwicklung Berlins zu einem Zentrum geistiger Kommunikation (U. Goldenbaum); zur Aufnahme des Kantianismus in Berlin (St. Dietzsch); zur radikalen Linie der Aufklärung: J. C. Edelmann, J. H. Schulz (E. Scheweleit); zur Gesellschaftsutopie von C. W. Frölich (M.-L. Römer).

Band 2 setzt die Verlagerung des Zentrums der klassischen deutschen Philosophie von Jena nach Berlin um 1800 voraus und stellt die hier erbrachten Leistungen ihrer Repräsentanten dar.

W. Försters Beiträge haben das Wirken Fichtes in Berlin, die philosophischen Positionen F. Schlegels, W. v. Humboldts, die Kulmination der klassischen deutschen Philosophie bei Hegel sowie die philosophischen Kontroversen in Berlin in der Periode des Vormärz zum Gegenstand. Das ästhetische Denken in Berlin in den ersten Jahrzehnten des 19. Jh. untersucht M. Lindner, die in jenem Zeitraum vertretenen naturwissenschaftlichen Positionen K. Wenig, die Berliner Rechtsphilosophie in der ersten Hälfte des 19. Jh. H. Klenner.

Diesen Bericht möchte ich nicht beenden, ohne wenigstens am Exempel anzumerken, was mir – 1990 ans Institut zurückgekehrt – an den Arbeiten dieser Forschungsrichtung besonders auffiel. Das war das eigenständige Profil, das einige der jungen Leute dieses Bereichs in den 80er Jahren entwickelt hatten. So befasste sich Cornelia Buschmann mit einem Forschungsthema, das ihr zehn Jahre früher nicht bewilligt worden wäre. Sie untersuchte Schriften zu philosophischen Preisfragen der Akademie im 18. Jh. und stellte ihre Ergebnisse im Rahmen des Berlin-Projekts vor. In der 2. Hälfte der 80er Jahre ging das unbeanstandet durch. Die im Gange befindliche ideologische Erosion der doktrinären Gewissheiten hatte inzwischen offensichtlich auch das ZIP erreicht

Erwähnenswert sind vor allem die Arbeiten von Ursula Goldenbaum, die – gewitzt durch ihre Erfahrungen mit der Ideologie des eigenen Gemeinwesens – ein bemerkenswertes Gespür für den sozialen Sinn der ideologischen Vorurteile und Konstrukte des 18. Jh. entwickelte, auf die sie wohl erstmals bei ihrer Arbeit zu Moses Mendelssohn stieß. Sie entdeckte und untersuchte die doppelte Funktion der

Ideologie: ihre hemmende und fördernde Wirkung für die philosophische Erkenntnis. Was sich hier ankündigte, fand 20 Jahre später in Goldenbaums Darstellung der öffentlichen Debatte in der deutschen Aufklärung 1687–1796 seine Fortsetzung.¹⁸³ Auch in der Spinoza-Forschung blieb Dr. Goldenbaum keine Unbekannte¹⁸⁴, und mit der Entdeckung eines bis dato unbekanntes Leibniz-Textes machte sie sich einen Namen.

Zu nennen wären von den jungen Leuten des Bereichs, von denen mir gesagt wurde, dass von ihnen künftig wissenschaftlich fundierte Arbeiten zu ihrem jeweiligen Themenbereich zu erwarten gewesen wären z. B. Margit Lindner (Schillers Beitrag zum philosophischen Denken), und Edda Magdanz (Junghegelianismus).

IX.2 Die Geschichte des sozialistischen Denkens vor Marx (in Deutschland, England und Frankreich)

Während die APT, in dem das ZIPh einst seinen Ursprung hatte, vor allem zu dem Zwecke gegründet worden war, um Texte aus der Geschichte des sozialistischen Denkens vor Marx und aus verwandten Themenkreisen zu edieren, trat dieses Ziel schon seit der Gründung der *Arbeitsgruppe Philosophie* (1959), die Ausgangspunkt für ein philosophisches Forschungsinstitut nach sowjetischem Vorbild wurde, in den Hintergrund. Dr. Joachim Höppner (Jg. 1921), – langjähriger Mitarbeiter am ZIPh und intimer Kenner der französischen, aber auch der deutschen Geschichte sozialistischer und kommunistischer Gesellschaftsvorstellungen und zeitweise einziger Vertreter dieses Forschungsstranges am Institut – stand dafür, das dieser nicht ganz abrisse. Wenn man von Joachim Höppner spricht, muss man auch von seiner Ehefrau, Dr. Waltraud Seidel-Höppner (gleichfalls an der Akademie, am Institut für Geschichte tätig) reden. In engster Zusammenarbeit der beiden Höppners sind die hier zu nennenden Publikationen entstanden. Für die Vertreter dieser Forschungsrichtung war die Einteilung in vormarxistische und marxistische Philosophie besonders problematisch. Denn für erforschenswert galt im Grunde nur jenes Gedankengut, das von Marx und Engels als Vorgeschichte sozialistischer und kommunistischer Vorstellungen anerkannt worden war.

Während J. Höppner noch in der Wende in gewohnter Parteidisziplin seine Verbitterung über die permanente Geringschätzung des von ihm thematisierten

¹⁸³ U. Goldenbaum: Appell an das Publikum. Die öffentliche Debatte in der deutschen Aufklärung 1687–1796, T. 1 und T. 2, Akademie-Verlag Berlin 2004

¹⁸⁴ Dissertation zum Thema: Modus Societas: Spinozas Begründung einer Wissenschaft von der Gesellschaft als Naturwissenschaft 1983

Forschungszweiges nur zurückhaltend äußerte¹⁸⁵, tat sich seine Frau keinen Zwang mehr an, sondern gab auf einer Institutsveranstaltung zum 70. Geburtstag ihres Mannes u. a. folgendes zu Protokoll:

Der „intolerante Umgang mit der geistigen Hinterlassenschaft“ dieser Sozialtheoretiker „in der marxistischen Sozialgeschichtsschreibung“ habe „eine *teleologische Sichtweise* begünstigt, die alles nichtmarxistische Denken und Streben vernachlässigte, unangemessen herablassend behandelte und den jahrhundertealten Faden der Geschichte des Sozialismus vor Marx allenfalls als Vorgeschichte akzeptierte. Jener doktrinäre Denkansatz aber, der im Marxismus alles als überholt und abgeholten wähnte, was die Geschichte an sozialen Alternativen hervorgebracht hat, führte nicht nur zur Vernachlässigung und vorurteilsgeladenen Disqualifikation ganzer Strömungen: etwa des Anarchismus, des Syndikalismus, des Feminismus, der Genossenschafts- und Kommunitarischen Bewegung und – mit wenigen Ausnahmen – zur Geringschätzung religiös-sozialistischer Strömungen; d. h. er erbrachte eine gravierende Einengung und geistige Verarmung des überaus reichen, breiten und vielfarbigem sozialgeschichtlichen Spektrums und verschuldete auf diese Weise jene ... Grauzonen und weißen Flecken der Forschung und damit eine empfindliche Beschneidung des Geschichtsbildes.“¹⁸⁶

Von den Publikationen der Höppners seien hier die folgenden genannt:

J. Höppner/W. Seidel-Höppner: *Von Babeuf bis Blanqui, Bd. I, Einführung; und Bd. II Texte*, Leipzig 1975

August Bebel: *Charles Fourier. Sein Leben und seine Theorien*, (Edition), Frankfurt a. M. 1978

W. Seidel-Höppner/J. Höppner: *Sozialismus vor Marx. Beiträge zur Theorie und Geschichte des vormarxistischen Sozialismus*, Berlin 1987

Anthologie: Geschichte des Sozialismus in Deutschland. Darstellung und Texte. T. 1: Von der frühbürgerlichen Revolution bis zur Epoche der Französischen Revolution, 2 Bände. - Die umfangreiche Arbeit lag 1989 im Manuskript vor. Zum Inhalt: Volksopposition in der frühbürgerlichen Revolutionsperiode (Bundschuh, Oberrheinischer Revolutionär, tradiertes mittelalterliches Ketzertum, (Hans Böheim); Thomas Müntzer¹⁸⁷, Wiedertäufer mit

¹⁸⁵ Vgl. J. Höppner: Zu Problemen historischer Sozialismusforschung, in: Alternativen denken. Kritisch emanzipatorische Gesellschaftstheorien als Reflex auf die soziale Frage in der bürgerlichen Gesellschaft, Berlin 1991 hg. v. Zentralinstitut für Philosophie, S. 11. Wissenschaftliche Veranstaltung zum 70. Geburtstag von J. Höppner.

¹⁸⁶ Ebd., S. 59

¹⁸⁷ J. Höppner: „Wie Müntzers Religionsphilosophie an den Atheismus, so streifte sein politisches Programm an den Kommunismus“, in: DZfPh 37(1989)12. Das sich abzeichnende Ende der DDR fällt mit Müntzers 500. Geburtstag zusammen. Müntzer-Jubiläen haben in der DDR zwar mehrere stattgefunden, aber erst 1989 wird das gezeichnete Müntzer-Bild m. E. der historischen Person wirklich gerecht. Dazu hat auch Höppners Artikel beigetragen.

Hans Hut, Hans Denck u. Ludwig Häzter, Hans Hergot als programmatischer Vorläufer; die Hutterer; das Reich zu Münster; Bernhard Rothmanns Pantheismus; Paracelsus; das sozialistische Ideengut von J. V. Andreä, Joh. Jakob Becker, Konrad Dippel bis hin zu den Repräsentanten sozialistischen Denkens in Deutschland in der Periode der Französischen Revolution.

In den 80er Jahren konnte J. Höppner eine kleine Forschungsgruppe um sich versammeln, der Dr. Dietrich Lederer, Dr. Liane Jauch und Dr. Marie-Luise Römer angehörten. Sie befassten sich mit dem sozialistischen, bzw. kommunistischen utopischen Denken speziell in England.

D. Lederer (promoviert 1982 zum *Verhältnis von Ökonomie und Politik in der Utopie von Thomas Morus*) schloss sich den Forschungen J. Höppners an mit der Frage: „ob und inwiefern die soziale Frage sich ... im Anlitz des humanistischen Menschenbildes der Epoche der Renaissance findet.“¹⁸⁸ L. Jauch und M.-L. Römer hatten sich für Forschungen auf dem Gebiet des sozial-kritischen Denkens in England entschieden. Während L. Jauch vornehmlich *Richard Owens Sozialtheorie* zu ihrem Forschungsgegenstand gemacht hatte, finden wir M.-L. Römer auf den Spuren der linksricardianischen Sozialisten *Thomas Hodgkins und William Thompson*.¹⁸⁹ In der Ära der „Koalition der Vernunft“ war es möglich geworden, die Idee der europäischen Aufklärung: – eine auf Vernunft gegründete Humanisierung der Gesellschaft –, die die untersuchten Konzepte trägt, ernst zu nehmen und ihren Einfluss auf die Kulturentwicklung Europas und Amerikas zu untersuchen, sie also nicht länger als „Humanitätsduselei“ abzutun.¹⁹⁰ Jauch und Römer haben gemeinsam R. Owen: *Das Soziale System*. Ausgewählte, bisher unveröffentlichte Schriften, Leipzig 1988 ediert.

¹⁸⁸ D. Lederer: Sozialphilosophie im westeuropäischen Humanismus und in der italienischen Spätrenaissance: Die soziale Frage als Stigma im Anlitz des neuen Menschenbildes, in: J. Höppner: Zu Problemen historischer Sozialismusforschung, a. a. O., S. 18; Thomas Morus, Verfechter einer menschenwürdigen Gesellschaft, in: DZfPh 33(1985)7; Thomas Morus: Epigramme, Berlin 1985

¹⁸⁹ Vgl. L. Jauch: Owens neue Ansätze in der politischen Ökonomie, in: DZfPh 30(1982)9; M.-L. Römer: W. Thompson im Prokrustesbett, in DZfPh 34(1986)2; Jauch/Römer: Vormarxistischer Sozialismus und proletarisches Erbe, in: Beiträge zur Marx-Engels-Forschung, 26/1989; Humanistisches Denken im vormarxistischen Sozialismus in Großbritannien, in: Studien zur Geschichte 15/1989

¹⁹⁰ In den Institutsakten ist die Abschlussverteidigung (vom 26. 4. 88) eines von L. Jauch/M.-L. Römer gestalteten Sammelbandes mit dem Titel: „Studien zum vormarxistischen Sozialismus“ unter Beteiligung sowjetischer und einheimischer Partner dokumentiert. (Vgl. ABBAW, Inst. f. Phil., Nr. A 565) W. Förster erwähnt in der Selbsteinschätzung des Bereichs diesen Sammelband mit dem Titel: „Rückblick in die Zukunft. Antizipation und Gesellschaftskritik in den Sozialtheorien des 19. Jahrhunderts“ und bemerkt, dass es 1990 eine Vorauslieferung dieses Bandes gegeben habe. In den Buchhandel ist er meines Wissens aber nicht mehr gelangt.

IX. 3 Geschichte der marxistischen Philosophie

Die Situation für diese Forschungsgruppe war auch in den 80er Jahren deprimierend. Nur wenige ihrer Produkte wurden publiziert, da ihre Resultate nach wie vor mit den von der Parteiführung vorgegebenen Urteilen differierten. Die Gruppe wurde in dieser Zeit von Dr. Erika Mieth (Jg. 1930) geleitet und hatte drei weitere Mitarbeiter: Peter Müller, der 1985 seine Dissertation zu Karl Kautsky verteidigte, Bernd Ulbrich, der 1986 zu dem Neukantianer Hermann Cohen promoviert wurde und Michael Nelken, der 1988 mit einer Arbeit zu August Bebel nachfolgte.¹⁹¹

Forschungsschwerpunkte in den 80er Jahren waren die folgenden:

1. Probleme der Aneignung und Entwicklung der marxistischen Philosophie in der Periode der II. Internationale. – Das Manuskript dazu war 1985 fertig gestellt, konnte aber erst 1990, und dann nur noch als Institutsdruck erscheinen. E. Mieth berichtet in der Rückschau, dass sich die Autoren in ihrem Text u. a. gegen die verbreitete Auffassung gewendet hätten, diese Periode der Arbeiterbewegung sei die Periode des Zerfalls der marxistischen Theorie gewesen; sie müsse jedoch vielmehr als neuer Abschnitt in ihr verstanden werden. Schwerpunkt der Untersuchungen war der Vorgang der Aneignung von Marx' Gesellschaftstheorie durch die Vertreter der II. Internationale, wobei diesen immer bewusst war, „dass die Marxsche Geschichtsauffassung keineswegs als ein Dogma, an dem nicht zu rütteln sei (Luxemburg) verstanden werden dürfe, dass der Marxismus nicht als ein geschlossenes System, das endgültige Wahrheit besitzt (Mehring) gesehen wurde, dass „Materialismus nicht Determinismus, sondern Monismus ist (Plechanow, Mehring).“¹⁹²

2. Geschichte der marxistischen Philosophie in Deutschland 1917-1933. – 1985 erhielt die Forschungsgruppe vom Institutsdirektor den Auftrag, (und dieser erhielt den Auftrag vermutlich von der ZK-Abteilung Wissenschaft,) das Manuskript dieses Bandes, das zwischen 1965 und 1975 unter Leitung von H. Pepperle (von G. Irrlitz, R. Semmelmann, H. Ullrich, E. Mieth) erarbeitet worden war und seit 10 Jahren unpubliziert beim Dietz-Verlag schmorte, „publikationsreif“ zu machen. Die Veröffentlichung dieses Bandes war in den 70er Jahren an der Differenz

¹⁹¹ P. Müller: Zu einigen Grundfragen der materialistischen Geschichtsauffassung Karl Kautskys; B. Ulbrich: Hermann Cohen (1842–1918). Studie zur Geschichte und Kritik des Neukantianismus; M. Nelken: Der Beitrag Bebels zur Entwicklung der materialistischen Geschichtsauffassung in der Auseinandersetzung mit dem Revisionismus

¹⁹² E. Mieth: Geschichte der marxistischen Philosophie, Selbsteinschätzung, S. 3, in: Privatarchiv Ruben/Warnke

der Autoren zum offiziellen SED-Parteiturteil über die zur Debatte stehende Periode gescheitert.¹⁹³ Doch sie war auch jetzt nicht zu realisieren, weil eine wissenschaftlich korrekte Analyse dieser Periode die Auseinandersetzung mit dem Stalinismus, die realistische Aufarbeitung der Kominterngeschichte und der Geschichte der KPD vorausgesetzt hätte, was seitens der Institutsleitung erstmalig im Jahresforschungsbericht vom 1. 12. 1989 ausgesprochen wurde.

Den von ihr stammenden Text *Zur Faschismusanalyse der KPD und der Komintern 1922-1933* hatte E. Mieth 1980 wenigstens über eine Institutsveröffentlichung zugänglich machen können.

3. *Die philosophische Entwicklung in Russland von der Jahrhundertwende bis 1917* war das Spezialgebiet von E. Mieth. Insbesondere mit Georgi W. Plechanow (und Alexander A. Bogdanow) befasste sie sich in einer Reihe von Aufsätzen. Zum Wirken von Plechanow vermochte sie – nicht ohne Widerstände –, 1982 eine Auswahl aus seinen Schriften unter dem Titel: *Eine Kritik unserer Kritiker aus den Jahren 1898 bis 1911* zu edieren.

X. Bereich Kritik der bürgerlichen Philosophie (künftig: Kritik-Bereich)

Unmittelbar vor dem VIII. SED-Parteitag hatte M. Buhr – seit 1971 auch *Vorsitzender des Rates für Grundfragen des ideologischen Klassenkampfes zwischen Sozialismus und Imperialismus* („Kritik-Rat“ genannt) – die Schriftenreihe *Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie* (im Akademie-Verlag) ins Leben gerufen. Diese Reihe – kontinuierlich bis 1987 weitergeführt – war schließlich auf 110 Hefte angewachsen. Bereits 1973 hatte sich Buhr ein hochkarätiges internationales Herausbergremium zur Seite gestellt, (dem konstant Guy Besse, Paris; András Gedö, Budapest; Tadeusz M. Jaroszewski, Warschau; Todor Pawlow, Sofia; Vladimir Ruml, Prag; Robert Steigerwald, Frankfurt/M. angehörten), das einerseits die Bedeutung dieses Unternehmens unterstreichen sollte, ihm andererseits zu Texten aus diesen Ländern verhalf und damit dessen Internationalität garantierte.

Buhr hatte die Reihe unter das Leninsche Diktum gestellt:

¹⁹³ H. Pepperle habilitierte sich mit dem IV. Kapitel dieses Bandes

„[...] bürgerliche oder sozialistische Ideologie. Ein Mittelding gibt es hier nicht (denn eine dritte Ideologie hat die Menschheit nicht geschaffen, wie es überhaupt []niemals eine außerhalb der Klassen unbd über den Klassen stehende Ideologie geben kann. Darum bedeutet die Herabminderung der sozialistischen Ideologie , jedes Abschwenken von ihr zugleich eine Stärkung der bürgerlichen Ideologie.“

Dieses martialische Motto brachte treffend zum Ausdruck, in welchem Geiste die sog. Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Philosophie und Ideologie zu betreiben war. Noch Anfang der 70er Jahre war das Verhältnis zu ihr als *ausschließende Alternative*, eindeutig als *Feindverhältnis* definiert. Das Urteil, die sog. „spätbürgerliche Philosophie“, sei nur noch verkehrtes Bewusstsein, ideologisches Symptom der gesellschaftlichen Krise usw. hatte – mit beeindruckender Kenntnis der betreffenden Literatur – seinerzeit Georg Lukács in seiner *Zerstörung der Vernunft* gefällt. „Keine einzige philosophische Strömung nichtmarxistischer Abkunft“ kam „für ein philosophisches Bündnis in Betracht“¹⁹⁴, und auch keine einzige marxistische, so sie sich nicht durch den Marxismus-Leninismus vereinnahmen ließ. Diese Feindbild-Produktion ist selbstverständlich dem überkommenen Stalinismus und den ideologischen Fronten des Kalten Krieges anzulasten. Der Antikommunismus der anderen Seite war nicht weniger resolut, war gleichfalls ein alle Erkenntnisleistung des Gegners ausschließendes Feindverhältnis – und ist es wohl bis heute geblieben!

Ab Heft 90 der Kritik-Reihe, (ab András Gedö: *Philosophie der Krise* 1978) war das martialische Lenin-Zitat plötzlich gestrichen. Es passte wohl nicht mehr in die politische Landschaft. Die sozial-liberale Koalition und ihre neue Ostpolitik, die Studentenbewegung mit ihrem Interesse an allerlei linker und marxistischer Ideologie und die Friedensbewegung hatten ein Klima geschaffen, in dem es in der Bundesrepublik bald zum guten Ton gehörte, wissenschaftliche Kontakte auch zu Kollegen im anderen Lager zu unterhalten. Diese Entwicklung, die in den 80er Jahren in der Losung vom „Streit der Ideologien und der gemeinsamen Sicherheit“ gipfelte¹⁹⁵, veränderte die Situation für die professionelle Ideologiekritik. Hatte

¹⁹⁴ N. Kapferer: Das Feindbild der marxistisch-leninistischen Philosophie in der DDR 1945–1988, Darmstadt 1988, S. 22.

¹⁹⁵ In den 80er Jahren hatte sich in den kommunistischen Parteien des sozialistischen Lagers die Auffassung durchgesetzt, dass angesichts ihres atomaren Patts die beiden Lager bei Strafe des gemeinsamen Unterganges auf lange Zeit miteinander werden auskommen müssen, was auf Seiten des sozialistischen Lagers mit dem Terminus „friedliche Koexistenz“ ausgedrückt wurde. Es war also ungeachtet der fundamentalen Gegensätze der Partner hinsichtlich der ökonomischen, politischen und ideologischen Verhältnisse eine „Koalition der Vernunft“ (Herbert Häber) einzugehen, weil Frieden eben „nur noch miteinander, nicht mehr gegeneinander möglich ist“, – so das Fazit der Vertreter der SPD-Grundwertekommission und der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED bei den Freudenstädter Gesprächen zwischen SPD und SED 1986.

man die Ideologen der anderen Seite bisher als *Feinde* traktiert, als eine Spezies, die es vernichtend zu schlagen galt, so hatte man nun einen *Gegner* vor sich, mit dem man stritt und zum Zwecke der Selbsterhaltung auch streiten musste, dessen Existenz aber nolens volens anzuerkennen war.

In der Kritik-Reihe sind auch einige Hefte der Hallenser Philosophen publiziert. Diese hatten unter Dieter Bergner seit den 60er Jahren einen weniger martialischen Weg eingeschlagen, – was vielleicht nur im Schatten der lautstarken Klassenkampfretorik aus dem Hause Buhr möglich war. In der Nachfolge von Wolfgang Heises *Aufbruch in die Illusion* (von 1964) habe man – so Hans-Martin Gerlach im Rückblick – die Produkte spätbürgerlicher Philosophie vorrangig unter dem Aspekt untersucht, inwieweit sie Ausdruck der sie bedingenden realen Verhältnisse sind. Man war hier m. a. W. auf der Suche nach in den Ideologien verborgenen Erkenntnissen über die moderne Welt in der globalen Verflechtung ihrer Glieder, d. h. man reflektierte sie nicht länger allein aus der Sicht des *Sonderinteresses* des eigenen Lagers, sondern auch aus dem des *Gemeininteresses* der menschlichen Gattung. Und so waren die Hallenser seit den 70er Jahren mit den bürgerlichen Kontrahenten in einen kritischen Dialog eingetreten und vermochten in der Ägide der „Koalition der Vernunft“ in den 80er Jahren sogar ideologische Kontrahenten wie Niklas Luhmann und Jürgen Habermas zum Gedankenaustausch nach Halle einzuladen.¹⁹⁶

Das war neu, wenngleich von Wolfgang Harich bereits im Gefolge des XX. Parteitags der KPdSU im April 1956 verlangt. Er hatte von den Marxisten gefordert, ihr Verhältnis zur „bürgerlichen Philosophie und Wissenschaft“ zu überdenken und bereit zu sein, auch „von ihrem Wissen und ihren Erfahrungen kritisch zu lernen“¹⁹⁷, – was damals nichts als ein weiterer Beweis für Harichs Revisionismus gewesen war.

Für Lukács und Heise war die Struktur spätbürgerlicher Philosophie durch den Gegensatz von Positivismus und Lebensphilosophie (resp. Irrationalismus) bestimmt. Dem schloss sich Buhr an, der diese Auffassung kraft seiner Funktion als Leiter des Kritik-Rates zu einer verbindlichen Konzeption für die Ideologie-Kritiker der DDR (ja über die DDR hinaus) zu machen vermochte. Der Ungar A. Gedö hat diese Konzeption ebenso geteilt wie die Kollegen aus dem Prager Akademie-Institut. Und Gedö hat sie, wie folgt, zusammengefasst:

¹⁹⁶ Vgl. H.-M. Gerlach: „Zerstörung der Vernunft“ oder „Koalition der Vernunft? In: H.-C- Rauh/H. M. Gerlach: *Ausgänge*, a. a. O., S. 312 ff.

¹⁹⁷ Vgl. W. Harich: *Hemmnisse des schöpferischen Marxismus*, in: *Sonntag*, 11(1956)16, 15. 4., S. 4

„Ein Grund für den Dauerzustand der Krise der spätbürgerlichen Philosophie liegt im Gegensatz und in der Komplementarität von Positivismus und Lebensphilosophie – dieser Hauptrichtungen und Aspekte des spätbürgerlichen Denkens –, wobei sich ihr Gegensatz und ihre Komplementarität in den Formveränderungen, vorübergehenden Synthesen und Überwindungen der Hauptrichtungen reproduzieren.“¹⁹⁸

Und als das ZIPh 1974 mit dem *Prager Institut für Philosophie und Soziologie (ČSAV)* eine gemeinsame Forschungsgruppe zur Kritik der bürgerlichen Ideologie etablierte, wurde ihr selbstverständlich dieses Strukturkonzept zu Grunde gelegt.¹⁹⁹

Die Analyse der Kritik-Reihe steht noch aus und kann hier nicht erfolgen.²⁰⁰ Der flüchtige Überblick lehrt, dass sie im Kollegenjargon zu Recht „Buhrs bunte Reihe“ hieß. Neben Philosophen sind Ökonomen, Historiker, Rechtswissenschaftler, Soziologen und Literaturwissenschaftler als Autoren vertreten. Ein beachtlicher Teil der Hefte stammt von Kollegen aus dem sozialistischen und dem nichtsozialistischen Ausland. Kaum eine der Erscheinungen der zeitgenössischen bürgerlichen Ideologie dürfte in dieser Reihe unbeachtet geblieben sein.

Die DDR-Leserschaft wusste die Kritik-Reihe durchaus zu schätzen. Sie war eine der Möglichkeiten, mit der Gedankenwelt zeitgenössischer Philosophie und Ideologie jenseits des Eisernen Vorhangs bekannt zu werden. Und für einen Teil der DDR-Autoren dieser Reihe war das der Weg, sich ungestraft dieser Gedankenwelt zuwenden zu dürfen.

Dem Kritik-Bereich gehörten jedoch Kritiker unterschiedlichen Typs an: Da gab es einerseits den Typ des Apologeten, des ideologischen Eiferers, der gar nicht erst versuchte, die Gedankenwelt des Klassengegners zu verstehen und wahrheitsgemäß darzustellen, der sie – wenn's sein musste – zurechtbog, um die Überlegenheit der marxistisch-leninistischen über die bürgerliche Ideologie zu sichern. Aber es gab unter den Ideologiekritikern auch den Gegentyp, Personen, die dieses Metier ergriffen, und ungestraft Wissen über andere Arten von Philosophie als die hierzulande zugelassene, erwerben und den DDR-Lesern vorstellen zu dürfen.

¹⁹⁸ A. Gedö: Philosophie der Krise, Berlin 1978, Reihe Kritik der bürgerlichen Ideologie, Bd. 90, S. 16.

¹⁹⁹ Vgl. ABBAW Inst. f. Phil. A 1045: Dies geschah in Realisierung einer Bitte G. Husaks an E. Honecker um „brüderliche Hilfe“ zur ideologischen Konsolidierung nach der Niederschlagung des Prager Frühlings. In einem Brief von M. Buhr und Radovan Richta (Leiter der Prager Partnergruppe) an E. Honecker wird u. a. darauf hingewiesen, dass die gemeinsame Forschungsgruppe *Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie* vor 5 Jahren aus eben diesem Grunde gebildet worden sei. Vgl. auch den Bericht von P. B. Löwe/R. Steindl: 10 Jahre Forschungsgruppe DDR-CSSR „Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie“, in: DZfPh 32(1984)10, S. 924 ff.

²⁰⁰ Die Bibliografie der Reihe „Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie“ findet man in: H.-C. Rauh/M. Gerlach: Ausgänge, a. a. O., S. 676 ff.

Auch diese Kollegen verstanden sich in der Regel als Marxisten, aber sie traktierten die marxistisch-leninistische DDR-Variante des Marxismus nicht als der Weisheit letzten Schluss, d. h. sie beurteilten Aussagen, die auf anderen philosophischen Positionen erworben wurden, nicht von vorneherein als verfehlt. Und in solchen Heften der Kritik-Reihe fanden die Leser, was sie sich von ihr versprachen: eine sachliche Darstellung der untersuchten Gegenstände und eine Erweiterung ihres ideologischen Horizontes. .

Buhr hat beide Typen von Mitarbeitern goutiert und für verschiedene Beziehungen gebraucht. Diente ihm der erste Typ des Ideologiekritikers als Ausweis für die Parteitreu seines Unternehmens, so der zweite – v. a. im internationalen Geschäft – als Garant wissenschaftlicher Honorigkeit.

Das Kritik-Unternehmen kann als ein treffliches Beispiel für die „List der Vernunft“ gelten. Es sollte eigentlich beweisen, dass der Marxismus-Leninismus im *alleinigen Besitz* der Wahrheit der Philosophie ist, also als philosophische *Art* eigentlich die *Gattung* der Philosophie repräsentiert. Und dieser Anspruch sollte durch *Negation* alles dessen realisiert werden, was nicht dem Geiste des Marxismus-Leninismus entspricht, also aller anderen *Arten von Philosophie*. Aber indem diese Arten in den 110 Heften der Kritik-Reihe dadurch negiert werden, dass ihre Autoren sie *vorstellen*, werden sie nolens volens als *Arten der philosophischen Gattung anerkannt*.

Diese Anerkennung wurde unübersehbar nochmals in Buhrs Edition einer 600-seitigen *Enzyklopädie zur bürgerlichen Philosophie im 19. und 20. Jahrhundert* 1988 realisiert²⁰¹, die gewissermaßen das Resümee und die Krönung der Kritik-Reihe war, die jedoch mit der bald danach eintretenden Wende ungewollt auch zum letzten Wort des gesamten Unternehmens geworden ist. Ihre Intention hat Herausgeber Buhr so beschrieben:

Sie wolle „das Ganze, die Totalität des spätbürgerlichen Denkens befragen, um ... seine grundlegenden Tendenzen, Strukturen, Denkweisen, Knotenpunkte und Einschnitte“ vorzustellen. Deshalb habe man „eine in sich geschlossene Darstellung der spätbürgerlichen Philosophie unter systematischen und historischen Gesichtspunkten“ und nicht „eine lexikalische Sammlung mehr oder weniger zusammenhängender Stichwörter“ gewählt. Sie untersuche ihren Gegenstand, „indem sie fragt: Wie denkt die spätbürgerliche Philosophie Natur, Geschichte und Gesellschaft, den

²⁰¹ Enzyklopädie der bürgerlichen Philosophie im 19. und 20. Jahrhundert, Leipzig 1988. Sie war nur der erste Teil, dem ein 2. folgen sollte, in dem einzelne Strömungen, Richtungen und Schulen untersucht werden sollten. Dazu ist es nicht mehr gekommen.

Menschen und die Menschen? Wie denkt sie Erkenntnis, Wahrheit, Wissenschaft,
Technik und Fortschritt?²⁰²

Diese Enzyklopädie war ein Projekt deutsch-deutscher Zusammenarbeit (plus internationaler Teilnahme) und von fachlich kenntnisreichen Autoren verfasst, somit ein ernst zu nehmendes Produkt der Philosophiehistorie der DDR. Doch zur Debatte seiner Thesen und Urteile ist es durch die Abwicklung ihrer Philosophie nicht mehr gekommen. Von den Mitarbeitern des ZIPh sind als Autoren M. Buhr, E. Dölling, J. Erpenbeck/U. Röseberg, H. Klenner, J. Schreiter und F. Tomberg vertreten.

Ob dem ehemaligen Bloch-Schüler Buhr der historische Witz bewusst geworden ist, durch die Negation der Arten der Philosophie ihre Anerkennung zu betreiben, vermag ich nicht zu sagen. Dass er seine Leipziger Herkunft nie ganz losgeworden ist, vermutet jedenfalls Prof. Fritz Tomberg – Mitarbeiter im Kritik-Bereich seit 1988. Buhr habe diesen „Leipziger Bazillus“ in Gestalt einiger jüngerer Philosophen, die in der durch Bloch und Seidel „durchtränkten Atmosphäre philosophisch atmen gelernt hatten“, an sein Institut geholt, „mit der Maßgabe von oben, wie kolportiert wurde, die denklustigen Seidel-Adepten gehörig zu disziplinieren“. Das habe er auch gelegentlich getan. „Er bildete aus ihnen aber auch den Stamm seiner engsten Mitarbeiter.“ Sehr anschaulich und zutreffend charakterisiert Tomberg diese Adepten.²⁰³

„Für das, was die Politik dem Institut abforderte, waren sie ... nicht besonders geschaffen. So war Wilfried Lehrke als der an philosophischer Bildung weit Überragende im Innern des Instituts sehr angesehen, tat sich aber schwer, seine Arbeiten dem offiziellen Maß genügend anzupassen, und beschränkte sich im Wesentlichen darauf, als Textlieferant persönlich möglichst im Verborgenen zu bleiben.²⁰⁴ Jörg Schreiter versuchte sich umgekehrt im Spagat von Macht und Geist.²⁰⁵ Andere entfalteten sich erst nach der Wende. Udo Tietz, der jüngste und undisziplinierteste von allen Leipzigern, der mit Buhr darob in offenen Konflikt geriet, stieg nach der Wende

²⁰² Ebd. S. 6

²⁰³ Vgl. F. Tomberg: Wie in der DDR mit der Geschichte der Philosophie die Staatsideologie unterhöhlt wurde. In: H.-C. Rauh/H.-M. Gerlach: *Ausgänge*, a., a., O., S. 255f.

²⁰⁴ Als Exempel für die profunde Qualität von Lehrkes Texten mag der Aufsatz: *Austrorevisionismus alias Austromarxismus – am Beispiel Max Adlers* gelten, in *DZfPh* 29(1981)6.

²⁰⁵ J. Schreiter profilierte sich v. a. als Spezialist für Hermeneutik. Vgl. Stichwort Hermeneutik in: *Enzyklopädie*, a. a. O., S. 411 ff.

„in die Diskussion der Sprachanalytiker ein, als habe er sein Leben lang nichts anderes betrieben.“²⁰⁶

Zu dieser Gruppe von Mitarbeitern zählt Tomberg auch Vincent v. Wroblewsky (Romanist und Philosoph), der Buhr bei seinen „durchaus freundschaftlichen Kontakten mit ansonsten angefeindeten spätbürgerlichen Philosophen als Dolmetscher unentbehrlich war.“

V. v. Wroblewsky aber erlebte Buhr – wie wohl kein Zweiter – in seiner irritierenden Doppelgestalt als Dr. Jekyll und Mr. Hyde: als eine umgängliche, freundliche Person in der westlichen Welt, die sich in den unzugänglichen Funktionaler und Hierarchen verwandelte, sobald er das Flugzeug zur Heimreise bestieg.

Wroblewskys Art auf parteipolitische Zwänge und Absurditäten zu reagieren, war „Unlust, wenn nicht gerade passive Resistenz“ – so Tomberg – und drückte sich darin aus, „dass er zwar manches veröffentlichte, nur nicht das, was ihm aufgegeben war. Das trug ihm den Ruf einer unheilbaren Faulheit ein.“ Solches Verhalten nimmt nicht wunder bei einer Person, deren erklärter Favorit der Freiheitsphilosoph per excellence, Jean-Paul Sartre ist, den er in der Kritik-Reihe dem DDR-Publikum vorstellte, zu dessen Herausgeber, Interpreten und Experten er schon in der DDR avancierte, der als Sartre-Editor nach der Wende viele Jahre bei Rowohlt gewirkt hat und bis heute Präsident der Sartre Gesellschaft ist.²⁰⁷ Von „Faulheit“ kann da wohl schwerlich die Rede sein.

Dem Kritik-Bereich gehörte organisatorisch auch *Prof. Hermann Klenner* an, da die historischen und zeitgenössischen Varianten bürgerlicher Rechtstheorie Ge-

²⁰⁶ Udo Tietz (Jg. 1953) war durch Vermittlung von St. Dietzsch 1983 ans ZIPh gelangt und hatte 1985 eine Dissertation Zur Entwicklung der geschichtsphilosophischen Auffassung von Georg Lukács vorgelegt. Aber die Obrigkeit ließ ihn zur Promotion erst 1989 zu, da er sich wegen eigenständiger, nicht genehmigter Aktivitäten mit ihr in Dauerfehde befand. So wollte er partout nicht akzeptieren, dass ihm ein Vortrag zum jungen romantischen Brecht, den er zu den Brecht-Tagen 1985 halten wollte, verboten wurde. Und als Juraj Balac (Jg. 1956 und gleichfalls Mitarbeiter des ZIPh) in einem tschechischen Archiv Briefe Edmund Husserls an T. G. Masaryk entdeckte, sorgte Tietz hinter dem Rücken der Institutsleitung für ihre Publikation im *Spektrum* (10/1988). Doch die Aktion flog vor der Auslieferung der Hefte auf, und die Institutsleitung nötigte die Redaktion, etwa die Hälfte der bereits gedruckten Briefe aus dem Heft zu entfernen. Husserl hatte in ihnen nämlich u. a. seinen Schüler Jan Patočka als einen Denker gerühmt, der seiner Nation einmal Ehre machen würde. Diese Prophezeiung aber musste angesichts des Faktums, dass Patočka nach 1970 einer der Führer der tschechischen Bürgerrechtsbewegung gewesen war, als politische Provokation verstanden werden. Und das angesichts des Versprechens, das Institut werde „brüderliche Hilfe“ zur Konsolidierung der ideologischen Verhältnisse nach der Niederschlagung des Prager Frühlings leisten!

²⁰⁷ Kritik-Reihe, H. 77: Jean-Paul Sartre: Theorie und Praxis eines Engagements, Berlin 1977; in der Kiepenheuer-Bücherei Leipzig/Weimar hat er 1982 J.-P. Sartre: Situationen, Reden, Aufsätze, Interviews zur Literatur herausgegeben und mit einem Nachwort versehen.

genstand seiner zahlreichen kritischen Analysen waren, aber ebenso hätte er angesichts der Edition rechtsphilosophischer Texte auch in den Editionsbereich gepasst. Seine Produktivität auf beiden Gebieten ist beeindruckend.²⁰⁸ Klenner hatte von 1946-49 Jura studiert und war bereits 1951 mit einer Wahrnehmungsdozentur für Staats- und Rechtstheorie an der juristischen Fakultät der Humboldt-Uni beauftragt und 1952 zum Thema *Formen und Bedeutung der Gesetzlichkeit als einer Methode in der Führung des Klassenkampfes*“ promoviert worden. Er gehörte somit zu jener Gruppe junger Leute, die früh Karriere machten, da sie gebraucht wurden, um nach Entlassung des nazistisch belasteten Universitätspersonals den Universitätsbetrieb im Geiste der marxistisch-leninistischen Ideologie weiter zu führen. Nach dem XX. Parteitag hatte er in einem (unterdrückten Aufsatz) der stalinistischen Doktrin: die Theorie habe „Systematisierung“ der gesellschaftlichen „Praxis“, also ihr Instrument zu sein, entgegengestellt: Sie müsse im Gegenteil eine Praxis systematisieren, *wie sie sein soll*.²⁰⁹ Ins Schussfeld der Parteikritik geriet er nicht durch diesen ideologischen fauxpas, sondern durch den Aufsatz *Zur ideologischen Natur des Rechts*²¹⁰, der den selbstbewussten jungen Genossen zum Präzedenzfall machte, um am Exempel den Juristen den nach dem XX. Parteitag in ihrer Zunft verbreiteten *Revisionismus* auszutreiben. Aus Ulbrichts Sicht musste die Rechtswissenschaft, wenn sie dem Aufbau des Sozialismus dienen sollte, nicht mit abstrakten Normen operieren (das nannte er *bürgerlichen Formalismus*), sondern man musste das *Wissen der Parteiführung* in Rechtsnormen transformieren, und zwar so, dass dieses ... direkt und unmittelbar das Recht unter sozialistischen Bedingungen wird.²¹¹

Die öffentliche Verurteilung Klenners fand in Vorbereitung der Babelsberger Konferenz (April 1958) mit dem Artikel: *Professor Klenner und der Revisionismus* im ND vom 28. 2. 1958 statt,²¹² und aus der ZK-Abteilung Wissenschaft hieß

²⁰⁸ Neben zahlreichen Artikeln sind die folgenden Monografien zu erwähnen: 1976 Rechtsphilosophie in der Krise; 1982 Marxismus und Menschenrechte; 1984 Vom Recht der Natur zur Natur des Rechts (1988 Moskau) 1990 Deutsche Rechtsphilosophie im 19. Jh.; Editionen, u. a.: G. Winstanley: Gleichheit im Reiche der Freiheit. Sozialphilosophische Pamphlete und Traktate, Leipzig 1986 (RUB, Bd. 997)

²⁰⁹ Gesetzgebung und Gesetzlichkeit (im November 1956 verfasst); vgl. dazu ausführlicher: G. Herzberg: Anpassung und Aufbegehren, Berlin 2006, S. 593 ff.

²¹⁰ in: Staat und Recht im Lichte des Grossen Oktober, Berlin 1957

²¹¹ Vgl. G. Herzberg, ebd., S. 599

²¹² Vgl. z. B. Die Babelsberger Konferenz (April 1958) und ihre Folgen. In: G. Herzberg: ebd. S. 588-613.

es kurz vor Beginn der Konferenz: „Klenner dünke sich klüger als die Partei, veröffentliche parteischädliche Auffassungen, hetze gegen den Genossen Ulbricht und vertrete eine bürgerlich-imperialistische Ideologie“.²¹³

Auch *Dr. Werner Röhr* ließ sich nur bedingt ins Bereichsprofil einordnen, da er es mit einem breit gefächerten Spektrum eigener Projekte, die er hartnäckig verfolgte, oft überschritt. So gelang ihm, ohne Genehmigung des Institutsdirektors bei Reclam 1978 eine Edition zum Atheismus-Streit um Fichte mit einer vorzüglichen Einleitung zu realisieren.²¹⁴ Und 1981 publizierte er gegen Widerstände Texte des im Gulag 1938 verstorbenen Kommunisten Hans Günther zur Ideologie des Nationalsozialismus.²¹⁵ 1979 erschien seine Studie zum Thema *Aneignung und Persönlichkeit* ist.²¹⁶ Ungedruckt geblieben ist hingegen ein (ebenfalls außerhalb des Planes entstandenes) 500seitiges Manuskript zur *Geschichte der Anthropologie in Deutschland*. Ein weiteres Interesse Röhrs galt der von Klaus Holzkamp und seinem Kreis inaugurierten *Kritischen Psychologie*, die er jedoch eher als Bündnispartner marxistischen Philosophierens gegen eine einseitig biologistische Sicht psychischer Phänomene, denn als dessen Gegner verstand. Als Röhr im Kontext der in der Ruben-Affäre durchgeführten Parteiverfahren Buhr erpresserischen Verhaltens, der Verletzung des Parteistatuts beschuldigte (O-Ton Buhr: „Wer nicht für Rubens Ausschluss aus der Partei stimmt, für den gilt in diesem Institut das Arbeitsgesetzbuch nicht mehr!“) wurde er umgehend selbst aus der Partei ausgeschlossen und musste das Institut verlassen. Er wurde von Prof. F. Klein in den Bereich *Allgemeine Geschichte* am ZI für Geschichte der AdW aufgenommen und hat sich hier und nach der Wende v. a. der Faschismus-Forschung zugewandt,²¹⁷

²¹³ Dok. III/11 in: Dreier u. a. Rechtswissenschaft in der DDR: Urteil der ZK-Abt. Wissenschaft über Klenner in Vorarbeit für Ulbrichts Referat auf den Konferenz, zusammengefasst von G. Herzberg, ebd., S. 597

²¹⁴ Appellation an das Publikum. Dokumente zum Atheismus-Streit um Fichte, Forberg, Niethammer Jena 1798/99, Leipzig 1978

²¹⁵ H. Günther: Der Herren eigener Geist. Die Ideologie des Nationalsozialismus, hg. v. W. Röhr, Berlin u. Weimar 1981

²¹⁶ W. Röhr: Aneignung und Persönlichkeit. Studie über die theoretische methodologische Bedeutung der marxistisch-leninistischen Aneignungsauffassung für die philosophische Persönlichkeitstheorie, Berlin 1979. Reihe: Schriften zur Philosophie und ihrer Geschichte, Nr. 23

²¹⁷ Damit hat Röhr noch zu DDR-Zeiten begonnen, u. a.: Europa unterm Hakenkreuz. Die faschistische Okkupationspolitik in Polen (1939-1945), Berlin 1989; nach der Abwicklung: Geschäftsführender Vorstand der Berliner Gesellschaft f. Faschismus u. Weltkriegsforschung; seit 1993: Hg. d. Bulletins f. Faschismus und Weltkriegsforschung. Wissenschaftl. Halbjahresschrift.

Nachdem Buhr 1971/72 die Krise seiner Leitungstätigkeit überstanden hatte und wieder fest im Sessel saß, hatte er alles dafür getan, dass ihm so etwas nicht wieder zustößt. Er hatte sich eine führende Stellung innerhalb der DDR-Philosophie sowohl auf dem Gebiet der *Geschichte der vormarxistischen Philosophie* als auch auf dem der *Kritik der bürgerlichen Philosophie* geschaffen und verstanden, sich international nach Ost und nach West bestens zu vernetzen. In gewissem Sinne hatte er sich also unentbehrlich gemacht.

Und wengleich nach den blamablen öffentlichen Begleiterscheinungen der Ruben-Affäre in der Akademie-Parteileitung und der Leitung des Forschungsbereiches Stimmen laut wurden, Buhr von seiner Funktion als Direktor abzulösen und Hörz an seine Stelle zu setzen – was insbesondere der Leiter des Forschungsbereiches, Prof. Kalweit erwog –, ließ man doch lieber alles beim Alten. Möglicherweise wäre der Schaden, statt dass man ihn behoben hätte, nur noch größer geworden! In den vielen internationalen Beziehungen, die er sich aufgebaut und sorgsam gepflegt hatte, konnte ihn Hörz nicht ersetzen. Und so vermochte er sich an der Spitze des Instituts zu behaupten. Herbert Hörz aber wurde ihm als Stellvertreter beigegeben.

Im politischen Vorzeichen der „Koalition der Vernunft“ war es 1985 möglich geworden, *Ernst Blochs 100. Geburtstag* zu feiern. Die Leipziger Philosophen begingen ihn mit einem Symposium. Als Vorsitzender des *Rates zur Kritik der bürgerlichen Philosophie* und ehemaliger Bloch-Schüler hielt Buhr das Schlusswort des Symposiums, in dem er die Ausbürgerung Blochs aus dem Marxismus erneut bekräftigte: Ungeachtet seines Humanismus und Antifaschismus sei Bloch ein „Denker zwischen den Fronten“ geblieben, und letztlich ein spätbürgerlicher Philosoph.²¹⁸

In das Jahr 1985 fiel auch *der 100. Geburtstag* des bekennenden Kommunisten *Georg Lukács*, der 1956, – seit der Parteinahme für I. Nagy und seinen Aktivitäten im sog. „Petöfy-Klub“ während des ungarischen Volksaufstandes – zum Revisionisten gestempelt worden war. Noch 1979 galt in der DDR unverändert dieses

²¹⁸ Vgl. Bloch und die spätbürgerliche Philosophie, Wissenschaftliche Beiträge der Karl-Marx-Universität, Leipzig 1985, S. 314f.

Urteil.²¹⁹ Im März 1985 veranstaltete das ZIPh gemeinsam mit den ungarischen und sowjetischen Partnerinstituten ein Kolloquium, das vor der schwierigen Aufgabe stand, dieses Urteil ohne Gesichtsverlust zu korrigieren. Buhr wusste Rat:

„Nachgeborene haben die Pflicht“ – ließ er die Versammelten wissen – „die gesellschaftlich-historischen Bedingungen zu beachten, unter denen ein kämpfender Ideologe seine Ergebnisse vorgetragen hat und dann, gegebenenfalls, ihre Korrekturen einzubringen. Das Maß der Beurteilung der Ideologieggeschichte kann nicht aus einem Später, sondern nur aus einem Zugleich, das die historische Perspektive im Blick hat, hergeholt werden.“²²⁰

Man hatte sich also, – wenn ich die kryptischen Worte richtig deute – Lukács’ Verurteilung als „Revisionist“ im Nachhinein nicht vorzuwerfen, denn sie war durch die zu dieser Zeit gegebenen historischen Umstände ebenso gerechtfertigt, wie seine jetzige Rehabilitierung durch die heutigen. Marxistisch ist diese fatalistische Pointe. freilich nicht. Sie unterschlägt, dass ungeachtet der Bedingtheit der Urteile durch die vorgefundenen Verhältnisse, die Menschen die Akteure ihrer Geschichte sind und diese folglich auch zu verantworten haben. Buhrs Argumentation, die sich als historische Weisheit geriert, eignet sich vorzüglich dazu, Verwerfungen wie die stalinistische Politik und Ideologie nachträglich zu rechtfertigen.

An der spektakulären *Nietzsche-Debatte* der 80er Jahre war das ZIPh nur am Rande beteiligt. Als sein Repräsentant nahm Dr. Heinz Malorny mit zahlreichen Publikationen an ihr teil und blieb nicht unbeeindruckt von der Verve, mit der v. a. die Literaturwissenschaftler um die Relativierung von Lukács’ Nietzsche-Urteil kämpften, das Nietzsche in die unmittelbare Nähe zum Faschismus gerückt hatte. Aber getreu dem Geist des Hauses verwahrte er sich gegen eine Nietzsche-Renaissance in der DDR:

„Die marxistisch-leninistische Philosophiegeschichtsschreibung wird sich auch in Zukunft allen derartigen Versuchen einer Wiedererweckung der Ideen Nietzsches

²¹⁹ Vgl. Zur Geschichte der marxistisch-leninistischen Philosophie in der DDR. Von 1945 bis Anfang der sechziger Jahre, Berlin 1979. U. a. wird Lukács hier vorgeworfen, „die marxistische Philosophie im Sinne des Hegelianismus zu revidieren, den Marxismus auf den Hegelianismus zu reduzieren“ ... „den Gegensatz von Materialismus und Idealismus in einen Gegensatz von Rationalismus und Irrationalismus, von Dialektik und Metaphysik“ aufgelöst zu haben. S. 339f..

²²⁰ M. Buhr: Anmerkungen zu Georg Lukács. In: Geschichtlichkeit und Aktualität. Beiträge zum Werk und Wirken von Georg Lukács, Berlin 1987, S. 23.

gegenüber unversöhnlich verhalten, wie sie bisher Nietzsche immer als philosophischen Gegner behandelt hat.“²²¹

Und dabei blieb Malorny auch in der sich zuspitzenden Debatte. Mitte der 80er Jahre. hatte W. Harich in *Sinn und Form* kategorisch verlangt, an Lukács' Nietzscheurteil ohne Wenn und Aber festzuhalten und Nietzsche ins „Nichts“ zu verbannen.²²² Diese schroffe, absolute Verurteilung Nietzsches verspottete der Präsident des Schriftstellerverbandes, Hermann Kant, als „Polpoterie“ und sprach damit die Meinung eines Großteiles seiner Kollegen aus..“

Um eine weitere Zuspitzung dieses Streites zu verhindern, rief Ideologiechef Hager den Kritik-Spezialisten Buhr an die philosophische Front. Buhr distanzierte sich zwar von Harichs

„[...] inquisitorisch-katholischer“ Attitüde, aber bestätigte Harichs und Lukács' Position. Es gebe keinen Grund zu einer „Neubewertung“ Nietzsches und seiner Wirkung, aber es sei auch falsch, Harich zu folgen und Nietzsche totzuschweigen. „Gegnerische Ideologien können nur überwunden [...] werden [...] mit den Waffen der Kritik, [...] nicht per Dekret, nicht durch Verbote [...] oder Nicht-Existenz-Erklärungen.“ Aber eines habe klar zu sein: Nietzsche gehöre nicht zum „Erbe des antifaschistischen Staates DDR.“²²³

Um Harichs Furor zu zähmen, war das ZIPh – offensichtlich von Hager – beauftragt worden, Harich im intimen Philosophenkreise zur Mäßigung zwar nicht in der Sache, aber in seinem Tone zu bewegen. Dieser Versuch blieb – wie Augenzeugen berichten – jedoch völlig erfolglos.²²⁴

Wie aus dieser Entwicklung ersichtlich, trat mit der Politik der friedlichen Koexistenz, der „Koalition der Vernunft“, für das Kritik-Unternehmen eine schwierige Situation ein, die F. Tomberg zutreffend charakterisiert hat:

„Zum einen wurde der Zwang zur Konformität mit der herrschenden Politik jetzt noch größer, da den Auswirkungen der Annäherung in der Praxis mit einer umso eindeutigeren Abgrenzung in der Ideologie begegnet werden sollte“, was an der Argumentationsweise in den skizzierten Debatten ablesbar ist. „Zum anderen aber ließ

²²¹ H. Malorny: Nietzsche und der deutsche Faschismus. In: Faschismusforschung, hg. v. D. Eichholz u. K. Gossweiler, Berlin 1980, S. 282; Ders.: Zur Philosophie Friedrich Nietzsches, Berlin 1989. Das Buch lag als Manuskript seit 1986 im Akademie-Verlag. Nach Auskunft seines Verfassers vermochte Harich dessen Druck bis 1989, bis zum Einschreiten Hagers, zu verhindern.

²²² Vgl. W. Harich: Revision des marxistischen Nietzschebildes? In: *Sinn und Form* 5/1987

²²³ M. Buhr: Es geht um das Phänomen Nietzsche. In: *Sinn und Form* 2/1988, S. 202

²²⁴ Von diesen erfolglosen Debatten im Herbst 1988 berichtete Buhr ratlos an den stellvertretenden Vorsitzenden der ZK-Wissenschaftsabteilung Dr. Gregor Schirmer. Vgl. ABBAW, Inst. f. Phil., Nr. A 1045

sich der Duktus der Feindschaft bei gleichzeitiger angestrebter Sicherheitspartnerschaft nicht mehr generell durchhalten. Es durfte deutlicher zwischen fortschrittlichen und konservativen Tendenzen in der Ideologie und Philosophie unterschieden werden.“²²⁵

Und ohne diese Unterscheidung wären die genannten Debatten, bzw. teilweisen Korrekturen geltender Urteile, gar nicht möglich geworden.

Aus dieser veränderten Lage erwuchs der Plan, sich mit den Mitarbeitern des Kritik-Bereichs an eine *Gesamtdarstellung der bürgerlichen Gegenwartsphilosophie* zu wagen, zu der 1988 unter Leitung von F. Tomberg am Institut ein Forschungsseminar eingerichtet wurde.²²⁶ In den Papieren des FoB Gewi findet sich – wohl als vorläufiges Fazit dieses Seminars – eine kurz gefasste, m. E. realistische Skizze der westdeutschen Ideologie der 80iger Jahre, die frei von den üblichen Denunziationen ist.²²⁷ Das Papier trägt das Datum Juni 1989 und ist vom Leiter des Forschungsbereichs Gesellschaftswissenschaften, W. Kalweit, anstandslos akzeptiert worden!

Ich komme nicht umhin, zu diesem ganzen Kritik-Unternehmen abschließend folgendes zu bemerken: Kritik ist seit Sokrates unbestritten ein notwendiges Anliegen der Philosophie. Sie hat es zu realisieren, um das Denken von ideologischen Verkehrungen, vom ideellen Selbstbetrug zu befreien, oder – um mit Bacon zu sprechen – vor den zahlreichen, es bedrängenden „idola“, zu schützen. Damit ist sie originäres Werkzeug zur *Selbstreflexion*, d. h. zur *Kritik der Vernunft*, – und zwar vor allem der *eigenen*. Jedoch genau dieser Selbstbezug des Kritik-Unternehmens, *öffentlich* Kritik an den Produkten der Ideologie des *eigenen* Gemeinwesens zu üben, war in der DDR-Philosophie bis an ihr Ende verboten. Angesichts dessen haftet dem Kritik-Unternehmen, – wie klug, kenntnisreich und mit wie zutreffendem Urteil im Einzelfall auch immer – die Peinlichkeit der Besserwisserei an, die nolens volens aus der Verabsolutierung der eigenen Denkungsart zur menschlichen *Gattungsvernunft* resultiert.

²²⁵ F. Tomberg: Bereich Gegenwartsphilosophie. Selbstbeurteilung, Juli/August 1990. In: Privataarchiv Ruben/Warnke, S. 2

²²⁶ Ebd.

²²⁷ Vgl. ABBAW, FoB Gewi, Nr. 139

XI. Bereich Edition

Einem eigenständigen Editionsbereich begegnen wir am ZIPh seit 1980. Er verdankt seine Existenz der Edition der Werke Ludwig Feuerbachs, die Dr. Werner Schuffenhauer (Jg. 1930) seit 1967 in Zusammenarbeit mit dem Akademieverlag in Angriff genommen hatte. Bis 1980 waren (unter Mitwirkung von Dr. W. Harich) *12 Bände der Schriften Feuerbachs* erschienen. Das internationale Renommee, das diese Ausgabe erlangt hatte, bewog die Akademieleitung, die Pläne zur Fortführung dieser Edition zu fördern. Sie erschien nunmehr im Auftrag des ZIPh und war Planaufgabe des neu eingerichteten Editionsbereiches, zu dessen Leiter Dr. Schuffenhauer berufen wurde. Im Vordergrund der Feuerbach-Edition stand jetzt der Briefwechsel, bei dessen Erschließung v. a. Edith Voigt dem Herausgeber zur Seite stand.²²⁸

Der 1980 gegründete Editionsbereich ist mit 13 wissenschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Mitarbeitern angetreten, die zuvor größtenteils anderen Bereichen, v. a. dem der Geschichte der vormarxistischen Philosophie angehört und in ihm an Editionen gearbeitet hatten. So finden wir für 1980 u. a. folgende Planpositionen:

Kantstudien-Ausgabe, Bände 2 u. 3 (Dietzsch/Teske)

Hegel: Enzyklopädie (Dietzsch/Zwerschke)

Zur Stirner-Debatte: Textsammlung m. Vorwort (Sandig, Mingram, Neumann)

Zur Spinoza-Debatte: Textsammlung m. Vorwort, 2 Bände (Wolle, Carlin)

Als weiterführende Arbeiten werden genannt:

Leibniz-Akademie-Ausgabe, Bd. 3, Reihe IV: Politische Schriften (T.: 1982)

²²⁸ Vgl. W. Schuffenhauer: Ludwig Feuerbach. Eine erste Bilanz der *Gesammelten Werke*. In: : H.-C. Rauh/H. M. Gerlach (Hg.): *Ausgänge*, a. a. O., S. 164.

Als Publikationen sind in Vorbereitung:

Beiträge zur Leibniz-Forschung (Internationaler Sammelband, Gloger)

Feuerbach-Lesebuch (Schuffenhauer)

*Bolzano-Memorialband. (In Zusammenarbeit mit Prof. E Winter - Internationaler Sammelband, Hartmann/Zwerschke).*²²⁹

1984 wurde Schuffenhauer krankheitshalber berentet, ohne indes seine Arbeit an der Feuerbach-Edition aufzugeben. Seine Nachfolge als Bereichsleiter trat *Dr. Steffen Dietzsch* (Jg. 1943) an, der den Bereich bis zu dessen Auflösung 1989 leitete.

Dietzsch war 1975 in Leipzig zum Thema *Zeit und Geschichte beim jungen Schelling* promoviert worden und seitdem Mitarbeiter des ZIPH. Buhr schätzte Dietzsch ob seiner fundierten Kenntnisse der klassischen deutschen Philosophie, machte ihn zu einem seiner engsten Mitarbeiter und häufig zu seinem Koautor und Reisegefährten, sofern er in der westlichen Welt die wissenschaftliche Honorigkeit seines Instituts vorführen wollte. Dabei übersah er geflissentlich, dass sich Dietzschs marxistisch-leninistische Parteilichkeit durchaus in Grenzen hielt.²³⁰

Dietzsch gehörte zu jener Gruppe junger DDR-Intellektueller, für den auch ein von seinen stalinistischen Verwerfungen befreiter Marxismus, der für die Verhältnisse des vergangenen Jahrhunderts gepasst haben mochte, keine hinreichende Option mehr zu sein schien, die gegenwärtige Welt zu begreifen. Verwöhnt durch den sprachlichen Reichtum der klassischen deutschen Philosophie, mit der er es in seiner Editionstätigkeit täglich zu tun hatte, war ihm allein schon die armselige Sprache ein Gräuel, in der die marxistisch-leninistischen Traktate gewöhnlich verfasst waren. Er wusste die Nische zu schätzen, die er sich durch seine Tätigkeit erschloss, schluckte so manche Kröte, und ertrug so manche Laune Buhrs im Interesse, sich diese Nische zu erhalten.

In den die Editionen des Bereichs betreffenden Verhandlungen mit den Verlagen lernte er deren Leiter kennen und schuf sich sukzessive ein Netzwerk von Beziehungen. Mit ihrer Hilfe vermochte er jenseits des Planes und hinter dem Rücken von Buhr Editionen zu realisieren, an denen ihm gelegen war. Das war nicht risikolos für seine Karriere und schon gar nicht, wenn es sich um „moderne“ Texte

²²⁹ Vgl. ABBAW, Inst. f. Phil., Nr. A 1044

²³⁰ F. Tomberg: Wie in der DDR mit der Geschichte der Philosophie die Staatsideologie unterhöhlt wurde, a. a. O. S. 256: „Freilich, marxistisch war von Anfang an nicht, was er zu sagen hatte“ – urteilt Tomberg – „man habe das vor der Wende nur nicht gemerkt und auch nicht merken sollen.“

– d. h. um philosophische Texte aus der Zeit nach 1830 – handelte, für die der Bereich Edition nicht zuständig war.²³¹ Dietzsch gehörte als Leiter des ZIPh-Editionsbereichs der *Arbeitsgemeinschaft philosophischer Editionen* der *Allgemeinen Gesellschaft für Philosophie* an und war über diese mit anderen Editionsunternehmen vernetzt. Bei der Erarbeitung von Textausgaben zur mittelalterlichen Philosophie bestanden Kontakte zu Prof. Kurt Flasch (Bochum), die insbesondere Norbert Winkler (Jg. 1952) zu nutzen wusste, der zur Philosophie des Mittelalters, der Renaissance und speziell zu Cusanus arbeitete.²³² Für die Herstellung von Textausgaben zur klassischen deutschen Philosophie wurden die wissenschaftlichen Kontakte zur Universität München (Prof. Dieter Henrich) und zum Kant-Archiv Marburg (Prof. Reinhard Brandt); bei der Erarbeitung der Feuerbach-Ausgabe das Nachlasswissen der Bayerischen Staatsbibliothek München (Frau Dr. Caroline Hwang-Töpelmann) genutzt.²³³

Die wichtigsten Editionen zwischen 1985 und 1990 waren die folgenden:

Platons Werke, hg. unter Leitung von J. Irmscher, (durchgesehen von R. Steindl) nach der Übersetzung von F. Schleiermacher, Bd. I/1 u. I/2 1985; II/1, II/2, II/3 1985-87; Bd. III 1987.

Aristoteles: Metaphysik, i. d. Übersetzung von F. Bassenge, bearb. von R. Steindl, 1990

F. W. J. Schelling/G. W. F. Hegel: Journal der Philosophie, hg. von St. Dietzsch, Berlin (West) 1985, Lizenznahme vom Reclam-Verlag

Berlin (West) 1986, hg. v. St. Dietzsch, Lizenznahme vom *G. W. F. Hegel: Differenz des Fichteschen und Schellingschen Systems der Philosophie*, Reclam-Verlag

F. W. J. Schelling: Bruno. Ein Dialog, hg. von St. Dietzsch 1989 (erstmalig in der DDR publiziert)

Außerhalb des Planes:

²³¹ So publizierte Dietzsch trotz Buhrs Verbot unter dem Titel *Ästhetik in der Straßenbahn* (in der Spektrum-Reihe von Volk und Welt) 1987 Essays von Ortega y Gasset. Diese Eigenmächtigkeit blieb für ihn folgenlos. Aber die illegale Einschleusung eines Westkollegen ins Universitätsarchiv, dem er unbedingt einen bislang unbekanntem Brief von Rosenkranz zeigen wollte, flog auf und brachte Dietzsch im Januar 1987 ein Disziplinarverfahren ein. Die Institutsleitung zog den eingereichten Vorschlag zur Professur zurück, erteilte ihm für 1 Jahr Archivverbot und sperrte ihn als Reisekader. Dietzschs Berufung fand dann erst 1989 statt.

²³² N. Winkler: Philosophie des Mittelalters und der Renaissance, in: *DZfPh* 37(1989)1; ders.: Diss. A.: Die Entwicklung der Grundidee von der *coincidentia oppositorum* in der Philosophie des Nikolaus von Kues 1988;

²³³ Selbstdarstellung des Bereichs Edition für den Zeitraum 1985 bis 1990, S. 5, in: Privatarchiv Ruben/Warnke

A. Panormita, Hermaphroditos, mit Aphoreta von F. C. Forberg, kommentiert von St. Dietzsch 1986. – (Dieses Werk, entstanden zwischen 1422 und 1425, enthält die umfangreichste Sammlung erotischer Texte des Altertums; es wurde 1824 von dem Kantianer Forberg in einer lateinischen Edition veröffentlicht, und die Übersetzung dieses Bandes von 1908 bildet die Druckgrundlage der vorliegenden bibliophilen Ausgabe des Verlages *Edition Leipzig*. Der Band wurde in einer Lizenz 1986 gleichfalls in Hanau publiziert.)

K. Rosenkranz: Geschichte der Kant'schen Philosophie, hg. von St. Dietzsch, 1987

*Die planmäßige Arbeit an der Feuerbach-Edition, insbes. an der Korrespondenz-Abteilung, den Vorlesungsnachschriften und dem Gesamtregister wurde weitergeführt.*²³⁴

Neben der Editionstätigkeit hat sich Dietzsch durch Beiträge an Institutsobjekten beteiligt, so z. B. an den Studien zur Aufklärung, deren 2. Band er durch einen umfangreichen Artikel zur *Natur der Geschichte. Zum Theorienwandel des Geschichtlichen zwischen Aufklärung und Transzendentalphilosophie* einleitete²³⁵; ferner am Projekt „Aufklärung in Berlin“: zu dem er den Aufsatz *Die Aufnahme des Kantianismus* beitrug. . Er hat am „Lexikon der philosophischen Werke“ hg. von Franco Volpi u. Julian Nida-Rümelin mitgearbeitet.²³⁶ Und er ließ es sich nicht nehmen, sobald dies möglich geworden war, sein Wort zur Nietzsche-Edition in der DDR zu sagen: *Vom Wiederentdecken eines Unvergessenen. Überlegungen zur ersten Nietzsche-Edition in der DDR*. In: Weimarer Beiträge 36(1990)6.

1988 wurde Dr. theol. Dr. phil. Detlef Döhring Mitarbeiter der Editionsabteilung. Er brachte als Einstand einen in Holland publizierten Aufsatz zu Samuel Pufendorf mit²³⁷, hat sich mit Pufendorf-Studien umgehend habilitiert und eine eigenständige, auf fünf Bände ausgelegte Pufendorf Edition begründet, die er bis heute fortführt.²³⁸

²³⁴ Ebd. S. 1f.; Zwischenbilanz des Plans 1986-90, in: ABBAW, FoB Gewi, Nr. 149, S. 6

²³⁵ Dieser Artikel beruht auf seiner Dissertation B (Habilarbeit): *Die Herausbildung des geschichtlichen Denkens in der klassischen deutschen Philosophie. Studien zur Theorieentwicklung des Geschichtlichen zwischen Kant und Hegel* 1986

²³⁶ Stuttgart 1988 (Beiträge zu Erdmann, Krause, Maimon, F. Schlegel, Strauß)

²³⁷ Pufendorf und Leipziger Gelehrtenesellschaften, in: *Lias*, Vol. XV(1988) H.1

²³⁸ Döhring begann die Pufendorf-Edition mit Band 1: *Pufendorfs Briefe*; die noch heute laufende Ausgabe hat nach 1990 Schmidt-Biggemann von der FU an sich gezogen.

XI.1 Arbeitsgruppe Leibniz-Edition und Leibnizforschung

Das Präsidium der AdW beschloss 1984 eine Arbeitsgruppe zu bilden, die sämtliche Schriften und Briefe von G. W. Leibniz in einer historisch-kritischen Akademie-Gesamtausgabe edieren sollte. (*G. W. Leibniz. Sämtliche Schriften und Briefe*). Die Akademie zeichnete für diese Edition verantwortlich und war Inhaber aller Verlagsrechte. Der Akademie Verlag verlegte und vertrieb die Ausgabe.

Zur Realisierung dieses Planes wurde im Rahmen des Editions Bereichs 1986 die Arbeitsgruppe Leibniz-Edition und Leibnizforschung mit 7 wissenschaftlichen Mitarbeitern etabliert.²³⁹ Sie kooperierte von Anfang an mit den Leibniz-Forschungsstellen der Niedersächsischen Landesbibliothek Hannover und der Universität Münster. Die Ausgabe wurde in thematischer Arbeitsteilung realisiert und erfolgte nach gemeinsamen Editionsregeln. Im Mittelpunkt der editorischen Aufgaben am ZIPh stand die *Reihe IV: Politische Schriften. (V. Historische Schriften)*.

1989 verselbstständigte sich diese Forschungsgruppe zu einer eigenständigen Abteilung. Zu diesem Zeitpunkt waren als Editoren tätig: als Leiter der Historiker Dr. Hans-Stephan Brather, Frau Rosemarie Caspar (Altphilologin), Rüdiger Otto (Theologe).

Zur Abteilung gehörten ferner: Dr. Cornelia Buschmann, Dr. Ursula Goldenbaum und Dr. Hartmut Hecht, die die Edition durch Forschungen und Publikationen zur Wissenschaftsgeschichte des 17./18. Jh. und von deutschsprachigen Leibniz-Textausgaben zur Einführung in Leibniz' Gedankenwelt ergänzten, was die Akademieleitung auch im Interesse der für 1996 geplanten Leibniz-Feiern und des 2000 stattfindenden Akademie-Jubiläums wohlwollend unterstützte. Als Leiter des gesamten Unternehmens setzte Direktor Buhr Prof. Dr. Hubert Horstmann (Jg.1937) ein.²⁴⁰

1989 waren folgende Publikationen fertig gestellt und den Verlagen übergeben:

Geometrie und Erfahrung (Studienband unter Mitarbeit aller der Abteilung Angehörigen) hg. von H. Hecht (Akademie-V.), 1989. Zur Bedeutung des *mos geometricus* für die Philosophie und bestimmte Wissenschaften.

Leibniz-Studien Textausgabe, 1. Band, hg. von U. Goldenbaum (Akademie-V.), 1989

²³⁹ Ich folge in der Darstellung der Arbeit dieser Abteilung dem Bericht von H. Horstmann von 1990, in: Privatarchiv Ruben/Warnke

²⁴⁰ Nicht seine wissenschaftliche Biografie qualifizierte Horstmann für die Leitung der Leibniz-Edition, es sei denn man wolle den Dank Buhrs für geleistete Dienste als amtierender Parteisekretär in der Ruben-Affäre als Qualifikationsnachweis gelten lassen.

H. St. Brather: Leibniz und seine Akademie (800 S., Buchmanus., 1989 an Akademie-V.) Quellenedition, die durch Text, Kommentierung und einführnden Essay einen wesentlichen Beitrag zur Leibniz-Forschung und zur Frühgeschichte der Akademie leistete. Sie bringe einen erheblichen Fortschritt gegenüber der Akademiegeschichte Harnacks von 1900, – so der Autor.

H. Hecht: G.W. Leibniz. Eine Biographie. Manus., Jan. 1990 an den Teubner-V. Philosophische Begründung der Mathematik, Naturwissenschaften und Technik; Wissenschaftspolitik und Wissenschaftsorganisation und ihre Verankerung in einer *scientia generalis*.

C. Buschmann: Ch. Wolff. Geschichte und Gesellschaft als philosophisches Problem. Diss.schrift, verteidigt 1989.

Ferner stellten die Mitarbeiter in Sammelbänden und Zeitschriften ihre Forschungsergebnisse vor und beteiligten sich mit diesen an zahlreichen Tagungen und Kongressen im In- und Ausland. So nahmen sämtliche Mitarbeiter der Abteilung mit Vorträgen am V. Internationalen Leibniz-Kongress 1988 in Hannover teil. Und an den *Studien zur Philosophie der Aufklärung* und *Aufklärung in Berlin*, über die weiter oben berichtet wurde, wirkten U. Goldenbaum und C. Buschmann mit.

XII. Das ZIPh während der Wende und der Abwicklung der Akademie der Wissenschaften

1989 umfasste das ZIPh insgesamt 122 Personen; davon 92 wissenschaftliche Mitarbeiter und hiervon 58 männlichen und 34 Personen weiblichen Geschlechts, also betrug der Anteil von Frauen an der Gesamtheit des wissenschaftlichen Personals mehr als ein Drittel, wobei die Frauen im etwa gleichen Zahlenverhältnis wie die männlichen Kollegen promoviert und habilitiert waren. Die meisten wissenschaftlich-technischen Kräfte waren weiblich.

Die sich in diesem Verhältnis ausdrückende Chancengleichheit der Frauen der DDR mit ihren männlichen Kollegen in der Wissenschaft wurde von beiden Geschlechtern als Selbstverständlichkeit empfunden und gelebt. Dass dieses Faktum ein entscheidender Freiheitsgewinn, ein gelungener Schritt auf dem Weg der Frauenemanzipation gewesen ist, wurde uns jedoch erst im Vereinigungsprozess der beiden Teile Deutschlands wirklich bewusst. Wir hatten nun zu konstatieren, dass unsere westdeutschen Schwestern um Vieles zu kämpfen hatten und noch ha-

ben, was uns mit der Gründung der DDR in den Schoß gefallen war: etwa für gleiche Arbeit gleichen Lohn zu erhalten und durch ein engmaschiges Netz von Einrichtungen zur Kinderbetreuung jungen Müttern die Teilnahme am Arbeitsprozess zu ermöglichen.

Vor dem November 1989 findet man in den offiziellen Instituts-Papieren nichts, was auf das nahe Ende einer historischen Epoche hinweist. Im August lief alles noch weiter seinen gewohnten sozialistischen Gang. Die Leitung des ZIPh verkündete, sie werde 1990 die „konsequente Realisierung des Zentralen Forschungsplanes der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften 1986–90 entsprechend den Orientierungen des XI. Parteitages und in Vorbereitung des XII.“ fortsetzen, was bedeute „einen aktiven und zielgerichteten [...] Beitrag zur Vorbereitung und Auswertung des XII. Parteitages [...] zu leisten.“ Die fortschreitende Erosion des Systems im September und Oktober, die sich in rapide ansteigenden Ausreisegesuchen, Botschaftsbesetzungen und Massendemonstrationen manifestierte, ist – jedenfalls in den überlieferten Dokumenten des Instituts – ohne jedes Echo geblieben.

Doch hinter den Kulissen brodelte es. Man debattierte in den Bereichen über den Krieg der UdSSR in Afghanistan, die hier ihr Vietnam finde, den Zerfall des sowjetischen Imperiums und des sozialistischen Lagers, und die Mitarbeiter des Bereichs Wissenschaftsentwicklung protestierten gegen das Sputnik-Verbot. Das m. W. erste offizielle Dokument, in dem die Institutsleitung sich zur Notwendigkeit von grundlegenden Reformen ihrer Disziplin äußerte, stammt vom 15. November 1989, datiert also nach dem VII. DDR-Philosophiekongress, der vom 1.–3. 11. 89 stattgefunden hatte.

In seinem Vorfeld hatte der *Philosophische Rat* Ideologiechef Kurt Hager, der auf Philosophiekongressen ein Richtung weisendes Referat zu halten pflegte, vom Kongress eingeladen, – wohl in der Befürchtung, sein Auftritt werde zum öffentlichen Zusammenstoß mit zu Reformen entschlossenen Teilnehmern führen. Zwar konnte die Kongressleitung so vermeiden, dass im Plenum eine Reformdebatte stattfand, aber in den Arbeitskreisen brach sie dann aus. So habe – wie ich erfuhr – Prof. U. Röseberg in seinem Arbeitskreis verkündet, man sei nicht länger gewillt, die Philosophie zur „Magd der Politik“ zu machen.

Anfang November trat Ideologiechef Kurt Hager zurück und nur wenige Tage später das gesamte SED-Politbüro. Am 9. November war die Mauer gefallen.

Nun geriet auch das Präsidium der Akademie in Bewegung; am 15. entließ es sowohl den Generalsekretär als auch den Leiter des gesellschaftswissenschaftlichen Forschungsbereichs, Prof. Kalweit.

XII.1 Die eigenständigen Reformen

Am 15. November 1989 findet sich in den Akten die erste Spur einer Reaktion der Institutsleitung auf die neue politische Situation. Sie fordert nun: Trennung von philosophischer Forschung und Parteipolitik, keine administrativen Vorgaben mehr für die philosophische Forschung, die Leitungstätigkeit soll demokratisiert werden (Schaffung eines von der Institutsleitung unabhängigen Wissenschaftsrates).²⁴¹

Am 29. November 1989 beschließt die SED-Organisation des Instituts, die Parteiverfahren von 1981 gegen P. Ruben, C. Warnke, B. Hartmann, P. Beurton U. Hedtke und W. Röhr erneut aufzurollen. Sie bildet eine Untersuchungskommission, die der Romanist Heinz Gerhardt leitet, der dem ZIPh erst seit 1988 angehört, also ein an den Parteiverfahren gänzlich Unbeteiligter gewesen ist. Den Stein ins Rollen brachte meines Wissens U. Goldenbaum im Namen v. a. der jungen Leute mit dem Hinweis, auch das Institut habe seine „Leichen im Keller“!

Im Jahresforschungsbericht vom 1. 12. 1989 spricht die Institutsleitung offen aus, warum das Projekt zur *Geschichte der marxistisch-leninistischen Philosophie in Deutschland 1917–1933* nicht realisiert werden konnte.

Das Forschungsdefizit auf diesem Gebiet könne nur auf der Grundlage solider Materialkenntnisse überwunden werden,

„[...] d. h. bisherige Tabus müssen überwunden werden, die Archive, besonders die Parteiarchive, sind zu öffnen, neue Forschungsergebnisse sowjetischer Wissenschaftler sind auszuwerten (z. B. Einschätzungen der Geschichte der Komintern durch das IML Moskau, Leninsche Etappe der Komintern und Etappe der Deformation), die Diskussion über die politischen Diskussionen in den zwanziger und dreißiger Jahren (Würdigung der Leistungen Deborins, Rjasanows, Lupols u. a.), die Rolle Shdanows und Mitins in diesen Diskussionen (Dogmatisierung der politischen Arbeit). Neu zu durchdenken ist das Verhältnis von Philosophie und Politik, von Fortschritt und Rückschritt in der Geschichte. Zur Diskussion um den Begriff

²⁴¹ Vgl. Protokoll der Dienstberatung am 15. November 1989, in: Privataarchiv Ruben/Warnke

„Leninsche Etappe der Philosophie“ muss ein Standpunkt erarbeitet werden, ebenso zur Relativierung der Bedeutung der Oktoberrevolution.“²⁴²

Die Gründe, warum dieses Projekt nicht realisiert werden konnte, waren der Institutsleitung zwar längst bekannt, denn Dr. Erika Mieth, die Leiterin der „Forschungsgruppe zur Geschichte der marxistischen Philosophie“, hatte der Institutsleitung immer wieder eben diese Gründe genannt, die einer wissenschaftlich redlichen Realisierung des Projekts im Wege standen und sich einer verfälschenden Darstellung verweigert. Aber die Institutsleitung hatte sich bis zur Wende gehütet, in ihren Berichten an die übergeordneten Instanzen an dem politischen Tabu zu rühren, mit dem die SED-Führung diese Fakten belegt hatte.²⁴³

In diesem Bericht kündigte die Institutsleitung auch an, die vor der Wende geplanten Programme und Projekte im Sinne obiger Reformvorstellungen überdenken zu wollen.²⁴⁴

Doch damit war es nicht getan. Sie hatte mittlerweile begriffen, dass eine Konzeption zu entwickeln war, die die Philosophie von den unter Parteiregie erlittenen Verwerfungen befreien und instande sein müsse, die künftigen Forschungen am Akademieinstitut zu tragen. Damit beauftragte der Direktor einen Kreis von Mitarbeitern, die – bekannt für nonkonformistisches Denken – ohne Rücksicht auf bisher für gültig Anerkanntes und ohne bereits zu einheitlichen Positionen zu gelangen, ihre persönlichen Reformvorstellungen äußern sollten. H. Klenner hat die Resultate dieses brain storming in einem *Kondensat vom 11. 12. 1989* zusammengefasst.²⁴⁵ Ideen und die Motive, die die Institutsreform des kommenden Jahres getragen haben, sind hier schon präsent. Um den Geist dieses Kondensates zu charakterisieren, möge etwa folgende Passage dienen:

„Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die Alleinherrschaft der marxistischen Philosophie in unserer Gesellschaft nur dadurch gewahrt werden konnte, dass sich schöpferisches Denken in die Zwangsjacke eines importierten Theoriesystems zu fügen hatte, aus dem es nur in Verkümmern ans Licht der Öffentlichkeit gelangte, falls es nicht überhaupt verdorrte. Wenn marxistische Philosophie aber in der

²⁴² Jahresforschungsbericht 1989, in: ABBAW, FoB Gewi 150, S. 13

²⁴³ Der Zyniker Buhr versuchte die Fertigstellung des Manuskripts Dr. Erika Mieth schmackhaft zu machen, indem er ihr empfahl, sie solle sich diese Arbeit vorstellen wie die eines Klempners, der ein Rohr einzusetzen habe und sich dieses, wenn es nicht passt, zurechtbiege, damit es passend werde.

²⁴⁴ Vgl. ebd. S. 1

²⁴⁵ Konzeptions-Arbeitsgruppe Kondensat. In: Archiv Ruben/Warnke. Dieser Gruppe gehörten an: R. Benjowski, St. Dietzsch, J. Erpenbeck, H.-P. Florian, B. Gebhardt, H. Horstmann, H. Klenner, W. Lehrke, M. Nelken, V. Schöneburg, F. Tomberg, B. Ulbrich.

Tat, wie es ihrem Bewusstsein von sich selbst entspricht, den höchsten Grad begreifenden Denkens möglich macht, zu dem die Menschheit sich in unserer Epoche aufschwingen konnte, so wird sie sich auch in unmittelbarer Auseinandersetzung mit anderen Denkweisen bewähren können. [...] Das Akademie-Institut braucht einen innermarxistischen Pluralismus ebenso dringend wie alternative Philosophiekonzeptionen. Beides sind unerlässliche Bedingungen von Erkenntnisfortschritt, nicht etwa ‚nur‘ ein Toleranzphänomen.“²⁴⁶

Das Jahr 1990 war das dynamischste, ereignisreichste Jahr des Instituts seit seiner Gründung. Das Institut war im Begriffe sich neu zu erfinden, diesmal nicht als Gründung *von oben*, von den leitenden Organen von Partei und Regierung, sondern *von unten*, durch die freigesetzte Energie seiner Mitarbeiter. Der längst überfällige Bruch mit einem Philosophiebetrieb, der am Gängelband politischer Vorgaben hing, konnte endlich vollzogen werden, was vom Philosophenvolk des Instituts überwiegend als beglückende Möglichkeit, als Aufbruch zu neuen Ufern begriffen wurde. Während der eine Teil diese in einer von Grund auf zu reformierenden sozialistischen DDR und einem Marxismus erblickte, dem seine Entwicklungsfähigkeit zurückgegeben ist, sah der andere Teil in ihr v. a. die Chance, sich unbehindert von ideologischen Vorgaben in der zeitgenössischen internationalen Philosophie tummeln zu dürfen. Ins Institut zog also – freilich reichlich spät – der Geist der Bürgerrechtsbewegung ein.

Das Jahr 1990 wurde zum Jahr der Demokratie von unten, zur Zeit der runden Tische auch am Institut. Das Gros der Mitarbeiter wirkte ideenreich, kritisch und hoch motiviert in den verschiedenen Gremien an der inhaltlichen und strukturellen Neugestaltung des Instituts mit. „Demokratie jetzt“ – der Name einer im September 1989 gegründeten Gruppe von Bürgerrechtlern (übrigens von Wolfgang Tempelin, einem ehemaligen Mitarbeiter des Diamat-Bereichs am ZIPh) – hätte auch als Motto für diesen Aufbruch getaugt. Er implizierte eine erste Bestandsaufnahme und kritische Bewertung der vergangenen Institutsarbeit, die z. T. schon in meine Darstellung eingeflossen ist²⁴⁷, und führte zu einem Akt bemerkenswerter „Selbstkritik“, die diesen Namen diesmal wirklich verdiente. Es war mit einem Wort ein Jahr der neuen Horizonte, der neuen Lust zu philosophieren.

Doch kehren wir zu den Ereignissen in ihrem zeitlichen Ablauf zurück. Das Jahr 1990 begann (am 12. Januar) mit einer Belegschaftsversammlung, auf der

²⁴⁶ Ebd., S.4f.

²⁴⁷ Im Kontext der bevorstehenden Evaluierung wurden von allen Bereichen „Selbsteinschätzungen“ erarbeitet, die z. T. sehr selbstkritisch ausgefallen sind. Auf sie habe ich mich bei der Darstellung bereits teilweise gestützt. Vgl. Archiv Ruben/Warnke

Frau Prof. Dölling im Namen der Gewerkschaftsgruppe vorschlug, nach der Untersuchung der Parteiverfahren von 1981 auch deren *arbeitsrechtliche Konsequenzen* zu untersuchen und die Institutsleitung mit den Ergebnissen zu konfrontieren. Mit großer Zustimmung wurde ferner die Bildung eines *Wissenschaftlichen Rates* (künftig: WR) beschlossen, der – im Unterschied zu dem bisher existierenden – ein demokratisches Gegengewicht gegen die auf dem Prinzip der Einzelleitung gegründete autoritäre Leitungsstruktur schaffen sollte. In dieser Diskussion sprach P. Ruben bereits wie selbstverständlich über die künftige Entwicklung des Instituts mit, so als habe man ihn nicht seit 1981 vom Institutsleben ausgeschlossen.²⁴⁸

Der *Wissenschaftliche Rat* befand auf seiner ersten Sitzung (13. 2. 90) dass die vordringlich von ihm in Angriff zu nehmende Aufgabe der Entwurf sowohl eines neuen inhaltlichen Profils für die künftige Institutsarbeit (was einer Arbeitsgruppe, bestehend aus P. Ruben, U. Röseberg, C. Buschmann, W. Lehrke übertragen wurde), als auch von Konzeptionen für die Forschungsrichtungen sei.²⁴⁹ Damit avancierte der WR zum eigentlichen Leitungsorgan des Instituts, resp. es entstand eine Art „Doppelherrschaft“, – wie Klenner das nannte. Diese war dem Umstand geschuldet, dass der Runde Tisch der Akademie entschieden hatte, die Direktoren der Akademieinstitute abzurufen. Im Mai sollte dann die demokratische Neuwahl der Direktoren, – in geheimer Abstimmung durch die Wissenschaftlichen Räte – erfolgen. Auch eine Neuwahl des Akademiepräsidenten stand bevor.

Am 28. 2. stand im Wissenschaftlichen Rat der Antrag des Direktors an die Akademieleitung zur Debatte, P. Ruben zum Professor zu ernennen. Dieser längst überfällige Vorschlag und Akt der Wiedergutmachung wurde vom Wissenschaftlichen Rat einstimmig befürwortet.²⁵⁰

Im März 1990 wurde als Interessenvertretung aller Mitarbeiter gegenüber der Leitung auch ein *Institutsrat* konstituiert, der von allen Mitarbeitern (ausschließlich der Leiter) zu wählen war. Zur Vorsitzenden wurde Birgit Gebhardt gekürt.

²⁴⁸ Vgl. Kurzprotokoll der Diskussionen zur Belegschaftsversammlung am 12. Januar 1990, Archiv Ruben/Warnke. Die unabhängige Kommission zur Untersuchung der beruflichen Folgen für die Ausgeschlossenen... wurde am 12. 2. 90 unter Leitung von Dr. U. Goldenbaum konstituiert. (Mitarbeit Prof. S. Paul, V. Schöneburg, N. Winkler, G. Zialas).

²⁴⁹ Vieles Andere war gleichfalls neu zu durchdenken und zu gestalten, wofür sich weitere Kollegen, resp. Arbeitsgruppen engagierten. So musste eine neue Institutsordnung erarbeitet werden (G. Richter); 1983 hatte die letzte Überarbeitung dieser Ordnung stattgefunden, die v. a. darin bestanden hatte, die ideologische Kontrolle nochmals zu verschärfen. Dies geschah z. B. in der *Anweisung über die Regelung des Schriftverkehrs*, und in der *Publikationsordnung*. (Archiv Ruben/Warnke). 1990 waren ferner Vorschläge für die künftige internationale Kooperation (J. Erpenbeck), für Kriterien für die Leistungsbeurteilung (H. Hecht, S. Grunwald, H. P. Florian) u. a. m. zu erarbeiten.

²⁵⁰ Zur Ernennung waren vorgeschlagen worden: P. Ruben, G. Richter und R. Simon. In geheimer Abstimmung wurde Ruben von 17 Ratsmitgliedern auf Platz 1 und von 1 Mitglied auf Platz 3 gesetzt.

Die folgenden Wochen waren v. a. von der Arbeit an und den Diskussionen zum künftigen Profil des Instituts und der Bereiche geprägt. Gedacht war an eine „Einrichtung philosophischer Grundlagenforschung“, die Geschichte der Philosophie, philosophische und wissenschaftshistorische Editionen, Theoretische Philosophie, Wissenschaftsphilosophie und Praktische Philosophie betreibt, also an ein Institut, in dem ein breites Spektrum der Philosophie präsent ist. Diese enzyklopädische Struktur hatte schon bisher das Profil des Instituts bestimmt und sollte möglichst erhalten werden. Dem ZIPh waren in der Vergangenheit gewisse Freiräume für die wissenschaftliche Forschung, Zugeständnisse an die akademische Tradition der Philosophie gewährt worden, die die Mitarbeiter und die Leitung wohl zu nutzen gewusst hatten. Die kritische Reflexion der eigenen Geschichte ging in den Entwurf u. a. durch folgende Überlegungen ein:

Die am Institut künftig zu betreibende Philosophie dürfe weder „Proklamation einer Weltanschauung noch parteipolitische Ideologie“ sein, und auch das „wissenschaftliche Werk von Marx“ sei „in die geisteswissenschaftliche Tradition zurückzunehmen. Die Philosophie thematisiert Weltanschauungen und Ideologien unter Voraussetzung der Logik und der Erfahrung des menschlichen Verstands und der Vernunft in der wirklichen Geschichte der menschlichen Gesellschaft; sie ist allein den Interessen der menschlichen Gattung verpflichtet.“ Und so gehöre zu den nächsten Aufgaben der am Institut tätigen Forscher „die Emanzipation der Philosophie von den partiell selbst verschuldeten wissenschaftsfeindlichen Folgen stalinistischer und anderer Unterwerfung der philosophischen Arbeit unter parteipolitische Interessen.“²⁵¹

Mit der Annahme dieser Erklärung bekundeten die Mitarbeiter des Instituts, dass sie die bis dato verordnete Teilnahme am „Kalten Krieg“ der Ideologien aufgekündigt hatten und den Willen, in den Diskurs der internationalen Philosophengemeinschaft zurückzukehren.

Bereits seit Anfang 1990 zeichnete sich ab, dass die Entwicklung auf die Einheit Deutschlands zustrebt. Im Januar sprachen sich 74% der DDR-Bürger für sie aus, bereits die Regierung Modrow agierte unter der Losung „Deutschland einig Vaterland“, am 10. Februar gab M. Gorbatschow H. Kohl die Zustimmung zur Herstellung der Einheit, und nur wenige Tage später (am 14. 2.) wurde die Aufnahme der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen vereinbart. Bei den im März stattfindenden Wahlen zur DDR-Volkskammer stimmten 48,1% für die „Allianz für

²⁵¹ Vgl. Forschungskonzeption des Wissenschaftlichen Rates des ZIPh vom 14. 3. 1990, in: Archiv Ruben/Warnke

Deutschland“, und die Konstituierung der neuen Volkskammer unter de Maizière drängte darauf, die Einheit Deutschlands so rasch wie möglich nach Artikel 23 GG herzustellen.

Diese Entwicklung war von den Reformern am Philosophieinstitut in Rechnung zu stellen. Es war von vorne herein klar, dass das zu rekonstruierende Institut für alle philosophischen Richtungen und für Philosophen aus Ost und West offen zu sein habe. Und da bekannt war, dass es in den alten Bundesländern zwar zahlreiche außeruniversitäre Forschungsinstitute für alle möglichen Wissenschaften, aber bisher kein einziges für die Philosophie gab, bot sich das eigene Philosophieinstitut in seiner enzyklopädischen Struktur an, ein solches zu schaffen. Es könnte gewissermaßen als *nucleus* fungieren, aus dem eine gesamtdeutsche Forschungsstätte zu entwickeln wäre, die Philosophie in der Einheit ihrer traditionellen Bestandteile betreibt. Vorausgesetzt wurde zunächst freilich noch, dass das vereinigte Deutschland die von Leibniz gegründete traditionsreiche Berliner Akademie der Wissenschaften als eine *gesamtdeutsche Akademie* rekonstruieren werde. Doch unabhängig vom Fortbestand der Akademie war die Forderung nach „einer außeruniversitären philosophischen Forschungseinrichtung in der deutschen Hauptstadt von klar überregionaler Bedeutung“ unterhalten durch „Bundesländer-Gemeinschaftsfinanzierung“ ein sinnvoller Vorschlag, den das Institut auch in die Evaluierung einbrachte. Er ging als Vorschlag in den vom ZIPh zu beantwortenden Fragenkatalog der *Wissenschaftsrates der BRD* vom August 1990 ein.

Am 7. Mai fand eine Institutsvollversammlung statt, zu der auch jene Kollegen gebeten wurden, die in der Ruben-Affäre das Institut hatten verlassen müssen. Ferner nahmen an ihr W. Templin und Dr. G. Herzberg teil, ehemals Mitarbeiter des Instituts, jetzt aktive Bürgerrechtler, die beide ihre ideologischen Erfahrungen mit dem ZIPh gemacht hatten. Zur Debatte stand der Gewerkschaftsbericht der *Kommission zur Untersuchung der beruflichen Folgen für die Ausgeschlossenen*:

Das Mittel, mit dem die Betroffenen aus dem Philosophiediskurs ausgeschlossen worden waren, sei die „politisch-ideologische Aushöhlung des Arbeitsrechts“ gewesen, so die Berichterstatterin U. Goldenbaum. Die „Maßnahmen, für die das Arbeitsrecht instrumentalisiert wurde, ... waren rein parteipolitischen In-

teressen geschuldet und geschahen nicht aus fachlichen Gründen.“ „Symptomatisch für die Unterordnung des Rechts unter parteipolitisches Interesse“ sei der Umstand gewesen, „dass vor den Parteiausschlussverfahren gegen die genannten Kollegen das Abstimmungsverhalten der Genossen am Institut durch die arbeitsrechtlichen Konsequenzen im Falle von Gegenstimmen beeinflusst wurde.“²⁵² Während im Falle von Ruben und den mit ihm Ausgeschlossenen die Proteste westdeutscher Kollegen die Entlassung in die Arbeitslosigkeit verhindert hatten, war in Bezug auf die Nachzügler Dr. Püschel und L. Pawliczak die arbeitsrechtliche Drohung dann wahr gemacht worden. Es genügte, dass die beiden nach den Ausschlüssen der Gruppe um Ruben Nichteinverständnis mit diesen Beschlüssen signalisierten, um sich mittels instrumentalisierten Arbeitsrechtes in der Arbeitslosigkeit wieder zu finden.

Aber parteipolitische Interessen handeln nicht. Personen müssen sie artikulieren, sich zu ihrem Sprecher machen. Offen blieb im Bericht die Frage, wer hatte Interesse daran, zur Ausschaltung der Gruppe um Ruben parteipolitische Interessen zu bemühen?²⁵³

Diese Fragen waren in der Diskussion dann omnipräsent. Der Direktor eröffnete sie mit der damals üblichen Entschuldigung für das vor 10 Jahren Vorgefallene und übernahm dafür pauschal die politische Verantwortung. Die Quintessenz seiner Rede: Damals seien Vorhaben abgebrochen worden und es habe einen Bruch in der Entwicklung des Instituts gegeben. Jetzt komme es darauf an, die Gräben von vor 10 Jahren zu überbrücken und das Institut zu erhalten. Wir sollten durch Behebung des alten Schadens keinen neuen entstehen lassen. Vielleicht wäre es damals besser gewesen, weder auf Ratschläge noch auf Weisungen zu hören. Aus Sicht der Wissenschaftssoziologie gebe es keine Gewähr dafür, dass sich so etwas nicht wiederholt.

In seiner Rede gab Buhr jedoch keinerlei Aufschluss über die den damaligen Ausgrenzungsprozess in Gang setzenden Ursachen, Interessen, Motivationen und Personen, keinerlei Aufschluss über seinen eigenen Anteil an ihm. Und selbst auf die an ihn gestellte Frage: Wer denn das Ganze damals eigentlich „eingerührt“ habe, warum der Parteisekretär „gelogen“ und die Tatsachen „verfälscht“ habe,

²⁵² Vgl. Bericht der Unabhängigen Kommission des Zentralinstituts für Philosophie der AdW der DDR zur Untersuchung der beruflichen Folgen und der arbeitsrechtlichen Fragen im Kontext der Parteiverfahren gegen Dr. Peter Ruben, Dr. Camilla Warnke, Dr. Bruno Hartmann, Dr. Peter Beurton, Dr. W. Röhr und Dr. Ulrich Hedtke. S. 5: In: Archiv Ruben/Warnke

²⁵³ Ebd. S. 13

dass sich „die Balken bogen,“ hatte Buhr nur zu sagen, es gebe dafür im Moment für ihn keine klare Antwort.²⁵⁴ Und auch das übrige Führungspersonal hüllte sich in Schweigen. Weder der Stellvertreter des Direktors und der damalige Parteisekretär, die mit Eifer die Ausgrenzung der Ruben-Gruppe betrieben hatten, noch der langjährige Leiter des Bereichs Wissenschaftsphilosophie, H. Hörz, der mit seiner Mannschaft kräftig an der Hatz beteiligt war, meldeten sich zu Wort.²⁵⁵ Und indem die Führung des Instituts sprachlos in Bezug auf die Forderung nach kritischer Reflexion ihres eigenen Tuns blieb, hatte sie der Belegschaft ad oculos demonstriert: Die Reform des Instituts ist mit dem alten Leitungspersonal nicht zu machen.

Von Anfang an wurde diese v. a. vom sog. „wissenschaftlichen Mittelbau“ getragen, von den jüngeren Wissenschaftlern, die sich im Institutsrat und im Wissenschaftlichen Rat ihre Instrumente geschaffen hatten, sich neu zu erfinden. Der referierte Gewerkschaftsbericht war ebenso Produkt ihrer Initiative wie die Untersuchung der Parteiverfahren seitens der SED-Parteiorganisation des Instituts. Aus diesem Kreise stammen m. a. W. die ersten kritischen Darstellungen und Analysen der vergangenen Institutsarbeit. Und in diesen Texten trugen nicht anonyme Kräfte die Schuld, sondern, soweit man die Entwicklung bereits überblickte, wurden Ross und Reiter genannt! Auf dieser Veranstaltung nahmen die Teilnehmer schließlich eine Erklärung des Wissenschaftlichen Rates an, die in der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* publiziert werden sollte, mit der die zu Unrecht aus der Zunft Exmittierten rehabilitiert wurden.²⁵⁶

Noch am selben Tag teilte Prof. Buhr mit: er trete mit sofortigen Wirkung als Direktor des Instituts zurück. Der am Nachmittag tagende WR debattierte darüber, ob er „unverzüglich einen neuen Direktor aus den Wissenschaftlern des Instituts wählen solle, oder ob erst über Kandidaten diskutiert und evtl. auch Wissenschaftler aus anderen philosophischen Einrichtungen für diese Funktion gewonnen werden sollten.“ Mit 15 gegen 3 Stimmen fiel die Entscheidung, sofort zu wählen. Als Kandidat wurde P. Ruben vorgeschlagen; in geheimer Wahl erhielt er 16 Stimmen

²⁵⁴ Für die Belegschaftsversammlung vom 7. 5. 90 konnte ich kein Protokoll auffinden. Die hier wieder gegebenen Inhalte stammen aus eigener Mitschrift.

²⁵⁵ Hörz hat in seinen „Lebenswenden“ a. a. O., seine Sicht auf die Geschichte DDR-Philosophie vorgestellt. In ihr polemisiert er über weite Strecken gegen Ruben, aber nicht etwa mit theoretischen Gründen gegen dessen philosophisches Konzept, sondern mittels einer Orgie von politischen und moralischen Verdächtigungen. Auf Hörz'rrwitzige Denunziationen hat Ruben reagiert. Vgl. P. Ruben: Neues von der philosophischen Front, in: Berliner Debatte Initial 17(2006)1/2, S. 207 ff. sowie in www.peter-ruben.de.

²⁵⁶ Diese Stellungnahme des Wissenschaftlichen Rates (erarbeitet von E. Dölling, P. Beurton; B. Ulbrich) vom 7. Mai 1990 ist unter dem Titel *Erklärung* in DZfPh 38(1990)7, S. 702f. erschienen. Vgl. auch: Gefesselter Widerspruch, a. a. O., S. 336ff.

bei einer 1 Gegenstimme und einer Stimmenthaltung.²⁵⁷ Die Gegenstimme stammte (wie er sich in seinen Memoiren S. 350 rühmt) von Hörz, und auf Grund des Wahlergebnisses legte er sein Mandat im WR nieder.²⁵⁸ In dieser Sitzung entschloss sich der WR ferner, die 1981 verfassten Gutachten zur Konzeption von Dr. Ruben (Grüne Mappe' genannt) zu publizieren, ergänzt um die heutigen Stellungnahmen ihrer Autoren, – sofern diese damit einverstanden sind. Als Editor wurde Prof. Hans-Christoph Rauh angefragt (damals Universität Greifswald) und gewonnen.²⁵⁹

Am 1. Juli 90 trat der neu gewählte Akademiepräsident, der international renommierte Nierenspezialist, AM Prof. Horst Klinkmann (Jg. 1935), die Nachfolge Werner Schelers an. Und im Juni/Juli fanden an allen Akademieinstituten die Neuwahlen des Leitungspersonals statt. So auch am ZIPh. Als Leiter des neu formierten Forschungsbereichs FB *Geschichte der Philosophie* wurde Prof. F. Tomberg gewählt, des FB *Theoretische Philosophie* Dr. sc. C. Warnke, als Leiter des FB *Praktische Philosophie* Dr. U. Hedtke (gleichfalls einer der 1981 Ausgeschlossenen). Als Leiter des FB *Wissenschaftsphilosophie* wurde Prof. U. Röseberg bestätigt, der diesen FB bereits seit September 1989 leitete.

Das weitere Schicksal der Akademie war zu diesem Zeitpunkt noch nicht entschieden. Der sozialdemokratische Minister der de Maizière-Regierung für Forschung und Technologie, Prof. Frank Terpe, hatte zur Vermeidung sozialer Verwerfungen in einem Moratorium, das Zeit für erforderliche Umbildungen schaffen sollte, die Finanzierung der Akademie für weitere 2 Jahre vorgeschlagen. Der Finanzminister der BRD aber hat gerechnet, was das kosten würde, das Moratorium ignoriert und klargestellt, dass im 2. Halbjahr 1990 für die geistes- und sozialwissenschaftliche Forschung nur noch 9,3 Millionen DM verfügbar sind, begleitet durch ideologische Kommentare aus dem BMFT, wie : „Die DDR-Wissenschaft

²⁵⁷ Protokoll des WR vom 7. 5. 90, in Archiv Ruben/Warnke. Am 10. 5. 1990 hat Klenner im Auftrag des WR an den Präsidenten der AdW den Antrag gestellt, Herrn Dr. sc. Peter Ruben zum Direktor des Instituts zu berufen. Zur Begründung heißt es hier u. a., dass der „angestrebte Wechsel im Direktorat des Instituts das Ergebnis eines längeren Veränderungsprozesses ist, der von den Mitarbeitern des Instituts getragen wird und von konzeptionellen Überlegungen seinen Ausgang nahm. Während des ganzen Prozesses gab es ein vertrauensvolles Miteinander von Direktor, Wissenschaftlichem und Betriebsrat des Instituts.“ In: Archiv Ruben/Warnke

²⁵⁸ Rubens Berufung erfolgte am 18. Juni, rückwirkend zum 1. Juni.

²⁵⁹ Gefesselter Widerspruch. Die Affäre um Peter Ruben, hg. von H.-C. Rauh, Berlin 1991. Enthalten in dieser Edition sollten sein: a) die Basis-Artikel von Dr. Ruben und b) die Negativgutachten, soweit die Gutachter mit einer Publikation ihres damaligen Textes und – so sie wollten – Anmerkungen aus der Sicht des Jahres 1990. Vgl. Brief von H. Klenner an H.-C. Rauh, vom 10. 5. 90. In: Archiv Ruben/Warnke. Rauh erweiterte die Edition zu einer umfassenden Dokumentation des gesamten Vorgangs.

ist nur noch Schrott.“ Das bedeutete: Ab 1. 7. 90 war das Personal um durchschnittlich 40–50 % abzubauen.

Das machte umgehendes Handeln erforderlich. Die Direktion sprach unter Beteiligung der beiden Räte mit etwa einem Drittel aller Mitarbeiter über deren mögliche persönliche Perspektive angesichts der neuen Ansprüche an die Philosophie. Im Ergebnis der Gespräche verließen 1990 – ausschließlich auf freiwilliger Basis – von 122 Mitarbeitern 42 das Institut.²⁶⁰ Vom ehemaligen Leitungspersonal verabschiedeten sich in den Monaten August/September Prof. Buhr, Prof. Eichhorn I und Dr. Kirchhoff in den Vorruhestand.

²⁶⁰ Tätigkeitsbericht des Zentralinstitutes für Philosophie 1990, S. 4. In: Archiv Ruben/Warnke

XII.2 Evaluation

Im Juli 1990 beauftragten die Regierung der DDR sowie die Regierungen von Bund und Ländern der BRD den Wissenschaftsrat der BRD „gutachterlich zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen in der damaligen DDR Stellung zu nehmen.“ Im Einigungsvertrag vom 23. 7. 90 ist (im Art. 38) das Verhältnis der beiden Wissenschaftssysteme als „*Einpassung*“ der wissenschaftlichen Einrichtungen der DDR in die *gemeinsame* Forschungsstruktur der Bundesrepublik Deutschland bestimmt. Dass nach einer *Einpassung* von der DDR-Wissenschaft im Prinzip nur das überleben würde, was mit dem bestehenden bundesrepublikanischen Wissenschaftsbetrieb kompatibel ist, war vorauszusehen. Folglich heißt es im Bericht des Wissenschaftsrates nach beendeter Evaluation, dass „sehr häufig Lösungen empfohlen werden, die sich in der Bundesrepublik bewährt haben,“ wobei die Berichterstatter durchaus zugestanden, „dass auch die Geisteswissenschaften in den alten Ländern [...] ungelöste Probleme, Organisationsdefizite und innere Widersprüchlichkeiten aufweisen und der verbesserten Fortentwicklung bedürfen.“²⁶¹

Das 2. Halbjahr stand ganz im Zeichen der Vorbereitung auf die im Januar 1991 ins Haus stehende Evaluierung. Im Vorfeld hatte das Institut einen *Tätigkeitsbericht 1990* zu liefern und einen umfangreichen Katalog von Fragen zu beantworten, die Auskunft über die bisherige Struktur und Entwicklung des Institutes, sowie über die erarbeiteten Vorschläge für dessen künftige Gestaltung zu geben hatten, der mit zahlreichen Anhängen bereichert, zu einem Konvolut von mehreren hundert Seiten anwuchs.

Am 3. September fand Rubens offizieller Antritt als Institutsdirektor statt und am 2. Oktober wurde er vom Minister für Bildung und Wissenschaft und dem Akademiepräsidenten zum Professor ernannt. Da war das weitere Schicksal des Institutes bereits höchst ungewiss. Denn per Einigungsvertrag (Art. 38, Abs.2) war die AdW als Gelehrtensozietät von den Forschungsinstituten getrennt worden. Der Forschungsverband sollte aufgelöst und abgewickelt werden, während die Entscheidung über die Fortführung der Gelehrtensozietät landesrechtlich getroffen werden sollte.²⁶²

²⁶¹ Stellungnahmen zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften, (Hg. v. Wissenschaftsrat) Köln 1992, S. 7f.

²⁶² Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands. (Einigungsvertrag) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Bulletin 104, Bonn, 4. 9. 1990, S. 887

Ende Oktober teilte Minister Riesenhuber vom BMFT den Instituten der „ehemaligen“ AdW mit, dass nach der Evaluierung durch den Wissenschaftsrat eine „Übergangsfinanzierung“ für die Mitarbeiter bis Ende 1991 stattfinden und eine „Abwicklungsstelle AdW“ geschaffen werde. Diese stellte sich dem Institut am 22. 11. als *Koordinierungs- und Abwicklungs-Integrationsstelle der AdW (KAI)* mit ihrem Geschäftsführer Ministerialrat Hartmut Grübel aus dem BMFT vor.

Aber bevor dieser tätig wurde stand am 8. und 9. Januar 1991 die angekündigte Evaluation ins Haus, die über das Schicksal des ZIPh als Institution und seiner Mitarbeiter zu entscheiden hatte. Sie wurde von Prof. Jürgen Kocka geleitet und von einer 20 Personen umfassenden Arbeitsgruppe vorwiegend bundesrepublikanischer Geisteswissenschaftler durchgeführt.²⁶³ Wer von der Veranstaltung etwa erwartet hatte, dass partnerschaftlich erörtert werden würde, wie man die bislang getrennten Teile der Zunft miteinander in ein für beide Seiten produktives Verhältnis setzen könne, hatte auf Sand gebaut. Denn das gewählte Mittel des Umgangs war ja die Evaluation. Evaluation aber ist ein Verfahren, in dem sich nicht *Partner* auf gleicher Augenhöhe begegnen, sondern Richter und zu Richtende als *Subjekt* und *Objekt* des Verfahrens einander gegenüber treten. Im vorliegenden Falle hatten die West-Kollegen zu beurteilen, inwieweit sich die Ost-Kollegen in die bestehenden Strukturen, in das vorgegebene System der BRD- Philosophie „einpassen“ lassen (und auszusortieren, was ideologisch und strukturell nicht hineinpasste). Und es versteht sich, dass nach 40jähriger Trennung und Kaltem Krieg der Systeme das meiste als nicht passgerecht befunden und aussortiert wurde. Die Problematik dieses Verfahrens hat J. Kocka, 2010 in nachträglicher Reflexion eingeräumt:

„Die Entscheidungen 1989/90 liefen bekanntlich nicht auf die Föderation oder die Union zweier weiter bestehender Wissenschaftssysteme hinaus, sondern auf die Herstellung einer integrierten Wissenschaftslandschaft. Sie liefen nicht auf die Überprüfung beider Wissenschaftssysteme mit dem Ziel der Bildung eines neuen hinaus, das die Stärken beider verbindet und die Schwächen beider vermeiden würde. Vielmehr entschied man sich dafür, das westdeutsche System im Wesentlichen ... als Richtschnur und Grundlage für das zu bildende gesamtdeutsche System zu akzeptieren und das ostdeutsche so zu verändern, dass es hineinpassen würde. Diese durch und durch asymmetrische Entscheidung war der Kern. (...) Hätte man die institutionelle Umstrukturierung nicht doch anders handhaben können? Es sei daran erinnert, dass die beiden Berliner Kunstakademien einen zeitlich gestreckten und verträglicheren Weg der gegenseitigen Anerkennung und Verbindung wählten, als er im Fall

²⁶³ Unter den Gutachtern waren Philosophen nur Prof. Mittelstraß (Konstanz), Prof. Gethmann (Essen), Prof. Höffe (Freibourg), Prof. Kreiser (Leipzig), Prof. Henrich (München).

der Wissenschaftsakademien gefunden wurde. ... Machten die letztlich breit gewünschte inhaltlich-kognitive Integration und die letztlich breit akzeptierte institutionelle Neuordnung einen solchen fundamentalen personellen Wechsel notwendig? Oder wären Lösungen denkbar gewesen, die schonender mit dem Personal in den beigetretenen Ländern umgegangen wären und das Verhältnis von Verlierern und Gewinnern verträglicher austariert hätten?²⁶⁴

Wissenschaftsrat und Institutsleitung des ZIPh hatten – ganz im Sinne von Kockas nachträglicher Reflexion – darüber nachgedacht, was sie in die gesamtdeutsche Forschungslandschaft an „Stärken“ einzubringen hatten, was in ihr bisher fehlt, resp. unzureichend entwickelt ist. Während fast alle Wissenschaften in der Bundesrepublik für ihre Grundlagenforschung außeruniversitäre Forschungseinrichtungen haben, gibt es keine einzige für die Philosophie. Wir schlugen daher dem Wissenschaftsrat vor, die Situation des Neuanfangs zu nutzen und sich für die Einrichtung eines *gesamtdeutschen Forschungsinstituts für philosophische Grundlagenforschung* einzusetzen. Das bestehende *enzyklopädisch strukturierte* Philosophieinstitut des ZIPh könne zum Ausgangspunkt einer solchen Einrichtung werden. Auf Grund ihres überregionalen Charakters komme als Organisationsform ein Institut im Rahmen der „Blauen Liste“, resp. die Angliederung als An-Institut an eine der Berliner Universitäten, oder an ein zu gründendes Berliner interdisziplinäres Zentrum für Geisteswissenschaften in Frage. Dieses sollte selbstverständlich von Philosophen beider Teile Deutschlands und unterschiedlichen philosophischen Positionen getragen sowie (gemessen am Personalbestand des ZIPh) in personell abgespeckter Form konstituiert werden

Inhaltlich hatten wir diesen Vorschlag, wie folgt, begründet:

„Die deutsche Philosophie hat in ihrer nun fast tausendjährigen Geschichte im Gesamtsystem der internationalen Philosophie eine Stellung erarbeitet, wie sie ähnlich im Altertum von der griechischen Philosophie realisiert worden war. Das Erbe Notkers von St. Gallen, Alberts des Großen, des Nikolaus von Kues, Leibniz', Kants, Fichtes, Schellings, Hegels, Schopenhauers, Feuerbachs, Marx', Nietzsches, Husserls, Hartmanns, Heideggers und vieler anderer stellt in der internationalen Wissenschaft ein solches Gewicht dar, dass es nach Auffassung des Instituts gerechtfertigt ist, wenigstens eine philosophische Forschungsrichtung außeruniversitären Charakters in Deutschland zu unterhalten, die eben der Erhaltung und Weiterbildung dieses Erbes verpflichtet ist. [...] Als außeruniversitäre Forschungseinrichtung von überregionaler Bedeutung könnte das Institut zu einem Kommunikationszentrum der

²⁶⁴ Beitrag auf einer Konferenz der BBAW zum Thema: „Wissenschaft und Wiedervereinigung. Bilanz und offene Fragen“ 2010, Auszug aus dem Tagungsprotokoll, ND vom 23. 9. 2010, S. 17

Philosophie von europäischem Rang werden, das hervorragend geeignet ist, die künftig wichtige Brückenfunktion zwischen West- und Osteuropa im Interesse philosophischer Klärung weltanschaulicher Positionen in der Tradition der Berliner Aufklärung wahrzunehmen. Die bisherigen Beziehungen des Instituts zu den Philosophen Osteuropas bedeuten dafür eine günstige Voraussetzung, die nicht grundlos aufgegeben werden sollte.“²⁶⁵

Unser Vorschlag stieß bei den evaluierenden bundesrepublikanischen Kollegen mehrheitlich auf Unverständnis und Ablehnung. Eine inhaltliche Debatte zu unserem Vorschlag fand gar nicht erst statt. Sich auf sie einzulassen hätte nicht nur ihrem Philosophieverständnis, sondern auch dem Ziel der Evaluierung widersprochen, das auf „Einpassen“ und „Abwickeln“ der DDR-Institutionen angelegt war. Ihr Sinn war es eben nicht, auch jene Schwächen des westdeutschen Philosophiebetriebs zur Sprache zu bringen, auf deren Beseitigung unser Vorschlag gezielt hatte, was Kocka – freilich folgenlos – in nachträglicher Reflexion beklagte. Und so wurde unser Vorschlag im Abschlussbericht mit dem folgenden Argument abgelehnt:

„Im Sinne des Prinzips der Einheit von Forschung und Lehre ist die Philosophie eine Hochschuldisziplin. Ihr Forschungsprofil ist durch eine enge Verbindung mit allen Wissenschaftsbereichen, ihr Lehrprofil durch die Vermittlung philosophischer, meist grundlagenspezifischer Elemente in anderen Studiengängen bestimmt. Als Einrichtung außerhalb der Hochschulen fehlten der Philosophie wesentliche Teile ihrer institutionellen Interdisziplinarität und das gerade für das Philosophieren wesentliche Element der Lehre.“²⁶⁶

Mit dieser Vorstellung wird, wenn ich den Text richtig deute, die Philosophie auf die Funktion ihrer *Interdisziplinarität* festgelegt. Um als Philosophie *interdisziplinär* wirksam sein zu können, muss sie sich jedoch ihrer *disziplinären* Grundlagen versichern, ihrer Existenz als autonomer Wissenschaft mit eigenem Gegenstand, eigener Methode und Problemstellung. Und eben dazu bedarf es der philosophischen Grundlagenforschung, die natürlich Logik, Kategorienlehre, Erkenntnistheorie, Ethik und Ästhetik sowie die Philosophiegeschichte als erarbeitetes Wissen von der Evolution der menschlichen Vernunft umfasst.

²⁶⁵ Dieses enzyklopädische Konzept wurde in der Beantwortung der Fragen des Wissenschaftsrates vom August 1990 unter der Frage 23 (S. 73f.) in seiner Bedeutung für die gesamtdeutsche Philosophieentwicklung dargestellt und begründet. In: Archiv Ruben/Warnke

²⁶⁶ Stellungnahme zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen, a. a. O., S. 162

Im Abschlussbericht der Evaluierung wurde ferner vermutet, die ideologische Kontrollfunktion, die das ZIPh ausgeübt habe, sei möglicherweise dieser Orientierung auf philosophische Grundlagenforschung geschuldet gewesen.²⁶⁷ Damit wird suggeriert, dass man die philosophische Grundlagenforschung für ein Relikt aus vormodernen Zeiten hält, von dem man sich längst verabschiedet hat, das jedoch in der DDR und anderen kommunistischen Staaten in Gestalt des Marxismus-Leninismus überlebt habe. Die dogmatische Entartung, die die Theoretische und die Praktische Philosophie durch den Stalinismus in der Tat erfahren haben, gilt als Indiz, jede Art systematisch betriebener Philosophie, – mit Husserl zu sprechen „Philosophie als strenge Wissenschaft“ – zu beargwöhnen und abzuweisen.

XII.3 Abwicklung

Die Empfehlung des Wissenschaftsrates lautete: „Das ZIPh wird als eigenständige, außeruniversitäre Forschungseinrichtung aufgelöst.“²⁶⁸ An seine Stelle sollten – konform mit dem herrschenden Zeitgeist – Arbeitsgruppen und Einzelprojekte zu speziellen Themen treten. Von den Empfehlungen waren zur Zeit der Auflösung des Institutes für Philosophie Ende 1991 die folgenden übrig geblieben:

Die *Leibniz-Editionsgruppe*. Die bisher mit ihr verbundene Forschungsgruppe wurde aufgelöst und die Gruppe der Editoren in Potsdam angesiedelt. Hartmut Hecht (von 1993–96 im Rahmen der KAI an der Viadrina tätig), arbeitete von 1997–2000 in dieser Editionsgruppe und ist seit 2001 Leiter der neu geschaffenen 2. Arbeitsstelle der Leibniz-Edition: Reihe „naturwissenschaftlich-technische Schriften“ an der BBAW.²⁶⁹

Fortgeführt wurde gleichfalls die Arbeit an den *Gesammelten Werken Feuerbachs*, die auf Empfehlung des Wissenschaftsrates und der Konferenz der deutschen Akademien der Wissenschaften gleichfalls an die BBAW angebunden wurde.²⁷⁰

1992 wurde ein *Zentrum für Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftstheorie* eingerichtet. Ihm gehörte u. a. ein Kreis von positiv evaluierten Mitarbeitern

²⁶⁷ Vgl. ebd.

²⁶⁸ Ebd., S. 164

²⁶⁹ Vgl. Leibniz: Sämtliche Schriften und Briefe, Bd. VIII/1, hg. v. H. Hecht, E. Knobloch u. S. W. Stork, Berlin 2009

²⁷⁰ Vgl. W. Schuffenhauer: Ludwig Feuerbach. Eine erste Bilanz der *Gesammelten Werke*. In: H.-C. Rauh/H.-M. Gerlach (Hg.). *Ausgänge*, a. a. O.

des Bereichs Wissenschaftsphilosophie um Ulrich Röseberg an: so Peter Beurton, John Erpenbeck, Siegfried Paul und Petra Gentz-Werner.²⁷¹ (Ferner umfasste es eine Gruppe aus dem ITW und aus dem IfG). Dieses Zentrum bestand bis Ende 1995. Mit der Gründung des *Max-Planck-Instituts für Wissenschaftsgeschichte* wurde es aufgelöst. Aus dem ZIPh wurde nur P. Beurton in dieses Institut übernommen.

Zentrum für die Erforschung der europäischen Aufklärung, (in das Romanisten, Literaturwissenschaftler und Philosophen der Akademie integriert wurden). Aus dem ZIPh wurden C. Buschmann, U. Goldenbaum und als wissenschaftlich-technische Kraft I. Kaiser integriert. 1994 übersiedelte das Zentrum nach Potsdam. Aus ihm entstand 1996 das *Forschungszentrum Europäische Aufklärung (FEA)* als außeruniversitäres Forschungsinstitut, das nach Evaluierung 2007 geschlossen wurde. C. Buschmann wurde an die Potsdamer Universität übernommen.

Vom Wissenschaftsrat vorgeschlagen und zur Einrichtung empfohlen, aber *nicht realisiert*, wurden folgende Vorhaben:

„Einrichtung einer wissenschaftlichen Arbeitsstelle für die Philosophie in Ost- und Südosteuropa mit der Aufgabe, durch Rezensionen, Referate, Übersetzungen, Bibliographien und Forschungsberichte den Stand der philosophischen Produktion und Diskussion in den betreffenden Ländern für einen breiten Interessenskreis zu erschließen und zu dokumentieren.“²⁷²

Die personellen Voraussetzungen für dieses Vorhaben waren extrem günstig, da es im ZIPh eine Reihe von Mitarbeitern gab, die durch langjährige Zusammenarbeit, Studium oder/und Promotion in der UdSSR und anderen Ländern des sozialistischen Lagers über exzellente Kenntnisse der philosophischen Situation und Sprache der betreffenden Länder verfügten. Diese Arbeitsgruppe sollte an die zu gründende Viadrina (Frankfurt/O.) angebunden werden. Aber aus diesem Vorhaben wurde aus Gründen, die ich nicht ermitteln konnte, nichts.

In der Veranstaltung zur Evaluation hatte Prof. Dieter Henrich angeregt, auf Arbeiten zur marxistischen Theorie auch künftig nicht zu verzichten.²⁷³ Unter die

²⁷¹ Dr. P. Gentz-Werner wurde nach 1995 wissenschaftliche Mitarbeiterin der Alexander-Humboldt-Forschungsstelle der BBAW

²⁷² Stellungnahme, a. a. O., S. 167; dieses Projekt ist nicht identisch mit dem geisteswissenschaftlichen *Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas (GWZO)*, das 1995 in Leipzig gegründet wurde.

²⁷³ D. Henrich hat sich entgegen der vorherrschenden Tendenz, alles Marxistische abzuwickeln, meines Wissens auch dafür eingesetzt, dass wenigstens die Edition der MEGA nicht abgebrochen, sondern weitergeführt wird.

Empfehlungen des Wissenschaftsrates wurde daher die „*Bildung einer Arbeitsgruppe zur weiteren wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Marxschen Philosophie*, u. a. zur Analyse der Erfahrungen mit der institutionalisierten Ideologie des Marxismus-Leninismus im ‚realen Sozialismus‘“ aufgenommen²⁷⁴. P. Ruben ergriff hierauf erfreut die Initiative und plante, sich mit einer kleinen Arbeitsgruppe aus jungen Mitarbeitern, die zur Geschichte der Arbeiterbewegung promoviert worden waren, sich dieses Themenkreises anzunehmen. Aber auch dieser Projektvorschlag scheiterte.

Aus der Evaluierung gingen viele weitere Projekte als förderungswürdig hervor und wurden zur Integration in eine Universität empfohlen. Das WIP im HEP, (d.h. das Wissenschaftler-Integrationsprogramm im Hochschul-Erneuerungs-Programm) sollte diese Integration bewirken. Nach massiven Protesten der in ihm geparkten Wissenschaftler gegen ihre „Abwicklung“ wandelte die dafür zuständige KAI das „A“ in ihrem Namen, das „Abwicklung“ hieß, euphemistisch in „Aufbau“ um und sprach fortan von einer „Aufbau-Initiative.“ Aber den Realitäten entsprach die Bedeutung des zuerst gewählten Namens. Denn die Integration ist auch nach Verlängerung des Programms bis Ende 1996 *dauerhaft* nur in wenigen Fällen gelungen.

Die Ost-Universitäten hatten nach der Entlassung ideologisch belasteter Hochschullehrer und ihrer Ersetzung durch Personal aus den westlichen Bundesländern meist keine freien Kapazitäten, um Mitarbeiter der abgewickelten AdW auf eigene Kosten dauerhaft zu übernehmen. Und die sog. „Durchmischung“, d. h. die Integration von Ost-Wissenschaftlern in West-Universitäten und West-Wissenschaftler in Ost-Universitäten, von der im Vorfeld der Evaluation gesprochen worden war, fand nur in eine Richtung, nämlich von West nach Ost statt. In den Empfehlungen der Evaluationskommission war die umgekehrte Integration m. W. auch gar nicht vorgesehen. Und so scheiterte das WIP und wurde 1996 beendet.²⁷⁵

²⁷⁴ Stellungnahme ..., a. a. O., S. 164

²⁷⁵ Vgl. Die Bilanz des WIP nach seinem Scheitern: in Berliner Debatte INITIAL 8(1997)1/2 mit Beiträgen von P. Ruben und B. Hartmann (aus dem abgewickelten ZIPh), und einer soziologischen Analyse von Hansgünter Meyer (aus dem ITW).

Nur wenige Mitarbeiter des ZIPh wurden dauerhaft in eine Universität übernommen.²⁷⁶

Einige Mitarbeiter des ZIPh versuchten auf eigene Faust einen Arbeitsplatz in der gesamtdeutschen Hochschullandschaft zu finden, so Prof. St. Dietzsch, der seine bestehenden West-Beziehungen nutzen konnte und ein willkommener Mitarbeiter an Forschungs-Projekten zu Kant wurde. Bis zur Rente vermochte er immerhin ein lückenloses Erwerbsleben zu führen. Aber eine Berufung an eine Universität hat auch er nicht bekommen.²⁷⁷

Als geglückte Ausnahme ist der Berufsweg von Dr. W. Lehrke zu sehen, der bei der *Klassik Stiftung Weimar* als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bereich Forschung und Edition bis zur Rente 2007 arbeiten konnte.

Als eher typisch für jene Gruppe von Abgewickelten, die von der Philosophie partout nicht lassen wollten, kann der berufliche Weg von Dr. N. Winkler gelten, der via WIP an der Humboldt-Universität *Philosophie im Mittelalter und der Renaissance* lehrte, aber für dessen Integration nach 1996 der Universität die Mittel fehlten. Es folgten für ihn Jahre der Arbeitslosigkeit und fachfremder Tätigkeiten, bevor er 2005 Mitarbeiter am DFG-Projekt „Topik und Tradition“ (Prof. W. Schmidt-Biggemann, FU Berlin) wurde, das bis 2011 lief.²⁷⁸ Als ich ihn im vergangenen Herbst (Herbst 2012) nach seinem Werdegang befragte, war er dabei, sich um ein neues Projekt zu bemühen.

Die skizzierten Fälle sind Zufallsbefunde. Ich vermag keinen Überblick über die Lebenswege der Mitarbeiter nach der Liquidierung des ZIPh zu geben. Ich

²⁷⁶ Von den Mitarbeitern des ZIPh wurden aus dem WIP 1993 an eine Universität auf Dauer übernommen: Prof. G. Banse 1992 an die Universität Cottbus: Professur für allgemeine Technikwissenschaft, ab 1999 an das ITAS Karlsruhe; Prof. E. Dölling an das Institut für Linguistik (Arbeitsstelle Semiotik) an die TU Berlin; Prof. J. Erpenbeck arbeitete ab 1995 an der Universität Potsdam; Prof. J. Schreiter war bei den Literatur-theoretikern der Humboldt-Universität bis 1999 (Thema: Literatur und Hermeneutik) als PD tätig. Dr. U. Goldenbaum lehrt nach mehreren befristeten Stellen hierzulande seit 2004 als Associate Professor an der Emory University Atlanta.

²⁷⁷ 1991–93: Mitarbeit am DFG-Projekt: Kants Amtstätigkeit (Marburg); 1998-2002: Mitarbeit am DFG-Projekt: Philosophie und Philosophische Fakultät zu Königsberg 1770–1870, (Lehrstuhl f. Praktische Philosophie Humboldt-Universität); 1993–98 Prof. f. Philosophie am Lehrstuhl für Praktische Philosophie des Instituts für Philosophie an der Fernuniversität Hagen. Publikationen: Fort Denken mit Kant 1996; Immanuel Kant. Eine Biografie 2003; Kant der Europäer, Europäer über Kant, 2010; viele weitere Publikationen über zeitgenössische Themen.

²⁷⁸ Promotion 1988: Die Entwicklung der Grundidee von der coincidentia oppositorum in der Philosophie des Nikolaus von Kues. Publikationen u. a.: Paracelsus, Astronomia Magna oder die ganze Philosophia sagax der großen und kleinen Welt 1999; Meister Eckhart: Zur Einführung 1997; Nikolaus von Kues. Zur Einführung 2010; Muster im Wandel. Zur Dynamik topischer Wissensordnungen im Spätmittelalter und Früher Neuzeit, hg. v. W. Dickhut, S. Manns u. N. Winkler (Berliner Mittelalter- und Frühneuzeitforschung 5) 2008

weiß nicht, wer und wie viele sich von Projekt zu Projekt hangelten, mit AB-Maßnahmen zu überleben suchten, vorzeitig in Rente gingen, dauerhaft in fachfremde Beschäftigungen wechselten oder über kürzere und längere Perioden arbeitslos wurden. Die Folgen der Abwicklung für die Betroffenen zu erkunden wäre ein eigenes Forschungsprojekt.

Mit Sicherheit vermag ich jedoch zu behaupten, dass mit der Abwicklung des ZIPh produktive Möglichkeiten für die philosophische Disziplin vertan und auf manches philosophische Talent verzichtet wurde.

Abschluss der Recherchen und des Manuskripts: Juli 2012.

Neue Einführung durch *Anmerkungen zur Genesis des Marxismus-Leninismus* und nochmalige Durchsicht und Überarbeitung des Manuskripts Juni/Juli 2016